G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Bundesrepublik und Menschenrechte

Reinhard Kühnl
Die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft

Zbigniew Brzezinski
Amerika in einer feindlichen Welt

Wilfried v. Bredow
Ursprünge und Aussichten der Ost-West-Entspannung
Zur Geschichtsschreibung und Politologie der Détente

Dokumente eines neuen McCarthyismus
Gedächtnisprotokolle von Einstellungsverhören christlicher und pazifistischer Lehramtsanwärter

Jerzy Prokopczuk
Die Entwicklung der Dritten Welt (II)
Hauptaspekte, Theorie und Praxis

11'76

November 1976 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

November 1976

CHRONIK DES MONATS OKTOBER 1976 1193

KOMMENTARE UND BERICHTE

Bundesrepublik und Menschenrechte . . . . . *Karl D. Bredthauer* 1196

Milton Friedman — der Nobelpreisträger und sein Modell . . *Nicole Ball* 1198

Brokdorf und die Privatarmee . . . . . *Hans-Helmuth Wüstenhagen* 1201

Koexistenz und wissenschaftlicher Meinungsstreit. Thesen zu einer Wiener Tagung . . . . . *Peter Römer* 1204

HAUPTAUFSÄTZE

Die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft . . *Reinhard Kühnl* 1207

Amerika in einer feindlichen Welt . . . . . *Zbigniew Brzezinski* 1246

Ursprünge und Aussichten der Ost-West-Entspannung. Zur Geschichtsschreibung und Politologie der Détente . . . . . *Wilfried v. Bredow* 1265

Dokumente eines neuen McCarthyismus. Gedächtnisprotokoll von Einstellungsverhören christlicher und pazifistischer Lehramtsbewerber . . 1281

Die Entwicklung der Dritten Welt (II). Hauptaspekte, Theorie und Praxis . . . . . *Jerzy Prokopczuk* 1299

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 1308

MEDIENKRITIK

Hollywood für Intellektuelle. Zu Hark Bohms Film „Nordsee ist Mordsee" . . . . . *Günter Giesenfeld* 1312

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Erklärung des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zur Lage an den Hochschulen zu Beginn des Wintersemesters 1976/77 (Wortlaut) . . 1313

Aufruf zum 30. Jahrestag der hessischen Verfassung am 1. Dezember 1976 (Wortlaut) 1315

Kommentare und Berichte

Bundesrepublik und Menschenrechte

„In der Bundesrepublik gibt es gegenwärtig etwa 600 000 Kranke des schizophrenen Formenkreises, mehr als 1 Million Alkoholiker, 7 Millionen behandlungsbedürftige Neurotiker. Wegen psychischer Erkrankungen werden jährlich 200 000 Bundesbürger in 130 spezielle Kliniken eingewiesen. 59 Prozent bleiben länger als 2 Jahre, 31 Prozent sogar länger als 10 Jahre ... 66 Prozent der Patienten in psychiatrischen Krankenhäusern sind auf geschlossenen Stationen untergebracht, 24 Prozent auf halboffenen Stationen (ohne Dauerbewachung) ... Fast die Hälfte aller Patienten ist in Sälen mit mehr als 10 Betten untergebracht. Elf Prozent schlafen in Sälen mit mehr als 21 Betten und 1,2 Prozent in Sälen mit mehr als 40 Betten. Im Durchschnitt müssen sich 6 Kranke ein Waschbecken teilen, und für 11 Patienten steht ein WC zur Verfügung. 40 Prozent der Patienten haben keine Spinde oder keine Nachttische ... Die Landeskrankenhäuser sind im Durchschnitt zu einem Drittel überbelegt. Sie sind verpflichtet, alle polizeilich eingewiesenen Patienten aufzunehmen. Die eingewiesenen Patienten dürfen zur Arbeit herangezogen werden. Für die psychiatrischen Krankenhäuser gilt noch heute der sogenannte Halbierungserlaß des Reichsministers des Inneren vom 5. 11. 1942. Er besagt, daß für psychisch Kranke von den Krankenkassen nur die Hälfte des Pflegesatzes anderer erstattet werden muß ...".

Wovon ist die Rede? Von Menschenrechten? Den zitierten Exkurs aus seinem 1976 erschienenen neuen Buch „März" beschließt der Schriftsteller Heinar Kipphardt mit dem Fazit: „Ein heute in der Bundesrepublik geborenes Kind hat eine mehrfach größere Chance, in eine Heilanstalt zu kommen als auf eine Universität."

Kipphardts Buch ist in der Bundesrepublik aufgenommen worden wie der Bericht eines Reisenden aus einem unbekannten Land. Gewiß, ein Bericht aus einer „Randzone". Aber zwingt er nicht zum Nachdenken über das Verhältnis unserer Gesellschaft zum Menschenrecht, gerade auch der Schwachen, der Unterprivilegierten, in einem Land, dessen Außenminister am 28. September 1976 vor die UNO-Generalversammlung getreten ist, um die Errichtung eines Internationalen Menschenrechtsgerichtshofs zu fordern?

Kipphardts Exkurs handelt von Kranken — aber wie wurden diese vielen Hunderttausende „krank"? Warum wurden sie aus der Gesellschaft gedrängt? Was wird in dieser aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängten „Randzone" aus der Menschenwürde — aus Artikel 1 der UNO-Menschenrechtsdeklaration, der alle Menschen für „frei und gleich an Würde und Rechten" erklärt?

„Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit", stellt Artikel 23 der Menschenrechtsdeklaration fest — keine Randfrage mehr in einem Land, dessen amtliche Prognosen auf Jahre hinaus von bis zu einer Million Arbeitslosen ausgehen. „Schutz gegen Arbeitslosigkeit" erklärt der zitierte Artikel ausdrücklich als Menschenrecht. „Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung", heißt es in Artikel 26. Steht dies Menschenrecht in irgendeiner Beziehung zur Situation der Zehntausende Jugendlicher, die in der Bundesrepublik keine Lehrstelle oder die keinen Studienplatz finden? Was wird aus dem Recht auf Selbstverwirklichung, aus elementarer

menschlicher Selbstachtung, wenn Hunderttausende junger Menschen von der Schule, vom Ausbildungsplatz faktisch auf die Straße gesetzt werden, gar nicht erst anfangen können zu arbeiten? Ist es mit ihrer Menschenwürde vereinbar, von der Gesellschaft wie Ausschuß behandelt zu werden? Was wird aus Menschenrecht und Menschenwürde all derer, die zu „Randgruppen" abgestempelt werden, weil sie alt, behindert, krank sind, weil sie schwanger sind, weil sie mit der Arbeitshetze, der Leistungsschraube nicht mehr mithalten können? (Hier liegt eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage: Wie viele werden an dieser Gesellschaft selbst krank, in Kriminalität, Alkoholismus, Drogenmißbrauch getrieben!)

„Alle Menschen haben ohne jede unterschiedliche Behandlung das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit" (Artikel 23,2). In der Bundesrepublik auch? Auch alle Frauen? „Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit" (Artikel 22), auf Sicherung „eine(r) der menschlichen Würde entsprechenden Existenz" (Artikel 23,3), „auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden" sichert (Artikel 25,1) — gilt das auch für die Millionen Rentner, beispielsweise, die in der Bundesrepublik seit Monaten in Angst um die Zukunft ihrer Altersversorgung gehalten werden, für die sie ein Arbeitsleben lang im voraus bezahlt haben, deren Mittel aber von CDU- wie SPD-geführten Regierungen gleichermaßen für Rüstung, Industriesubventionen usw. zweckentfremdet worden sind? Oder die Millionen ausländischer Arbeiter und ihre Angehörigen in der Bundesrepublik, in schlechten Wohnungen zusammengepfercht, zur Zahlung von Wuchermieten gezwungen, gut für jede Schmutzarbeit, die Kinder vielfach gänzlich unzureichenden Ausbildungsbedingungen unterworfen — gilt für sie auch der Artikel 2,1 der Menschenrechtsdeklaration?

„Jeder Mensch hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, sei es der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Überzeugung, der nationalen oder sozialen Herkunft . . .".

Ohne Unterschied der Rasse, Hautfarbe, Sprache, nationalen oder sozialen Herkunft? Ist das tatsächlich alltägliche Selbstverständlichkeit in der Bundesrepublik? (Und wie verträgt es sich mit der engen Zusammenarbeit mit den Apartheid-Regimes, mit Südafrika, Rhodesien?)

Ohne Unterschied des Geschlechts? Was alles an der Gleichberechtigung der Frauen in der Bundesrepublik fehlt, hat erst die Unruhe unter den Frauen selbst in den letzten Jahren publik gemacht. Aber wie steht es schon um die elementare Achtung der Menschenwürde, wenn schwangere Frauen gezwungen sind, von Arzt zu Arzt, von Gutachter zu Gutachter zu ziehen, sich demütigenden Fragen auszusetzen, sich von öffentlichen Krankenhäusern die Tür weisen zu lassen?

Gleiche Rechte — ohne Unterschied der politischen Überzeugung? Die Praxis der Berufsverbote — als Spitze eines Eisbergs (die Gesinnungsinquisition erfaßt nun schon junge Katholiken und Protestanten, vgl. die Protokolle im vorliegenden Heft) — hat die Bundesrepublik bereits vor der UNO in New York und in Straßburg, vor der Menschenrechtskommission und vor dem Europaparlament zum Gegenstand von Anfragen, Anklagen und Untersuchungen werden lassen. Und die Unruhe im Ausland wächst ringsum rasch.

Will man dem UNO-Vorstoß der Bundesregierung nicht unterstellen, es gehe weniger um Menschenrechte *) als

*) Oder sollte das Auftreten des Bundesaußenministers vor der UNO in der Tradition des Reichs-

um eine Art „Vorwärtsverteidigung" mit Blick auf die KSZE-Zwischenbilanz 1977 in Belgrad — und dafür ist die Frage der Menschenrechte wirklich zu ernst —, dann muß man erwarten, daß (in der Konsequenz ihrer Menschenrechtsoffensive) einschneidende Änderungen in der Politik der Bundesregierung erfolgen — in Sachen Recht auf Arbeit, Freiheit von politischer Diskriminierung, Gleichberechtigung, um nur an einige der brennendsten Fragen zu erinnern. Denn: Wer Unrecht bekämpfen will, muß damit im eigenen Hause anfangen, und wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Karl D. Bredthauer

---

außenministers Gustav Stresemann stehen, auf den sich Genscher und der Außenminister der Großen Koalition, Willy Brandt, häufig berufen? In einer Denkschrift des Stresemannschen Außenministeriums aus dem Jahre 1925 über die „Ausarbeitung einer klaren Linie für unsere Völkerbundpolitik" hieß es in zynischer Doppelbödigkeit, Deutschland müsse vor dem Völkerbund, dem Vorläufer der UNO, „die dankbare Rolle des Fortschrittlichen übernehmen" und die Gegenspieler „mit fortschrittlich-idealen Prinzipien und Forderungen in die Enge treiben. Damit hätten wir einen äußeren Mantel für unsere sonstigen Bestrebungen . . . Es wird sich daher empfehlen, so oft wir können, uns zum Förderer neuer Gedanken (eigener und fremder) aufzuwerfen und aus der Verkündung unseres Evangeliums möglichst großes Aufheben zu machen . . . um Deutschlands Stellungnahme einen besonderen, sympathischen Charakter zu verleihen und die Weltmeinung entsprechend zu beeinflussen . . . Hier empfehlen sich fortschrittliche Gesten, die fast immer Beifall finden, klingende Phrasen und die Verkündung großzügiger Gedanken . . . Wir können in Genf den Polen, Tschechen usw. recht viele Unbequemlichkeiten bereiten [Die Denkschrift bezieht sich hier auf die Frage der Minderheitenrechte, d. Verf.] . . . Hierbei wäre es natürlich förderlich, wenn wir in Deutschland, zumindest auf dem Papier, ein einwandfreies Minderheitenrecht aufzuweisen hätten." (Zitiert aus: „Ganz geheime Aufzeichnung ‚Deutschland im Völkerbund' v. 12. 12. 1925" [Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918—1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie B: 1925—1933, Bd. I, S. 68 ff., Göttingen 1966], hier nach dem Beitrag von Prof. Dr. Wolfgang Ruge in den „Blättern", 5/1969, S. 468—484: „Stresemann — ein Leitbild?", hier zit. S. 480 f.).

Milton Friedman – der Nobelpreisträger und sein Modell

Milton Friedman, der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler, ist mit dem Nobelpreis für Ökonomie ausgezeichnet worden. Anläßlich der Bekanntgabe ihrer Entscheidung rühmte die Schwedische Königliche Akademie der Wissenschaften Friedmans „Unabhängigkeit und Brillanz", seine „Leistungen auf den Gebieten der Konsumanalyse (consumption analysis), der Geschichte und Theorie des Geldes und seine Demonstration der Komplexität von Stabilisierungspolitik."

Gewiß, auch in der Vergangenheit haben die Nobelpreis-Komitees überraschende Entscheidungen getroffen. 1973 wurde der damalige US-Außenminister Henry Kissinger für seinen Anteil an der „Beendigung" des Krieges in Vietnam mit dem Friedensnobelpreis bedacht. In jenem Fall scheint die Belohnung ein wenig verfrüht vergeben worden zu sein. Nach der Unterzeichnung der Abkommen, die den amerikanischen Abzug garantierten, vergingen noch über zwei Jahre, ehe der Krieg wirklich zu Ende war. Und die seitherigen Enthüllungen über die Rolle, die Kissinger im Laufe der Verhandlungen gespielt hat, setzen hinter die Echtheit der Hingabe des Außenministers an die Sache des Friedens einige Fragezeichen.

Milton Friedman hat nicht den Friedenspreis bekommen, aber jeder Nobelpreis bedeutet eine herausragende Auszeichnung. Indem es Friedman den Preis zusprach, hat das Nobel-Komitee seine Theorien mit jener speziellen Aura umgeben, die nur den Arbeiten von Nobelpreisträgern zugestanden wird. Was Theorien wirklich wert sind, erweist sich natürlich erst, wenn sie in die Praxis umgesetzt werden. Wenn man Prof. Friedmans Theorien beurteilen will, muß man sich das Chile Pinochets anschauen. Der Befund kann kaum ermutigend ausfallen.

Friedmans Wirtschaftsmodell kreist um die Bedeutung eines absolut freien Marktes. Regierungseingriffe in das Wirtschaftsgeschehen sind strikt verboten. Diesem System zufolge bilden

die Preise sich durch Wettbewerb auf dem Markt, und eine niedrige Inflationsrate wird durch die Kürzung der Regierungsausgaben erzielt. Friedmans Ideen sind von keiner Regierung je voll realisiert worden, bis die chilenische Militärjunta sie sich vor drei Jahren zu eigen machte. Selbst in den Vereinigten Staaten, wo vielleicht am meisten von „freiem Markt" geredet wird, übt die Regierung einen wesentlichen Einfluß auf die Wirtschaft aus. Dies wird von Friedman und seinen Anhängern natürlich zutiefst bedauert. Aber für den einfachen Bürger besteht, wenn man nach dem chilenischen Beispiel urteilt, kein Anlaß zu solchem Bedauern.

Untersuchungen, die mehrere Jahre vor Präsident Allendes Amtsantritt im Jahre 1971 abgeschlossen wurden, haben gezeigt, daß die chilenische Wirtschaft von einer kleinen Anzahl Unternehmen (284) beherrscht wurde. Jede dieser Firmen wiederum beherrschte eine kleine Anzahl von Aktionären. Der Anteil des Auslandskapitals war groß. 80 der größten chilenischen Unternehmen gehörten ausländischen multinationalen Konzernen oder wurden von solchen kontrolliert. Allende war bestrebt, diese Gesellschaften — und damit die effektive Kontrolle über die chilenische Wirtschaft — in Regierungseigentum zu überführen. Gleichzeitig versuchte die Regierung der Unidad Popular, immer größere Teile der Bevölkerung in die wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse einzubeziehen — durch die Schaffung von Betriebskomitees, Landverteilungen usw. Zugleich bemühte die Regierung sich um eine Einkommensumverteilung durch öffentliche Gesundheits- und Wohnungsbauprogramme, Lohnerhöhungen für Arbeiter usw. Auch wenn es nicht auf allen Gebieten und nicht überall gleich rasch Erfolge gab, so wurden doch für die ärmeren Chilenen zweifellos Fortschritte erreicht.

Diese Aktivitäten trugen der UP-Regierung die Feindschaft der Reichen Chiles, der internationalen Konzerne, der internationalen Finanzierungsgremien und schließlich auch des chilenischen Mittelstandes und der Armee ein. Es war die Armee, die — nicht ohne beträchtliche Hilfe der amerikanischen CIA — die Volkseinheitsregierung stürzte und den Präsidenten ebenso wie Tausende seiner Mitarbeiter und Anhänger ermordete. Die Militärjunta löste eine umfassende und entgegen anderslautenden Regierungserklärungen weiterhin anhaltende Welle der Repression aus. Aber der Schaden, der sich nach der wirtschaftlichen Not der Mehrheit der chilenischen Bevölkerung bemißt, ist wahrscheinlich noch größer. Die verzweifelte Lage, in der die meisten Chilenen sich heute wirtschaftlich befinden, hat ihre Wurzeln in der Anwendung des Friedman-Modells „freier Marktwirtschaft" durch die Junta.

Wie sind die gegenwärtigen Herrscher Chiles auf Friedmans Modell gestoßen? Nicht etwa dadurch, daß sie in den Angebotskorb wirtschaftlicher Theorien gegriffen und dann einfach die erste beste übernommen hätten, die ihnen in die Finger geriet. Die Entscheidung, welchem Wirtschaftsmodell zu folgen sei, traf eine Gruppe chilenischer Ökonomen, Schüler von Friedman und seinem Chicagoer Kollegen Arnold Harberger, die an der Planung des Putsches unmittelbar beteiligt waren.

Es ist unmöglich, Friedman mit dem Argument zu entschuldigen, sein Modell sei durch die Art, wie die Chilenen es anwenden, entstellt worden. Im Gegenteil: Friedman hat Chile 1975, begleitet von Harberger, einen Besuch abgestattet und der Politik seiner chilenischen Kollegen seine Zustimmung erteilt. In der „Newsweek"-Ausgabe vom 14. Juni 1976 erläuterte Friedman, warum er ein Gegner der repressiven sozialen und politischen Maßnahmen der

Junta sein und doch zugleich als Berater der chilenischen Regierung tätig sein könne: „... ich halte es nicht für unmoralisch, wenn ein Ökonom der chilenischen Regierung technische Ratschläge für ihre Wirtschaftspolitik erteilt, ebensowenig wie ich es für unmoralisch halten würde, wenn ein Arzt der chilenischen Regierung technische Ratschläge für ihre Gesundheitspolitik gibt, um eine Seuche bekämpfen zu helfen." Aber wie, wenn die gesundheitspolitischen Ratschläge des Arztes selbst die Ursache der Seuche wären?

Bis Ende 1975 sind über 70 % der 492 in öffentlichem Eigentum befindlichen Unternehmen Chiles ihren früheren Besitzern zurückgegeben oder verkauft worden. Mit dem Rest soll in gleicher Weise verfahren werden. Alles zum Heil des freien Unternehmertums. Aber gerade weil auf diese Weise die chilenische Wirtschaft im wesentlichen auf den Stand vor Allende zurückversetzt worden ist, also wieder von einer kleinen Gruppe von Eigentümern beherrscht wird, ist „Wettbewerb" das letzte, womit jetzt zu rechnen wäre. Seit es keine Beschränkungen seitens der Regierung mehr gibt, sind Preis- und Marktabsprachen wieder die Regel. Das hat zu Rekordinflationsraten geführt: 375,9 % 1974 und 341 % 1975.

Trotz der scharfen Beschränkung der Staatsausgaben ist es nicht zu der vorausgesagten Senkung der Inflationsrate gekommen, und die chilenische Wirtschaft steckt in einer tiefen Depression. Nach einer Schätzung des Weltwährungsfonds (IMF) liegt das reale Prokopfeinkommen heute niedriger als vor zehn Jahren. In der Landwirtschaft gab es im vergangenen Jahr praktisch kein Wachstum (0,4 %). Die Durchschnittslöhne derer, die das Glück hatten, überhaupt eine Beschäftigung zu finden, sanken 1975 um mindestens 8 %, und der IMF nimmt für 1976 eine Fortsetzung dieses Trends an. Das schlimmste Problem ist jedoch die Arbeitslosigkeit. Vor dem Putsch lag die Ziffer bei 3,1 %. 1976 verfügten annähernd 25 % der Gesamtbevölkerung über keine Einkommensquelle.

Natürlich trifft dies alles die Ärmsten am härtesten. Die Nahrungsmittelproduktion ist zurückgegangen, teils wegen des Anstiegs der Düngerpreise und teils deshalb, weil mehrere Millionen Hektar, die von der UP-Regierung enteignet worden waren, den Grundbesitzern zurückgegeben wurden. Die Preise sind derart angestiegen, daß eine Familie, die vom Mindesteinkommen leben muß — und das trifft für einen großen Teil der Beschäftigten zu —, sich nur die Hälfte des von der Weltgesundheitsorganisation für erforderlich gehaltenen Tagessatzes an Kalorien und Proteinen leisten kann. Die Verschlechterung der medizinischen Versorgung aufgrund der finanziellen Einschränkungen der Regierung hat in Verbindung mit der Verteuerung der Lebensmittelpreise zu einem scharfen Anstieg der Kindersterblichkeit geführt.

Auch die Mittelschichten bekommen den wirtschaftlichen Niedergang zunehmend zu spüren. Zahlreiche mittlere Firmen sahen sich bereits zum Konkurs gezwungen; viele werden von größeren Unternehmen aufgekauft. Nur sehr wenige Chilenen, verständlicherweise diejenigen, die am hartnäckigsten zur Junta halten, haben in den letzten drei Jahren irgendeine Verbesserung erfahren.

Friedmans Modell zufolge sollte der Vorherrschaft der großen Konzerne durch Importe billigerer ausländischer Waren entgegengewirkt werden. Der allgemeine wirtschaftliche Niedergang hat jedoch dazu geführt, daß weniger Geld zur Finanzierung von Importen zur Verfügung steht. Im übrigen besitzen die ausländischen Unternehmen, die nach Friedmans Modell der chilenischen Industrie Konkurrenz machen sollten, selbst große Anteile an den

dortigen Gesellschaften und denken deshalb nicht daran, ihren eigenen Firmen „Konkurrenz" zu machen.

Der erste Versuch, Friedmans Wirtschaftsmodell in seiner reinen Form anzuwenden, ist gescheitert. Millionen Chilenen sind in wirtschaftliche Not gestürzt worden, einige wenige haben sich persönlich bereichern können. Die Wahrheit ist, daß Friedmans Wirtschaftsmodell niemals durchführbar gewesen wäre, wenn nicht zuvor die Militärjunta die Bevölkerung terrorisiert und der Fähigkeit beraubt hätte, der Anwendung wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die auf nichts anderes als auf eine drastische Verschlechterung des Lebensstandards hinauslaufen konnten, Widerstand entgegenzusetzen. Und die gleichen Unterdrückungsmethoden sind für die Beibehaltung des „Modells" erforderlich. Die Realisierung der ökonomischen Theorien Friedmans ist, wie sich zeigt, eine unauflösliche Verbindung mit der sozialen und politischen Unterdrückung eines Landes eingegangen, das auf eine lange parlamentarisch-demokratische Tradition zurückblickt.

Die meisten Menschen, Milton Friedman eingeschlossen, akzeptieren diese Verbindung nicht, aber sie ist unausweichlich. Daß das Nobelpreis-Komitee Theorien, die in einem derart intimen Zusammenhang mit massiver Unterdrückung stehen, legitimiert und prämiert, ist ein internationaler Skandal.

Nicole Ball, Ithaca, N. Y.

Nachtrag der Redaktion: „Milton Friedman prophezeit ein Santiago an der Themse", berichtete „Die Welt" am 2. November 1976. „Den Bezug zu Großbritannien", schreibt die Zeitung, „sieht Friedman nicht zuletzt in dem Umstand, daß auch in Großbritannien mit seiner großen freiheitlichen Tradition mit immer größeren Staatsanteilen an den wirtschaftlichen Aktivitäten die Freiheit ‚brüchig' zu werden droht. ‚Ich fürchte, daß die Chancen 50 zu 50 stehen, wonach die uns bekannte britische Freiheit und britische Demokratie innerhalb von fünf Jahren zerstört sein wird'." Die Springerzeitung kommentiert Friedmans „auf den ersten Blick unangebracht erscheinenden Chile-Vergleich" auf folgende Weise: „Ironie der Geschichte: Den Thesen Milton Friedmans, der ein ‚zweites Chile' in Großbritannien prophezeit, folgt die Militärjunta in Chile in der Wirtschaftspolitik . . .".

Brokdorf und die Privatarmee

Sie setzten Wasserwerfer ein, die „chemische Keule" und die Schlagstöcke. Junge Bereitschaftspolizisten, „geschult" gegen Umweltschützer, die ja alle nur „Radikalinskis" sind (so wird ihnen weisgemacht), vollzogen ihren Prügeldienst.

Dies geschah in Brokdorf an der Unterelbe am 30. Oktober 1976. Nach Wyhl im Süden war es ein Kernkraftwerksstandort im Norden, der Schlagzeilen machte. Kurz vorher hatte der bayerische Umweltminister Jaumann in München bereits verkündet, die Bürgerinitiativen würden die Bundesrepublik unregierbar machen! Unregierbar? Weder in Wyhl noch in Brokdorf leisteten die Umweltschützer Widerstand. Ihre Aktionen blieben gewaltfrei. In Baden, wie auch an der Elbe, waren es die gleichen Beweggründe, welche die Bürger veranlaßten, die Bauplätze zu besetzen.

Die Bürger, die sich — im Gegensatz zu den meisten Politikern — mit der Gefährdung durch die Kernenergie auseinandersetzten, taten das, was ihnen ihr Gewissen vorschrieb. Nicht nur sechs evangelische Pastoren waren auf dem Bauplatz in Brokdorf!

Was sich aber hinter den Kordons der Polizisten, die Gesichter mit Gasmasken versehen, abspielte, schlägt ein neues Kapitel in der Auseinandersetzung, aber auch in der Geschichte dieser Republik auf. Hinter der Bereitschaftspolizei stand die Truppe des Kernkraftwerksbetreibers, und diese „private" Einheit war ähnlich ausgerüstet! Auch sie griff zu, warf Gasgranaten, die sonst nur Polizisten haben, auch sie glaubte ein volles Polizeirecht zu genießen.

Und in der Tat: Von niemandem bisher beobachtet, von keinem verantwortlichen Politiker überhaupt nur erwähnt, ist eine zentral gesteuerte, zentral ausgerichtete und ausgebildete Geheimtruppe der Kernenergiebetreiber entstanden. Der Januskopf des Kernkraftwerksprogramms zeigt sich immer mehr. Fast eine halbe Division haben die Energiegesellschaften bereits rekrutiert, und dies geschieht nach einem einheitlichen Plan. Mindestens 3200 Mann umfassen diese Einheiten, wahrscheinlich aber sind es bereits erheblich mehr. An fünf Fingern läßt sich abzählen, wieviel zusätzlicher „Atomwerksoldaten" es bedarf, wenn die für das kommende Jahr vorgesehenen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik in Angriff genommen werden.

Wer hat es eigentlich zu verantworten, daß diese Privattruppen der Kraftwerksbetreiber entstehen? Wie sind sie mit unserem Grundgesetz zu vereinbaren? Der frühere Bundesinnenminister Höcherl sagte einmal, man könne nicht immer mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen. Mir scheint es, man hat hier in Bonn das letzte Exemplar unseres Grundgesetzes verlegt oder sogar verloren.

So einfach also ist es: Man wirbt eine Truppe an, die Atom-Fremdenlegion, man rüstet sie aus und läßt sie zusammen mit der Polizei gegen Bürger vorgehen. Zurück zu Brokdorf: Als am Sonnabend, jenem 30. Oktober, der Platz siegreich geräumt war und es bei den Bürgerinitiativlern über 100 Verletzte gegeben hatte, verbrannten Polizei und, so muß angenommen werden, auch „Hilfssheriffs" Zelte, Schlafsäcke und anderes Eigentum der Besetzer. Ein Freudenfeuer? Es scheint so. Ein Freudenfeuer, welches die „Gesetzeshüter" entfachen dürfen? Feststeht, daß der Einsatz der Polizei weit über die stets gepriesene „Verhältnismäßigkeit der Mittel" hinausging und in dieser Art und Weise nur möglich war, weil das Fernsehen den Platz bereits verlassen hatte. Nicht die jungen Polizisten tragen hierfür die Schuld, sondern ihre Offiziere, die anscheinend ihren Schneid gegenüber Wehrlosen zeigen wollten. Fürwahr, kein Ruhmesblatt für diese.

Ministerpräsident Stoltenberg, der „kühle Klare aus dem Norden", wie er genannt wird, sprach lobend über diesen harmonisch verlaufenen Polizeieinsatz. Er identifizierte sich voll damit! Was mag in einem solchen Mann eigentlich vor sich gehen? Hält er es für Rechtens, Bürger verprügeln zu lassen? Hält er den Gaskrieg an der Elbe für das richtige Mittel? Ich kann dies einfach nicht glauben. Hier geht es nicht um Recht, hier geht es lediglich um Macht. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe hatte gefordert, bevor es zur spontanen Besetzung kam, daß die Rechtmäßigkeit der sofortigen Vollziehbarkeit der Baugenehmigung vom Verwaltungsgericht überprüft werden müsse. War dies zuviel verlangt? Glaubt ein moderner Staat, mit diesem „Gewaltrecht" der „sofortigen Vollziehbarkeit" einer Genehmigung sich immer noch gegen den Willen einer großen Anzahl von Betroffenen durchsetzen zu können? Wie sieht es denn aus, wenn Prozesse laufen — und es wird munter weitergebaut? Diese Prozesse erfordern Zeit, und währenddessen wächst das Kernkraftwerk, es wächst, siehe Esensham bei Bremen, trotz der Prozesse bis zum fertigen

Werk! Welches Verwaltungsgericht aber wird mehr als eine Milliarde verbaute DM dann durch ein Gerichtsurteil wertlos machen? Es wäre Illusion, daran zu glauben.

Wyhl und Brokdorf und jetzt noch diese Privat-Truppe ... Soll und wird es so weitergehen? Ist hier bereits die Gesetzmäßigkeit einer Großtechnologie am Werk, welche die Chefs von Energieversorgungsunternehmen gleichzeitig zu Generalen macht? Sind unsere Politiker so klein, so nichtssagend geworden, ist ihr Energiehunger so groß, daß sie sich voll und ganz den Befehlen der Energiebosse unterwerfen, oder sind sie nur unwissend und schwach? Jeder, der sich ernsthaft mit den Energieproblemen auseinandersetzt, weiß, daß uns nur rationelle Energienutzung und nicht die Atomenergie aus einer zukünftigen Sackgasse heraushelfen kann. Aber hier wird nichts getan, die sinnlose Energieverschwendung geht weiter. Was könnten wir nicht alles tun, um die rationelle Energieverwendung zu fördern — und was geschieht? Zu wenig und wenn, dann zumeist von Anfang an falsch vorprogrammiert. Hier sei nur der im Grunde „halbe" Wärmeschutz, der jetzt bei Bauten vollzogen werden muß, erwähnt.

Aber die Gegnerschaft gegen die Atomenergie nimmt zu, und Brokdorf dürfte

Zum Thema

Bernd Moldenhauer
Hans-Helmuth Wüstenhagen

Atomindustrie
und Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 26
48 Seiten, 4,– DM

Hans-Helmuth Wüstenhagen / Knut Krusewitz / H. J. Krysmanski /
Renate Krysmanski / Manfred O. Hinz

Umweltmisere, Bürgerinitiativen
und die Verantwortung der Wissenschaftler

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 28
59 Seiten, 6,– DM

Pahl-Rugenstein

mit den jüngsten Vorgängen wiederum 1 % mehr gebracht haben. Im Februar 1976 sprachen sich bei einer Repräsentativ-Umfrage 20 % gegen die Errichtung von Kernkraftwerken aus. Im August dieses Jahres waren es bereits 29,7 %. Immer geringer wird der Abstand zu dem Bevölkerungsteil, welcher noch die Kernenergie befürwortet. Erstaunliches aber zeigt die August-Befragung: „Leitende Angestellte und hohe Beamte" stellen — gegenüber anderen Berufsgruppen — den höchsten Prozentsatz der Jasager! Bei den „mittleren Selbständigen" stehen 32,6 % Befürworter den 32 % gegenüber, welche die Atomenergie ablehnen. Bei den 25—29jährigen sind es 38,1 %, welche die Kernenergie nicht wollen, und nur 33,5 %, die sie verwirklicht sehen möchten.

Noch hat Herr Matthöfer, der Bundesforschungsminister mit gewerkschaftlicher Vergangenheit, recht: 42,3 % der in Gewerkschaften organisierten Befragten sind dafür, aber mit 29,8 % haben die Gegner auch hier eine unerwartete Stärke erreicht. Aus den früheren Minderheiten sind beachtliche Gruppierungen entstanden!

Die Gegnerschaft wird wachsen, sie wird weiter zunehmen, und weil man dies weiß, versucht man, alles zu tun, um die Kernenergie rasch durchzusetzen.

Nicht nur in Schweden hatte die Kernenergie wahlpolitische Brisanz. Sie wird sich in der Bundesrepublik, leider zu spät vielleicht, wiederholen. Mehr als 5200 Wissenschaftler aller Disziplinen haben den Aufruf von Prof. Dr. Altner, Universität Heidelberg, und den des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz für ein Moratorium kerntechnischer Anlagen bisher unterzeichnet. Für uns ein Beweis, daß sich die Vernunft immer mehr durchsetzt. Es ist an der Zeit, umzudenken, an der Zeit, zu handeln.

Hans-Helmuth Wüstenhagen

Koexistenz und wissenschaftlicher Meinungsstreit

Thesen zu einer Wiener Tagung

*Anläßlich des 65. Geburtstags von Eduard Rabofsky wurden die Herausgeber der ihm gewidmeten Festschrift „Rechtswissenschaft und Arbeiterbewegung" *), Johann J. Hagen, Peter Römer und Wolfgang Seifert, von der Österreichischen Vereinigung Demokratischer Juristen gebeten, über das Thema „Koexistenz und wissenschaftlicher Meinungsstreit" zu referieren. An dieser wissenschaftlichen Tagung am 29. September 1976 nahmen außer dem Justizminister und der Ministerin für Wissenschaft und Kultur zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens Österreichs teil. Die Veranstaltung, auf der u. a. auch ein Mitglied des Präsidiums der Kommunistischen Partei Österreichs sprach, zeigt bereits dadurch, daß sie mit solcher Beteiligung zustandekam, welch freiere Kommunikationsformen im Gegensatz zur BRD in anderen westlichen Demokratien existieren.*

Wir veröffentlichen hier in für den Abdruck in den „Blättern" durchgesehener Fassung die von Peter Römer vorgetragenen Thesen. D. Red.

Zur friedlichen Koexistenz gibt es keine Alternative. Das kann niemand ernsthaft bestreiten. Das unfriedliche, kriegerische Gegeneinander-Existieren wäre angesichts des Standes der Kriegstechnik und der angehäuften Vernichtungskraft sehr bald ein Zustand der Nichtexistenz, zumindest in Europa.

Den Krieg will niemand; wollen alle deshalb die Politik der friedlichen Koexistenz? Offensichtlich nicht, wie gerade der diesjährige Wahlkampf in der Bundesrepublik zeigt, wo eben diese Politik und die für sie eintretende Parteienkoalition sehr heftig attackiert wird.

Den Krieg wollte man nicht, aber die Politik des Kalten Krieges und das Roll back, die wollte man. Den Krieg will man nicht, aber die Politik der Nichtanerkennung zweier deutscher Staaten, die Politik der

*) Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976.

Hochrüstung, der atomaren Abschreckung, die will man vielerorts noch immer.

Mit anderen Worten: die gesetzmäßigen, notwendigen und wissenschaftlich erkennbaren Folgen, die sich aus der Tatsache ergeben, daß nur ein friedliches Nebeneinander der unterschiedlichen staatlich organisierten Gesellschaftssysteme möglich ist, diese Folgen wollen die fortschrittsfeindlichen Kräfte nicht erkennen, diese Folgen wollen sie nicht anerkennen, diese Folgen wollen sie nicht zur Richtschnur des praktischen Handelns machen.

Bei der Frage nach der Anerkennung des wissenschaftlichen Meinungsstreits ist die Situation ähnlich. Zur Wissenschaftlichkeit des Meinungsstreits gibt es keine Alternative; ein Streit der Meinungen, bei dem es um Probleme der Erkenntnis von Natur und Gesellschaft geht, kann, das wird von niemandem ernsthaft bestritten, heute nur als wissenschaftlicher geführt werden; also als einer, bei dem die Hauptfrage die nach der Richtigkeit, der Wahrheit der Erkenntnis ist. Unbestritten ist auch, daß der Fortschritt der Erkenntnis ein Prozeß ist, der nur durch den Meinungsstreit vorangetrieben werden kann.

Aber auch hier kann man am Beispiel der Bundesrepublik sehr deutlich sehen, daß zwar die Aufhebung der Wissenschaftsfreiheit von niemandem propagiert wird, daß aber zugleich durch die Berufsverbotepraxis und durch das ganze System der Wissenschaftsorganisation Denkverbote praktiziert werden. Nichts z. B. insoweit gegen den kritischen Rationalismus und gegen Sir Karl, den Sie als Österreicher ja wieder einen der Ihren nennen können, alles aber gegen die amtliche Erhebung dieser Wissenschaftstheorie zur allein richtigen und alles dagegen, vom Bekenntnis zu dieser Theorie die wissenschaftliche und berufliche Existenz abhängig zu machen. So aber z. B. geschehen in Hessen, wo ein Marburger Kollege u. a. deshalb nicht zum Hochschullehrer auf Zeit ernannt worden ist, weil vom „wissenschaftstheoretischen Standpunkt des kritischen Rationalismus" (der in der Tat nicht der Standpunkt dieses Kollegen ist) seine Arbeit keinen Wert besitze. Sie können diese Argumentation in Heft 8/1976, S. 949, der „Blätter für deutsche und internationale Politik" nachlesen.

Wenn ich zu dem Verhältnis von Koexistenz und wissenschaftlichem Meinungsstreit spreche, so meine ich aber nicht jene denaturierten Koexistenzformen, die lediglich gerade noch die physische Gewalt ausschließen, meine ich nicht jenen wissenschaftlichen Meinungsstreit, der gerade noch einen Pluralismus bürgerlicher Theorien zuläßt, den Marxismus aber als unwissenschaftlich, als angebliche Glaubens- und Heilslehre aus diesem wissenschaftlichen Meinungsspektrum ausschließt.

Ich meine vielmehr jene Form der Koexistenz, die realistisch die Folgerungen aus der Tatsache zieht, daß das bestehende internationale Kräfteverhältnis mit Gewalt und mit Drohung mit Gewalt nicht verändert und in seinen Entwicklungsmöglichkeiten nicht beschränkt werden kann.

Ich meine jene Form der Koexistenz, die darüberhinaus die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet angesichts der Knappheit der natürlichen Weltvorräte und angesichts der die ganze Menschheit betreffenden Umweltgefahren für unabweislich hält. Und ich meine jenen wissenschaftlichen Meinungsstreit, der die zutiefst wissenschaftliche Frage nach der objektiven Wahrheit nicht als unkritisch-irrationale Heilssuche diffamiert.

Diese so verstandene Koexistenz kann die ideologische Auseinandersetzung nicht stillstellen. Im Gegenteil: Je stärker die Tatsache bewußt wird, daß Veränderungen im jeweils anderen Gesellschaftssystem nicht durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt, nicht durch wirtschaftliche Sanktionen oder Boykottmaßnahmen usw., sondern allein mittels der ideologischen Auseinandersetzung möglich sind, umso größer wird auch die ideologische Auseinandersetzung werden. Solange jedoch die Politik der Koexistenz nicht voll realisiert ist, wird sich auch der wissenschaftliche Meinungsstreit nicht voll entfalten können. Sicher, die ideologische Auseinandersetzung ist gerade in Zeiten des Kalten Krieges besonders heftig, aber diese Auseinandersetzung geschieht nicht in der Form des offenen wissenschaftlichen Streits, sondern in der Form des Ausschaltens, des Verschweigens oder des Verfälschens der anderen Theorie. Ein gigantischer Apparat wird aufgebaut, um die eigentliche wissenschaftliche Auseinandersetzung zu verhindern. Autoren, deren Ansichten, wären sie im Westen geäußert worden, allgemein als ultrareaktionär und unbeachtlich behandelt würden, werden,

wenn sie sich kritisch gegenüber der sozialistischen Gesellschaft und ihrem Staat äußern, zu Geistesheroen emporstilisiert. Randfiguren des geistigen Lebens werden in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Dem korrespondiert auf der anderen Seite eine gewisse Zurückhaltung in der offensiven — und das heißt für mich auch immer: in der öffentlichen — Auseinandersetzung. Solange aber z. B. die Springer-Presse in einem Buch in erster Linie ein Instrument des geistigen Terrors und nicht der Aufklärung sieht, wird notwendigerweise der Meinungsstreit auf beiden Seiten behindert.

Wenn die Prinzipien der friedlichen Koexistenz verwirklicht sein werden, wird die dann erfolgende freie geistige Auseinandersetzung natürlich den Charakter des ideologischen Klassenkampfs nicht verlieren; sie wird sich aber durch das Zurückdrängen der geistigen und materiellen Repression allein in den Formen der wissenschaftlichen, geistigen, künstlerischen Auseinandersetzung abspielen. Das wird nicht heißen, daß Glasperlenspieler in Elfenbeintürmen miteinander parlieren. Selbstverständlich lassen sich für den Marxisten Theorie und Praxis nicht auseinanderreißen. Die friedliche Koexistenz ist keine Garantie des Status quo; der Versuch, durch politische Maßnahmen, wie die der Politik der friedlichen Koexistenz, die Lösung gesellschaftlicher Widersprüche zu verhindern, wäre nicht nur illusionär, sondern auch gefährlich, weil die Widersprüche keine Bewegungsformen fänden, innerhalb derer sie sich aufheben könnten.

Wenn jegliche Gewalt, auch die indirekte, geächtet wird, so kann es nur die materielle Gewalt der Ideen sein, durch die Veränderung stattfindet. Eben deshalb wird der wissenschaftliche Meinungsstreit zunehmen. Wann aber gewinnen die Ideen die Gestalt materieller Gewalt? Nach einem bekannten Ausspruch von Marx dann, wenn sie die Massen ergreifen.

Mit der Politik der friedlichen Koexistenz und der mit ihr verbundenen ideologischen Auseinandersetzung ist jede Form des linken Putschismus unvereinbar. Die Richtigkeit der Idee bewährt sich gerade darin, daß sie in der Lage ist, die Massen zu ergreifen, daß sie ihnen ein Ziel und ein Mittel zum Handeln weist.

Diese ideologische Arbeit ist ein langwieriger und schwieriger Prozeß; daß er im Zeichen der friedlichen Koexistenz notwendiger denn je ist: diese Erkenntnis scheint sich bei den sozialistischen Parteien immer stärker durchzusetzen und auch die entsprechenden Erfolge, wie wir in Frankreich und Italien sehen, zu zeitigen. Peter Römer

Kleine Bibliothek Neuerscheinungen 2. Halbjahr 1976

71 *Bethge/Rossmann (Hg.)* Die Zerstörung der Demokratie in der BRD durch Berufsverbote. 530 S. DM 7,80

72 *Huffschmid/Schui (Hg.)* Gesellschaft im Konkurs? Handbuch der Wirtschaftskrise in der BRD 1973–1976. 530 S. DM 12,80

73 *Badstübner/Thomas,* Restauration und Spaltung. BRD 1945–1955. 512 S. DM 9,80

74 *Frauenaktion Dortmund* Schwangerschaft und der neue § 218. Handbuch für Frauen. 204 S. DM 9,80

75 *Meyer (Hg.)* Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR. Ein Quellenband. 448 S. DM 14,80

76 *Simon* Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDA, BDI und DIHT. 240 S. DM 12,80

81 *Kahl,* Positivismus als Konservatismus. 301 S. DM 14,80

82 *Butterwegge* Alternativen der Wirtschaftslenkung. 200 S. DM 9,80

84 *Hinrichs/Peter* Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft und Rationalisierung in der Weimarer Republik. 298 S. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft

Von Reinhard Kühnl

„Ich glaube an das Glück,
Ich weiß, es kehrt zurück."

So oder ähnlich tönt es täglich hundertfach aus dem Lautsprecher. Das Liedchen soll Mut machen, neue Kraft verleihen. Also ein optimistisches Liedchen? Der erste Eindruck trügt. Der Text verrät mehr, als er verraten will. Tatsächlich teilt er mit: Erstens ist das Glück gegenwärtig abwesend. Zweitens kann es allenfalls in der alten Form zurückkehren; von Besserwerden, von Fortschritt ist nicht die Rede. Und drittens beruht diese Überzeugung auf einem irrationalen Glaubensakt.

Was sich in diesen beiden Zeilen ausdrückt, ist die banale Fassung dessen, was in politischer Ideologie und Gesellschaftstheorie, in Kunst und Wissenschaft differenzierter und auf höherem Niveau ebenfalls formuliert wird: die Erfahrung, daß die Gegenwart voller Unsicherheit und Krisen ist, die Befürchtung, daß die Zukunft noch gefahrvoller und düsterer sein wird, die irrational begründete Hoffnung, daß es dennoch schon irgendwie gehen wird, und die Trauer, daß die „gute alte Zeit" dahin ist, kurzum: das Gefühl, daß es eher abwärts geht.

Hinter der glänzenden Fassade der Stuyvesant-Welt vollzieht sich die wachsende Zerstörung der Landschaft, hinter dem Optimismus der Sunil-Reklame, daß eine Reinheit von nie erreichter Qualität jetzt garantiert sei, lauert das Wissen, daß die Wasserverschmutzung lebensbedrohende Ausmaße erreicht hat. Pessimistische Bewußtseinsformen sind also durchaus in der Wirklichkeit begründet. Der Hinweis auf aktuelle Umwelt- und Energiekrisen reicht zur Erklärung allerdings nicht aus. Das Mißbehagen sitzt tiefer.

Zu prüfen ist, wo diese pessimistischen Strömungen ihren Ursprung haben, worauf ihre Verbreitung und ihre Wirksamkeit beruht und welches ihre ideologische Funktion ist. Es muß also geklärt werden, welche objektiven gesellschaftlichen Sachverhalte sich in diesen Bewußtseinsformen widerspiegeln, ob sie sich richtig oder verzerrt widerspiegeln, ob die innere Struktur dieser Bewußtseinsformen homogen oder widersprüchlich ist und wie sie auf die gesellschaftliche Realität zurückwirken. Es ist klar, daß in dem vorgegebenen Rahmen eines Aufsatzes nicht mehr als eine grobe Skizze möglich ist.

Die realen Grundlagen der geistigen Krise

Pessimistische Weltanschauungen dieser Art sind aus der Geschichte bekannt. Als das feudal-absolutistische Gesellschaftssystem seinem Ende entgegenging, breitete sich das Bewußtsein aus, man lebe in einer Periode des Niedergangs, der Zersetzung aller Werte und Normen, der Auflösung jeglicher Ordnung. Solche Anschauungen und Stimmungen blieben keineswegs beschränkt auf die niedergehende Feudalklasse und ihre ideologischen Interessenvertreter, sondern ergriffen auch andere Teile der Intelligenz, besonders dann, als mit der Französischen Revolution die sozialen Kämpfe sich enorm verschärften. Tatsächlich

allerdings handelte es sich nicht um den Niedergang der Welt, sondern lediglich um den Niedergang der feudalen Klasse und ihres Herrschaftssystems; nicht um die Zersetzung von Ordnung und Moral überhaupt, sondern um die Zersetzung der feudal-absolutistischen Ordnung und Moral, die mit dem Heraufkommen einer neuen, der bürgerlichen Gesellschaftsordnung notwendig verbunden war. Dieser über zwei Jahrhunderte sich hinziehende Prozeß der Ablösung der alten Gesellschaftsordnung in Europa und Nordamerika durch eine neue ist in seinem gesetzmäßigen Charakter im Rückblick klar erkennbar. Vielen Zeitgenossen jedoch stellte er sich als krisenhaftes Chaos, als Knäuel von Auflösungserscheinungen, Gärungsprozessen in den Volksmassen und Machtkämpfen dar, das sie tief verunsicherte. Prediger verkündeten, das Ende der Welt sei gekommen, Dichter wandten sich von dieser krisenhaften Wirklichkeit ab und flüchteten in die verklärte Welt des mittelalterlichen Rittertums oder in die Exotik fremder, primitiver Völker, Philosophen lehrten, daß der Mensch von Natur aus eine Bestie sei und der strengen Zucht durch eine starke kirchliche oder weltliche Autorität bedürfe, um zu einem halbwegs gesitteten Mitglied der Gesellschaft zu werden.

Im aufsteigenden Bürgertum dagegen breitete sich die Überzeugung aus, daß es aufwärts gehe in der Geschichte, daß die Menschheit bereits große Fortschritte gemacht habe und noch gewaltigere Fortschritte erzielen werde, daß die Zukunft hell und durch den Menschen selbst aktiv zu gestalten sei. In der Philosophie und Dichtung der Aufklärung hat dieses optimistische Weltbild seinen klarsten Ausdruck gefunden. Es war realistisch, denn es entsprach der realen Fortschrittsbewegung der Gesamtgesellschaft, und es entsprach dem realen Aufstieg des Bürgertums, dem Hauptträger der Fortschrittsbewegung in dieser Periode. Weltgeschichtlich gesehen wurden in jener Krisenperiode, die vom deutschen Bauernkrieg über die englische Revolution und den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg bis zur Französischen Revolution und den Kämpfen des 19. Jahrhunderts reichte und mit mancherlei Wirren und Gewalttätigkeiten verbunden war, Feudalismus und Absolutismus beseitigt und eben jene bürgerlichen Staats- und Gesellschaftssysteme geboren, die die folgende Periode der Weltgeschichte bestimmten.

Das optimistische Weltbild des besitzenden und gebildeten Bürgertums schwand jedoch im gleichen Maße, in dem die tatsächlichen Widersprüche und Bedrohungen der bürgerlichen Gesellschaft anwuchsen. Die reale Krise fand ihren geistigen Ausdruck in einem wachsenden Krisenbewußtsein.

Die inneren Widersprüche und die sozialen Kräfte, die die bürgerliche Gesellschaft zunehmend bedrohten, wurden von ihr selbst hervorgebracht, und zwar keineswegs zufällig, sondern mit innerer Notwendigkeit.

1. Die kapitalistische Produktionsweise setzt — historisch wie logisch — die Existenz einer Arbeiterklasse voraus, d. h. einer großen Zahl von Menschen, die nicht selbst über die Bedingungen ihrer Arbeit verfügen und eben deshalb gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an einen Kapitaleigentümer zu verkaufen[1]). Diese Arbeiterklasse, die sich historisch aus ehemals selbständigen Handwerkern, Händlern und Bauern bildete, stellt schon durch ihre bloße Existenz eine Negation der bürgerlichen Gesellschaft dar: Diese Gesellschaft, die das Privateigen-

[1]) Auch das Kapital selbst sieht natürlich den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Lohnarbeit; es formuliert ihn so: „Ohne Eigentum, Unternehmerfunktion und Gewinn gibt es auch ... nicht den freien Arbeitnehmer" (A. Walterscheid, Eigentum, Unternehmer und Gewinn. Unsere Jugend braucht Wahrheit und Klarheit, in: „Gesellschaftspolitische Kommentare", 20/21, 1975, S. 230).

tum als allgemeines Menschenrecht und als unantastbar verklärt, ist strukturell angewiesen auf ein Heer von eigentumslosen Lohnarbeitern, die ihre Arbeitskraft zu verkaufen gezwungen sind. Kapital setzt Lohnarbeit tatsächlich und begrifflich voraus. Es kann als Kapital nur fungieren, wenn es Arbeitskraft als Ware kaufen kann. So vollzieht die bürgerliche Gesellschaft die systematische Enteignung der großen Mehrheit der Bevölkerung, die Verwandlung ehemals selbständiger Produzenten und Händler in abhängige Lohnarbeiter. Dieser durch den Konkurrenzkampf vorangetriebene Prozeß, der den Kapitalismus in allen Ländern von Anfang an begleitet und auch in der Gegenwart sich immer weiter durchsetzt[2]), macht deutlich, daß das „allgemeine Menschenrecht" auf Privateigentum und freie Entfaltung der persönlichen Initiative zum Privileg einer immer kleiner werdenden Minderheit geworden ist, die sich die Arbeitsergebnisse der großen Mehrheit aneignen kann, weil sie über die Produktionsmittel verfügt. (Daß die Lohnabhängigen ihre Lebensbedingungen verbessern und ein gewisses Konsumniveau erreichen konnten, ändert an diesem grundsätzlichen Sachverhalt natürlich nichts. Ein Blick auf frühere Klassengesellschaften mag das verdeutlichen: Ein Sklave bleibt auch dann ein Sklave, wenn ihn sein Herr gut versorgt, und ein Leibeigener wird nicht dadurch zum freien Mann, daß die Lasten seiner Frondienste für den Grundherrn vermindert und seine Lebensbedingungen verbessert werden.)

Die Arbeiterklasse, die, logisch betrachtet, also schon durch ihre bloße Existenz die Ideologie und das Selbstverständnis der bürgerlichen Gesellschaft widerlegt, wurde zu einer realen Bedrohung, als sie ein Bewußtsein ihrer eigenen Lage und ihrer tatsächlichen Interessen entwickelte, als sie von einer „Klasse an sich" auch zur „Klasse für sich" wurde, als die Lohnabhängigen die Illusion, durch Fleiß und Entbehrung als einzelne doch noch in den Status von Selbständigen zurückkehren zu können, preisgaben und Organisationen bildeten, um für ihre Interessen gemeinsam gegen das Kapital zu kämpfen: für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für Demokratisierung und soziale Gleichheit und — in den politisch bewußten Teilen der Arbeiterklasse — für die Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, also für eine sozialistische Gesellschaft. So produziert der Kapitalismus — über den Mechanismus der Konkurrenz — notwendig seine eigene Negation und damit seine eigene innere Krise.

Das Bewußtsein von dieser Krise wuchs beim Bürgertum im gleichen Maße, in dem die Arbeiterklasse sich entwickelte und organisierte und als lebendige Alternative zum Kapitalismus ins Bewußtsein trat. Die herrschende Klasse konnte durch staatliche Repression (wie z. B. beim Sozialistengesetz und dem Faschismus) und verstärkte ideologische Beeinflussung — je nach der konkreten Lage das eine oder das andere akzentuierend — die inneren Widersprüche immer wieder vorübergehend kitten, die mit dem Klassenantagonismus verbundene Systemkrise der bürgerlichen Gesellschaft aber natürlich nicht bewältigen. Das seit dem Ende des 19. Jhs. im Bürgertum sich herausbildende Bewußtsein, daß die Krisenmomente und Bedrohungen wachsen und die Zukunft düster ist, drückt diesen objektiven Sachverhalt aus. In der gleichen Zeit wuchs das Bewußtsein in der Arbeiterklasse, daß es vorangeht, daß eine helle Zukunft erkämpft werden kann. Es ist kein Zufall, daß Begriffe wie Zukunft und Morgenrot in den Arbeiterliedern eine zentrale Rolle spielen.

---

2) Allein in der kurzen Geschichte der BRD ist der Anteil der Selbständigen (und ihrer mithelfenden Familienangehörigen) von etwa 30 % im Jahre 1950 auf etwa 17 % 1970 zurückgegangen, sind also Millionen von kleinen Selbständigen in Handel, Handwerk und Landwirtschaft zu Lohnabhängigen geworden. Vgl. u. a. Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Frankfurt/M. 1974, Teil II, 2. Halbband, S. 325.

Die historisch-moralische Legitimität des Kapitalismus war also von vornherein sozusagen dubios. Sie erlitt jedoch noch eine wesentliche Einbuße durch die Veränderungen in der sozialen Funktion der Kapitalbesitzer während der letzten hundert Jahre. Anfangs nahmen diese noch notwendige Funktionen im Arbeitsprozeß wahr (Planung, Leitung, Koordination), leisteten also gesellschaftlich nützliche Arbeit. Mit der wachsenden Konzentration des Kapitals aber wurden auch diese Funktionen immer mehr bezahlten Arbeitskräften (leitenden Angestellten) übertragen, während die großen Kapitalbesitzer selbst in immer stärkerem Maße sich mit der Aneignung der Profite begnügten, also in jeder Hinsicht andere für sich arbeiten ließen. Sie wurden damit tendenziell zu einer sozial überflüssigen, bloß parasitären Klasse — ähnlich wie der Adel im Spätfeudalismus, der zunächst neben seiner Ausbeuterfunktion auch nützliche Funktionen wie Verwaltung, Rechtsprechung und Landesverteidigung wahrgenommen hatte, dann aber durch die bezahlten Berufsbeamten und Söldnerheere des Absolutismus funktionslos geworden war und vom arbeitenden Bürgertum auch als parasitär angegriffen wurde. Die Erkenntnis vom parasitären Charakter des Kapitalismus ist natürlich in den verschiedenen Ländern unterschiedlich weit vorangeschritten. Immerhin erscheint es bemerkenswert, daß selbst in der BRD nach einer Umfrage 1973/74 64 % der Ansicht waren, „Unternehmer leben von der Arbeit anderer"; allerdings meinten nur 12 %, „Unternehmer sind überflüssig, die Wirtschaft läuft auch ohne sie"; für 90 % der Jugendlichen aber war klar, daß Unternehmer gewiß nicht die Träger von Demokratie, Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit sind [3]).

2. Die tiefe Systemkrise der bürgerlichen Gesellschaft war bereits mit der Herausbildung der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. entstanden. Sie wurde allerdings noch teilweise verdeckt durch eine gewaltige äußere Machtentfaltung des Kapitalismus, die sich bis 1914 fortsetzte. Zu Beginn des 20. Jhs. hatte sich die Herrschaft des Kapitalismus auf den gesamten Erdball ausgedehnt. Dann aber trat die innere Krise des Systems nach außen, wurde die innere, latente Alternative zur äußeren, tatsächlichen: Der Erste Weltkrieg offenbarte, daß das kapitalistische Profit- und Konkurrenzprinzip ins Destruktive umgeschlagen war, ungeheuerliche Zerstörungen und millionenfaches Morden bewirkte und so jeden Schimmer von Humanität und Fortschrittlichkeit eingebüßt hatte. Mächtige revolutionäre Bewegungen am Ende des Ersten Weltkrieges in fast allen kapitalistischen Ländern zielten darauf, dieses System, das objektiv historisch abgewirtschaftet hatte, auch real politisch zu beseitigen. In den entwickelten kapitalistischen Ländern wurden diese Bewegungen allesamt niedergeschlagen und konnten allenfalls die Voraussetzungen für den weiteren Kampf verbessern (Anerkennung der Gewerkschaften und Arbeiterparteien, allgemeines gleiches Wahlrecht, Streikrecht usw.). In Rußland jedoch, im schwächsten Glied in der Kette imperialistischer Staaten, siegte die Revolution (trotz Intervention von über eineinhalb Millionen Soldaten aus den kapitalistischen Ländern), wodurch ein Sechstel der Erdoberfläche aus dem Herrschaftsbereich des Kapitalismus herausgelöst, dessen Weltherrschaft also gebrochen wurde. Als der Versuch des Faschismus, die Sowjetunion doch noch zu liquidieren, im Zweiten Weltkrieg gescheitert war, folgte eine Serie weiterer sozialistischer Umwälzungen in Osteuropa, China und später Kuba, die den Herrschaftsbereich des Kapitalismus erneut wesentlich einengten.

[3]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 12. 9. 1974 und „Die Welt" v. 18. 10. 1974; die FAZ artikuliert die maßgeblichen ideologischen Strömungen der herrschenden Klasse in der BRD. Sie wird deshalb im folgenden öfter als Beleg herangezogen.

Der Niedergang des Kapitalismus und der Aufstieg des Sozialismus im Weltmaßstab zeigte sich nicht nur im Umfang der Herrschaftsbereiche, sondern auch — und dies ist für die zukünftigen Perspektiven wesentlich wichtiger — in der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beider Gesellschaftssysteme: Der Anteil der entwickelten kapitalistischen Länder an der Weltindustrieproduktion ging von 72 % im Jahre 1950 auf 55 % im Jahre 1974 zurück. Zugleich stieg der Anteil der RGW-Länder von 17 % auf 35 % [4]). In dieser Entwicklung spiegelt sich bereits die strukturelle Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise über die kapitalistische (obwohl diese Überlegenheit wegen der äußerst ungünstigen Voraussetzungen in diesen Ländern — die ökonomischen, politischen und ideologischen Probleme der Unterentwicklung, die enormen Kriegszerstörungen — bisher bei weitem nicht voll wirksam werden konnte; und die Arbeitsproduktivität ist in den USA auch jetzt noch fast doppelt so hoch wie in der UdSSR [5]): Die sozialistische Produktionsweise ermöglicht eine planmäßige Nutzung der Ressourcen, über die eine Gesellschaft verfügt (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Produktionsanlagen) und eine systematische Lenkung der Produktion gemäß den Bedürfnissen der Gesamtgesellschaft und ihrer Mitglieder. Dies drückt sich in kontinuierlichen Zuwachsraten der Gesamtproduktion wie auch in der vorrangigen Entwicklung besonders wichtiger Bereiche (Gesundheitswesen, Bildung und Ausbildung) aus. Im Kapitalismus sind die Zuwachsraten nicht nur insgesamt wesentlich niedriger, sondern die Entwicklung vollzieht sich auch sehr ungleichmäßig (in der Geschichte der Bundesrepublik schwankte das jährliche Wachstum des Bruttosozialproduktes zwischen plus 15 % und minus 2 %), und wichtige Bereiche bleiben unterentwickelt.

Insgesamt ist also die Wirtschaftskraft der hochentwickelten kapitalistischen Staaten noch bedeutend größer als die der sozialistischen (und schon wegen des hohen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte würden auch die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und damit zusammenhängende politische Fehlentwicklungen wie der Stalinismus, die in den sozialistischen Staaten auftraten, in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten im Falle eines Übergangs zum Sozialismus gar nicht auftreten können [5a]). Zugleich aber ist deutlich zu erkennen, daß der Abstand sich ständig vermindert und daß der Sozialismus quantitativ wie qualitativ zu höheren Leistungen in der Lage ist. Der Zusammenbruch der Politik des Kalten Krieges, die auf der Annahme beruhte, man könne den sozialistischen Staaten durch militärische Machtentfaltung schließlich die Bedingungen diktieren, und die Durchsetzung der Entspannungspolitik sind Folgen dieser veränderten ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse. Es ist klar, daß auch diese Entwicklung in den kapitalistischen Ländern verschiedene Formen von Krisenbewußtsein fördert.

3. Die kapitalistischen Mächte hatten Asien, Afrika und Lateinamerika erobert und den Bedürfnissen der Kapitalverwertung unterworfen. Diese Kolonialpolitik stellte sich zunächst einfach als Raub und Plünderung dar: die Reichtümer dieser Länder wurden nach Europa gebracht, die arbeitsfähige Bevölkerung wurde versklavt. Die durch Raub und Sklavenhandel angehäuften Geldmengen spielten eine wesentliche Rolle für die Entwicklung des industriellen Kapitalismus in

4) Allgemeine Krise des Kapitalismus, Berlin (DDR) 1976, S. 551; umfangreiches, zu einem erheblichen Teil auf UNO-Statistiken beruhendes Material im statistischen Anhang, S. 551 ff.
5) Allgemeine Krise des Kapitalismus, a.a.O., S. 78.
5a) Das ist auch ein wichtiger Grund dafür, daß die bestehenden sozialistischen Gesellschaften für die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Industriestaaten Europas nicht einfach als Modell fungieren und schlicht übertragen werden können — von allen anderen „nationalen Besonderheiten" einmal abgesehen. Vgl. dazu die Dokumentation der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas v. 29. und 30. 6. 1976 in Berlin (DDR), in: „Blätter", 7/1976 und 8/1976.

England. Später, seit der zweiten Hälfte des 19. Jhs., als sich mächtige Monopole herausbildeten und die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Mächten sich verschärfte, wurden die Kolonialgebiete systematischer ausgebeutet: als Lieferanten billiger Rohstoffe und Arbeitskräfte, als Absatzmärkte und vor allem als Kapitalanlagesphären.

Bis zum Ersten Weltkrieg, der aus eben diesem Konkurrenzkampf um Beherrschung und Neuaufteilung der Welt entstand, fungierten die Kolonialvölker — trotz vereinzelter Aufstandsversuche — als bloße Objekte der imperialistischen Mächte. Die Russische Revolution wirkte auch hier als ein Fanal, das nationale Befreiungsbewegungen auslöste und verstärkte. Deren Erfolge blieben bis 1945 sehr begrenzt, erreichten dann aber weltgeschichtliches Ausmaß: Innerhalb von drei Jahrzehnten brachen alle großen Kolonialreiche zusammen: das britische, das holländische, das französische, das belgische und zuletzt das portugiesische. Obwohl es bisher nur einem Teil dieser Völker gelang, neben der politischen auch die ökonomische Unabhängigkeit zu erkämpfen, wurde durch diesen Prozeß doch der Erdball in so kurzer Zeit so grundlegend umgestaltet wie nie vorher in der Geschichte der Menschheit. Das gestärkte Selbstbewußtsein dieser Völker, ihre — trotz aller Rückschläge — wachsende Entschlossenheit, ihre Reichtümer an Rohstoffen und Arbeitskräften nicht länger ausplündern zu lassen, die grundlegend veränderten Mehrheitsverhältnisse in der UNO, die Niederlage der führenden Militärmacht der kapitalistischen Welt in Vietnam — all diese Veränderungen wirken zusammen zu einem Prozeß, der den Herrschaftsbereich und den ökonomischen und politischen Spielraum des Kapitalismus im Weltmaßstab rapide eingeengt hat und ständig weiter einengt[5b]).

Die Richtung dieses welthistorischen Prozesses ist eindeutig, auch wenn er immer wieder durch Rückschläge gebremst und in einzelnen Regionen auch vorübergehend gestoppt werden kann, wie das in Chile und überhaupt in Lateinamerika gegenwärtig geschieht. Diese Entwicklungsrichtung wird natürlich auch in den kapitalistischen Ländern registriert und ruft dort einerseits Solidarisierungseffekte hervor, andererseits aber Angst, Resignation und das Gefühl des Niedergangs der „abendländischen Kultur", also Krisenbewußtsein.

4. Die kapitalistische Produktionsweise beruht auf privater Kapitalakkumulation und Kapitalverwertung, auf freier Konkurrenz und freiem Austausch. Der Kapitalismus hat mit der Durchsetzung dieser Prinzipien gegen die Beschränktheiten der feudalen Gesellschaftsordnung einen gewaltigen historischen Fortschritt bewirkt: Indem die bisher auf viele kleine Produzenten zersplitterte handwerkliche Produktion in Industriebetrieben zusammengefaßt und unter dem Kommando des Kapitaleigentümers koordiniert wurde, indem die bisher an den Boden gebundenen leibeigenen Bauern befreit und als Arbeitskräfte überall verfügbar wurden, wo jeweils Bedarf war, indem die Konkurrenz alle Unternehmer bei Strafe des sozialen Untergangs nötigte, ständig die Produktionsmittel zu verbessern und die Effektivität der Arbeit zu erhöhen, wurden enorme Kräfte freigesetzt, die Produktivkräfte rapide entwickelt und die Warenmengen vervielfacht. Diese historische Funktion des Kapitalismus verliert ihren grundsätzlich fortschrittlichen Charakter auch nicht dadurch, daß alle diese Umwälzungen zunächst auf Kosten der arbeitenden Massen gingen, deren Arbeits- und Lebensbedingungen materiell und psychisch vielfach bis hin zum nackten Elend sich

5b) Dazu einige Daten: Von 1940 bis 1972 schmolz der Herrschaftsbereich des entwickelten Kapitalismus von 84 % der Erde auf 24 % und von 92 % der Weltbevölkerung auf 18 % (Allgemeine Krise . . ., S. 64). 1973 waren noch 78 % des von den OPEC-Ländern geförderten Erdöls unter der Kontrolle der internationalen Mineralölkonzerne, 1975 sind es nur noch 26 % („IPW-Berichte", 9/1974, S. 14).

verschlechterten (in den kapitalistischen Ländern wie auch in den kolonial beherrschten Gebieten), das hohe Qualifikationsniveau der mittelalterlichen Handwerker zerstörten und den arbeitenden Menschen in jeder Hinsicht zu einem Anhängsel der Maschine und zum Mittel für die Kapitalverwertung degradierten.

Die enorme Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus schuf nämlich die materiellen Voraussetzungen dafür, daß die Menschen nun — zum erstenmal in ihrer langen Geschichte — ihr Leben so gestalten könnten, daß alle ihre Fähigkeiten allseitig entwickelt und alle ihre materiellen, kulturellen und psychischen Bedürfnisse befriedigt werden könnten. Die volle Realisierung dieser Möglichkeiten aber wird durch die gesellschaftliche Organisation und die Eigentumsordnung, also die kapitalistischen Produktionsverhältnisse verhindert. Die strenge Planung und Organisation der Arbeit in der einzelnen Fabrik steht in grellem Kontrast zur Anarchie der Produktion in der Gesamtgesellschaft, die aus der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel notwendig hervorgeht und sich zwangsläufig in Disproportionen und Krisen äußert. Der Kapitalismus ist offensichtlich unfähig, auch nur die vorhandenen Mittel sinnvoll zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einzusetzen: Im Jahre 1975 durften in den entwickelten kapitalistischen Ländern 15 Millionen Menschen nicht arbeiten, obwohl sie arbeiten wollten, obwohl die Produktionsmittel vorhanden waren, an denen sie hätten arbeiten können, und obwohl die vielfältigen Güter und Dienstleistungen, die sie hätten produzieren können, von der Gesellschaft dringend benötigt würden. Und diese Arbeitslosigkeit wird immer mehr zur Dauererscheinung. Arbeitskräfte und Produktionsmittel werden massenhaft brachgelegt aus einem einzigen Grund: ihr Einsatz verspricht keinen Profit. Diese Kapitalvernichtung, das für die Betroffenen damit verbundene psychische und zum Teil auch materielle Elend werden nicht nur in Kauf genommen, sondern sind notwendige Bedingungen für das Funktionieren des Systems [6]).

Es werden sogar Hunderte von Millionen ausgegeben, um Waren, vor allem Lebensmittel, zu vernichten, die vielen Menschen das Leben erleichtern könnten; dieser skandalöse Vorgang wiederholt sich immer wieder, weil die Sicherung der Preise und Profite absoluten Vorrang hat. Allein in der BRD sind etwa 5000 Lehrer arbeitslos, während sie zugleich in den Schulen dringend gebraucht würden; Zehntausende von Schulabsolventen dürfen keinen Beruf erlernen und sind arbeitslos, viele von ihnen werden zum Rauschgift und in die Kriminalität getrieben; über 200 000 Luxuswohnungen stehen leer, während gleichzeitig nach amtlichen Statistiken 500 000 Menschen in menschenunwürdigen Wohnverhältnissen leben. Millionen sind voller Angst, was morgen aus ihnen werden soll, ob sie noch gebraucht oder wie ein veraltetes Werkzeug weggeworfen werden, ob sie die Kosten für Nahrung, Kleidung und Wohnung noch aufbringen können. Zugleich disponieren einige über Hunderttausende von Arbeitskräften, über Millioneneinkommen und Milliardenvermögen. Aus kurzfristigem Profitstreben wird nicht nur die Gesundheit der Arbeitenden gefährdet, sondern wird auch die natürliche Umwelt zerstört, die langfristig die Voraussetzung jeder menschlichen Existenz ist. „Wenn es der Produktion nützt", schreibt der Chefredakteur der „Wirtschaftswoche", „muß ein Unternehmer die Umwelt verschmutzen, soweit es ihm gesetzlich erlaubt ist. Das ist nicht nur sein Recht, sondern auch seine

6) Das Allensbacher Institut für Demoskopie drückt diesen Sachverhalt in der demagogischen Alternative aus: „Was ziehen Sie vor: Sicherheit der Arbeitsplätze oder bessere Wirtschaftsaussichten für die Zukunft?" „Fachleute" hätten nämlich festgestellt, daß beides zugleich nicht zu haben sei; zit. nach „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 3. 1. 1975.

Pflicht, Besitzern und Belegschaft (!) gegenüber" [7]). Der letzte an die Öffentlichkeit gedrungene Skandal dieser Art war die Giftgaskatastrophe von Seveso in Norditalien [8]). Und obwohl jeder diesen Zerstörungsprozeß sieht, kann ihm nicht Einhalt geboten werden, weil der Staat nicht in der Lage ist, sich gegen die mächtigen Monopolinteressen durchzusetzen.

Das sind einige Erscheinungsformen der Widersprüche im Kapitalismus [9]). Sie sind nicht in allen Ländern gleich stark ausgeprägt. Sie können durch reformistische Politik (Sozialgesetzgebung, Ausbau des öffentlichen Sektors in der Wirtschaft, Stärkung der Gewerkschaftsrechte usw.) gemildert werden. Das Beispiel Schweden zeigt, wie weit eine solche Politik unter besonders günstigen Bedingungen gelangen kann. Die aufgeführten Krisenerscheinungen werden aber, wie die Erfahrung zeigt, immer wieder auftreten, wenn diese Reformen nicht die Verfügungsgewalt der Monopole über die wichtigsten Sektoren der Wirtschaft brechen und damit das System qualitativ verändern [9a]). Auch ein sozialistisches System ist natürlich mit den schwierigen Problemen der Umweltgefährdung durch Industrieproduktion, Energie- und Rohstoffsicherung usw. konfrontiert. Doch es besitzt die strukturellen Voraussetzungen, diese Probleme planmäßig anzugehen und so zu lösen, daß die Interessen aller dabei gewahrt sind — falls nötig auch dadurch, daß eine gewisse Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in Kauf genommen wird. Disproportionen wie Arbeitslosigkeit, Inflation, fehlende Ausbildungsplätze usw. sind schon überwunden.

Das kapitalistische Gesellschaftssystem offenbart durch die skizzierten Krisenerscheinungen, daß es aus strukturellen Gründen nicht in der Lage ist, die anstehenden Probleme im Interesse der großen Mehrheit der Gesellschaft zu lösen und die Entwicklung der Gesellschaft planmäßig nach Kriterien der Vernunft und der menschlichen Bedürfnisse zu gestalten, daß es also historisch seine Existenzberechtigung verloren hat. Daran haben auch die raffiniertesten staatlichen und ökonomischen Steuerungstechniken, die seit der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 entwickelt wurden, grundsätzlich nichts geändert, wie die schweren Krisen des Kapitalismus in den letzten Jahren zeigen. Zugleich haben die beiden Weltkriege, der Faschismus, der Vietnamkrieg, die Errichtung der Diktatur in Chile, das Regime in Südafrika und viele ähnliche Erscheinungen gezeigt, daß der Kapitalismus alle Schranken der Menschlichkeit niederreißt, wenn die Sicherung seines Herrschaftssystems und die Steigerung der Profite auf dem Spiel stehen. Die Methoden der CIA, die jetzt — sicher nur zu einem Teil — ans Tageslicht kamen, und das enorme Anwachsen der Kriminalität sind gewissermaßen Komplementärerscheinungen und gehen ja auch tatsächlich ineinander über.

Daß unter solchen Bedingungen in dieser Gesellschaft Krisenbewußtsein spontan entsteht, ist nicht verwunderlich. Ebensowenig verwunderlich ist aber, daß zugleich das Bewußtsein sich ausbreitet, daß eine neue Gesellschaftsordnung real möglich und schon aus Gründen der Selbsterhaltung der Menschheit dringend notwendig ist: eine Ordnung, in der der Mensch Selbstzweck — und nicht Mittel zum Zweck — ist, in der die Gesellschaftsmitglieder nach gemeinsamen

7) Zit. nach FR v. 29. 6. 1974, „Aufgespießt".
8) Vgl. FAZ v. 11. 8. 1976.
9) Die FAZ aber meint trotz alledem: „Der Markt mit freien Preisen und freiem Wettbewerb mag Mängel haben, aber wir kennen kein leistungsfähigeres Instrument, das in der Lage wäre, die Koordinierung von Tausenden und Abertausenden von wirtschaftlichen Einzelaktionen so relativ elegant und lautlos herbeizuführen" (FAZ v. 14. 8. 1976).
9a) Als Beispiel dafür vgl. Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich von 1972, Köln 1972.

Zielen in freier Kooperation ihren Arbeits- und Lebensprozeß organisieren — zum Wohle jedes einzelnen und der gesamten Gesellschaft. Das gesellschaftliche Eigentum an den Mitteln der Produktion, deren Verwendung die Lebensbedingungen aller bestimmt, ist dafür die notwendige Voraussetzung [10]).

Die hier skizzierten Krisenmomente bedeuten keineswegs, daß mit einem baldigen Ende der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu rechnen wäre oder gar mit einem automatischen Zusammenbruch. Dieses Gesellschaftssystem verfügt noch über gewaltige Möglichkeiten und Ressourcen, auch im Bereich der Produktivkräfte. Dennoch ist die Richtung der historischen Entwicklung seit dem Ende des 19. Jhs. eindeutig: die inneren und äußeren Krisen wachsen an, der Kapitalismus als Gesellschaftsformation ist welthistorisch im Niedergang begriffen. Dies ist eine historische Tatsache und hat als solche noch nichts mit der Frage zu tun, ob man diese Entwicklung für wünschenswert hält oder nicht.

Formen der geistigen Krise

Die Individuen, sozialen Gruppen und Klassen erleben die Krise des Systems natürlich in sehr unterschiedlicher Weise. Sieht man ab von der Arbeiterbewegung und den mit ihr verbündeten Teilen der Intelligenz, für die diese Krise zugleich verstärkte Möglichkeiten und erhöhte Hoffnungen im Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung bedeutet, so hat die objektive Realität Bewußtseinsformen hervorgebracht, die in sehr verschiedenen Varianten die reale Krise widerspiegeln. Solche Bewußtseinsformen entstehen in starkem Maße spontan aus den tatsächlichen Verhältnissen, auch wenn sie den Anschein hoher Reflektiertheit und großer Distanz haben. Andererseits ist die herrschende Klasse durch die reale Entwicklung in wachsendem Maße genötigt, bewußt politische und ideologische Strategien zu entwickeln, um das System und ihre eigene Herrschaftsposition soweit wie möglich zu stabilisieren. Das erfordert sowohl Anstrengungen zum Verständnis und zur Bewältigung der realen ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesse, also zur Erkenntnis der Wirklichkeit, als auch zur systematischen Beeinflussung des Bewußtseins der arbeitenden Bevölkerung, also zur ideologischen Manipulation.

Es ist im Einzelfall nahezu unmöglich, exakt festzustellen, in welcher Weise spontan entstandene und bewußt produzierte Momente in einer bestimmten Ideologie zusammenwirken. Gerade bei *den* Teilen der Intelligenz, die sich hauptsächlich mit der Interpretation der Welt befassen — also Philosophen, Historiker, Sozialwissenschaftler, Schriftsteller usw. — und die vom Bereich der materiellen Produktion relativ weit entfernt sind, muß das Moment der spontan aus den realen Verhältnissen entstandenen und überdies durch geistige Traditionen, Sozialisation und andere Faktoren vielfach vermittelten und gebrochenen Bewußtseinsform als sehr stark eingeschätzt werden. Es wäre ein mechanistisches Mißverständnis (das zur Zeit der Studentenrevolte weit verbreitet war), wenn man deren Äußerungen als bloßes Produkt bewußter Manipulation der Herrschenden oder sogar selber als bloß auf Manipulation gerichtet auffassen würde.

10) Die hier dargestellten vier Hauptkrisenmomente wirken natürlich zusammen und bedingen sich wechselseitig: Die Widersprüche, Krisen und imperialistischen Exzesse haben sowohl die Arbeiterbewegung wie die sozialistischen Revolutionen und die nationalen Befreiungsbewegungen hervorgebracht; die Russische Revolution hat auf die internationale Arbeiterbewegung und die Befreiungsbewegungen als weiterer Impuls gewirkt; ohne die Existenz, Stärke und aktive Hilfe der sozialistischen Staaten hätte es weder den Sieg des vietnamesischen Volkes noch die Befreiung Angolas gegeben, und das sozialistische Kuba würde längst nicht mehr existieren; eine starke Arbeiter- und Friedensbewegung in den kapitalistischen Staaten kann die Friedens- und Abrüstungspolitik vorantreiben und so die sozialistischen Staaten von den drückenden und den weiteren Aufbau stark hemmenden Rüstungslasten mindestens teilweise befreien; die wirtschaftliche und soziale Konsolidierung der sozialistischen Staaten und die Überwindung politischer Deformationen wie des Stalinismus läßt die Vorzüge des Sozialismus klarer in Erscheinung treten usw. . . .

Die allgemeinste Form, in der sich Krisenbewußtsein äußert, ist eine umfassende Verunsicherung, das Gefühl, daß die hergebrachten Normen und Ordnungen ins Wanken geraten sind und Sicherheit nirgends erkennbar ist, die Überzeugung, daß es bergab geht in unserer Zeit, daß die Zukunft düster ist und daß wir übermächtigen Gewalten ausgeliefert sind. Dies ist — bei allem zur Schau gestellten Optimismus im politischen Alltag besonders durch die jeweils Regierenden — in der Tat die vorherrschende Grundstimmung. Das angesichts der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und der Russischen Revolution entstandene, enorm einflußreiche Buch von Oswald Spengler drückt diese pessimistische Weltsicht in seinem Titel sehr präzise aus: „Der Untergang des Abendlandes". Und der liberale Historiker Bracher nennt sein neuestes Buch „Die Krise Europas 1917—1975". Diese pessimistische Weltsicht liegt der konservativen Kritik des „Massenzeitalters" zugrunde, die die gesamte Entwicklung seit Aufklärung und bürgerlicher Revolution als Verfalls- und Entartungsprozeß begreift und daraus oft die Notwendigkeit einer elitären und autoritären Herrschaft ableitet [11]). Sie wird geradezu triumphierend von der katholischen Kirche verkündet: Angesichts einer „zusammenbrechenden Kultur" verliere der „Fortschrittswahn" endgültig seine Maske, jener Wahn, auf der Erde das Paradies schaffen zu können [12]). Diese Weltsicht artikuliert sich im Existenzialismus, der die Brüchigkeit der Existenz, die Angst, die Erfahrung des Todes, die Ungeborgenheit und Geworfenheit als die Grundtatsachen der menschlichen Existenz betrachtet und besonders nach den beiden Weltkriegen starken Einfluß auf die junge Intelligenz hatte. Sie wird formuliert von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), die von der „europäischen Dekadenz" spricht und von „ökonomischen und politischen Symptomen des Niedergangs" im Westen [13]): „Unser zwanzigstes Jahrhundert scheint uns heute wie kaum ein anderes durch Kriege und Revolutionen, Verbrechen und Leiden grell beleuchtet", erscheint als „Grau eines schrecklichen, aber gleichwohl eintönigen Chaos" [14]). Revolutionen liegen für diese Bewußtseinsform auf der gleichen Ebene wie Kriege und Verbrechen. Das Krisenbewußtsein, das sich hier im Feuilleton so anschaulich ausdrückt, hat — das wird am Beispiel der FAZ besonders deutlich — seine reale Basis im politischen Teil, wo angesichts des Zusammenbruchs der imperialistischen Positionen in Asien und Afrika bange Überlegungen angestellt werden, wie es wohl weitergehen wird in Südafrika, Rhodesien, Thailand und Malaysia und überhaupt mit den blockfreien Ländern; und es hat seine Basis im Wirtschaftsteil, wo — wie in der gesamten bürgerlichen Presse — das ökonomische Geschehen als Naturgewalt erscheint, als „reinigendes Fieber" [15]) oder auch als „schicksalhafte Fügung" [16]), als „Strudel" [16a]) oder als „Heimsuchung" [16b]). Und in der Tat sind „die Nachrichten über die Arbeitslosigkeit ... wie Wetterprognosen für eine von Sturm und Regen beherrschte Region" [17]). Aber auch die „Macher" in den Führungsgremien der SPD, die als Regierende immer um die Erzeugung von Optimismus bemüht sind, zeigen dann, wenn sie sich grundsätzlich äußern, eine zutiefst pessimistische Anschauung. Die gegenwärtige Gesellschaft erscheint ihnen als ein krisenhaftes System, das der Gestaltungskraft menschlicher Vernunft kaum noch zugänglich ist: „Auch die besten nationalen Propheten würden nicht ausreichen, um die vielfältigen Krisen — Währung,

11) Vgl. z. B. die Schriften von Ortega y Gasset und Arnold Gehlen.
12) Der Bischof von Fulda beim Diözesan- und Katholikentag 1976, zit. nach FR v. 31. 5. 1976.
13) FAZ v. 28. 4. 1976.
14) Der Denker des Jahrhunderts. Zum Tod des Philosophen Martin Heidegger, FAZ v. 28. 5. 1976.
15) FAZ v. 25. 7. 1975.
16a) FAZ v. 9. 8. 1976.
16b) FAZ v. 5. 8. 1976.
17) FAZ v. 5. 3. 1976.

Energie, Rohstoffe, Ernährung, Überbevölkerung, Umwelt — zu meistern. Die größte Gefahr erwächst nicht aus einer dieser Krisen allein. Sie liegt darin, daß sich die Schwierigkeiten verketten, verstärken und verlängern" [18]). Die BDA stellt fest, daß auch in der BRD unterhalb der „Oberfläche die Zeichen geistiger und politischer Labilität nicht zu verkennen sind" [19]), und der führende CDU-Ideologe (und Henkel-Manager) Kurt Biedenkopf sieht eine Periode des „geschichtlichen Umbruchs", der „geistigen Unsicherheit", die Krise des „seelischen Wohlstandes", vielleicht sogar die „schwerste Krise in der bisher zweimillionenjährigen Geschichte der Menschheit" [20]). Die CSU hat dafür die bezeichnende Erklärung zur Hand: „Die Mängel unserer Zivilisation sind nicht zuletzt ein Resultat blinder Fortschrittsgläubigkeit" [21]). Die Publikationen über die Krise unserer Zeit, die Krise des Parlamentarismus, der Demokratie, der Wissenschaft, des Geistes usw. sind Legion. Zusammenfassend schreibt der politisch und wissenschaftlich höchst einflußreiche US-Politikwissenschaftler Brzezinski: „Wir leben in einer Zeit, in der ein fundamentaler Wandel in der vorherrschenden Gesinnung unserer Gesellschaft eintritt: eine Verlagerung von der Idee des Fortschritts zum Gedanken des Verfalls" [22]).

Krisenbewußtsein ist jedoch viel mehr als eine allgemeine pessimistische Stimmung, daß es abwärts geht, daß die Probleme wachsen und die Möglichkeit ihrer Bewältigung abnimmt. Es findet seinen Ausdruck in Philosophie und Literatur, Gesellschaftswissenschaft und Anthropologie, in Film und Fernsehen. Krisenbewußtsein wird zur umfassenden geistigen Krise, die sich in allen Bereichen des geistigen und kulturellen Lebens ausdrückt.

1. Die Krise im wissenschaftlichen Bewußtsein

Schon der oben skizzierte Pessimismus in der allgemeinen Beurteilung der Gegenwart und der Zukunft [23]) bedeutet, daß die Idee des Fortschritts aus dem Geschichts- und Weltbild verbannt ist. Das Wort „Weltverbesserer" ist bezeichnenderweise zu einem Schimpfwort geworden — als ob diese Welt es nicht nötig hätte, verbessert zu werden. Dem gegenwärtigen Bürgertum ist das nicht mehr möglich, was dem aufsteigenden Bürgertum einst eine Selbstverständlichkeit war: daß Geschichte ein aufsteigender Prozeß ist, der eine immer bessere Beherrschung der Natur und damit auch eine immer bessere Entfaltung der individuellen Möglichkeiten und immer reichere Befriedigung der individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse real möglich macht; daß nicht nur die Natur, sondern auch die gesellschaftliche Entwicklung beherrschbar ist und gemäß den Kriterien der Vernunft und der menschlichen Bedürfnisse gestaltet werden kann. Die Preisgabe der Fortschrittsidee artikulierte sich bereits im 19. Jh. in der These des Historikers Leopold Ranke, daß jede Epoche unmittelbar zu Gott und also ein Fortschritt nicht auszumachen sei. Sie wurde vom Historismus, der an Ranke anschloß und mindestens in der BRD bis heute die Universitätswissenschaft beherrscht, verschärft zu der These, daß die Wirklichkeit überhaupt keine

18) Aus dem Beschluß von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission v. 17. 2. 1975.
19) Erklärung der BDA zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, 1975, S. 11.
20) K. Biedenkopf, Fortschritt und Freiheit, München/Zürich 1974, S. 40, 29, 31, 119.
21) „Grund-Sätze" vom Sommer 1974, zit. nach FR v. 7. 8. 1974.
22) „Europa-Archiv" v. 10. 12. 1974; ähnlich der renommierte französische Soziologe Raimond Aron, der ein Buch mit dem Titel „Les désillusions du progrès" (Paris 1969) geschrieben hat; der weltbekannte Psychologe Erich Fromm konstatiert „wachsenden Pessismismus und Hoffnungslosigkeit", mit denen „das westliche Denken in den letzten 40 Jahren" erfüllt sei (E. Fromm, Das Menschenbild bei Marx, Frankfurt/M. 1973, S. 6).
23) Vgl. dazu G. Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, Neuwied 1962; Die Zukunft im theoretischen Denken, Berlin (West) 1975; F. Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr, Bern/Stuttgart/Wien 1963, der von einem liberalen Standpunkt aus die Einmündung der kulturpessimistischen Ideologie in den Faschismus aufzeigt; E. Rau, der Verfall des Fortschrittsgedankens in der ökonomischen Theorie, Köln 1972.

Struktur besitze, sondern eine Ansammlung individueller Begebenheiten, ein Chaos von Fakten darstelle, also gar nicht im eigentlichen Sinne „erkannt", d. h. erklärt, sondern allenfalls intuitiv-verstehend nachempfunden werden könne. Die Struktur, die Ordnung sei nicht in der Sache selbst enthalten, sondern werde erst vom Historiker hineingebracht, der damit zum Künstler, zum Schöpfer der Wirklichkeit werde. „Künstlerische Intuition und künstlerisch-anschauliche Gestaltung des Geschehens" zeichne den Historiker aus [24]); oder mit den Worten der FAZ: „Das Gesicht der Welt ist das Gesicht ihres Betrachters" [25]).

Geschichte hat nach dieser Auffassung keine Richtung, sondern stellt eine chaotische und unbegreifliche Anhäufung von einmaligen Begebenheiten dar. *Geschichte* als zusammenhängenden Prozeß kann es von hier aus gar nicht geben, sondern nur eine verwirrende Fülle von einzelnen *Geschichten*. „Es läßt sich ... wissenschaftlich nichts aussagen über das Woher und Wohin der Geschichte" [26]).

Nur scheinbar weicht jene Auffassung davon ab, die in der Geschichte eine gewisse Kontinuität, ein Bleibendes erblickt, da sie immer menschliche Geschichte sei. Da die Natur des Menschen hier nicht als eine im Verlaufe der Geschichte durch menschliche Tätigkeit sich selbst verändernde, sondern als unabänderlich begriffen wird, läuft dies auf die Ansicht hinaus, daß es sich bei Geschichte um die Wiederkehr des Immergleichen handelt. Auch mit dieser Anthropologisierung von Geschichte ist die Fortschrittsidee eliminiert. „Der Mensch" muß dann nur noch mit den naturgegebenen Eigenschaften ausgestattet werden, die den kapitalistisch Wirtschaftenden kennzeichnen (Erwerbstrieb, Egoismus, Neid, Konkurrenzgefühl, Machttrieb) [27]), um zu folgern, daß es in der Welt gar nicht anders sein kann, als es ist, und daß es im Prinzip auch nie anders gewesen ist.

Die These von Geschichte als dem Einmaligen und Unwiederholbaren und die von Geschichte als der Wiederkehr des Immergleichen, nämlich des „Ewigmenschlichen", scheinen sich zwar logisch zu widersprechen, bilden jedoch Momente desselben Geschichtsbildes, oft bei denselben Autoren. So sagt Golo Mann: „Was ist das spezifisch Geschichtliche? Es ist der Mensch in der ihm eigenen Dimension der Zeit. Also ist es das Einmalige, denn die Zeit ist irreversibel, und Geschichte wiederholt sich nicht". Und: „Geschichte ist transparent nach dem Ewigmenschlichen hin" [28]). Die Veränderungen in der Geschichte betreffen also die Oberfläche, das Wesen bleibt unberührt, Zukunft als wesentlich andere ist undenkbar. Theodor Schieder schreibt: hinter den Veränderungen „steht ein Rest von Unwandelbarem, steht der Kern dessen, was uns als Mensch gegenüber allen anderen Erscheinungen der Welt entgegentritt" [29]).

---

24) F. Meinecke, Kausalitäten und Werte in der Geschichte, S. 63.
25) FAZ v. 17. 8. 1976; den gleichen Subjektivismus formulieren übrigens auch moderne Kommunikationswissenschaftler; so lautet die Grundthese des neuen Buches von Watzlawik: Die sogenannte Wirklichkeit ist das Ergebnis von Kommunikation (P. Watzlawik, Wie wirklich ist die Wirklichkeit?, München 1976).
26) K. D. Erdmann, Geschichte, Politik und Pädagogik, Stuttgart 1970, S. 90. Die theoretische Begründung lieferte der Neukantianismus um die Jahrhundertwende; vgl. H. Rickert, Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft, Tübingen 1910. Zur Kritik solcher Geschichtstheorien vgl. G. Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, Neuwied 1962, 4. Kapitel; I. Geiss/R. Tamchina, Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft 1, München 1974; W. Berthold u. a., Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Köln 1970; H. Schleier, Theorie der Geschichte — Theorie der Geschichtswissenschaft, Berlin (DDR) 1975; ders., Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Köln 1975, 5. Kapitel; H. Crüger, Der Verlust des Objektiven, Berlin (DDR) 1975; H. Schulze, Strategie der Gegenprophetie, Berlin (DDR) 1976.
27) Vgl. auch FAZ v. 2. 9. 1976, die über Ausführungen von Kurt Biedenkopf (CDU) berichtet. Natürlich ist unbestritten, daß der Mensch aller dieser Gefühle und Verhaltensformen fähig ist. Die entscheidende Frage aber ist, ob die gesellschaftlichen Verhältnisse so beschaffen sind, daß sie diese Gefühle und Verhaltensformen begünstigen und prämieren oder die der Solidarität, Nächstenliebe und mitmenschlichen Hilfe, deren, wie die Erfahrung zeigt, der Mensch ebenfalls fähig ist.
28) G. Mann, Ohne Geschichte leben? Rede beim 29. Deutschen Historikertag 1972, in: „Die Zeit", 41/1972.
29) Th. Schieder, Geschichte als Wissenschaft, München/Wien ²1968, S. 42.

Es ist nur eine Modifizierung der These von der Wiederkehr des Immergleichen, wenn Geschichte — in Analogie zu Organismen — als eine Serie von Kulturkreisen verstanden wird, die allesamt dem organischen Gesetz von Aufstieg, Blüte und Verfall unterworfen sind. „Jede Kultur durchläuft die Altersstufen des einzelnen Menschen. Jede hat ihre Kindheit, ihre Jugend, ihre Männlichkeit und ihr Greisentum" [30]). Der Gedanke einer zusammenhängenden, fortschreitenden Geschichte der Menschheit ist in diesen Modellen von Spengler und Toynbee [31]) ebenfalls eliminiert. Und das fundamental pessimistische Weltbild zeigt sich darin, daß „unsere Kultur" von beiden als im Niedergang befindlich aufgefaßt wird. Toynbee schreibt: „Das Desaster war von Anfang an dem maschinellen System der industriellen Wirtschaft inhärent." (Die politische Nutzanwendung lautet bezeichnenderweise: „Der Triumph der Gewerkschaften bedeutet den Zusammenbruch des industriellen Wirtschaftssystems, von dem der Lebensunterhalt sämtlicher Klassen abhängt." Springers „Welt" räumte diesem geschichtsphilosophischen Ausblick gern den nötigen Raum ein.) [32])

Pessimismus und Skeptizismus betreffen also sowohl den bisherigen und zukünftigen Gang der Geschichte wie auch die Frage nach der Erkennbarkeit. Erkenntnistheoretisch äußert sich der Pessimismus als Agnostizismus: Das historische Faktum „leistet, weil es eben das Individuelle mit umfaßt, dem wissenschaftlichen Erkennen Widerstand" [33]). Mit wissenschaftlichen Kategorien könne man ebensowenig Geschichte erklären, als wenn „wir unser Gedanken-Scherflein in den Ozean der Geschichte werfen, wo niemand weiß, was aus ihm werden wird" [34]). Oder in den Worten von Ernst Nolte: „Von Zeit zu Zeit mag ein Durchstich zur Oberfläche über dem Tunnel und ein neues Ziel-Orientieren möglich sein, das die alten Karten obsolet macht und doch nur ein neues Eintauchen in das Dunkel vorbereitet" [35]). Und Gerhard Ritter, der große Lehrmeister der bundesrepublikanischen Historikerzunft: „Den letzten Sinn der Geschichte als Ganzes vermögen wir nicht zu verstehen; den kennt Gott allein" [36]). Am radikalsten hat der Existenzialismus diese Position formuliert: „Die Geschichte, die Kunst, die Dichtung, die Sprache, die Natur, der Mensch, Gott — bleibt den Wissenschaften unzugänglich." All dies sei „Sache des Denkens", das so notwendigerweise zum irrationalen Erleben wird [37]).

Die Skepsis betrifft aber darüber hinaus auch die Frage, ob es überhaupt möglich ist, daß die Menschen ihre Geschichte selbst machen. Die Rolle, die höhere Mächte wie das Schicksal und „der Dämon Zufall" [38]) in diesem Geschichtsbild spielen, legt jedenfalls eine andere Deutung nahe. Und die großen Führerpersönlichkeiten, die Geschichte nach freier Willkür gestalten, haben methodisch die gleiche Funktion wie das Schicksal oder der Wille Gottes: allemal fungieren die Volksmassen nur als Objekt und als Material.

Nun hat es aber — auch für das herrschende Geschichtsverständnis unbezweifelbar — Situationen gegeben, in denen die Volksmassen sehr nachhaltig in den

30) O. Spengler, Der Untergang des Abendlandes, München 33-471923, Bd. 1, S. 145.
31) Vgl. Spengler, Der Untergang des Abendlandes; A. J. Toynbee, Der Gang der Weltgeschichte, Stuttgart 1949. Spengler bleibt übrigens — im Unterschied zu Toynbee — dem neukantianischen Axiom von der Einmaligkeit historischen Geschehens verhaftet und will deshalb das Wesen der Geschichte „erschauen" und „erfühlen", und gerade nicht nachdenken (vgl. Bd. 1, S. 154 ff.).
32) „Die Welt" v. 15. 7. 1974; in dem oben zitierten Hauptwerk schien ihm der Untergang unserer Kultur übrigens noch nicht so sicher.
33) K. G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft, München 1971, S. 65.
34) G. Mann, Geschichte und Geschichten. Frankfurt/M. 1961, S. 108 f.
35) E. Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974, S. 620.
36) G. Ritter, Geschichte als Bildungsmacht, Stuttgart 1946, S. 19.
37) M. Heidegger, Was heißt Denken?, Tübingen 1954, S. 57; vgl. kritisch dazu G. Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, S. 428 ff. Der Agnostizismus hat auch die Naturwissenschaften ergriffen. So zieht sich ein Biologe auf die These von der „rätselhaften verborgenen Innerlichkeit", auf das Staunen vor den Geheimnissen der Natur zurück (A. Portmann, An den Grenzen des Wissens, Wien/Düsseldorf 1974, S. 138).
38) So F. Meinecke, Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946, S. 92 f.

Gang der Geschichte eingegriffen haben. Hier schlägt die theoretische Skepsis, ob die Menschen die Geschichte überhaupt selbst machen können, abrupt um in die politische: ob es nicht sehr verhängnisvoll sei, wenn die Volksmassen in den Gang der Geschichte eingreifen [39]). In der Tat läßt sich dieses Geschichtsbild auf die These bringen: Immer dann, wenn die Massen aktiv in die Geschichte eingreifen, endet dies in Chaos, Terror und Totalitarismus. Das zeige die Französische und die Russische Revolution ebenso wie der Kampf der ehemaligen Kolonialvölker. Die Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft ist also offensichtlich so beschaffen, daß diese ihren eigenen revolutionären Ursprung verleugnen muß; und daß sie ihre demokratischen Verfassungsgarantien ständig zur Disposition stellen muß — für den Fall, daß die Volksmassen Anstalten machen, in den Gang der Ereignisse einzugreifen und „Volkssouveränität" praktisch werden zu lassen. Die herrschende Geschichtswissenschaft liefert dafür die historische Begründung. Doch die herrschende Sozialwissenschaft steht nicht zurück: In der Theorie, daß komplizierte technische Sachzwänge unser Leben bestimmen, der Mensch also nur deren Vollzugsorgan sei, ist die Notwendigkeit elitärer (technokratischer) Herrschaft scheinbar ganz wertneutral begründet und der Demokratie der Boden entzogen. Die Begründung ist „moderner" als die der Historiker, das antidemokratische Resultat ist das gleiche. Es ist kein Zufall, daß der Soziologe Helmut Schelsky, der renommierteste Vertreter dieser Theorie, zum Parteitag der CSU zu einem Hauptreferat geladen wurde [40]).

Die „naturwissenschaftliche" Rechtfertigung für diese antidemokratischen Folgerungen liefern bestimmte Varianten der Anthropologie und der Psychologie: Indem der Mensch als ein Wesen definiert wird, dem eine biologisch gegebene und damit erbgenetisch fixierte unabänderliche Triebstruktur mit einer besonders starken Ausprägung des Aggressionstriebes eigen sei, wird die Demokratie als die politische Form der freien Entfaltung [40a]), der Selbstbestimmung der Menschen als geradezu selbstmörderisch und die autoritäre Herrschaft zur Bändigung der Aggression der Massen als geradezu lebensnotwendig darstellt. So macht der 1976 verstorbene und von der gesamten Presse mit groß aufgemachten Nachrufen bedachte Sozial- und Kulturwissenschaftler Arnold Gehlen den „Aggressionstrieb" für die „gewaltigen Ladungen innersozialer Gereiztheit", das „allgegenwärtige Mißtrauen" und die „Verhetzbarkeit" verantwortlich und fordert „Eliten und ‚schöpferische Minderheiten' ", die „zum Verzicht und zur Askese" erziehen [41]). Der Mensch muß — so die gesamte konservative Staats- und Gesellschaftslehre — durch einen starken Staat, durch strenge Normen und

---

39) Der Schauder vor dem Unbegreiflichen, Irrationalen in der Geschichte vereinigt sich gelegentlich mit diesem Schauder vor dem schrecklichen „Kollektiv": Die „der Dunkelheit der Kollektive entwachsende" Kraft des NS „kommt aus einer Vergangenheit, die weit zurückliegt, düster, ähnlich einem verhangenen Himmel, und führt zu dunklen, ungeahnten Enden" (G. Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, Frankfurt/Berlin 1975, S. 752).

40) Dem gleichen Argumentationsmuster — die Krise unserer Zeit verlangt autoritäre politische Formen — folgt ein programmatischer Aufsatz von J. Eick in der FAZ vom 14. 8. 1976: Er beginnt mit den bangen Fragen: „Sind die westlichen Demokraten noch vor sich selbst zu retten?" und „Ist unser Staat noch regierbar?" und verlangt schließlich „eine starke, funktionsfähige Führung", eine „intakte Staatsautorität" und „vor allem den Willen und den Mut zur Autorität", damit „größere Lösungen", die bisher „an dem überaus komplizierten, riesigen Räderwerk der Demokratie" scheitern, wieder möglich werden. Das Resultat heißt in der FAZ zwar immer noch „Demokratie", erinnert freilich ziemlich stark an Hitlers „germanische Demokratie" mit ausgeprägtem Führer- und Autoritätsprinzip und an das CDU-Konzept der „Formierten Gesellschaft".

40a) Vgl. die Flut von Literatur zum Aggressionsproblem. Kuiper z. B. sagt: „Kann man die Lust am Zerstören, Beschädigen, Plündern und Morden verstehen, ohne einen Trieb anzunehmen? Ich glaube nicht" (in: A. Mitscherlich [Hrsg.], Bis hierher und nicht weiter. Ist die menschliche Aggression unbefriedbar?, München 1972, S. 53). Als Kritik zu solchen Thesen vgl. W. Hollitscher, Aggression im Menschenbild, Frankfurt/M. 1970. Als Beispiel materialistischer Psychologie vgl. A. N. Leontjew, Probleme der Entwicklung des Psychischen, Frankfurt/M. 1973; P. Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis, Frankfurt/M. 1973.

41) A. Gehlen, Anthropologische Forschungen, Reinbek 1961, S. 61 u. 67; in seiner Lehre von der zähmenden und damit lebenssichernden Wirkung der Institutionen hat Gehlen — der einst nicht zufällig dem faschistischen System verpflichtet war und 1971 nicht zufällig den Adenauer-Preis der rechtsradikalen Deutschlandstiftung erhielt — eine bündige und einflußreiche Gesellschaftstheorie geschaffen.

gesellschaftliche Institutionen zur Erfüllung seiner Pflichten angehalten werden. (Diese konservativen Ideologien haben damit die Nachfolge der zu ihrer Zeit funktional gleichwertigen kirchlichen Lehre übernommen, daß der Mensch seit dem Sündenfall gründlich verderbt sei und der Zuchtrute kirchlicher und weltlicher Autorität und drohender Höllenstrafen bedürfe, um ihn zu einem ordentlichen Leben zu veranlassen.) Das pessimistische Menschenbild mündet also seiner inneren Konsequenz nach in die Apologie der Diktatur — auch wenn diese Konsequenz nicht von allen Anthropologen und Psychologen dieser Richtung explizit gezogen wird.

Agnostizismus, Skeptizismus, Pessimismus und Massenverachtung bilden ein ideologisches Amalgam, das wesentliche Teile des bürgerlichen Bewußtseins der Gegenwart kennzeichnet. Es drückt einerseits die reale Krise dieses Gesellschaftssystems aus, und es hat andererseits eine für die Herrschenden nützliche Funktion darin, daß es die Notwendigkeit elitärer Herrschaft begründet und die gegenwärtige Gesellschaftsform als die einzig mögliche darstellt, die Perspektive zur Zukunft hin, zur gesellschaftlichen Alternative, zum Fortschritt also, abschneidet. Dennoch reicht diese Ideologie für die Bedürfnisse der Herrschenden gegenwärtig nicht mehr aus, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen: Erstens ist der Erklärungswert in bezug auf den historischen und gesellschaftlichen Prozeß so eklatant gering, ist das Raunen von den dunklen Tiefen der menschlichen Seele, dem grauen Kollektiv und den schicksalhaften Mächten so jämmerlich hilflos insbesondere gegenüber der marxistischen Erklärung von Geschichte und Gesellschaft. Solange man in der wissenschaftlichen Diskussion unter sich war — und das war man in der BRD bis zur Mitte der 60er Jahre —, fiel das nicht weiter auf. Als aber das Monopol an den Hochschulen durchbrochen wurde und marxistische Wissenschaftler — wenn auch nur als kleine Minderheit — in die Diskussion eingriffen, wurde das offensichtlich. Nun mußte Abhilfe geschaffen werden. Und zweitens reicht in einer Periode, in der der Staat in wachsendem Maße planend und lenkend in den ökonomischen und sozialen Prozeß eingreifen muß, um das System zu stabilisieren, und auch das Monopolkapital selbst zu längerfristiger Planung genötigt ist, die Produktion von bloß pessimistischem, zur ideologischen Herrschaftssicherung geeignetem Bewußtsein nicht mehr aus. Gebraucht wird wirkliches Wissen über das tatsächliche Funktionieren der Gesellschaft.

Dies sind die Hauptgründe, weshalb der Ruf nach umfassenden Konzeptionen, nach Theorie in der Geschichtswissenschaft so laut geworden ist und zu einer geradezu hektischen publizistischen Aktivität geführt hat, weshalb der bisher in der Geschichtswissenschaft dominierende Historismus seine Vorrangstellung an die Strukturgeschichte, an Sozial- und Wirtschaftsgeschichte zu verlieren beginnt und weshalb die Geschichtswissenschaft überhaupt ihre Vorrangstellung an andere Gesellschaftswissenschaften wie Soziologie, Politologie und Psychologie eingebüßt hat, die diesen praktischen Bedürfnissen der Herrschenden besser genügen. Eine genauere Betrachtung zeigt allerdings, daß die ideologische Funktion der Herrschaftssicherung dadurch keineswegs vernachlässigt wird und — das ist für die vorliegende Fragestellung wichtiger — daß die umfassende geistige Krise des Kapitalismus auch in diesen modernen wissenschaftlichen Varianten ihren Ausdruck findet.

Erkenntnistheoretisch wird der Pessimismus eingeschränkt, aber nicht preisgegeben. „Theorien mittlerer Reichweite", Erkenntnis über einzelne Strukturen und Perioden seien möglich, nicht aber Aussagen über die Gesamtstruktur der

Gesellschaft und den Gesamtverlauf der Geschichte. Zweifellos können mit einem solchen Ansatz wichtige und brauchbare Aussagen über die Wirklichkeit gewonnen werden. Das Verhältnis der Teilstrukturen zueinander und der historischen Perioden zueinander bleibt jedoch ungeklärt, das Ganze also unbegriffen. Mit Recht hat ein Kritiker darauf hingewiesen, daß damit methodisch das Chaos der Einzelfakten nur ersetzt worden sei durch das Chaos der Teilstrukturen [42]). Der kritische Rationalismus liefert dafür mit seiner „Philosophie des Stückwerks" die erkenntnistheoretische Begründung [43]): Die Gesamtgesellschaft sei gar kein möglicher und legitimer Erkenntnisgegenstand; nur Bruchstücke der Wirklichkeit seien menschlicher Erkenntnisfähigkeit zugänglich. (Ein großer Teil der historischen und soziologischen Studien, die sich mit ganz begrenzten Teilproblemen befassen, ohne die Frage nach der Bedeutung des Problems und dem Sinn der Untersuchung überhaupt noch zu stellen, kann als naive Anwendung dieser Philosophie bezeichnet werden.) Politisch-ideologisch drückt sich der Pessimismus darin aus, daß die Stückwerkstechnologie, daß Reformen innerhalb des bestehenden Systems zur einzig möglichen Form rationalen Handelns erklärt werden. (Es ist kein Zufall, daß führende Sozialdemokraten den kritischen Rationalismus ausdrücklich als philosophische Leitlinie akzeptiert haben [44]).

Zugleich hat sich in Strukturgeschichte und Soziologie ein Trend herausgebildet, das eigentlich Historische, Prozeßhafte, die Veränderung überhaupt zu eliminieren, Gesellschaft als System, als statische Struktur (bzw. als Konglomerat von Teilstrukturen) zu betrachten. Diese, schon bei Max Weber praktizierte, vergleichende, die gesellschaftliche Wirklichkeit typologisch ordnende (und nicht kausal-genetisch erklärende) Sozialwissenschaft betrachtet Geschichte nur noch als ein riesiges Arsenal von Beispielen für bestimmte Typen von Herrschaft, Schichtung, Sozialisation, Ideologie usw.[45]). Es ist evident, daß damit nicht nur die Fortschrittsidee aus der Geschichte verschwindet, sondern überhaupt die Möglichkeit, über den Geschichtsverlauf und seine Richtung irgend etwas auszusagen.

Doch „unsere krisenbedingte Zeit und ihre apokalyptischen Nöte" verlangen als Antwort auch „Geschichtsbilder für größere Epochen und Räume" [46]) (so wie sie auch in der Ökonomie die „systematische Krisenreflexion" anstelle der „nur fallbezogenen und schrittweisen Reflexion von Reproduktionsstörungen des Kapitalismus" verlangen) [47]), zumal der Marxismus eine solche Antwort anbietet.

---

42) So V. Rittner in: I. Geiss, R. Tamchina, Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft 1, S. 73.

43) Vgl. dazu vor allem die Schriften von K. Popper und H. Albert; für die Geschichtswissenschaft hält Popper an dem Axiom des Historismus fest, daß es um „singuläre, spezifische Ereignisse im Gegensatz zu Gesetzen oder Verallgemeinerungen" gehe, und daß es „keine historischen Gesetze geben" könne (K. Popper, Das Elend des Historizismus, Tübingen 1965, S. 112, und Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bern 1958, Bd. 2, S. 326). Mit Historizismus meint Popper gerade solche Theorien, die — wie der Marxismus — Geschichte als gesetzmäßigen Prozeß betrachten; zum marxistischen Begriff historisch-gesellschaftlicher Gesetze vgl. Die Gesetzmäßigkeit der sozialen Entwicklung, Berlin 1975; G. Bartsch/G. Klimaszewsky, Materialistische Dialektik — ihre Grundgesetze und Kategorien, Berlin (DDR) 1975; W. Eichhorn u. a., Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, Berlin (DDR) 1975; Gesetz, Erkenntnis, Handeln, Berlin (DDR) 1972; P. Bollhagen, Gesetzmäßigkeit und Gesellschaft, Berlin (DDR) 1967; G. Stieler, Geschichte und Verantwortung, Berlin (DDR) 1972; „Marxismus-Digest" 2/1971: Geschichtstheorie und Geschichtsschreibung; E. Engelberg (Hrsg.), Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, Köln 1972.

44) G. Lührs u. a. (Hrsg.), Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, Berlin (West)/Bad Godesberg 1975; dazu kritisch K. Bayertz, Der Popper-Boom in der SPD, in: „Blätter", 3/1976, S. 278 ff., und 4/1976, S. 463 ff.; es gibt sogar Tendenzen, den kritischen Rationalismus als die allein noch zulässige Wissenschaftstheorie zu erklären: vgl. das Schreiben des hessischen Kultusministers v. 15. 4. 1976, in dem er eine Überleitung des Marburger Politologen Dr. J. Harrer zum Dozenten im Beamtenverhältnis ablehnt (dazu die Stellungnahme des Fachbereichs der Universität Marburg, in: „Blätter", 8/1976, S. 949 ff.).

45) Vgl. M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, 2 Bde., Köln/Berlin (West) 1964; S. N. Eisenstadt, The Political Systems and Empires, London 1963; W. F. Wertheim, East-West Parallels, Chicago 1965; in der Zeitschrift „Comparative Studies in Societies and History" findet sich dazu eine Fülle von Belegen.

46) So O. F. Anderle in: „Historische Zeitschrift" (HZ) 1957, Bd. 183, S. 331.

47) K. H. Tjaden, in: H. J. Krysmanski/P. Marwedel (Hrsg.), Die Krise in der Soziologie, Köln 1975, S. 77.

So haben in den letzten beiden Jahrzehnten zwei sozialwissenschaftliche Theorien an Boden gewonnen, die den Rahmen der bisherigen Ansätze vollständig zu sprengen und auch deren Skeptizismus und Pessimismus zu überwinden scheinen. Dies ist einmal die Theorie von der „Industriegesellschaft" [48]), die sich als die grundsätzliche „Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie" [49]) für die Erklärung der Menschheitsgeschichte versteht und so eine neue Antwort auf die alte Frage bietet, die der Historiker Werner Hofer so formuliert hatte: „Was soll nun aber der Heilserwartung des Marxismus in der westlichen Welt entgegengestellt werden?" [50]). Und andererseits ist dies die „Systemtheorie", die gesellschaftliche Systeme in ihrem Gesamtzusammenhang und in der Wechselbeziehung ihrer Teilsysteme zu analysieren beansprucht.

Die Theorie von der Industriegesellschaft sieht durchaus gesetzmäßige Veränderungen in der Geschichte der Menschheit in Hinsicht auf technische und industrielle Entwicklung — und dies ist auch ihr maßgebliches Einteilungskriterium für die Hauptepochen der Geschichte. (Rostow unterscheidet fünf solcher Hauptepochen, Organski vier.) Im Vergleich zur marxistischen Theorie gesellschaftlicher Entwicklung handelt es sich jedoch um eine ziemlich mechanistische Simplifizierung: Die Technik erscheint als das bestimmende und den Fortschritt bewirkende Moment in der Geschichte. Die Produktivkräfte geraten also nur in ihrer vergegenständlichten Form — als Industrie, Technik und Wissenschaft — in den Blick, nicht jedoch in ihrem lebendigen, schöpferischen und vorwärtstreibenden Element, dem tätigen, in seiner Arbeit seine Fähigkeiten entwickelnden, Kenntnisse und Erfahrungen ansammelnden und so Technik und Wissenschaft schaffenden und die Natur und sich selbst verändernden Menschen. Die wichtigste, die lebendige Produktivkraft, das Subjekt der Naturbeherrschaft und der historischen Veränderung, erscheint nur als Vollzugsorgan der Technik. Und die Produktionsverhältnisse, die Klassen- und Eigentumsverhältnisse, die die konkrete Form menschlichen Zusammenwirkens in der Naturbeherrschung, im Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit, und die konkrete Form der realen Lebensverhältnisse der Individuen und der Klassen bestimmen, bleiben in diesem Modell historischer Entwicklung belanglos oder fallen gänzlich heraus.

Der spätbürgerliche Charakter dieser Geschichtstheorie wird darin erkennbar, daß die Resultate gesellschaftlicher Arbeit von den Subjekten, die sie produzieren, abgeschnitten und zum Fetisch erhoben werden und daß die arbeitende Bevölkerung als Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums, als die vorwärtstreibende Kraft in der Produktivkraftentwicklung wie auch in der Entwicklung der Produktionsverhältnisse, also als das aktive und verändernde Element im historischen Prozeß überhaupt, eliminiert wird. So wird auch in dieser Theorie der Blick auf die Zukunft, auf gesellschaftliche Alternativen, abgeschnitten. Obwohl manche Theorien über die Industriegesellschaft und das technologische Zeitalter die „Lehre vom Verfall" ausdrücklich zurückweisen und optimistische Perspektiven formulieren [51]), zeigt ihr Inhalt doch die Ausweglosigkeit ihrer Position. „Zukunft" kann in diesen Theorien immer nur als bloße Verlängerung der Gegenwart begriffen werden: Sei es positiv, als noch höhere Entwicklung der vergegenständlichten Produktivkräfte; sei es negativ, als erhöhte Gefahr einer „Herrschaft der Technik und der Technokratien über den einzelnen Men-

48) Vgl. bes. W. W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960; R. Aron, Die industrielle Gesellschaft, Frankfurt/M./Hamburg 1969; A. F. K. Organski, The Stages of Political Development, New York 1965.
49) So der Untertitel des Buches von Rostow.
50) W. Hofer, Geschichte zwischen Philosophie und Politik, Basel 1956, S. 171.
51) Vgl. z. B. A. Gehlen, Die Seele im technischen Zeitalter, Reinbek 1957; H. Freyer, Schwelle der Zeiten, Stuttgart 1965; R. F. Behrendt, Der Mensch im Lichte der Soziologie, Stuttgart 1962.

schen", wie es von der Sozialdemokratie formuliert wurde [52]). Die Zukunft der Menschheit wird also, wie manche Vertreter dieser Theorien auch explizit feststellen, von den USA repräsentiert.

(All dies gilt übrigens auch für den größten Teil der sogenannten Futurologie [53]). Die Prognose der „Kommission für das Jahr 2000" und des Hudson-Instituts [54]) geht nicht nur von der kapitalistischen Klassenstruktur aus, sondern auch von großer sozialer Ungleichheit und Arbeitslosigkeit und von verstärkten moralischen und geistigen Verfallserscheinungen der Gesellschaft.) Der für das spätbürgerliche Bewußtsein spezifische Pessimismus zeigt sich schon in dieser konkret auf die USA bezogenen Perspektive, von der es nach allen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte sehr zweifelhaft ist, ob sie noch viel Verlockendes hat: Die Mordquote ist in den USA 15- bis 20mal höher als in den westeuropäischen Ländern [55]); zwei Drittel der Bevölkerung leben in Gebieten mit hoher Luftverschmutzung; die durch Umweltverschmutzung hervorgerufenen Schäden für die Gesundheit der Bevölkerung betragen jährlich etwa 6 Mrd. Dollar [56]). Der moralische Niedergang der herrschenden Klasse der USA ist durch Watergate, durch die weltweite, die Regierungen großer Staaten einbeziehende Korruptionspolitik amerikanischer Konzerne, durch die Enthüllungen über die CIA-Politik der letzten Jahrzehnte (die auch Mordpläne einschloß), durch Vietnam und Chile so evident geworden, daß sich weitere Belege erübrigen [57]). Der Pessimismus zeigt sich aber auch auf der theoretischen Ebene: Da die Entwicklung von Industrie und Technik als eine vom Menschen losgelöste betrachtet wird, kann sie auch als selbständige, übermächtige, ihn bedrohende Gewalt auftreten. Nicht bestimmte soziale Kräfte sind es, die die Mittel der Technik gegen andere einsetzen, sondern es ist „die Technik", die angeblich „den Menschen" bedroht. (Zu fragen wäre, ob z. B. die Atombomben auf die japanischen Städte 1945 oder die chemischen Kampfmittel auf Vietnam von selber vom Himmel fielen.) Dies ist der Punkt, an dem sowohl die Ideologie vom „technischen Sachzwang" wie auch allerlei irrationale, angsterzeugende Technikinterpretationen aus der Theorie von der Industriegesellschaft abgeleitet werden können.

Die bürgerlichen Systemtheorien sind in ihrem Anspruch von vornherein bescheidener. Sie zielen gar nicht darauf ab, die historische und gesellschaftliche Entwicklung, ihre Richtung und ihre Triebkräfte insgesamt zu erklären, sondern konzentrieren sich auf die Frage, wie ein gegebenes System stabil und existenzfähig gehalten werden kann [58]).

Indem sie die wechselseitige Abhängigkeit der Elemente dieses Systems zum Gegenstand der Untersuchung machen, können sie wesentliche Erkenntnisse

52) H. Ehmke (Hrsg.), Perspektiven sozialdemokratischer Politik im Übergang zu den siebziger Jahren, Reinbek 1969, S. 58.

53) Dies ist in den Schriften von Rostow, D. Bell, H. Kahn, J. Fourastier, J. Galbraith und vielen anderen nachweisbar; dazu kritisch bes.: Die Zukunft im theoretischen Denken, Berlin (DDR) 1975; kritische Ansätze auch in D. Pforte u. O. Schwencke (Hrsg.), Ansichten einer künftigen Futurologie, München 1973; so stellt z. B. Apostol fest, die „Apologetik der gegebenen Machtverhältnisse" in der Futurologie zeige sich darin, „daß entweder die eigene Zukunft für die Zukunft aller vorgeschrieben wird, oder darin, daß die heutigen Ungleichheiten und Gegensätze zwischen Klassen, Ländern, Staaten und Völkern als unverrückbarer Zustand vorausgesetzt werden" (S. 59).

54) Vgl. H. Kahn/A. J. Wiener, Ihr werdet es erleben. Voraussagen der Wissenschaft bis zum Jahre 2000, Wien/München/Zürich 1967.

55) FR v. 14. 8. 1975.

56) „IPW-Berichte", 4/1975, S. 29.

57) Wie weit das Bild, das die Industriegesellschaftstheorie vom gegenwärtigen Kapitalismus zeichnet, von der Wirklichkeit entfernt ist, mag die Kennzeichnung der „Konsumgesellschaft" veranschaulichen: Diese bedeute hohen Verbrauch dauerhafter Konsumgüter, Bereitstellung vieler Mittel für Wohlfahrt und soziale Sicherheit, wodurch der Staat zum „Wohlfahrtsstaat" werde, und Herrschaft der Konsumenten (vgl. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums, S. 15 ff.).

58) Einen allgemeinen Überblick über die wichtigsten gegenwärtigen Theorien geben Narr/Naschold, Einführung in die moderne politische Theorie, Bd. 1: Theoriebegriffe und Systemtheorie, Stuttgart 1969; K. H. Tjaden, Soziale Systeme, Neuwied und Berlin (West) 1971. Zu den gegenwärtig in der Soziologie der BRD vertretenen Richtungen vgl. H. J. Krysmanski/P. Marwedel (Hrsg.), Die Krise in der Soziologie, Köln 1975.

Treue-Bücher
zu günstigen Preisen für Abonnenten

Abonnenten der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können in den Wochen vor Weihnachten, spätestens bis Jahresende, nachfolgend aufgeführte Bücher aus Sonderauflagen bzw. Restposten mit Treue-Rabatt zu erheblich herabgesetzten Preisen beziehen. Wir bieten:

Nach einjährigem Abonnement: 20 % Treue-Rabatt
Nach zweijährigem Abonnement: 25 % Treue-Rabatt
Nach dreijährigem Abonnement: 30 % Treue-Rabatt

Bestellen Sie bitte die gewünschten Bücher gegen Vorüberweisung des Gesamtbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Der für Sie infrage kommende reduzierte Preis ist den Rabattspalten neben den angebotenen Büchern zu entnehmen. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummer(n)** sowie die **Anzahl** der Bücher.

Die Lieferung von Büchern im Gesamtwert von **über 20,– DM** erfolgt **porto- und verpackungsfrei.** Bei Bestellungen unter 20,– DM zahlen Sie bitte 1,– DM für Porto und Verpackung mit ein.

Pahl-Rugenstein Verlag

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
1	*Abendroth u. a.,* Sozialdemokratie und Sozialismus. Bebel und die Sozialdemokratie heute, 284 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
118	*Arnaszus/Beyer/Sandkühler u. a.,* **Materialismus — Wissenschaft und Weltanschauung im Fortschritt,** 259 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
2	*Badstübner/Thomas,* Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–55. 512 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
5	BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, 442 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
101	*Buhr/Irrlitz,* **Der Anspruch der Vernunft.** Bürgerliche deutsche Philosophie als theoretische Quelle des Marxismus, 280 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
122	*Butterwegge,* **Alternativen der Wirtschaftslenkung,** 200 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
12	*Deppe,* Das Bewußtsein der Arbeiter, 359 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
102	*Deppe,* **Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration,** 358 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
	Deutschland im zweiten Weltkrieg, 4 Bände Je 650 S. Ln. mit Schutzumschlag, Großformat, je Band 42,– DM			
13a	Bd. 1: 1939–1941.	33,60	31,50	29,40
13b	Bd. 2: Juni 1941–November 1942.	33,60	31,50	29,40
15	*Elsner,* Die EWG — Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften. 208 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
16	*Engelberg (Hrsg.),* Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, 356 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
103	*Frauenaktion Dortmund (FAD),* **Schwangerschaft und der neue § 218.** Hdb. für Frauen, 203 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
19	*Freyberg/Fülberth u. a.,* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, 456 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
22	Das Grundgesetz. Verfassungsentwicklung und demokratische Bewegung in der BRD, 145 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
23	*Hahn,* Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie, 348 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
24	*Halfmann (Hrsg.)* Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, 239 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
25	*Hanstein,* Hand- u. Kopfarbeit in d. materiellen Produktion, 238 S. 14,80 DM	11,85	11,10	9,–
26	*Haug,* Vorlesungen z. Einführung ins „Kapital", 196 S., 2. verb. Aufl. 12,80 DM	10,20	9,60	10,40
27	*Hervé,* Studentinnen in der BRD, 206 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
105	*Hinrichs/Peter,* **Industrieller Friede?** Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 300 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
106	*Hofmann,* **Jan Amos Comenius.** Bildbiographie, 108 S. Ln. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
29	*Hofschen/Ott,* SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie, 182 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
19	*Huffschmid/Schui (Hrsg.),* **Gesellschaft in Konkurs?** Handbuch der Wirtschaftskrise in der BRD 1973–1976, 530 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
124	*Kahl,* **Positivismus als Konservativismus,** 301 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
30	*Kedrow,* Klassifizierung der Wissenschaften. 2 Bände, Band 1 509 S. 17,80 DM	14,25	13,35	12,45

Fett gedruckte Titel sind Neuerscheinungen im 2. Halbjahr 1976

bitte wenden

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
31	*Kempe,* SPD und Bundeswehr, 279 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
32	*Kievenheim/Leisewitz (Hrsg.),* Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, 384 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
33	*Kramer,* Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft, 279 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
34	Kritik der bürgerl. Geschichtsschreibung, Handbuch, StA., 566 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
35	*Krysmanski/Marwedel (Hrsg.),* Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader, 294 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
38	*Kühnl,* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 317 Dok. und 13 Abb., 512 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
39	*Maase,* Leseinteressen der Arbeiter in der BRD, 125 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
40	*Matthiessen,* Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus, 216 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
41	Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt. Sammelband, 396 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
99	*Menschik,* Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, 424 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
107	*Meyer,* **Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR.** Ein Quellenband, 500 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
43	Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen, 282 S. 10,– DM	8,–	7,50	7,–
45	*Opitz,* Der deutsche Sozialliberalismus 1919–1933, 304 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
46	*Oppolzer,* Entfremdung und Industriearbeit. Die Kategorie der Entfremdung im Denken von Karl Marx, 303 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
48	*Parygin,* Grundlagen der sozialpsychologischen Theorie, 320 S. 17,80 DM	14,25	13,35	12,45
49	*Peter,* Literarische Intelligenz und Klassenkampf. Die „Aktion" 1911–1932, 221 S. 17,80 DM	14,25	13,35	12,45
50	*Priester,* Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, 336 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
52	*Räuschel,* Die BASF. Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns, 264 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
54	*Schleier,* Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung in der Weimarer Republik, 594 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
57	*Semjenow,* Kapitalismus und Klassen. Zur Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, 379 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
120	*Simon,* **Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände** BDA, BDI und DIHT, 237 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
58	*Sorg,* Marxismus und Protestantismus in Deutschland. Zur Marxismus-Rezeption in der evangelischen Kirche 1848–1948, 237 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
59	*Stiehler,* Gesellschaft und Geschichte. Grundlagen und Triebkräfte des historischen Fortschritts, 308 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
60	*Streisand,* Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, 3. Auflage, 484 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
121	*Strutynski,* **Die Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Revisionisten um die Jahrhundertwende,** 384 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
61	*Stuby/Mayer,* Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, 338 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
62	*Suchodolski,* Einführung in die marxistische Erziehungstheorie, 562 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
63	*Tjaden-Steinhauer,* Das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter. Umrisse einer theoretischen Bestimmung, 184 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
65	*Tumanow,* Kritik der bürgerlichen Rechtsideologie, 352 S. Ln. 17,80 DM	14,25	13,35	12,45
112	*Wagner,* **Recht als Widerspiegelung u. Handlungsinstrument,** 196 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
113	**Wörterbuch der Psychologie.** 2500 Stichwörter und über 100 Abb., 596 S. Ln. Großformat 28,– DM	22,40	21,–	19,60
	Erziehung und Bildung			
67	*Christian,* Probleme des Erkenntnisprozesses im politischen Unterricht, 152 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
104	*Gerhard-Sonnenberg,* **Marxistische Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit** (MASCH), 250 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
69	*Hofmann,* Allgemeinbildung. Problemgeschichtliche Studie, 175 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
70	*Keseling u. a.,* Sprach-Lernen in der Schule, 110 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
71	*Koch,* Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes, 176 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
72	*Ljublinskaja,* Kinderspychologie, 544 S., Ln. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
73	*Lompscher (Hrsg.),* Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Die Schule P. J. Galperins, 320 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
74	*Autorenkollektiv Wissenschaftspsychologie (Münster),* Materialistische Wissenschaft und Psychologie, 446 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
75	*Petrowski (Hrsg.),* Allgemeine Psychologie, 488 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
76	Plädoyer f. eine demokratische Bildungspolitik, Sammelbd., 192 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
	Hefte zu politischen Gegenwartsfragen			
77	*Kühnl,* Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, 32 S. 3,– DM	2,40	2,25	2,10
78	*Volpert,* Die „Humanisierung der Arbeit", 32 S. 3,– DM	2,40	2,25	2,10
79	*Grossner/Schierholz,* Projekt MRCA, 64 S. 6,– DM	4,80	4,50	4,20
80	*Krusewitz/Kade,* Anti-Enzensberger, 47 S. 4,– DM	3,20	3,–	2,80
82	Protokoll des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im südlichen Afrika, 64 S. 6,– DM	4,80	4,50	4,20
83	*Fülbert/Harrer,* Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, 48 S. 4,– DM	3,20	3,–	2,80
84	*Matthiessen u. a.,* Von der Entspannung zur Abrüstung, 79 S. 6,– DM	4,80	4,50	4,20
114	*Wüstenhagen,* **Atomindustrie** und Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung, 48 S. 4,– DM	3,20	3,–	2,80
115	*Heinemann/Gollwitzer/Benz/Améry/Fritzsche,* **Reden gegen das Berufsverbot,** 48 S. 4,– DM	3,20	3,–	2,80
116	*Hinz/Krusewitz/Krysmanski/Wüstenhagen,* **Umweltmisere, Bürgerinitiativen und die Verantwortung der Wissenschaftler,** 60 S. 6,– DM	4,80	4,50	4,20

Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!

Bitte ausschneiden!

Postvermerk

Postvermerk

Ausstellungsdatum

Unterschrift

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

in **5000 Köln 51**

Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Postscheckamt **Köln**

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung (Bitte deutlich schreiben!)

DM Pf

Empfängerabschnitt

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Zahlkarte/Postüberweisung

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein **Postscheckkontoinhaber** das Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

DM Pf (DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

PSchA Postscheckkonto Nr. des Absenders Postscheckteilnehmer

Absender der Zahlkarte

DM Pf für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Für Vermerke des Absenders

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

Postscheckkonto Nr. des Absenders

DM Pf

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503** Postscheckamt **Kln**

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115

in **5000 Köln 51**

Bestell-Nr.		Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
		Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht, je Heft 48 S. 3,– DM	**2,40**	**2,25**	**2,10**
86	1	*Ermel,* Vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus in Deutschland			
87	2	*Fülberth,* Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie			
88	3	*Halfmann,* Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik			
89	5	*Albrecht,* Die Wiederaufrüstung der BRD			
90	6	*Weiß,* Geschichte der deutschen Spaltung 1945–55			
91	7	*Rupp,* Die Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945			
92	8	*Breuer,* Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929/1932			
125	10	*Lison,* **Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung**			
126	11	*Hiedels,* **Novemberrevolution 1918/1919**			
127	12	*Louran/Schönle,* **Unterrichtsmodell: Novemberrevolution** 6,– DM	**4,80**	**4,50**	**4,20**

Bitte ausschneiden!

Für Mitteilungen an den Empfänger		
Bestell-Nr.	Anzahl	Preis
Unter DM 20,– Porto		1,–
B Kaufbetrag		

Hinweis für Postscheckkonteninhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchÄ:

Bln W	= Berlin West	Kln	= Köln
Dtmd	= Dortmund	Lahfn	= Ludwigshafen am Rhein
Ess	= Essen	Mchn	= München
Ffm	= Frankfurt am Main	Nbg	= Nürnberg
Hmb	= Hamburg	Sbr	= Saarbrücken
Han	= Hannover	Stgt	= Stuttgart
Klrh	= Karlsruhe		

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,– DM
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

über die Funktionsweise gesellschaftlicher Systeme gewinnen und den Herrschenden und Regierenden wichtige Entscheidungshilfen geben — meist in Form von Wenn-dann-Relationen: Wenn in einem gesellschaftlichen Teilbereich etwas Bestimmtes geschieht, so hat das angebbare Folgewirkungen für andere Teilbereiche und für das Gesamtsystem; oder: Wenn man einen bestimmten Zweck erreichen will, dann muß man angebbare Maßnahmen treffen.

Skeptizismus, Pessimismus und Resignation finden in der Systemtheorie erkenntnistheoretisch ihren Ausdruck darin, daß sie auf die Erklärung gesellschaftlicher Veränderungen von vornherein verzichtet. Dies gilt sowohl für die großen qualitativen Veränderungen im historischen Prozeß wie auch für die Veränderungen innerhalb einer gegebenen Gesellschaftsformation. Auch die letzteren werden nicht kausal erklärt, sondern nur im Hinblick auf ihre Folgen für die Systemstabilität untersucht; gegebenenfalls werden Angaben über notwendige Maßnahmen zur Wiederherstellung des Systems gemacht. Die kausale Untersuchung wird durch die funktionale ersetzt. Politisch-ideologisch äußern sich Pessimismus und Resignation darin, daß die Systemtheorie sich selber als bloße Instrumentalwissenschaft begreift: Sie fragt nicht nach der Vernünftigkeit und Berechtigung der Zwecke, für die bestimmte adäquate Mittel gefunden werden sollen. Sie steht damit prinzipiell jedem Zweck zur Verfügung, der von den Herrschenden gesetzt wird. Auch wenn sie — wie im Falle der Systemtheorie Luhmanns — die Rationalität des Zwecks im Bestand des Systems selber sieht, so ändert dies nichts am Kern der Sache: Dieses Prädikat „Rationalität" hängt nämlich nicht von inhaltlichen Qualitäten des Systems in bezug auf Humanität, Freiheit und Demokratie ab, sondern von dessen purer Existenz; es kommt also grundsätzlich allen gesellschaftlichen und politischen Systemen zu [59]). So werden nicht nur Fortschritt und eine qualitativ andere Zukunft aus dem Blickfeld verbannt, sondern als systembedrohend und damit irrational denunziert. So offen wie von keiner anderen wissenschaftlichen Theorie der Gegenwart wird von der Systemtheorie proklamiert, daß es ein qualitativ anderes System als das gegenwärtige, daß es grundsätzliche gesellschaftliche Veränderung nicht geben kann und nicht geben darf. Und in ungewöhnlicher Offenheit kommt auch der menschenverachtende Charakter dieser auf Herrschaftssicherung zielenden Theorie zum Ausdruck. Funktional betrachtet, sind nämlich „Umregistrierung" und „elektrischer Stuhl" gegenüber illoyalen Mitgliedern und systembedrohenden Elementen gleichermaßen effektive Lösungen: „Für das Schicksal des einzelnen wird darin oft ein tragischer Unterschied liegen; für das Problem der Korrelation von Mitgliedschaft und Normanerkennung, also für die Stabilität des sozialen Systems, handelt es sich um funktional äquivalente Lösungen" [60]). Hier mündet die Systemtheorie den politischen Konsequenzen nach direkt in die konservativ-autoritäre Ideologie, die den „Verfall von Herrschaft", die Diskreditierung des „Gedankens der Herrschaft von Menschen über Menschen" feststellt [61]) und deshalb um so heftiger nach dem starken Staat verlangt. Deren Begründung ist zwar anders beschaffen. Sie lautet — mit den Worten des Bahlsen-Managers und jetzigen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, der sich auch als „Staatsphilosoph" ausgibt —: „Der Massenmensch ist ohne rechte Seinsmitte. Er erscheint deshalb blaß, farblos, ja im geistigen Sinne gestaltlos." Doch die politische Folgerung ist vergleichbar: „In der Alleinherrschaft kann die Einsicht ein theoretisches Maximum erreichen, wenn der Alleinherrscher eine absolut über-

59) Vgl. dazu R. Hegselmann, Die Systemtheorie Luhmanns als technokratischer Institutionalismus und administrative Hilfswissenschaft, in: „Blätter", 1/1976, S. 38 ff.
60) N. Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin (West) 1972, S. 44.
61) Johannes Gross in der FAZ v. 2. 3. 1974.

ragende Persönlichkeit ist" [62]). Eine solche hat sich bislang, wenn sie gebraucht wurde, noch immer gefunden.

Es erweist sich also, daß die zentralen Symptome der geistigen Krise, die das gegenwärtige bürgerliche wissenschaftliche Bewußtsein kennzeichnen, auch in den modernsten Varianten deutlich auszumachen sind. Diese unterscheiden sich dadurch von den mehr traditionellen, daß sie in viel stärkerem Maße verwertbare Erkenntnisse über Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens erbringen und insofern realitätsnäher geworden sind. Dies impliziert auch eine partielle Preisgabe des erkenntnistheoretischen Pessimismus, wie sie für andere bürgerliche Wissenschaftszweige mit direkt instrumentellem Charakter (wie Wirtschaftswissenschaft oder Rechtswissenschaft) schon früher vollzogen wurde. Sie unterscheiden sich aber nicht von den mehr traditionellen in dem grundsätzlichen Pessimismus, was die Erkennbarkeit des historisch-gesellschaftlichen Prozesses im ganzen, seiner Richtung, seiner Triebkräfte und seiner Kausalbeziehungen betrifft und was den Fortschrittsbegriff und damit die reale Möglichkeit einer qualitativ anderen, nämlich wirklich menschenwürdigen Zukunft angeht. Resignierend meint Wolf Lepenies, der zu den einflußreichsten Soziologen der BRD gehört, „daß das Wissen seine Orientierungsfunktion weitgehend verloren hat... Wir wissen immer mehr, aber wir wissen immer weniger, was wir eigentlich tun sollen" [63]). Und der Philosoph Stegmüller sagt: „Noch nie in der Geschichte ist das Bewußtsein der Rätselhaftigkeit und Fragwürdigkeit der Welt so groß und vorherrschend gewesen wie heute" [63a]). Der Schritt zur „Anti-Science-Haltung" [63b]) ist da nicht mehr fern.

Fast alle Formen des Krisenbewußtseins im Bereich der Wissenschaft haben ein wesentliches Merkmal gemeinsam: Sie begreifen die Krise nicht als die des kapitalistischen Systems, sondern betonen ihren allgemeinen, von der Gesellschaftsordnung unabhängigen Charakter, sprechen von „Welt(wirtschafts)krise" oder von der wachsenden „Kluft zwischen Mensch und Natur" [64]). Hier ordnet sich auch jene schon angesprochene Richtung der Psychologie ein, die dem Menschen eine biologisch gegebene und unabänderliche Triebstruktur zuspricht: der Aggressionstrieb gilt dann als die entscheidende Ursache von Krieg und Gewalt, Angst als „Urphänomen", das es immer gegeben habe und also auch immer geben werde [65]). Sofern aber der Sozialismus als Alternative ausdrücklich angesprochen wird, erscheint er entweder als etwas zurückgebliebene Variante der Industriegesellschaft oder als elementar destruktiv, als Negation von Ordnung, Moral und Kultur, bei manchen sogar als grauenhafte Katastrophe, die schlimmer sei als die nukleare Vernichtung. Für Röpke ist die Gefahr des Sozialismus „weit schrecklicher als die Wasserstoffbombe, weil die moralisch-seelische Vernichtung unvergleichlich furchtbarer ist als die physische" [66]). Solche menschenverachtenden, im Bewußtsein der atomaren Übermacht des Westens in der Periode des Kalten Krieges durchaus nicht vereinzelten Ansichten mußten

---

62) Zit. nach FR v. 15. 7. 1976; vgl. Ernst Albrechts Buch: Der Staat, Idee und Wirklichkeit. Grundzüge einer Staatsphilosophie, Stuttgart 1976.
63) FAZ v. 30. 3. 1976.
63a) W. Stegmüller, Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, Stuttgart 1960, S. XXVIII ff.
63b) Vgl. dazu H. Lanfermann, Die sozialökonomische Determination der Wissenschaft und die Diskussionen um die Anti-Science-Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: „Marxismus Digest", 24/1975, H. 4.
64) M. Mesarovic/E. Pestel, Menschheit am Wendepunkt. Zweiter Bericht des Club of Rome zur Weltlage, Stuttgart 1974, S. 7 und 21.
65) Vgl. R. Lenné, Das Urphänomen Angst, München 1975.
66) W. Röpke, Gegen die Brandung, Erlenbach/Zürich/Stuttgart 1959, S. 322, zit. nach G. Rose, Konvergenz der Systeme, Köln 1970, S. 17; Rose zitiert auch die Äußerung des protestantischen Theologen Karl Thieme: „Dieses einzigartige Riesenmaß an Seelenselbstmord zwingt, daß die Alternative ‚Kreml oder Krematorium' zuletzt doch nur mit der Wahl des Krematoriums beantwortet werden kann" (Bergedorfer Protokolle, Hamburg/Berlin [West] 1964, S. 16).

seit dem Ende der 50er Jahre notgedrungen realistischeren Positionen Platz machen.

Es ist klar, daß die kapitalistische Wirklichkeit und die bürgerliche Ideologie auch jene Bewußtseinsformen beeinflussen, die sich selbst als systemkritisch oder gar marxistisch verstehen. In Hinsicht auf Skeptizismus und Pessimismus stimmen z. B. große Teile der Frankfurter Schule — von Horkheimer und Adorno bis Marcuse — völlig mit dem vorherrschenden bürgerlichen Krisenbewußtsein überein. Diese Richtung hält zwar an der Hoffnung auf eine menschenwürdige, vernünftige, sozialistische Gesellschaft fest, sieht aber in der Realität dafür keine Anhaltspunkte, begreift die Entwicklung der Welt seit der Aufklärung im Gegenteil als immer weitere Verschlechterung und kann daher für die Praxis auch nichts als „totale Verweigerung", Protest und Resignation anbieten. Nicht anders steht es mit den verschiedenen Varianten der „Kapital-Logiker", die vorübergehend unter der nach links neigenden Studentenschaft einen gewissen Einfluß gewinnen konnten [67]). Ihre „Theorie" erschöpft sich darin, fortwährend zu beweisen, daß es gar nicht anders sein kann, als es ist, weil der Kapitalismus sich nach ehernen Gesetzen entwickle. Dieses mechanistische Verständnis von Geschichte und Gesellschaft, aus dem die Dialektik von objektiven und subjektiven Faktoren, der Klassenkampf und überhaupt die Tätigkeit des Menschen eliminiert ist, führt zu genau der gleichen Konsequenz wie die bürgerlichen Varianten, die Geschichte als Wirkungsfeld höherer Mächte (Schicksal, Zufall, Gott, Führer) begreifen: man könne sowieso nichts machen. Auch solche als kritisch sich verstehende Formen von wissenschaftlichem Bewußtsein weisen also die wichtigsten Symptome des bürgerlichen Krisenbewußtseins auf und gehören deshalb in den Zusammenhang der geistigen Krise des Kapitalismus.

2. Die Krise im künstlerischen Bewußtsein

In der Kunst drückt sich die Empfindung einer tiefen, alle Lebensbereiche umfassenden Krise oft noch direkter aus als im wissenschaftlichen Bewußtsein. Die rationalen Traditionen von Wissenschaft, die Notwendigkeit, die Wirklichkeit in der Abstraktion, im Begriff zu erfassen, und der in den letzten Jahrzehnten gewachsene Zwang, praktisch verwertbare Erkenntnisse zu liefern, wirken als Filter, die das Krisenbewußtsein nur abgeschwächt und vermittelt in wissenschaftliche Theorien und Aussagen eindringen lassen. Das künstlerische Bewußtsein hingegen registriert sensibel und oft viel direkter die gesellschaftlichen Prozesse und ihre subjektiven emotionalen und ideologischen Reflexe bei den Individuen und drückt dies im Kunstwerk aus. (Selbstverständlich kann auch dieser Ausdruck nicht einfach als ein unmittelbarer begriffen werden — schon deshalb nicht, weil das Kunstwerk im Kapitalismus zugleich als Ware fungiert, die den Bedingungen des Marktes und der Verwertung unterworfen ist, welche natürlich auf den schöpferischen Prozeß selbst, auf die Produktion von Kunst nicht ohne Einfluß bleiben.)

Die reale Krise des Kapitalismus kann dem künstlerischen Bewußtsein erscheinen als unbegreifliche, chaotische, oft feindselige und gefährliche Umwelt, die den Menschen nicht nur in seiner physischen Existenz, sondern auch in seiner geistigen und seelischen Identität elementar bedroht. Sie kann das Gefühl der Wehrlosigkeit gegenüber scheinbar übermächtigen Gewalten erzeugen, Rückzug

[67]) Dazu gehören die meisten der sogenannten „Roten Zellen" an den Hochschulen und deren Organ „Marxistische Studentenzeitung", der Tendenz nach auch die Gruppe um den Soziologen Joachim Bischoff an der FU Berlin.

auf das Seelenleben des Subjektes, Suche nach Sicherheit und Geborgenheit in der Religion oder in anderen Formen des Irrationalismus, Flucht in die romantisch verklärte Vergangenheit, in die Welt des Traumes und der Phantasie, Resignation und Verzweiflung, radikalen Protest und vage Hoffnung oder auch ironische Distanzierung und offenen Zynismus hervorrufen. Elemente dieser geistigen Strömung sind in unterschiedlicher Intensität bei vielen Schriftstellern, Lyrikern, Malern usw. erkennbar. (Wenn im folgenden die Formen und Elemente dieser geistigen Strömung beschrieben werden, so bedeutet dies also nicht unbedingt ein Gesamturteil über das jeweilige Werk oder den jeweiligen Künstler. Und ebenso selbstverständlich ist, daß hier Kunst nur in ihrer inhaltlichen und politischen Dimension zur Diskussion steht, nicht aber in ihrer ästhetischen.)

Jede beliebige, einigermaßen repräsentative Kunstausstellung (z. B. die alle vier Jahre in Kassel stattfindende „documenta") zeigt sehr eindringlich dieses Gefühl von Hilfslosigkeit und Ausweglosigkeit, spiegelt die Wirklichkeit als undurchdringliches Chaos, als unverständlich und unbeherrschbar, damit auch als hoffnungs- und perspektivlos, was die Möglichkeit einer humanen Gestaltung der Zukunft betrifft. Dies mag mit den Mitteln abstrakter Kunst, mit surrealistischen oder mit realistischen Mitteln dargestellt werden — für unsere Fragestellung kommt es primär auf die Aussage an. (In dem raschen Wechsel und Verschleiß der Formen und Stilrichtungen zeigt sich allerdings — neben den Anforderungen des Marktes — auch die Ausweglosigkeit der bürgerlichen Kunst: die immer neue Hoffnung, durch neue Formen die Wirklichkeit zu bewältigen, wird immer aufs neue enttäuscht.) In der Tat enthalten Bilder dieser Art mehr an Wahrheit als jene, die durch die Darstellung der ländlichen Idylle oder des harmonischen Zusammenspiels von Formen und Farben das Auge des Betrachters (vielleicht) erfreuen.

Dennoch ist auch ihr Wahrheitsgehalt begrenzt, weil sie nur das Chaos der gegenwärtigen Gesellschaft, nicht aber die über sie hinausweisenden Tendenzen, nur die Oberfläche der Erscheinungen, nicht aber ihre inneren Gesetzmäßigkeiten widerspiegeln.

Auch das breite Spektrum von Krisenbewußtsein in der Literatur kann hier nur mit einigen Beispielen angesprochen werden. Dabei sind ausgesprochen reaktionäre Darstellungen, die, etwa im Stil von Dwingers Rassismus und Nationalismus oder im Stile vieler „Gesellschaftsromane", die feudal-aristokratische Vergangenheit und ihre Relikte in der gegenwärtigen Gesellschaft verherrlichen, trotz ihrer oft sehr hohen Auflagen von geringem Interesse, weil ihr ideologischer Charakter offen zutage liegt. Wesentlich bedeutsamer sind jene Strömungen, in denen sich das Unbehagen über die gegenwärtigen Verhältnisse und die Suche nach einem Ausweg ausdrücken, jene Schriftsteller also, die leiden an den Zuständen und doch keine rechte Möglichkeit realer Veränderung sehen. Die Haltung, die sich daraus ergibt, ist entweder die der Verzweiflung, die zur ironischen Distanz sublimiert oder bis zum offenen Nihilismus und Zynismus verschärft werden kann, oder die des totalen Rückzugs auf das individuelle Subjekt [67a]), die sich als Resignation oder als bedingungslose Verklärung der Subjektivität äußern kann.

Beckett hat die Atmosphäre totaler Hoffnunglosigkeit in seinem berühmten Stück „Warten auf Godot" szenisch dargestellt: Zwei Menschen warten auf einem ausgestorbenen Plateau auf Godot, der immer kommen soll und nie kommt, von dem

[67a]) Dies rät übrigens „Bild am Sonntag": „Was bleibt uns nun? Vielleicht sollten wir, da die Wege draußen um uns herum so düster und trostlos geworden sind, den Weg nach innen gehen. Den seltenen Weg zu uns selber." (zit. nach FR v. 11. 12. 1973, „Aufgespießt").

niemand weiß, ob er überhaupt existiert. Die „Dramatiker des Absurden" (wie Beckett, Ionesco, Genet) „begnügen sich nicht damit, das Absurde einer unechten Lebensführung darzustellen; sie stoßen in tiefere Schichten vor und enthüllen die Absurdität des menschlichen Daseins selbst", wie ein seelenverwandter Interpret feststellt [68]).

Dieser tiefe Pessismismus hat seit den 50er Jahren seine Ausdrucksformen verändert, repräsentiert jedoch auch heute eine starke Strömung in der Literatur. So wird einer der bei der Buchmesse 1976 am meisten propagierten Romane vom Verlag mit dem folgenden Text angekündigt: „Es ist die Geschichte der total gewordenen Unsicherheit und sogar des Zweifels an den besten menschlichen Substanzen, nämlich der Gefühle, Gedanken und der Fähigkeit zur Vernunft" [69]). Es gibt in diesem Roman „keine Hoffnung, stets nur Enttäuschung . . ., nur Resignation und Verzweiflung" [69a]). Die einzig mögliche Antwort sieht der Autor in dem vollständigen Rückzug auf das Subjekt, in dem „Protest gegen alle Gruppen und Organisationen, Instanzen und Mächte, die das Individuum für ihre Zwecke gebrauchen oder mißbrauchen möchten" [69b]).

Solche Stimmungen sind weit verbreitet. In einem Jugendwettbewerb für Kurzhörspiele stellten die meisten Autoren die Welt des Jahres 2000 als eine „kalte, unmenschliche Welt dar, in der von ‚oben' reglementiert, die Menschen zu Nummern degradiert, Humanismus und Liebe aber als staatsgefährdend geahndet werden" [70]). In all diesen Äußerungen ist die tiefe Trauer und Verzweiflung über die bestehenden Zustände erkennbar, ist also auch ein Moment der Kritik und des Protestes enthalten und insofern auch ein Moment von Hoffnung, daß es anders sein könnte, als es ist. Doch der Protest bleibt orientierungslos, die Hoffnung bleibt stumm, von Verbitterung überwältigt.

Das zwar selten theoretisch begründete, oft aber stimmungsmäßige Fundament dieser pessimistischen und subjektivistischen Strömungen bilden Lebensphilosophie und Existenzialismus, die sich seit der Mitte des 19. Jhs. aus dem Krisenbewußtsein der bürgerlichen Intelligenz entwickelt und jeweils nach den beiden Weltkriegen einen enormen Aufschwung erlangt hatten. Sie haben zwar in der im engeren Sinne philosophischen Diskussion ihren Einfluß weitgehend verloren, bestimmen aber das Lebensgefühl der künstlerischen Intelligenz noch in einem sehr starken Maße.

Diese existentialistisch bestimmte Strömung in der Literatur stellt das isolierte, verängstigte, verzweifelte, an seiner Umwelt leidende, vergeblich nach einem Ausweg suchende Individuum ganz in den Mittelpunkt. Die Gesellschaft, die anderen Menschen erscheinen lediglich als Schranke des Individuums und seiner Bedürfnisse, nicht als Bedingung der Möglichkeit der eigenen Entfaltung. Die gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt erscheinen als fertig, vorgegeben, im Grunde unabänderlich wie die Naturgesetze, nicht als Produkt menschlicher Tätigkeit vergangener Generationen. Damit sind nicht nur die sozialen Mängel, auch wenn sie kritisiert werden, mit dem Schein des Naturhaften ausgestattet, sondern auch Resignation und Verzweiflung angesichts der Starrheit dieser Umwelt im Keim schon angelegt. Seiner Individualität kann sich das Subjekt in dieser fremden und bedrohlichen Umwelt nur dadurch versichern, daß es sich selbst Ziele setzt und einen „Entwurf" macht. Nicht der Inhalt des Entwurfs ist

68) M. Esslin, Das Theater des Absurden, Frankfurt/M., Bonn 1967, S. 415 f.
69) Prospekt des Rowohlt Verlages zum Roman „Die erdabgewandte Seite der Geschichte" von Nicolas Born.
69a) So die FAZ v. 14. 9. 1976.
69b) Ebd.
70) „Oberhessische Presse" v. 14. 4. 1976.

dabei entscheidend, sondern das Faktum, daß es sich um einen Entwurf dieses konkreten Subjektes handelt, das sich damit verwirklicht. „Leben kann nicht vor den Richterstuhl der Vernunft gebracht werden", hatte schon Dilthey, einer der Begründer der Lebensphilosophie, erklärt [71]). Nicht um gesellschaftliche Veränderung in Kooperation mit anderen und im Interesse vieler geht es, sondern um die isolierte Selbstverwirklichung dieses Individuums.

Zu dem Verlust an Wirklichkeit, der sich in diesem radikalen Subjektivismus ausdrückt, und seinen Folgen bemerkte Brecht: „In das Denken solcher Menschen greift also die Welt nur mangelhaft ein; es kann nicht überraschen, wenn ihr Denken dann nicht in die Welt eingreift. Dies bedeutet aber, daß sie dem Denken dann überhaupt kein Eingreifen zumuten: So entsteht der ‚reine Geist', der für sich existiert, mehr oder weniger behindert durch die äußeren ‚Umstände' " [72]).

Es ist evident, daß solcher Subjektivismus offen ist für ganz unterschiedliche Inhalte, daß er zur Rechtfertigung faschistischer Gewaltpolitik (wie bei Klages, Ernst Jünger, Baeumler und Krieck) ebenso wie zur Begründung des — freilich nur individuellen — Kampfes gegen soziales Unrecht (wie in den Dramen Sartres) dienen kann. Die gesellschaftlichen Verhältnisse können als pure Naturgewalt erscheinen, die bedingungslos hinzunehmen ist, oder als kritikbedürftig (wenn auch grundlegender Veränderung kaum zugänglich), wie in manchen Romanen von Max Frisch. Erscheint die Gesellschaft als „Räderwerk" (Sartre) oder als unmenschliche und doch von Menschen in Gang gehaltene bürokratische Maschinerie, der der einzelne trotz aller Anstrengung völlig wehrlos ausgeliefert ist (wie in Kafkas „Prozeß"), so ist hier zweifellos noch das Wissen lebendig, daß es eigentlich anders sein müßte, daß diese Verhältnisse zur menschlichen Natur im Widerspruch stehen. Für sich genommen, muß dieses Wissen hilflos und praktisch folgenlos bleiben; zugleich enthält es jedoch Möglichkeiten der Entfaltung — dann nämlich, wenn das Individuum erfährt, daß seine Leiden nicht seine individuelle Eigentümlichkeit sind, sondern die Leiden vieler, und daß gemeinsame Anstrengungen nicht sinnlos sind.

Es ist offensichtlich, daß in der pessimistischen und subjektivistischen Strömung wesentliche Momente von Wahrheit enthalten sind. Die Gesellschaft stellt im Kapitalismus tatsächlich ein Kampffeld dar, in dem die Individuen, Gruppen und Klassen resolut ihre Interessen verfolgen und sich in diesem Konkurrenzkampf oft feindlich gegenüberstehen; die zwischenmenschlichen Beziehungen sind tatsächlich weithin deformiert und den Bedingungen des Marktes, der Anonymität und Gleichgültigkeit von Warenbeziehungen unterworfen — vom Kauf der Ware Arbeitskraft bis zum „Kauf von Liebe" nicht nur in der Prostitution —; der Mensch wird tatsächlich als Objekt, als Mittel zum Zweck gebraucht — vom Alltag der Lohnarbeit bis zur Benutzung als Soldat im imperialistischen Krieg; das Individuum kann sich hier tatsächlich nicht in seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten harmonisch entfalten. Insoweit spiegelt die existenzialistische Bewußtseinsform also die kapitalistische Wirklichkeit realistisch wider. Aber auch diese Bewußtseinsform hält — wie tendenziell alle bürgerlichen Bewußtseinsformen — die kapitalistische Wirklichkeit für die Wirklichkeit überhaupt, für vorgegeben und im Prinzip unabänderlich, für die zweite Natur [73]). Sie verfehlt die Wirklich-

71) W. Dilthey, Gesammelte Schriften, Leipzig/Berlin 1914, Bd. VII, S. 261.
72) B. Brecht, Schriften zu Politik und Gesellschaft, Frankfurt/M. 1968, S. 175.
73) Wenn der Dichter Günter Eich — in Übereinstimmung mit einer bei der künstlerischen Intelligenz weit verbreiteten Ansicht — von seinen Kollegen verlangt: „Seid unbequem, seid Sand, nicht Öl im Getriebe der Welt" (zit. nach „Deutsche Volkszeitung" v. 29. 4. 1976), so zeigt das, daß ihm entweder die konkrete Beschaffenheit des „Getriebes" gleichgültig ist oder daß er sich ein anderes als das gegenwärtige „Getriebe", in dem es sich lohnen könnte, Öl zu sein, nicht vorstellen kann. Solche Kritik bezieht sich nicht auf Konkretes, Veränderbares, sondern bleibt allgemein, abstrakt und ziellos.

keit insofern, als sie diese Gesellschaft nicht in ihrem historischen Charakter erkennt — und wenn sie ihn erkennt, so sieht sie keine realen Möglichkeiten und Tendenzen zu ihrer Überwindung. Auch der Marxismus erscheint einer solchen Haltung nur als ein „Entwurf", eine Möglichkeit zur Identitätsfindung für das isolierte Subjekt (wie für den „Stiller" Max Frischs im Spanischen Bürgerkrieg oder für „Hugo" in Sartres „Schmutzigen Händen").

So lassen es viele bei der bloßen Klage bewenden, bei der Negation des Bestehenden, die J. Poethen in die schlichten Worte faßte: „Überall stinkts, urbi et orbi" [74]). Trotz ihrer scheinbar aktivistischen Tendenz kommen auch jene Gruppen darüber nicht hinaus, die zwar sich politisch verstehen und zum Emanzipationskampf aufrufen, dafür aber keine praktische Orientierung bieten können. Ob Marcuse — und mit ihm die große Schar seiner Epigonen — die „große Weigerung" propagiert, oder ob Alice Schwarzer eine Zeitschrift gründet für jene Frauen, die „nicht mehr mitmachen wollen, die sich sagen, irgendwie haut's nicht mehr hin, ich fange an sauer zu werden" [75]) — welche wirkliche Perspektive kann sich aus dieser Negation ergeben? Sicherlich, sie enthält Kritik am Bestehenden, und sie kann zu engagiertem Protest führen — aber muß dieser Protest nicht richtungslos bleiben? Natürlich geht es nicht etwa darum, schöne Hoffnungen und Lösungen aus dem Kopf zu erfinden, wohl aber darum, die Wirklichkeit in all ihren vielfältigen Formen, auch ihren verdeckten und untergründigen, darzustellen und so „realistisch" diese Wirklichkeit in ihrer Widersprüchlichkeit und in ihrer Bewegung zu sehen und so sichtbar zu machen, daß die Zukunft schon im Schoße der Gegenwart existiert. Die Darstellung der Inhumanität im Bestehenden gehört zu diesem Realismus, bildet aber nur ein Moment. Der Protest gegen solche Inhumanität zeigt den starken moralischen Impuls dieser geistigen Strömung und den Willen zur Veränderung. Es ist klar, daß sich der individuelle Protest zum gesellschaftlichen Engagement entwickeln kann, die abstrakte Negation zur konkreten, daß sich die Elemente von Realismus zum vollen Realismus entwickeln können, der die Ansätze zur Überwindung des Gegenwärtigen schon im Gegenwärtigen selbst erkennt.

Ein sehr starkes Bewußtsein von Humanität und Demokratie ist lebendig in einer breiten, in den letzten 10 Jahren zweifellos stärker gewordenen literarischen Strömung, die am Beispiel von Max Frisch und Peter Rühmkorf erläutert werden kann. (Martin Walser und Peter Weiss, Alfred Andersch, Walter Jens und viele andere wären hier ebenfalls zu nennen.) In dieser Strömung ist Poesie wesentlich orientiert an dem, was Walter Jens von ihr fordert: Sie verdeutlicht, „was Menschen sein könnten und was die Gesellschaft aus ihnen gemacht hat, analysiert die Diskrepanz zwischen innen und außen, Sein und Bewußtsein, der Welt und den Gedanken — und kommt damit an einen Punkt, an dem sich der Konflikt mit der Macht als unausweichlich erweist" [76]). Auch in dieser Strömung wechselt die Hoffnung freilich mit Verzweiflung, ist die Kritik durchsetzt mit Resignation und wird die präzise Darstellung der Wirklichkeit durchbrochen von dem Drang zum Rückzug aufs eigene Ich. All dies ist kein Wunder angesichts der realen Verhältnisse. Doch welch ein Potential hier lebendig ist, zeigte die Rede von Max Frisch anläßlich der Verleihung des Friedenspreises am 19. September 1976 in der Frankfurter Paulskirche. In den 50er Jahren, stark

74) J. Poethen, Rattenfest im Jammertal, Gedichte 1972—1975, Düsseldorf 1976.
75) Zit. nach „Der Spiegel", 32/1976.
76) W. Jens über die Möglichkeiten und Grenzen der Literatur in seiner Rede „Die Kraft der Schwäche", zit. nach FR v. 25. 9. 1976; die Reden von Jens erschienen jetzt gesammelt in „Republikanische Reden", München 1976.
77) Entfällt.

vom Existenzialismus beeinflußt, definierte Frisch seine Haltung als „kombattante Resignation". In seiner letzten Rede aber war von Resignation nichts mehr zu spüren: Entscheidend für die Aussichten von Frieden und Freiheit (die mit den Berufsverboten absolut unvereinbar seien), sei „der politische Umgang mit der Utopie". Er warnt vor Resignation und plädiert für offene Kritik an der bestehenden Gesellschaftsstruktur und für demokratische Zielvorstellungen, für radikale Hoffnung und revolutionären Glauben an die Möglichkeit des Friedens und der Freiheit als Selbstverwirklichung.

Die gesamte Skala zwischen präziser Darstellung der Außenwelt und individualistischer Abkapselung, zwischen entschiedenem Protest und totaler Resignation, zwischen Hoffnung und Zynismus spiegelt sich in den Werken des viel gelesenen, explizit politischen Lyrikers und Schriftstellers Peter Rühmkorf, der die „große Krise unterm Skalp" in immer neuen Variationen besingt. In einem Gedicht aus den 50er Jahren heißt es:

„Es ist der gleiche Betrug, / Ob ich dichte oder pisse, / Es geht jeder Atemzug / Ins Ungewisse" [78]).

Und „in den gähnenden Sechzigern dies hier bekundet":

„Hier läßt es sich verkommen, hier siegen heißt: / Oh große Wurstfabrik, ein Lächeln eher, / Einen Tag billiger, ein Angebot voraus, den / Feind am Busen sich zu bändigen / ... Auf Kippe und Gedeih, daß nie und keiner / Die Kreise jemals störe, Wanderer, kommst Du nach / Deutschland, sage Du habest uns hier / Unterliegen sehen, wie es der Vorteil empfahl" [79]).

Im Grundsatz blieb er bei dieser Haltung auch in den 70er Jahren:

„Daß der schöne Zweck die Leiden adelt? / Hepp! Applaus! / Unter uns: *der* Tannenbaum ist abgenadelt / Und dein Über-Ich ein Kartenhaus / ... Ab mit Bruch, sic transit gloria mundi; / Fortschritt wälzt sich nicht wie Lava fort / ... Wer Du wirklich bist, ist gar noch nicht entdeckt / *Aber manchmal / In des Regens Wahrgesprudel* / Schafft sich — unnachahmlich — dein Subjekt" [80]).

Rühmkorf fordert einerseits: „Vor die Wahl gestellt, wem das Gedicht sich gesellen soll und wem seine Stimme leihen, ... der himmlischen Betrugsartistik *oder* dem Hunger nach Lebenswahrheit, den Fellabziehern *oder* den Geschundenen", müsse es „die Partei ergreifen der so oder so oder so Deklassierten und Entfremdeten" [81]). Andererseits weigert er sich strikt, die Position des autonomen Subjekts zu verlassen („ich bin weder so- noch sorum abzurichten"), die ihm den Schein der Unabhängigkeit gewährt, ihn aber zugleich zu einer gewissen Isolation und Folgelosigkeit seines Handelns verurteilt und deshalb nicht zufällig ihn immer wieder in die Haltung ironischer Distanzierung und politischer Resignation hineintreibt:

„Wir turnen in höchsten Höhen herum, / selbstredend und selbstreimend, / von einem *Individuum* / aus nichts als Worten träumend ... / Wer von so hoch zu Boden blickt, / der sieht nur Verarmtes/Verirrtes. — Ich sage: wer Lyrik schreibt, ist verrückt / und wer sie für wahr nimmt, wird es" [81a]).

In der „neuen Subjektivität" sieht Rühmkorf, unter seinen Kollegen sich umblickend, auch die Hauptströmung der gegenwärtigen, tendenziell progressiven

78) W. Riegel/P. Rühmkorf, Heiße Lyrik, Wiesbaden 1956, S. 9.
79) Rühmkorf, Kunststücke, Reinbek 1962, S. 7 und 91.
80) Rühmkorf, Walther von der Vogelweide, Klopstock und ich, Reinbek 1975, S. 175 und 180.
81) A.a.O., S. 190.
81a) A.a.O., S. 178.

Lyrik: Aus dem Zerfall der Studentenbewegung entsprang dieses „Selbstbewußtsein, virulent seltsam gemischt aus Isolationsschaudern und der trotzigen Lust, das eigene Oberstübchen neu zu vermessen". Gegenüber jener Strömung, die „ihre bürgerliche Subjektivität schlicht leugnet", scheinen ihm diese „immer leicht zynischen Ich-Gedichte, in denen das bürgerliche Individuum zur Selbstanzeige schreitet", als Vorteil [81b]). Das mag richtig sein. Müßte aber die nächste Frage nicht lauten, wie denn diese „neue Subjektivität" über die Selbstbespiegelung hinauskommen kann? Dabei bleibt es unbestritten, daß die genaue Beschäftigung mit dem Individuum keineswegs den Rückzug aufs Private bedeuten muß, sondern auch eine tiefere Erfassung der individuellen Orientierungs- und Handlungsmöglichkeiten und -probleme bedeuten kann [81c]).

Die Nachfrage nach Literatur, die das Subjekt ins Zentrum stellt, zeigt, daß sie auf reale Bedürfnisse antwortet: Entweder um vom Individuum aus Welterfahrung und -orientierung zu ermöglichen oder um das Individuum in seiner Isolation zu bestätigen und ihm so reale Orientierungs- und Handlungsmöglichkeiten abzuschneiden. Zugleich ist unverkennbar, daß sich in der subjektivistisch-pessimistischen Strömung besonders deutlich die spezifische Problematik der bürgerlichen Intelligenz spiegelt. Es ist bezeichnend, daß Lebensphilosophie und Existenzialismus seit dem 19. Jh. — im Unterschied zu manchen anderen Strömungen bürgerlicher Ideologie — auf die Arbeiterbewegung keinen nennenswerten Einfluß erlangen konnten. Die Industriearbeiter hat die kapitalistische Wirklichkeit von Anfang an sehr nachdrücklich gelehrt, daß sie ihre Lebensinteressen nur durch Kooperation mit anderen, durch solidarisches organisiertes Handeln durchsetzen können, das in den Erfahrungen der gemeinsamen Arbeit seine reale Basis besitzt. Deshalb ist die Ideologie vom einsamen Subjekt für sie ohne Interesse und ohne Attraktivität geblieben. Es ist die Lage und das Selbstverständnis der bürgerlichen Intellektuellen, die sich in dieser geistigen Strömung ausdrücken, und bei ihnen hat diese Strömung auch fast ausschließlich ihre Anhängerschaft gefunden — bis zum heutigen Tag. Ihnen geht es um die Verwirklichung ihrer Subjektivität; dieser Anspruch entspringt sowohl ihrer geistigen Tradition wie auch ihrer realen Tätigkeit als geistig Arbeitende mindestens in früheren Jahrzehnten. Der wachsende Pessimismus resultiert auch daraus, daß die kapitalistische Gesellschaft die Möglichkeiten zur Verwirklichung dieses Anspruchs immer stärker eingeschränkt hat, indem sie auch die geistige Arbeit immer mehr und immer direkter den Bedürfnissen der Produktion und der Kapitalverwertung unterwirft und so den traditionellen Anspruch der Intelligenz als Illusion erweist [81d]). Dies gilt zwar für die wissenschaftlich-technische Intelligenz, für die soziale Unsicherheit und Fremdbestimmung am Arbeitsplatz zur alltäglichen Erfahrung werden, in höherem Maße als für die künstlerische, deren Arbeit tatsächlich noch individuell erfolgt und Selbstverwirklichung ermöglicht — wenn sie dann auch den anonymen Gesetzen des Marktes ausgeliefert ist. Doch ohne Zweifel spürt auch der Künstler diese gesellschaftlichen Veränderungen, und es ist deshalb kein Zufall, daß viele Schriftsteller schon Ansätze von gewerkschaftlichem Bewußtsein entwickelt haben und daß der Verband der Schriftsteller (VS) sich der IG Druck und Papier angeschlossen hat.

Viele andere aber halten am herkömmlichen Selbstverständnis und Anspruch fest und gelangen so nicht hinaus über jene Ideologie, in der Subjektivismus und

81b) A.a.O., S. 188.
81c) Vgl. dazu Bd. 1 der neuen Zeitschrift „Kontext", der 1976 in der AutorenEdition in München erschien.
81d) Vgl. die Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit, deren Resultat lautet: die Berufsaussichten für Akademiker waren noch nie so ungünstig (Bericht dazu in FAZ v. 9. 8. 1976).

Pessimismus zusammenfließen zu einer für die Intelligenz nach wie vor höchst attraktiven Mischung: Sie erkennt sich wieder in den Problemen, die in dieser Literatur behandelt werden, und kann sich identifizieren mit den handelnden Personen. Und zugleich wird ihr damit der Blick versperrt für Perspektiven, die in die Zukunft weisen und die als Tendenzen schon in der gegenwärtigen Gesellschaft real existieren. Die Preisgabe des Subjektivismus und Individualismus ist die entscheidende Voraussetzung dafür, daß auch der das eigene Handeln lähmende Pessimismus überwunden werden kann. Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selber wird freilich dazu beitragen, daß dieser Prozeß verstärkt und von der demokratischen Bewegung aktiv vorangetrieben werden kann. Dann wird auch das noch besser gelingen, was Walter Jens als Verbindung von Poesie und Politik gekennzeichnet hat: „einerseits hinter dem Heute das Gestern, hinter dem ‚Was' das ‚Woher' und ‚Warum' sichtbar zu machen und andererseits die Antagonismen der Gegenwart in der Form der Utopie als Widersprüche zu denunzieren, die aufhebbar sind" [81f.]).

3. *„Unterhaltung" und Alltagsbewußtsein*

Es wurde schon betont, daß die geistige Krise nicht auf die Intelligenz beschränkt ist, sondern alle Bereiche des geistigen Lebens dieser Gesellschaft durchdringt. Wenn Krisenbewußtsein von der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz artikuliert und von den „gebildeten" Schichten nachvollzogen wird, so äußert es sich natürlich in anderen Formen als im Bereich der „Unterhaltung", die sich an die arbeitenden Massen wendet.

Was sich im Bereich der Intellektuellen-Diskussion z. B. als „wissenschaftlich" begründeter Sozialdarwinismus darstellt, erscheint in den Filmen, Fernsehstükken und Druckerzeugnissen für die Massen als grenzenlose Brutalisierung menschlichen Verhaltens, als „realistische" Darstellung des Lebenskampfes, als Verherrlichung des rücksichtslosen Einzelnen, der — als Westernheld oder Kommissar, als Geheimdienstagent oder Soldat — über Leichen zu gehen nicht nur genötigt, sondern auch entschlossen ist. („Leichen pflastern seinen Weg" oder: „Nur der Colt war sein Freund".) „Mord und Gewalt ist das Normale. Mord ist gleich Erfolg, Gewalt ist gleich Recht. Verantwortung und Gewissen gibt es nicht" [82]). Was Nietzsche als die „Unschuld des Raubtier-Gewissens" bezeichnet und auf die „prachtvolle, nach Beute und Sieg lüstern schweifende blonde Bestie" der „vornehmen Rassen" [83]) übertragen hat, was der Imperialismus in der Kolonialpolitik und im Faschismus praktiziert hat, ist so mittlerweile zur Alltagskost des Fernsehzuschauers und Kinobesuchers geworden. „Der Stierkampf ist die Welt, der eine steht, der andere fällt", klingt es aus dem Radio.

Das Fernsehen der BRD führt seinen Zuschauern in einer einzigen Woche 416 Gewaltverbrechen, darunter 103 Morde vor. Kinder in den USA haben bis zu ihrem 14. Lebensjahr Gelegenheit, 19 000 Fernsehtote zu erleben [84]). In 100 Comic-Books wurden 749 schwere, 313 leichte Verbrechen und 87 sadistische Taten gezählt. In einem einzigen werden 3 Menschen erwürgt, 5 erstochen, einer wird durch den Fleischwolf gedreht, einer lebend einbalsamiert, 3 werden zu Tode gefoltert, 6 erschossen, einer wird in die Luft gesprengt [85]). In der Reklame

81f) W. Jens, Die Kraft der Schwäche, a.a.O.
82) Prisma. Kino- und Fernsehalmanach 2, Berlin 1971, S. 233, über den Italo-Western.
83) F. Nietzsche, Werke, Leipzig 1909—1916, Bd. VII, S. 321 f.
84) „Der Spiegel", 49/1971, S. 154; „TV Hören und Sehen", 25/1971, S. 88 f. Die Fernsehproduktion ist übrigens sehr stark monopolisiert: „Mehr als 50 % der gesamten Sendezeit auf allen Bildschirmen der Welt werden zur Zeit von Filmen bestritten, die ein knappes Dutzend nordamerikanischer Gesellschaften produziert" („berliner Extra dienst", 68/1976).
85) „Der Spiegel", 10/1968.

für den Film „Ein Mann sieht rot" heißt es: „Jeden Mord begrüßt das Publikum mit frenetischem Applaus" [86]). (Der Film zeigt, wie ein Mann gegen alles, was er für anarchistisch/kriminell/„rot" hält, zur „Selbsthilfe" schreitet.)

Diese Brutalität ist keineswegs nur kennzeichnend für die Repräsentanten staatlicher Macht, deren Verhalten dann von vornherein dadurch gerechtfertigt ist, daß es im Namen von „Gesetz und Ordnung" oder im Namen des „freien Westens" geschieht. Sie bestimmt auch alle anderen Sphären menschlichen Verhaltens bis hin zu erotischen und sexuellen Beziehungen. Es ist kein Zufall, daß die Mischung von Crime und Sex besonders beliebt ist und daß sich gerade in der Darstellung von sexuellem Sadismus und sexueller Perversion (womöglich in Verbindung mit SS und KZ wie z. B. im „Nachtportier") die Phantasie derer, die diese „Unterhaltung" produzieren, besonders reich entfaltet.

Es ist offensichtlich, daß diese Lebensauffassung ein Stück Wirklichkeit von Kapitalismus und Imperialismus spiegelt und insofern an reale Erfahrungen aller anknüpfen kann [87]). Die Millionenauflagen der für die Massen produzierten Literatur sprechen hier eine deutliche Sprache. In der BRD werden monatlich etwa 5 Mio. Comics verkauft [88]). Die Reihe „Perry Rhodan" erreichte schon Anfang der 70er Jahre eine Gesamtauflage von 60 Mio.[89]). Im Jahre 1970 standen den 69 000 Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt 357 Mio. Romanhefte gegenüber [90]). Die Auflagen der Regenbogen- und Illustriertenpresse, die kaum mehr als eine Mischung aus Heimat-, Kriminal-, Frauen-, Arzt- und Abenteuerroman enthält (wenn auch z. T. im Gewande von „Tatsachenberichten") müßte größtenteils noch dazugezählt werden. Ähnliches gilt für die „Bild-Zeitung", die täglich 4,4 Mio. Exemplare auf den Markt wirft. Allein die Auflage dieser Zeitung, die bekanntlich in allen sozialen Schichten konsumiert wird, ist ein eklatantes Symptom für die geistige Krise dieser Gesellschaft [91]).

Aber die Wirklichkeit wird dadurch nicht nur ausgedrückt, sondern auch ideologisch verfestigt: Diese brutalen Egoisten werden als Realisten, als Vorbilder und Helden dargestellt, die zur Identifizierung verlocken. Das andere in diesen Medien präsentierte Vorbild ist der bescheidene, mit dem privaten Glück sich begnügende Kleine Mann, der treuherzig und gehorsam, allenfalls ein wenig pfiffig, seine Pflichten gegenüber Staat und Unternehmer erfüllt. In beiden werden jene realen Erfahrungen, die aus der täglichen Arbeit stammen und auf solidarisches, an den eigenen gemeinsamen Interessen orientiertes Handeln abzielen, aus dem Bewußtsein gedrängt. Damit können zugleich die daran anknüpfenden Hoffnungen auf eine andere, solidarische Gesellschaftsordnung als illusorisch denunziert werden.

So verweisen Brutalität und Unmenschlichkeit in der für die Massen produzierten „Unterhaltung" auf die wirkliche Unmenschlichkeit des Kapitalismus, auf den

86) Zit. nach „Der Spiegel", 13/1975, „Hohlspiegel".
87) Auch Bundeskanzler Helmut Schmidt findet das Wolfsgesetz des Kapitalismus offensichtlich sehr einleuchtend: Wer schlecht wirtschafte, gehe nach den Gesetzen der Marktwirtschaft eben unter (nach „Süddeutsche Zeitung" v. 15. 7. 1974).
88) FAZ v. 14. 8. 1976.
89) „Kürbiskern", 4/1970.
90) Imperialismus und Kultur, Berlin (DDR) 1975, S. 427; zum Inhalt dieser Romanhefte vgl. G. Neumann, Der politische Gehalt von Groschenheften, Saarbrücken 1976; B. und J. Ellerbrock/F. Thieß, Perry Rhodan. Untersuchungen einer Science Fiction-Heftromanserie, Gießen 1976.
91) Vgl. u. a. Ch. und Ch. Kodron-Lundgreen, 20 Millionen unterm Regenbogen. Zur Kritik kleinbürgerlicher Ideologien in der „Regenbogenpresse", München 1976; J. Alberts, Massenpresse als Ideologiefabrik. Am Beispiel „Bild", Frankfurt/M. 1972. Da in den sozialistischen Ländern quantitativ mindestens genau so viel gelesen wird wie in den kapitalistischen, kann man ermessen, welchen gewaltigen geistigen Vorsprung deren Bevölkerung erwirbt, wenn anstelle dieses ganzen moralisch-geistigen Sumpfes, der dort fehlt, auch nur zu einem Teil populärwissenschaftliche Schriften gelesen werden und zu einem anderen Teil schöngeistige Literatur.

moralischen Verfall einer Gesellschaftsordnung, mit der es tatsächlich bergab geht. Diese Krimis, Western und Kriegsfilme stellen nur das in Unterhaltungsform dar, was der Kapitalismus in seinem Alltag, in den beiden Weltkriegen, in Vietnam, Chile und der Dritten Welt praktiziert. Sie sind also zugleich Ausdruck und Rechtfertigung der realen Brutalität [92]). Sie sind Krisenbewußtsein in apologetischer Form.

Neben der Brutalisierung, die die moralische Zurichtung der Massen für den Kapitalismus bewerkstelligt, stellt die systematische Verdummung, der es um die geistige Zurichtung geht, das Hauptelement dieser „Unterhaltung" dar. Während die wissenschaftliche Durchdringung der Welt rasch voranschreitet und die Verwissenschaftlichung der Produktion zu einer Verbesserung der wissenschaftlichen Ausbildung der Arbeitenden zwingt, wird hier eine „Gegenmacht" entwickelt, die auf die Entmündigung der Massen abzielt. Was in den Reklame- und Musiksendungen, in Schlagertexten [93]), Kurzfilmen, also im größten Teil der Rundfunk- und Fernsehprogramme zum Ausdruck kommt, ist ein Ausmaß an Primitivität und Infantilismus, das zweifellos schon eine Form von Menschenverachtung repräsentiert. Die Frauen, vorab die Hausfrauen, scheinen allesamt total schwachsinnig zu sein, aber auch alle anderen erwecken den Eindruck, daß sie über die Stufe eines zehnjährigen Kindes nicht hinausgekommen sind. Dieser Infantilismus wird freilich zum Teil von der Sache selbst gefordert: Der gesamte Reklame-, Verkaufs- und Moderummel kann in der Tat nur funktionieren, wenn die Konsumenten auf ein infantiles Niveau heruntergebracht sind. Hier drückt sich also die „geistige Krise" in besonders handgreiflicher Form aus.

Die angestrebte Zurichtung der Menschen zu Konsumenten hat natürlich Folgen für ihre politischen und gesellschaftlichen Fähigkeiten. Schon Adolf Hitler hatte in „Mein Kampf" dargelegt, daß man die Methoden der kommerziellen Reklame in die politische Werbung übernehmen müsse, um reaktionäre Politik populär zu machen [94]). Er war damals seiner Zeit voraus. Mittlerweile ist dies zum Allgemeingut der großen Parteien, insbesondere der USA und der BRD, geworden, und in der Tat steht deren Werbung der kommerziellen Reklame an Primitivität kaum nach [94a]). So geben auch sie auf ihre Weise Zeugnis von der geistigen Krise dieser Gesellschaftsordnung.

Doch weder die munteren Reklametexte noch die gewalttätigen Filmhelden, weder die glorifizierte Brutalität noch ihr Gegenstück, die verlogene Sentimentalität, die das Leben als Idylle darstellt, die allenfalls vorübergehend durch Mißverständnisse oder von außen kommende feindliche Einflüsse gefährdet wird, können die Massen über ihre realen Probleme hinwegtäuschen: die soziale Unsicherheit, die Arbeitshetze, die Vereinsamung, die psychische Verelendung. Dies alles sucht sich Ausdruck und findet ihn in den verschiedensten Formen: Die Angst vor der Zukunft sitzt den Menschen im Nacken — den alten wie den jungen [95]). Und die Versicherung, daß diese Angst mit den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen nichts zu tun habe, sondern ein allgemeinmensch-

92) FBI-Chef Hoover registrierte in einem Bericht an den Kongreß der USA 1968 jährlich 3,75 Mio. schwere Verbrechen, alle 19 Minuten eine Vergewaltigung, alle 2,5 Minuten einen Raub, alle 20 Sekunden einen Einbruch; jedes Jahr werden in den USA 17 000 bis 20 000 Menschen ermordet. „Die Gewalt verschlingt das Land ähnlich einer schnell fortschreitenden Krankheit", heißt es in dem Bericht. Vgl. auch FAZ v. 28. 8. 1976: „Kriminalität in New York erreicht Rekordhöhe".

93) Vgl. dazu D. Kayser, Schlager — Das Lied als Ware, Stuttgart 1975; W. Mezger, „Schlager", Tübingen 1975.

94) A. Hitler, Mein Kampf, München 902-9091944, S. 200.

94a) Ein besonders schönes Beispiel lieferte Kurt Biedenkopf, der als Henkel-Manager „Aus Liebe zur Wäsche — Sunil" und als CDU-Generalsekretär „Aus Liebe zu Deutschland — CDU" propagierte.

95) Z. B. leiden schon 9 von 10 Schülern in der BRD an „Zukunftsangst" (vgl. „Oberhessische Presse" v. 4. 5. 1976). „So bestätigt die Zunahme der Literatur mit Angsttiteln jetzt . . ., daß wir nämlich in einer jeden emotional belastenden schwerwiegenden Krisensituationen leben" (Rolf Denker in der FR v. 20. 1. 1976).

liches, überhistorisches „Urphänomen" sei [96]), ist natürlich kein Trost (kann aber vielleicht die Massen davon abhalten, auf Abhilfe zu sinnen, denn gegen ein „Urphänomen" anzugehen, ist offensichtlich wenig sinnvoll). Die Zahl der psychisch Kranken nimmt rapide zu; in der BRD erkranken jährlich etwa eine Million Menschen wegen seelischer Krisen, 200 000 von ihnen müssen in psychiatrische Kliniken eingeliefert werden, 13 000 begehen Selbstmord [97]). Viele flüchten in den Alkoholismus oder zum Rauschgift [98]), die Gewaltkriminalität steigt rapide an — gerade in den besonders weit fortgeschrittenen kapitalistischen „Industriegesellschaften" [99]). Irrationalismen der verschiedensten Art — von der Religion bis zum Hexenglauben, von der Astrologie bis zum Rassismus — behalten in unserem „wissenschaftlichen Zeitalter" mächtigen Einfluß: In der BRD glauben 48 % an ein Leben nach dem Tode; in den USA sind es sogar 69 % [100]). 11 % der erwachsenen Bundesbürger glauben, daß es den Teufel leibhaftig gibt (in Bayern liegt der Prozentsatz noch höher) [101]). „Fast jeder zweite erwachsene Bundesbürger hält es für möglich, daß sein Leben durch die Gestirne beeinflußt wird. Davon profitieren rund 500 organisierte und ungezählte andere Sterndeuter." Insbesondere „Krisenzeiten sind Boomzeiten für die Astrologie" [102]). (Hinzuzufügen wäre, daß an der Produktion dieser Verdummung fast alle Zeitungen und Illustrierten durch ihre Horoskopspalten beteiligt sind!) Jesus People, die mit enormem Propagandaaufwand agieren (Rock-Oper „Jesus Christ Super Star", Jesus-Look mit Hemden, Socken usw.), Gurus und eine große Zahl anderer Sekten — in der BRD etwa 400 — treiben ihr (oft als „gemeinnützig" anerkanntes) Unwesen; sie verbinden meist Religiosität und fanatischen Antikommunismus zu einer sehr effektiven Mischung, manche von ihnen sind vermutlich direkt mit dem CIA liiert [103]). Die Zahl der Handaufleger und Wunderheiler ist in der BRD etwa ebenso groß wie die der zugelassenen Ärzte [104]). Die katholische Kirche verkündet die Unfehlbarkeit des Papstes, die „unbefleckte Empfängnis" Marias und die leibhaftige Existenz des Teufels als Glaubenswahrheiten. Und wenn der Teufel leibhaftig existiert, so kann er natürlich auch Besitz vom Menschen nehmen. Der Teufelsglaube hat den Exorzismus zur notwendigen Konsequenz. So treibt ein katholischer Priester im Jahre 1976 — mit der Zustimmung seines Bischofs und mitten in der BRD, eine Autostunde von Frankfurt entfernt — den Teufel aus einer jungen Frau aus, wobei die „Be-

---

96) Vgl. als neuestes R. Lenné, Das Urphänomen Angst, München 1975.
97) FR v. 21. 10. 1975.
98) In der BRD sind 20 % der Bevölkerung in ihrer Gesundheit gefährdet durch zu hohen Alkoholkonsum („*Oberhessische Presse*" v. 31. 7. 1976). In New York City z. B. starben zwischen 1965 und 1969 fast 3000 Menschen den Heroin-Tod, mehr als bei Verkehrsunfällen („Der Spiegel", 33/1970); der Staat hat — in diesem reichsten Land der Welt — nicht einmal Geld, um über die Gefahren von Rauschgift hinreichend aufzuklären (FAZ v. 7. 8. 1976). Auch in der Sowjetunion stellt der Alkoholismus ein großes Problem dar, das bis zur Gegenwart noch nicht bewältigt ist. Dies verweist zwar einerseits auf die tief verwurzelte Tradition, die dieses Laster in diesem Lande hat, andererseits aber auch darauf, daß eine beachtliche Zahl von Menschen ihre materiellen und psychischen Bedürfnisse nicht zureichend erfüllt sieht. Mit der weiteren kontinuierlichen Entwicklung der Produktivkräfte und der damit wachsenden Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung in der Arbeit wie in der Freizeit kann dieses Problem einer Lösung nähergeführt werden, zumal der Staat große Mittel aufwendet zur Erforschung der Ursachen, zur Aufklärung über die Gefahren und zur Betreuung der Betroffenen.
99) In einer AP-Meldung heißt es: „Die USA werden derzeit von einer regelrechten Mord-Epidemie überzogen, die nach Ansicht des Psychiaters Donald E. Lunde von der Stanford-Universität immer weiter um sich greifen wird, solange das wirtschaftliche Tief in den USA die Frustration der Menschen erhöht." Lunde *sagte: „In den Menschen wurde der Glaube genährt, daß Staat und Gesellschaft ihnen* Ausbildung, Arbeitsplätze und ein besseres Leben garantieren würden. Jetzt stellen sie fest, daß die Regierung ihre Versprechungen nicht halten kann" (FR v. 14. 8. 1975). Ein Dozent für kriminelle Anthropologie an der Universität Turin erklärt: „Die Gewalttätigkeit von heute ist die Antwort des einzelnen auf die Gewalttätigkeit der Gesellschaft" (zit. in „La Stampa" v. 10. 4. 1974). Das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg hat ermittelt, daß in den Großstädten der Bundesrepublik 1969 auf 100 000 Personen 5789 Straftaten kamen. In der DDR waren es im selben Jahr 857 (vgl. „Deutsche Volkszeitung" v. 9. 9. 1976).
100) FAZ v. 6. 8. 1976.
101) FAZ v. 13. 8. 1976 nach einer Befragung der Wickert-Institute.
102) „Der Spiegel", 53/1974.
103) „Der Spiegel", 33/1976, der das für die Mun-Sekte vermutet.
104) Vgl. „Deutsche Volkszeitung" v. 18. 12. 1975, und „Der Spiegel", 32/1976, „Niedere Geister".

sessene" zu Tode kommt [105]). In einem französischen Dorf — 200 Kilometer von Paris entfernt — wird ein Mann von fast allen Einwohnern für einen Hexer gehalten und schließlich mit dem Schrotgewehr ermordet. Den Anstoß zur Tat gab eine Fernsehsendung über Hexerei [106]).

Sicherlich zeigt sich in all diesen Formen des Irrationalismus — von der Rauschgiftsucht bis zum religiösen Wahn — nicht nur das Resultat einer gezielten Verdummungsstrategie, sondern auch die reale Verzweiflung über gesellschaftliche Verhältnisse, die die FAZ in gezielt unspezifischer und verschleiernder Weise umschreibt als „die Unpersönlichkeit der Massengesellschaft, der Mangel an Interesse am anderen, die Isolation im überorganisierten Leben unserer Zeit" [107]). Und zugleich erscheint hier manchmal — wenn auch in ganz entfremdeter Form — ein Schimmer des Bewußtseins, daß es anders sein könnte und daß man etwas tun muß. Was Marx über die Religion bemerkt hat, gilt auch für andere Formen irrationalen Bewußtseins und Verhaltens: Sie sei „in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend ..., der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, das Opium des Volks" [108]). Dies erkennen auch die Ideologen der Herrschenden — und drehen es sogleich zu ihren Gunsten: „Der Wunsch nach einer Wirklichkeit, die tiefer und reicher ist als die, welche die Wissenschaft völlig gepachtet zu haben scheint, wird wieder stärker ... der Mensch will heute mehr denn je aus dem großen Gefängnis der Naturgesetze ausbrechen." Dies verkündete der Münchener Philosophie-Professor Neuhäusler in der „Bild-Zeitung" [109]). Um solche — aus den Verhältnissen spontan entstandene, durch zielbewußte Manipulation in die Kanäle des Irrationalismus gelenkte — Bedürfnisse zu befriedigen, müssen auch die politischen Führer mit den Eigenschaften des überirdischen Erlösers ausgestattet werden. Diesen Versuch, der im Faschismus in vollendeter Form gelang, unternimmt die „Bild-Zeitung" sogar mit einer so prosaischen Natur wie Helmut Kohl: „Männer, Jugendliche, Frauen ... suchen (Kohls) Nähe. Sie berühren ihn, seine Schultern, drücken ihm die Hand ... Fanfani, der Italiener, berührt sein Gesicht" [110]).

Neben der Religion und anderen Irrationalismen können dabei auch „die Märchenbilder unserer Werbung" eine sehr nützliche Rolle spielen, denn: „Die große Masse unserer Mitbürger wünscht sich ... Glücksgefühle, auch wenn sie sich nur in Träumen finden lassen, die nicht einmal Hoffnungen zu sein brauchen" [111]). Auf diese sehr alte Ideologie von der Notwendigkeit des Volksbetruges antwortete einst Marx: „Die Aufhebung der Religion als des *illusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines *wirklichen* Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die *Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusion bedarf*" [112]). Oder mit den Worten von Alexander

105) Vgl. die Berichte in der FAZ v. 24. und 26. 7. 1976, die sich durchaus nicht abrupt distanzieren mochte, sondern besänftigend meinte: „Vielleicht gibt es keinen Schuldigen am Tod der Anneliese Michel"; am 7. 8. 1976 fand die FAZ „die gezeigte Arglosigkeit, mit (dem Teufel) umzugehen", „unerklärlich". „Die seelsorgliche Direktive müßte dabei lauten, bis zum unumstößlichen Beweis des Gegenteils nicht an das leibhaftige Wirken des Teufels zu glauben". Diesen Beweis hält die FAZ also grundsätzlich für möglich. Hier wird erkennbar, daß die herrschende Ideologie auch in ihren aufgeklärten Formen, wie sie die FAZ repräsentiert, auf die Verwendung selbst des obskursten Irrationalismus mindestens als Reservekraft nicht gänzlich verzichten kann (wenn auch solche Vorfälle etwas peinlich sind, zumal zu befürchten ist, daß dadurch die ideologische Bastion Kirche diskreditiert werden könnte). An einem Exorzismus, der 1973 in Bayern von einem Kapuzinermönch vorgenommen worden war, hatte die Staatsanwaltschaft übrigens nichts Strafbares entdecken können (vgl. FAZ v. 24. 7. 1976); vgl. insgesamt auch F. W. Haack, Hexenwahn und Aberglaube in der Bundesrepublik, München 1968, „gestern und heute" 36.
106) FAZ v. 5. 3. 1976.
107) „Alkoholismus als Wohlstandskrankheit", FAZ v. 22. 7. 1976.
108) K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, S. 378 f.
109) Zit. nach „Deutsche Volkszeitung" v. 18. 12. 1975.
110) Zit. nach „Der Spiegel", 23/1976, „Hohlspiegel"; sehr ähnlich „Die Welt" (vgl. „Der Spiegel", 38/1976, „Hohlspiegel").
111) H. Dichgans, Die Welt verändern. Reform oder Revolution, Düsseldorf/Wien 1974, S. 123.
112) K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, S. 379.

Mitscherlich: „Ich meine, der liebe Gott ist doch wirklich die Ausrede der gesamten Geschichte dafür, daß man keine anständige menschliche Gemeinschaft zusammengebracht hat" [113]). Eben dieses Verlangen nach wirklicher Veränderung soll unterdrückt werden — und wenn die Mittel der Ideologie nicht ausreichen, dann eben durch Repression: In einer im Auftrag des Bundesinnenministers angefertigten Studie über das „Radikalismus-Potential" in der BRD fungieren bereits der Glaube an politische Einwirkungsmöglichkeiten, Kritikbereitschaft und Aktivitätsbedürfnis als Basis für politischen Radikalismus [114]). Aus dieser Anschauung, daß die Wahrnehmung der demokratischen Rechte zum Radikalismus führt, ziehen die Berufsverbote nur die praktischen Konsequenzen.

Die Sehnsucht nach Trost und der Wunsch nach dem Retter sind dann besonders stark, wenn die Gefahr besonders groß erscheint, wenn die Massen in Angst und Schrecken versetzt sind. Dies ist nicht nur die Logik des Faschismus und des Kalten Krieges. Science-Fiction-Filme und -Romane stellen die gegenwärtige Welt als äußerst bedroht dar durch Wesen anderer Gestirne oder malen Horrorgeschichten und gewaltige Naturkatastrophen detailliert aus — wie die Filme „Der weiße Hai", der „Exorzist", „Grizzly" („der neue Schocker des Jahres") [115]). Pseudowissenschaftliche „Sachbücher" zeichnen Schreckensvisionen vom Ende der Menschheit, indem sie reale Probleme der Ökologie und des Bevölkerunsswachstums aufgreifen und zu „Knüllern" verarbeiten [116]). Die Aktionen kleiner linksradikaler Sekten wie der Baader-Meinhof-Gruppe werden groß aufgemacht, als ob das gesamte Land von ihrem Terror bedroht sei. Diese ganze Horrorkampagne soll nicht nur von den wirklichen Problemen ablenken und vielleicht sogar beim Zuschauer das Bewußtsein erzeugen, daß es ihm angesichts solcher Schrecken trotz Inflation und Arbeitslosigkeit eigentlich recht gut geht. Sie macht ihm auch eindringlich klar, daß scharfe Sicherheitsmaßnahmen, eine starke Militärmacht und ein straffes Befehlssystem notwendig sind, um die vielfältigen Bedrohungen zu bannen.

Angst und Schrecken zu erzeugen, um die Massen gefügig und gegenüber den Herrschenden, ihren Rettern, dankbar zu stimmen, ist ein uraltes Herrschaftsmittel. Die modernen Strategen der „Bild-Zeitung" und anderer Medien, die damit arbeiten, sind sozusagen die direkten Nachfolger der Medizinmänner und Priesterkasten und der katholischen Kirche, die die Höllenqualen detailliert ausmalte, um die in Unmündigkeit und Angst gehaltenen Massen um so leichter beherrschen zu können. Der Drang derer, die mit solchen Produkten Sensation erzeugen und so das große Geld verdienen wollen, und die Konzeption derer, die damit die Massen ideologisch in den Griff bekommen wollen, wirken bei dieser Art von „Unterhaltung" offensichtlich harmonisch zusammen.

Neben den spontan aus den realen Verhältnissen entstandenen Elementen enthalten solche Bewußtseinsformen also immer auch Elemente zielbewußter Manipulation. Wenn die herrschende Klasse und ihre ideologischen Agenten auch die inneren Gesetzmäßigkeiten des historischen Prozesses im allgemeinen und des Kapitalismus im besonderen nicht zu begreifen imstande sind, so können sie doch sehr wohl begreifen, in welcher Richtung das Bewußtsein der Massen beeinflußt werden muß, damit von dort her die Gefahr für das bestehende System möglichst gering gehalten wird. So forderte der konservative Literaturkritiker

113) Im „Spiegel"-Gespräch, 32/1976.
114) Nach FAZ v. 19. 7. 1976.
115) Das ZDF hat jetzt 13 Sendungen „der in England mit Erfolg ausgestrahlten Science-Fiction-Serie ‚Space 1999' " angekauft. Diese Serie „schildert die Erde zu einem Zeitpunkt, als sie durch eine Katastrophe nuklear völlig verseucht wurde" (FAZ v. 31. 7. 1976).
116) Vgl. z. B. Th. Löbsack, Versuch und Irrtum — Der Mensch ein Fehlschlag der Natur, München 1974.

Krämer-Badoni (FAZ) die Unternehmer auf: „Sie müssen erreichen, daß die Bevölkerung sagt: Wir brauchen den Kapitalismus wie der Fisch das Wasser" [117]). Und das Monopolkapital verschließt sich solchen Aufgaben nicht: „Der Künstler, der der Gesellschaft dienen will, sollte im Unternehmer einen zu solcher Zusammenarbeit bereiten Partner finden" [118]).

4. Die materielle Krise des geistigen Lebens

Die reale Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems tritt im Bereich des Geistigen als Krisenbewußtsein, als Pessimismus, Subjektivismus und Resignation, als Bewußtsein von Niedergang und Ausweglosigkeit in Erscheinung. Die vielfältigen Formen dieser geistigen Krise wurden skizziert. Der Zusammenhang zwischen ökonomischer Basis und ideologischem Überbau hat jedoch auch einen unmittelbar materiellen Aspekt: Die kapitalistische Gesellschaft ist nicht imstande, Kultur und Wissenschaft so zu entfalten, wie dies für die harmonische Weiterentwicklung der Gesellschaft und der kulturellen Bedürfnisse der Menschen notwendig und nach dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte auch real möglich wäre. Trotz enormer Produktivkraftentwicklung und trotz gewaltiger materieller Reichtümer in den entwickelten kapitalistischen Ländern sind Kultur und Wissenschaft materiell völlig unzureichend ausgestattet. Der Unterschied zu den in der Produktivkraftentwicklung noch weit zurückliegenden sozialistischen Staaten ist hier besonders eklatant. Diese kulturelle Unterentwicklung zeigt sich von den Kindergärten bis zu den Hochschulen, bei den Theatern wie bei den Museen, in der materiellen Lage der Künstler wie der Studenten [119]). Dieser Zusammenhang kann einerseits als (materielles) Moment der Krise im Bereich von Kultur und Wissenschaft definiert werden, andererseits aber wirkt er auf das Bewußtsein der in diesem Bereich Arbeitenden und verstärkt dort jene Bewußtseinsformen, die die gesamte Wirklichkeit als Krise erleben, wird also zu einem Element des allgemeinen Krisenbewußtseins.

Die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende und nach dem Maßstab des privaten Profits funktionierende Gesellschaftsordnung erweist sich als unfähig, jene gesellschaftlichen Bereiche, die nicht unmittelbar Profit versprechen, hinreichend zu entwickeln. Insofern ist die Unterentwicklung von Kultur und Wissenschaft nur ein Moment der allgemeinen Unterentwicklung der Infrastruktur und des Sozialwesens. Auch der Staat, der — neben seiner Funktion als Garant der Eigentumsordnung und also als Repressionsgewalt — diese Aufgaben eben deshalb in seine Regie übernommen hat, weil sie keinen direkten Profit abwerfen, kann sie offensichtlich nicht zureichend lösen. Er zieht zwar durch Steuern enorme finanzielle Mittel (etwa ein Drittel des gesamten Sozialprodukts) an sich, investiert sie jedoch vorrangig dort, wo sie den Monopolen direkten Profit bringen (wie in der Rüstungswirtschaft, als Exportgarantien und Subventionen der verschiedensten Art). Der Staat kann seine Funktion als Garant für die allgemeinen Produktionsbedingungen also deshalb nicht zureichend wahrnehmen, weil die Monopole ökonomisch und politisch so stark sind, daß sie die staatliche Macht zu einem erheblichen Teil für ihre kurzfristigen Profitinteressen funktionalisieren können. Damit aber bleiben nicht nur bestimmte längerfristige Systemerhaltungsinteressen, zu denen auch die optimale Fort-

117) Das Unternehmerbild in unserer Zeit, in: „Junge Wirtschaft", 5/1967.
118) Jahrbuch des deutschen Unternehmers, 1968/69, S. 119 f.
119) Diese Unterentwicklung ist natürlich sehr verschieden stark ausgeprägt, je nach den politischen Kräfteverhältnissen: Sie ist in den USA viel schlimmer als in Schweden, und sie war in den Jahren der CDU-Herrschaft viel schlimmer als heute. (Von 1965 bis 1975 stiegen die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft in der BRD von 15,5 Mrd. DM auf 58,5 Mrd. DM an — eine gewaltige Steigerung, die natürlich auch mit neuen Anforderungen der Produktion zusammenhängt.)

entwicklung von Wissenschaft und Ausbildung gehört, partiell auf der Strecke — Systemsicherung, „innere Sicherheit" erscheint dann vorwiegend als Ausbau des staatlichen Gewaltapparates —, sondern auch die materiellen Bedürfnisse der geistig Arbeitenden und die kulturellen Interessen und Möglichkeiten der arbeitenden Bevölkerung. Auch dies ist zweifellos eine Erscheinungsform der geistigen Krise im Kapitalismus.

*

Der Niedergang des Feudalismus war — wie schon eingangs ausgeführt — nicht identisch mit dem Niedergang der Welt. Was von einem Teil der Gesellschaft als Niedergang erlebt wurde, war für den anderen — bürgerlichen — Teil das Heraufkommen einer neuen, besseren Gesellschaftsordnung. Der soziale Widerspruch zwischen Feudalklasse und bürgerlicher Klasse fand seine geistige Entsprechung in dem Widerspruch zwischen Krisen- und Untergangsbewußtsein einerseits und Fortschritts- und Zukunftsbewußtsein andererseits. Auch der Niedergang des Kapitalismus ist nicht identisch mit dem Niedergang der Welt, sondern macht nur offenbar, daß wir im Zeitalter eines gewaltigen historischen Umbruchs leben. Es ist klar, daß der reale Widerspruch zwischen Niedergehendem und Aufsteigendem auch hier seine vielfältigen geistigen Ausdrucksformen findet.

Gegenstand dieser Untersuchung war hauptsächlich die eine Seite dieses Widerspruchs, die geistige Krise. So offensichtlich diese existiert und so tief dieses Bewußtsein alle Lebensbereiche durchdringt — ebenso offensichtlich existiert die andere Seite dieses Widerspruchs: das Bewußtsein, daß eine bessere, menschenwürdige Zukunft möglich ist, daß wesentliche Voraussetzungen dafür schon existieren, daß es sich lohnt, dafür zu kämpfen, und daß diese Zukunft in mancherlei Formen schon begonnen hat. Dieser Widerspruch wäre genauer aufzuzeigen, in der Wissenschaft wie in der Kunst, im politischen Bewußtsein der Intelligenz wie im Alltagsbewußtsein.

Fortschrittliche Bewußtseinsformen (als Formen, die objektiv dem Fortschritt dienen, wie als Formen, die zu klarem Bewußtsein des real möglichen und des wirklichen Fortschritts gelangt sind) in Wissenschaft, Kunst und Unterhaltung sind natürlich in den verschiedenen kapitalistischen Ländern sehr unterschiedlich weit entwickelt. Es ist klar, daß dort, wo eine starke, politisch bewußte Arbeiterbewegung existiert, sich auch beträchtliche Teile der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz an dieser Arbeiterbewegung orientieren, weil sie in ihr die reale Alternative zum Kapitalismus sehen. Aber auch in einem Land wie der BRD, wo durch die ideologischen Nachwirkungen des Faschismus und die besonders hysterische Ausprägung der Ideologie des Kalten Krieges die Entfaltung der demokratischen Kräfte sehr viel schwieriger ist, haben sich seit der Mitte der 60er Jahre fortschrittliche Tendenzen in der Intelligenz in stärkerem Maße entwickelt. Dies zeigt sich in der wissenschaftlichen Diskussion — besonders in den Gesellschafts- und Literaturwissenschaften — ebenso wie in der Entwicklung der Literatur und des Theaters, wo sozialkritischen, humanistischen Prinzipien verpflichtete, realistische Autoren (wie Walser, Hochhuth, Jens, Böll, Frisch, Rühmkorf, Andersch, Kipphardt, Weiss, Kroetz u. a.) an Einfluß gewannen; es zeigt sich in der Entwicklung des politischen Liedes, das erst am Ende der 60er Jahre als Phänomen demokratischer Massenkultur wieder entstanden ist und dessen bedeutende Repräsentanten (Degenhardt, Süverkrüp, Wader, Kittner, Lerryn und eine große Zahl von Song-Gruppen) sich allesamt der

demokratischen Bewegung zugewandt haben; und dies zeigt sich in der -- angesichts der starken Repression erstaunlich stabilen — Studentenbewegung ebenso wie in dem Beitritt des Verbandes der Schriftsteller zur IG Druck und Papier 1973 und der Entwicklung des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) seit 1972.

Diese Entwicklungen zeigen, daß — angestoßen durch reale gesellschaftliche Veränderungen — Bewußtsein und Verhalten der wissenschaftlichen, künstlerischen und pädagogischen Intelligenz in einem Wandlungsprozeß begriffen sind, dessen Richtung — trotz aller Widersprüche und Rückschläge — längerfristig gesehen eindeutig ist. Diese Wandlungen aber wirken zurück auf die Gesellschaft, verändern — mit den Mitteln der wissenschaftlichen Argumentation, der Kunst und der Erziehung — auch das Bewußtsein der übrigen Bevölkerung und ebenso das Bewußtsein der noch orientierungslosen Teile der Intelligenz. So besteht Aussicht, daß die demokratischen, der Zukunft zugewandten, dem sozialen und geistigen Fortschritt verpflichteten Bewußtseinsformen an Boden gewinnen und schließlich die Oberhand behalten werden. Und so kann die Intelligenz auch ihren Beitrag zu dem leisten, was in unserer Zeit zur historischen „Notwendigkeit" in einem ganz handgreiflichen Sinne geworden ist: die Not zu wenden, die Gefahr der kollektiven Selbstvernichtung der Menschheit zu bannen und endlich auch die gesellschaftliche Entwicklung der Kontrolle der Vernunft zu unterwerfen.

Amerika in einer feindlichen Welt

Von Zbigniew Brzezinski

Mit dem Ende des Wahlkampfes und der Wahl eines neuen Präsidenten in den USA geht ein Zeitabschnitt zuende, in dem wesentliche Bereiche der internationalen Politik von Wahlkampffronten überlagert wurden und z. T. stagnierten, wie in den Vereinigten Staaten so auch in der Bundesrepublik. Der unterlegene Präsident Ford erweckte im vergangenen Frühjahr sogar zeitweilig den Anschein, als solle die Ost-West-Entspannung grundsätzlich in Frage gestellt werden, kehrte dann allerdings bald stillschweigend auf den Boden der Realitäten zurück. (Vgl. hierzu den Artikel von Professor v. Bredow „Ursprünge und Aussichten der Ost-West-Entspannung" im vorliegenden Heft der „Blätter".)

Den nachstehenden Beitrag stellte Zbigniew Brzezinski den „Blättern" zur Veröffentlichung in deutscher Sprache zur Verfügung, unserer Bitte um eine Darstellung der gegenwärtigen Weltlage und ihrer Perspektiven aus amerikanischer Sicht folgend. Zbigniew Brzezinski ist Leiter des Forschungsinstituts für Internationalen Wandel an der Columbia University und maßgeblicher außenpolitischer Berater Jimmy Carters, des neugewählten US-Präsidenten. Sein Beitrag,

in dem er eine drohende internationale Isolierung der USA und ihres ökonomisch-politischen Systems diagnostiziert und zugleich Überlegungen darüber anstellt, mit welchen Mitteln und auf welchen Gebieten die Vereinigten Staaten ökonomisch, politisch und nicht zuletzt ideologisch ihren weiterhin fast missionarisch ambitionierten Weltführungsanspruch wieder stärker durchzusetzen versuchen könnten, vermittet u. E. aufschlußreiche Einblicke in die aktuelle weltpolitische Vorstellungswelt der neuen Führungsequipe der Vormacht im kapitalistischen Teil der Erde. D. Red.

Zweihundert Jahre nach der Geburt der ersten ausdrücklich dem Grundsatz der Unabhängigkeit verpflichteten Nation ist das Erscheinungsbild einer auf Selbstbestimmung basierenden Welt in gewisser Weise beunruhigend und bedrohlich für eben *die* Nation geworden, die in so direkter Weise zur Gestaltung dieser neuen Welt beigetragen hat. Es bietet sich in der Tat das Bild eines isolierten Amerika in einer feindlichen Welt.

Die Welt erscheint feindlich, nicht weil sie sich in diesem Sinne erklärt — obwohl Teile der Welt das tun —, sondern weil das, was in dieser Welt geschieht, so grundverschieden von amerikanischen Werten und Erwartungen ist. Die Weltpolitik richtet sich stärker an der Gleichheit als an der Freiheit aus, mit Forderungen politisch stärker aktivierter Massen, die sich mehr auf materielle Gleichheit und weniger auf geistige oder gesetzliche Freiheit konzentrieren. Darüber hinaus beginnt die weltweite Verteilung der Macht politische Systeme zu begünstigen, die in philosophischer, kultureller, ethnischer und rassenmäßiger Hinsicht ihren amerikanischen Vorläufern fernstehen, während im Prozeß der Machtneuverteilung neue Formen der Gewalt drohen. Dies alles bewirkt eine Unsicherheit- in Amerika im Hinblick auf den Druck weltweiter Veränderung und in vielen Teilen der Welt das Gefühl, Amerika sei gegen eine globale Veränderung.

Das Ergebnis ist eine fundamentale Umschichtung in der Art und Weise, in der die Amerikaner sich in Beziehung zum Rest der Welt begreifen und in der ein großer Teil dieser Welt Amerika begreift. Traditionell haben die Amerikaner ihre Gesellschaft als Vorboten der Zukunft und als Verkörperung freiheitlicher Werte von universeller Gültigkeit gesehen, und ein großer Teil der Welt — seien es arme Einwanderer oder aktive nationalistische Führer — sah Amerika ebenso. Dieses freiheitliche Bindeglied definierte Amerikas Platz in der Welt und verlieh Amerika ein ganz besonderes Ansehen.

Heute schrecken viele Amerikaner vor einer Welt zurück, die sich ihrer Meinung nach in die falsche Richtung entwickelt, während im Ausland viele Menschen — insbesondere in den neuen Nationen — meinen, Amerika sei gegenüber ihren Existenzbedingungen gleichgültig oder gar feindlich eingestellt. Amerikas Wohlstand, der in der Vergangenheit fast als Belohnung der Geschichte für Amerikas Freiheit betrachtet wurde, ist zum Brennpunkt des Neides geworden und ruft nun seinerseits Besorgnisse hervor im Hinblick auf die von den gerade emanzipierten Nationen proklamierten gleichheitsorientierten Werte.

Die Gefahr philosophischer Isolierung

Amerika wurde in Freiheit geboren. Diese zentrale Tatsache hat viel von Amerikas Charakter und seiner Rolle in der Welt im Verlauf der 200 Jahre seiner Geschichte geformt. Sie bestimmte auch die Art und Weise, wie die Welt während dieser Zeit meist auf Amerika reagierte, und ließ so die geistige Dimension zu einem wichtigen Aspekt der Weltrolle Amerikas werden.

Gewiß, die soziale und selbst die politische Realität Amerikas waren vom freiheitlichen Ideal weit entfernt. Das in Freiheit geborene Amerika war weitgehend eine Mischung aus einer sklavenbesitzenden Landaristokratie und einer neu aufgestiegenen städtischen Handelsklasse, wobei das Wahlrecht auf eine Minderheit beschränkt blieb. Die dann folgenden 200 Jahre in der Geschichte des Landes können zum großen Teil gesehen werden als Kampf um die Verwirklichung des freiheitlichen Ideals und um seine Anwendung im Zusammenhang einer sich verändernden sozio-ökonomischen Umwelt. Der Kampf gegen die Sklaverei, die Ausweitung des Wahlrechts, die Politik der Offenen Tür für die einwandernden Millionen, die Gewährleistung sozialer Rechte, die Gewalt im Umkreis der entstehenden Gewerkschaften, die Kämpfe um die Bürgerrechte für Schwarze und seit kurzem um das Selbstbewußtsein der Frau — das alles ging Hand in Hand auch mit der Entstehung größeren und mächtigeren persönlichen Reichtums, mit der vergrößerten öffentlichen Reichweite organisierten Einflusses, dem Entstehen von umfassenden bürokratischen Zusammenballungen institutionalisierter Macht und dem durchdringenden kulturellen Einfluß kommerzialisierter Massenmedien auf der Grundlage nur einiger weniger, meist in New York City beheimateter nationaler Publikationen und dreier Fernsehnetze.

Dieses Muster hat der amerikanischen Geschichte eine ambivalente Bedeutung verliehen und rechtfertigt sowohl die beschönigendsten wie die kritischsten Interpretationen von Amerikas Vergangenheit. Dennoch steht diese vielschichtigen historischen Prozessen eigene Ambivalenz nicht im Gegensatz zum besonderen geschichtlichen Symbolismus und dem historischen Inhalt der amerikanischen Botschaft. Es gibt Augenblicke in der Geschichte, die eine Stimmung einfangen und symbolisieren, die — wie unvollkommen auch immer — ein gewisses Bestreben ausdrücken und — wie unangemessen auch immer — einem Gefühl der Hoffnung Inhalt verleihen. Die Idee der Freiheit in Verbindung mit dem Begriff des Fortschritts lag im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert in der Luft und fand ihren Ausdruck in der Entstehung Amerikas. Obwohl manchem die Parallele anstößig erscheinen mag, erklärt das Gesagte auch, warum Kuba oder China heute für viele solche Anziehungskraft besitzen. Die Idee der Gleichheit ist in steigendem Maße die Grundstimmung und Gefühlsrichtung in einer immer stärker übervölkerten Welt und wird immer häufiger von Intellektuellen ausgesprochen. Deshalb sind beide Länder — trotz der Reglementierung und umfassenden Kontrolle, die sowohl die kubanische wie die chinesische Gesellschaft beherrschen — für viele bedeutsame Symbole geworden, nicht unähnlich der Ausstrahlung Amerikas auf viele wohlwollende und faszinierte Europäer des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. [Hier folgen einige zeitgenössische Berichte über die USA des 18. Jahrhunderts, auf deren Abdruck wir aus Platzgründen verzichten. D. Red.]

Der freiheitliche Aspekt der Geburt Amerikas markierte die amerikanische Erfahrung auf besonders zwingende Weise und wirkte sich anhaltend auf die Art und Weise aus, in der sich die Amerikaner selbst zu definieren begannen und in der andere Amerika begriffen. Er bildete die Grundlage für einen dauerhaften und mächtigen Mythos, der auch dann noch anhielt, als Amerika begann, sich wie andere Staaten zu verhalten, als amerikanisches Business sich zu einer machtvoll expandierenden und ausbeutenden Kraft innerhalb schwächerer angrenzender Gebiete (besonders in Mittelamerika) entwickelte, selbst dann noch, als Amerika zum wichtigsten Bollwerk von Staaten wurde, die nur schwer als von leidenschaftlichem Freiheitswillen motiviert beschrieben werden können.

Es war der freiheitliche Mythos, der der Art und Weise, in der amerikanische Truppen von begeisterten Menschenmengen in Europa und sogar in einigen Gebieten Asiens willkommen geheißen wurden, eine besondere Note gab; und es war auch der freiheitliche Mythos und nicht lediglich das Vorhandensein günstiger wirtschaftlicher Möglichkeiten, der eine große Anzahl europäischer Einwanderer nach Amerika und weniger nach Lateinamerika oder anderswohin zog.

So entstand eine lebendige und sich von selbst fortentwickelnde Tradition, gespeist durch das amerikanische öffentliche Bildungswesen, verstärkt durch die Rhetorik amerikanischer Präsidenten und voller Eifer aufgenommen und weitervermittelt durch einzelne Amerikaner, vor allem im Hinblick auf ihre Herkunftsländer. In dem Ausmaß, in dem das 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts durch Ideen bestimmt wurden, die der Freiheit und nationalen Selbstbestimmung besonderen Nachdruck verliehen, stellte diese amerikanische Verkörperung freiheitlicher Werte eine philosophische Unterstützung amerikanischer Außenpolitik dar, wie es sie vorher wohl nie gegeben hat.

Darüber hinaus befanden sich die amerikanische Sozialstruktur und Sozialgeschichte im allgemeinen in Übereinstimmung mit dem Primat des Begriffs Freiheit. Amerika war die freieste Gesellschaft — obwohl viele ihrer sozialen Arrangements auf Ungleichheit und differenzierte Freiheit hinausliefen — für die spezielle Dynamik der amerikanischen gesellschaftlichen Entwicklung und die — für die Einwanderer im Osten und die Pioniere im Westen — offene Grenze; eine Gesellschaft, die auf eine vorher nie gekannte Flexibilität hin angelegt war. Persönliche Freiheit im Innern, der freie Markt, soziale und geographische Mobilität verbanden sich zu einer engen Verflechtung von Mythos und Wirklichkeit im Begriff der liberalen Demokratie.

Diese Bedingungen konnten nicht von Dauer sein, sie währten jedoch lange genug, um Amerikas Verhältnis zur Welt in besonderer Weise zu prägen. Es war ein befreiendes Verhältnis. Denn selbst die tiefe Krise des amerikanischen Kapitalismus der 30er Jahre beeinträchtigte dieses Verhältnis nicht, sondern verstärkte es. Dadurch daß Franklin Roosevelt mit dem New Deal eine Mischung aus Liberalismus und einer Dosis Sozialismus schöpferisch auf die amerikanischen Bedingungen anwandte (wobei beide Theorien die Hauptreaktionen auf die frühen industriellen Erfahrungen in Europa und gleichzeitig ihre normativen Synthesen darstellten), formte er ein Modell, das für viele Europäer wiederum zu einer zwingenden Vision der Zukunft wurde. Es schien die persönliche Freiheit dadurch zu bewahren und sogar noch zu steigern, daß dieser Freiheit noch eine egalitäre soziale Komponente hinzugefügt wurde. Der Zweite Weltkrieg und sein unmittelbares Nachspiel bildeten die Höhepunkte der von Amerika ausgehenden Anziehungskraft.

Als Folge davon operierte die amerikanische Außenpolitik von einer philosophischen Basis aus und mit einer Massenwirksamkeit, die einzigartige Aktivposten zeitigte und für die amerikanische Vormachtstellung nach dem Zweiten Weltkrieg wahrscheinlich ebenso wichtig war wie die militärische Stärke und das relative Bruttosozialprodukt Amerikas im Verhältnis zur übrigen Welt. Obwohl das Gleichheitsstreben in den entwickelteren Gesellschaften bereits an Wirkungskraft zunahm, wurde die von ihm ausgehende Anziehung einerseits gehemmt durch die diskreditierte stalinistische Sowjetunion, auf der anderen Seite durch die Tatsache, daß ein großer Teil der übrigen Welt noch mit der eigenen nationalen Emanzipation beschäftigt war. Und diese Emanzipation, das haben Nehru, Nkrumah oder Sukarno oft genug betont, hat im Hinblick auf ihre emo-

tionale Kraft mehr von der amerikanischen als von der bolschewistischen oder der chinesischen Revolution übernommen.

Innerhalb dieses Prozesses kam es jedoch zu einer subtilen, aber immer schneller um sich greifenden Veränderung. Die westliche, weithin urbane Gesellschaft wurde in aller Stille zu einer wohlstandsorientierten Gesellschaft, während die neuen Staaten sich sehr schnell, fast schon bei ihrem Entstehen, mit der bewußt erlebten Realität weltweiter Ungleichheit konfrontiert sahen. Die Erringung ihrer äußeren Freiheit, der nur selten, wenn überhaupt die innenpolitische Freiheit entsprach, wurde somit zum Ausgangspunkt für die Forderung nach größerer globaler Gleichheit, einer Gleichheit, die häufiger nach außen definiert (wie etwa in der „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten", vom mexikanischen Präsidenten Echeverria im Jahre 1973 vorgeschlagen *) als im Innern praktiziert wurde — mit dem Ergebnis, daß innerhalb eines Zeitraums von zweieinhalb Jahrzehnten die Schwerpunkte im Denken der aktiveren und sich deutlicher äußernden Politiker einer schnellen Veränderung unterworfen waren.

Diese neue Situation steht in scharfem Gegensatz zu derjenigen, die während des Zweiten Weltkriegs und kurz danach herrschte. Die Nordatlantik-Charta drückte die Hauptsehnsüchte eines Zeitabschnitts aus, und Amerika symbolisiert sie. Die amerikanischen Werte und Interessen stimmten damals mit den Werten und Interessen der aktiveren und im Mittelpunkt stehenden Teile der Welt überein. Die Amerikaner betrachteten es als Stärkung ihrer eigenen Freiheit, wenn sie die Freiheit der Europäer beschützten; als Förderung ihres eigenen wirtschaftlichen Wohlergehens, wenn sie den Wiederaufbau Europas und Japans finanzierten. Heute ist den traditionellen amerikanischen Werten Individualismus, freies Unternehmertum, Arbeitsethik und Tüchtigkeit sowohl im eigenen Lande wie noch stärker im Ausland Konkurrenz erwachsen durch Etatismus, Betonung des (nationalen oder gesellschaftlichen) Kollektivs, der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit. Der Wunsch nach einer „neuen Wirtschaftsordnung" ist symptomatisch für die neue weltweite Stimmung, und Amerikas Verhältnis zu diesem Wunsch viel ambivalenter. Die Forderung nach größerer sozialer Sicherheit im Weltmaßstab erscheint vielen Amerikanern als Anspruch auf ihre Ressourcen und als ein Indiz für eine Konfiszierung der Früchte ihrer Arbeit mit dem Ergebnis, daß die Sympathie für die neuen Nationen nach und nach wachsendem Argwohn und Antipathie gewichen ist. Zwischen Amerika und bedeutenden Teilen der Welt hat sich im Hinblick auf Werte und Begriffe eine Kluft geöffnet.

Die damit verbundene Gefahr einer philosophischen Isolierung ohne Beispiel in der amerikanischen Geschichte ist durch den neuen Stil und Inhalt der US-Außenpolitik akzentuiert worden, wie sie insbesondere von der Nixon-Administration verfolgt wurde, die im Jahre 1969 die Regierung antrat. Im Stil heimlichtuerisch, manipulativ und mit Täuschung arbeitend, schien sie einer weitgehend statischen Weltanschauung auf der Grundlage eines überkommenen Kräftegleichgewichts verpflichtet zu sein; sie strebte die gegenseitige Anpassung der Großmächte auf der Basis von Einflußsphären an und war allgemein stärker an der Beibehaltung des Status quo als an seiner Verbesserung orientiert. Dies vertiefte die Kluft noch, die sich bereits während des Vietnamkrieges geöffnet hatte — eines Krieges, der von einer paradoxerweise globalen Veränderungen positiv gegenüberstehenden Regierung begonnen wurde — und lieferte den emotionalen Unterbau für eine in steigendem Maße ablehnende Haltung des Auslandes gegenüber der US-Außenpolitik.

*) Wortlaut in „Blätter" 10/1975, S. 1168—1176. D. Red.

Kapitalismus in einem Lande

Die im Entstehen begriffene philosophische und politische Isolierung könnte mit der Zeit auch zu einer wirtschaftlichen und sozialen werden. Wenn sich die Welt auch mit Sicherheit nicht auf ein einziges sozio-ökonomisches Modell hinentwikkelt — die kommunistische Erwartung eines weltweiten Sozialismus ist ein doktrinäres Überbleibsel aus der Neigung des 19. Jahrhunderts zu simplifizierenden Utopien —, so zielt das Muster der Veränderungen im weitesten Sinne doch auf Gesellschaften ab, die urbaner, stärker industrialisiert, sozial sicherer, weiter übervölkert und etatistischer in dem Sinne sind, daß in den meisten Fällen Regierungen die Hauptinitiatoren wirtschaftlichen Wandels sein und die nationalen Ressourcen kontrollieren werden. Für einige Zeit jedoch wird das politische ebenso wie das sozio-ökonomische Erscheinungsbild der Staaten dieser Welt auch weiterhin noch stark differieren, ohne daß ein einzelnes Modell eine ideologische Vorrangstellung erreichen wird.

Ungeachtet dieser Verschiedenheit verläuft der allgemeine Trend in Richtung auf Systeme, die durchaus von der amerikanischen Mischung aus privatem Unternehmertum, körperschaftlichem Besitz und indirekter Kontrolle durch die Regierung divergieren. Zwar sind die Vereinigten Staaten diesen Trends gegenüber nicht immun gewesen, und der New Deal nach der Depression drückte in Amerika eine neue gesellschaftsorientierte Auffassung von der Rolle der Regierung aus, aber sie waren doch weit zurückhaltender als die meisten der übrigen entwickelten Industriegesellschaften im Akzeptieren von Eingriffen der Regierung in soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten. Selbst die unmittelbaren Nachbarn der USA, Kanada und Mexiko, sind in der Sozialgesetzgebung und bei der Ausweitung der zentralen Regierungsgewalt in Wirtschaftsfragen erheblich weiter gegangen. Darüber hinaus fällt auf der Ebene der verschiedenen Lehrmeinungen und ihrer Rhetorik das amerikanische Eintreten für freies Unternehmertum, für die Ethik des Business und für die schöpferische Rolle des Profitmotivs und die damit verbundene kommerzielle Kultur in einzigartiger Weise auf und wird selbst in ähnlich am Business orientierten Gesellschaften wie der westdeutschen oder der japanischen nicht erreicht. In mancher Hinsicht befindet sich diese Rhetorik sogar im Konflikt mit den gegenwärtigen Realitäten, denn Phänomene wie Amtrak, denen kurz darauf die Affären Conrail, die National Housing Partnership, Comsat, die finanzielle Hilfe für Lockheed folgten, um nicht von der viel früheren Tennessee-Valley-Behörde zu sprechen oder von den komplexen, aber sicherlich engen Beziehungen zwischen dem Verteidigungsministerium und der rüstungsorientierten Industrie — all das deutet darauf hin, daß auch in Amerika eine große Veränderung stattfindet.

Es bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß in anderen Industriedemokratien die wirtschaftliche Rolle des Staates sich schneller ausgedehnt hat als in den Vereinigten Staaten. Wenn auch die französische Indikativplanung mit der zentralen Planung in den staatseigenen Wirtschaftssystemen des kommunistischen Typs und die leitende Rolle des Ministeriums für Internationalen Handel und Industrie in Japan (auch wenn man seine symbiotischen Beziehungen zum Keidanren *) und dessen Verbindungen zur Führung der Liberaldemokratischen Partei berücksichtigt) mit dem Gosplan nicht verglichen werden können, so ist doch in beiden Staaten die wirtschaftliche Rolle der Regierung viel entscheidender und direkter. Wie die Daten in Raymond Vernons „Big Business and the

*) Zentralverband der Industrie in Japan. D. Red.

State" ausweisen, hat sich das öffentliche Eigentum in anderen entwickelten Demokratien beträchtlich ausgeweitet und umfaßt die Schlüsselpositionen der industriellen Wirtschaft. Das Ausmaß relativer Regierungsbeteiligung ist in vielen Entwicklungsländern sogar noch größer, vor allem weil ihr nichtlandwirtschaftlicher Sektor im allgemeinen schwach bleibt.

Kapitalismus in einem Lande ist potentiell die dem amerikanischen Entwicklungsmuster innewohnende Tendenz. Wie das bereits mit Stalins „Sozialismus in einem Lande" der Fall war, könnte das in Amerika eine Mentalität des Belagerungszustands hervorrufen, und, wiederum wie in der Sowjetunion, vieles davon könnte per Selbstinduktion entstehen. Denn wirtschaftliche Verschiedenheit oder auch nur Andersartigkeit muß nicht unbedingt zu politisch-ideologischer Feindschaft führen, vor allem dann nicht, wenn das abweichende Modell, obwohl es aufgehört hat, als Modell attraktiv zu sein, für viele nach wie vor die am meisten zusagende Lösung darstellt (was auf die Vereinigten Staaten immer noch sehr zutrifft). Wenn in diesem Zusammenhang nun die Amerikaner in die auswärtigen Beziehungen der USA die ideologische Behauptung einführen würden, es finde gegenwärtig ein weltweiter Kampf zwischen der liberalen Demokratie und verschiedenen Formen eines despotischen Etatismus statt, dann würde das eine ökonomische Ausweitung der bereits erwähnten politisch-philosophischen Tendenzen in Richtung auf die weltweite Isolierung Amerikas darstellen. Macht man die liberale Demokratie zum Schlüsselthema, was eine Reihe wichtiger Regierungssprecher im Jahre 1975 getan hat, so nimmt man den Vereinigten Staaten die Möglichkeit, ihrer Verpflichtung gegenüber dem Pluralismus nachzukommen und sich dabei positiv im Sinne einer Bejahung der globalen Verschiedenheit durch die USA auszusprechen. Stattdessen würde man dahin tendieren, durch Dichotomisierung der Wirklichkeit eine Koalition der Lehrmeinungen gegen die Vereinigten Staaten zu schaffen.

Eine derartige Koalition kann außerdem Unterstützung beziehen aus der im Ausland weitverbreiteten Ansicht, die äußere Expansion des amerikanischen Business vor allem unter dem Deckmantel multinationaler Konzerne führe zu einer neuen Form des politischen und wirtschaftlichen Imperialismus Amerikas. Auftreten und Hauptexpansion dieser international tätigen amerikanischen Firmen, die oft auf regionaler oder nationaler Basis organisiert sind (und daher ungenau als Multinationale charakterisiert werden) war selbst eine Antwort auf die Einengung der dem US-Kapital zur Verfügung stehenden Möglichkeiten im eigenen Lande vor allem durch erweiterte soziale Vorschriften und Verpflichtungen. Das geschah jedoch zu einer Zeit, in der die Anzahl der Regierungen sich weltweit plötzlich erhöhte und man sich intensiver mit der nationalen Kontrolle über wichtige oder sich in einer Schlüsselrolle befindende wirtschaftliche Sektoren beschäftigte. All das führte dazu, Ressentiments gegenüber wirtschaftlicher Präsenz Amerikas im Ausland mit dem Wesen des amerikanischen Wirtschaftssystems in Zusammenhang zu bringen. Als ein Ergebnis hat die nationale Wirtschaftspolitik in einer Reihe von Ländern — vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, in Lateinamerika und Afrika — eine klar antiamerikanische und antikapitalistische Tendenz bekommen.

Dieses Vorurteil vertiefte die Kluft zwischen amerikanischen und nichtamerikanischen Vorstellungen von der weiteren Entwicklung der Weltwirtschaft noch mehr. Für viele Amerikaner, vor allem für die im Geschäftsleben stehenden, war „multinational" eine schöpferische Antwort auf die im Entstehen begriffene neue Welt gegenseitiger Abhängigkeit. Als flexibles und übernationales Instrument zur Ausbreitung von Technologien, Know-how, Kapital und Produktion

sah man dieses Konzept nach den Worten von John Diebold (Multinational Corporations: Why be Scared of Them? in: „Foreign Policy", Nr. 12) als Schrittmacher für eine ehrlicher zusammenarbeitende Welt an: „Die logische und sich schließlich ergebende Entwicklung ... würde das Ende der Nationalität und nationaler Regierungen, wie wir sie heute kennen, bedeuten." Im Gegensatz dazu besagte das im Ausland häufiger gehörte, aber auch von radikaleren amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern vertretene Argument, der multinationale Konzern sei in erster Linie ein Instrument für die indirekte Machtausdehnung des amerikanischen Kapitalismus, mit dem absichtlich oder objektiv eine neue Art der Abhängigkeit und Ausbeutung geschaffen werde, weil „dadurch die Wirtschaft gewisser Länder durch die Entwicklung und Expansion einer anderen Wirtschaft konditioniert wird, der die erstere unterworfen ist" [1]). Dieser Standpunkt hat im großen und ganzen die Einstellung der neuen Nationen beherrscht. Der Streit um die Multinationalen war daher eine auf den Bereich der Weltwirtschaft ausgeweitete Fortführung der stärker philosophischen und politischen Auseinandersetzung um die genaue Eigenbedeutung von Freiheit und Gleichheit und ihr Verhältnis zueinander, und er beleuchtete wiederum die Gefahr einer sowohl systembezogenen wie begrifflichen Isolierung der Vereinigten Staaten.

Diese Verbindung zwischen philosophischen und systembedingten Unterschieden wurde noch bedrohlicher dadurch, daß die Verwundbarkeit der USA gegenüber der Knappheit von Ressourcen in Gebieten deutlich wurde, denen im Hinblick auf die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der USA eine Schlüsselrolle zufällt. Die Abhängigkeit der USA von Mineralimporten ist immer größer geworden und damit auch das Interesse der USA an geordneten politischen Beziehungen zu einer Reihe von Ländern, die ideologisch kaum mit den Vereinigten Staaten sympathisieren dürften. Obwohl jede ernsthafte Einschätzung das Potential für die Schaffung von Ersatz und die Entwicklung von Alternativverfahren berücksichtigen muß, deuten die aufgrund des Mining and Minerals Policy Act, eines Gesetzes aus dem Jahre 1970, vom Innenministerium systematisch erhobenen Daten doch auf eine Perspektive von Versorgungslücken hin, unabhängig von politischen Faktoren. Und zwar vor allem in den Bereichen Aluminium, Asbest, Barium, Wismut, Kadmium, Kupfer, Diamanten, Fluor, Germanium, Gold, Indium, Blei, Quecksilber, Sand und Kies, Schwefel, Zinn, Wolfram, Uran und Zink. Eine allmähliche Verschiebung in der US-Wirtschaft von der autarken Mineralversorgung zu teilweiser Abhängigkeit hat bereits stattgefunden: 1950 waren die USA nur zu 15 % ihres Bedarfs (Berechnungsgrundlage: US-Dollar) von Importen aus dem Ausland abhängig; um 1970 war diese Ziffer bereits auf ca. 25 % gestiegen, und um das Jahr 2000 kann sie sich irgendwo zwischen 60 und 70 % bewegen.

Bislang hat diese Entwicklung nicht zu den schrecklichen Konsequenzen geführt, die von einigen Beobachtern unmittelbar nach dem erfolgreichen Preiskampf der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) 1973 vorausgesagt wurden — dies gilt besonders für die beiden Vorhersagen einer Rohstoffknappheit und einer Rohstoffkartellisierung —, aber der Trend zielt deutlich auf höhere Importkosten für die USA. Dies wird für sich schon neue Zwänge für die amerikanische Außenpolitik entstehen lassen, während einige ausländische Mächte damit beginnen könnten, die Tatsache bewußter auszunutzen, daß nur 6 % der Weltbevölkerung ungefähr 30 bis 35 % der gesamten Weltproduktion an Erdöl, 55 bis 60 % des natürlichen Gasvorkommens auf der Erde, 15 % der Kohle-,

1) Benjamin J. Cohen, The Question of Imperialism: The Political Economy of Dominance and Dependence, New York (Basic Books) 1973, S. 190; zit. nach: C. Fred Bergsten und Lawrence B. Krause (Hrsg.), World Politics and International Economies; Washington, D.C. (The Brookings Institution) 1975, S. 44.

20 % der Stahl-, 35 % der Aluminium- und 30 % der Kupfer-Weltproduktion konsumieren.

Die Verbindung eines eigenständigen Systems mit einzigartigem Wohlstand macht die Vereinigten Staaten zur einleuchtenden Zielscheibe für emotionale Feindseligkeit und wirtschaftlichen Druck. Dieser Druck kommt wahrscheinlich nicht von Kartellen, die auf einer Ware basieren (da die besonderen Umstände der OPEC schwer zu wiederholen sind), sondern von gemischten politisch-wirtschaftlichen Bündnissen, in denen Zusammenschlüsse verschiedener Staaten versuchen könnten, ihre unterschiedlichen Aktivposten zu kombinieren, um die Vereinigten Staaten in eine bestimmte Richtung zu drängen. Die Neigung, dies zu tun, wird vermutlich durch die allgemeine Politisierung der Weltwirtschaft gefördert werden. Die Entstehung neuer Staaten mit schwachem Privatsektor hat viele Regierungen in eine auswärtige politische Rolle gedrängt, die anderswo von der Privatwirtschaft wahrgenommen wird. Die zunehmende Betonung nationaler Rohstoffkontrolle hat weitverbreitete Nationalisierungen ausländischer Bestände vor allem in jenen Gebieten verursacht, in denen die Ausfuhr die Importe überwiegt [2]). Die Notwendigkeit, dem Management der Weltressourcen (seien es nun Warenpreise oder die Ausbeutung von Rohstoffen der Tiefsee) etwas Struktur und Stabilität zu verleihen, hat auch die Notwendigkeit neuer internationaler Verhandlungen hervorgerufen. Das weitverbreitete Gefühl unter den neuen Nationen, die existierenden internationalen Vereinbarungen würden ihre wirtschaftliche Benachteiligung fortbestehen lassen, hat die Vereinten Nationen veranlaßt, dem Bedürfnis nach einer neuen „internationalen Wirtschaftsordnung" ausdrücklich eine Untersuchung zu widmen. Dies alles hat sich dahingehend ausgewirkt, daß sich die Rolle der Regierungen in der Weltwirtschaft ausgeweitet hat. Das wiederum bedeutet, daß Themen, die bis jetzt entweder auf dem privaten Sektor oder durch Verhandlungen zwischen privater und Regierungsebene weitgehend auf der Basis wirtschaftlicher Kriterien geregelt wurden, nun dahin tendieren, mit politischem Inhalt gefüllt zu werden. Die Folge wird sein, daß die Rolle politischer Motive und politischer Kriterien in der internationalen Wirtschaft verstärkt und in einigen Fällen vorherrschend werden wird.

In diesem Feld wird eine Strukturveränderung im amerikanischen Verhalten unvermeidbar. Wenn auch unter Widerstand, ist das amerikanische System doch gezwungen, sich allmählich diesem im Entstehen begriffenen internationalen Kontext anzupassen, wobei die Regierung der USA aufgerufen ist, die verschiedenen Vereinbarungen, die sogar von der Privatwirtschaft beigesteuert werden, neu auszuhandeln, zu garantieren und bis zu einem gewissen Ausmaß auch zu schützen. Auch die Ölkrise hat die Wirkung gezeigt, den Druck des Kongresses für die Gewährleistung stärkerer Regierungskontrolle über die Unternehmungen und Praktiken der amerikanischen Ölgesellschaften einschließlich Verhandlungen mit erdölproduzierenden Staaten zu intensivieren. Auch dies hat dazu geführt, die Rolle des Staates auszudehnen. Die wirtschaftliche Rolle der US-Regierung wächst daher weiterhin sowohl aus innenpolitischen wie aus internationalen Gründen — ein Prozeß, in dem die Eigenständigkeit des Kapitalismus in einem Lande ziemlich verwischt werden kann. Nichtsdestoweniger ist es ganz klar, daß noch für eine lange Zeit sowohl die fundamentalen philosophischen wie auch die strukturellen Unterschiede die Beziehungen zwischen der sich wandelnden Welt und Amerika komplizieren werden.

[2]) Nach einer Zählung gab es in den Jahren 1973—74 rund 37 weitgehende Akte der Nationalisierung allein in 18 afrikanischen Ländern, die rund 40 % bis 100 % der betroffenen ausländischen Bestände erfaßten. Vgl. C. L. Aleksandrovskaja und I. Macenko, Opyt i problemy nacionalizacii v stranah Afriki; in: „Mirovaja Ekonomika i Meždunarodnye Otnošenja", 7/1975, S. 51—52.

Das Problem des Willens

Mit Leichtigkeit könnte Amerika in diesem Zusammenhang in eine Mentalität des Belagerungszustandes hinübergleiten. Die Warnsignale nehmen zu. Der US-Botschafter bei den Vereinten Nationen begann im Jahre 1975 unter starken Beifallsbekundungen im eigenen Lande mit Gegenangriffen auf die Kritik der neuen Nationen, und zwar mit einer Schärfe im Ausdruck, die fast derjenigen eines anderen amerikanischen Botschafters bei der UNO zu Beginn der 50er Jahre entsprach, der damals die Aufgabe hatte, mit Entschiedenheit sowjetische Attacken zurückzuweisen. In einer vielzitierten Rede vom 3. Oktober 1975 beschwor er mit Worten, die mit einer emotionalisierenden Bilderwelt schwanger gingen, das Bild einer belagerten und auf allen Seiten von Feinden angegriffenen demokratischen Minderheit herauf: „In den Vereinten Nationen sind noch rund zwei Dutzend Demokratien übrig geblieben. Totalitäre kommunistische Regime und passend sortierte alte und neue Despotismen bilden den gesamten Rest. Und nichts vereint diese Nationen so wie die Überzeugung, daß ihr Erfolg letztlich von unserem Scheitern abhängt ... Es wird in der Welt bemerkt, daß die Demokratie in Schwierigkeiten ist. Es ist Blut im Wasser, und die Haie werden wild ..."

Diese Worte fanden in verschiedenen Gruppen der amerikanischen Gesellschaft Resonanz. Für die Gewerkschaften standen sie in willkommenem Kontrast zu der von ihnen in den letzten Jahren gesehenen Tendenz des offiziellen Amerika, sich den Kopf der Kommunisten und der neuen Staaten zu zerbrechen; für die einflußreiche jüdische Gemeinschaft — seit langem eine Quelle der Unterstützung für aufgeklärten Internationalismus — waren die Worte eine verdiente Abfuhr für die sowjetisch-arabisch-afro-asiatische Koalition gegen Israel; für die konservativeren Bereiche der amerikanischen Gesellschaft stellten sie die verspätete Anerkennung der Tatsache dar, daß amerikanische Werte bedroht werden durch die produktionsfeindliche Verehrung von fundamental feindlichen Wert- und Regierungssystemen. Wenn ihnen gesagt wird — und das geschah in der gleichen Rede —, in der komplexen und sich verändernden Welt seien „die meisten neuen und die meisten alten Staaten schließlich Feinde der Freiheit, wie wir sie kennen, geworden", dann heißt das, daß man ihnen die Flucht vor den komplexen Zusammenhängen ermöglicht, und sei es auch nur in der Maske isolierter Selbstgerechtigkeit.

Eine derartige isolierte Selbstgerechtigkeit könnte sich jedoch als besonders destruktiv erweisen im Hinblick auf die beiden Komponenten der dem amerikanischen System als ganzem zugrundeliegenden Legitimitätsbasis. Diese Legitimität ist auf einer tieferliegenden psychologischen Ebene abgeleitet aus einer Kombination von Optimismus und Universalismus. Die meisten Amerikaner haben instinktiv an die Idee des Fortschritts und an ihr System als einzigartigen politischen Ausdruck eines solchen menschlichen Fortschritts geglaubt. Und die meisten glaubten auch daran, daß der amerikanische Typ der liberalen Demokratie das potentielle Modell für den Rest der Welt sei. Der neu auftauchenden Stimmungslage inhärent war jedoch die plötzliche Erkenntnis, daß „Fortschritt" vielleicht destruktiv und sogar gefährlich und daß das amerikanische System nicht mehr der Träger einer universell anwendbaren Botschaft ist. Dies könnte zu einem viel relativistischeren amerikanischen Selbstverständnis führen, das daher in mancher Hinsicht reifer und realistischer wäre. Aber das plötzliche Schwächerwerden der Quellen, die der Legitimität des Systems zugrundeliegen, könnte sich als destabilisierend erweisen und könnte viele Amerikaner ver-

anlassen, zur angenehmen Einfachheit des Begriffs von der feindlichen Welt als Nachfolger des Kalten Krieges Zuflucht zu nehmen — wobei beide Begriffe die Komplexität der Welt ersetzen durch politische Dichotomie.

Die Versuchung, sich aus einer plötzlich recht feindlich anmutenden Welt zurückzuziehen, resultierte gleichfalls aus inneren Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft, die die Zerstörung des früheren Konsensus in der Außenpolitik und eine Unterminierung des amerikanischen Willens, in der Welt eine positive Rolle zu spielen, zur Folge hatten. Jener Konsensus wurde verstärkt durch die Existenz einer relativ homogenen Elite in der Außenpoltik, die der amerikanischen Gesellschaft jahrelang ein breites Gefühl des Vertrauens und der richtigen Führung vermittelte; durch die von der amerikanischen Öffentlichkeit betriebene Internationalisierung eines umfassenden Konzepts für das Weltgeschehen, an das auch neue Phänomene im Verlauf einiger Jahre assimiliert werden konnten; und schließlich durch die zugrundliegenden Werte und Prioritäten, die von den meisten Amerikanern weitgehend geteilt wurden. Kurz: der frühere Konsensus gründete sich auf die WASP-Elite *), auf den Kalten Krieg als organisierendes Grundprinzip und auf die Bereitschaft der Öffentlichkeit, außenpolitischen Verpflichtungen gegenüber inneren Bedürfnissen Priorität einzuräumen.

All das war Mitte der 70er Jahre zur Vergangenheit geworden, und tiefgreifende Veränderungen innerhalb Amerikas und tiefgreifende Veränderungen im Ausland beeinflußten sich gegenseitig auf das Verwirrendste. Das Auftreten neuer und radikalerer Staaten, die Verbreitung des Etatismus, die Forderungen nach einer neuen internationalen Ordnung paßten nicht in die früheren Formeln des Kalten Krieges, ebensowenig wie die traditionelle Auffassung von einem internationalen Gleichgewicht der Kräfte, das eine Generation des Friedens gewährleisten sollte (wie die Herren Nixon und Kissinger das propagierten) oder die frommen Hoffnungen der internationalistischer orientierten Kritiker der Machtpolitik und der Befürworter eines Friedens durch Hilfe und Entwicklung.

Es ist schwer einzuschätzen, wie lange Amerika braucht, bis es ein in vernünftigem Maße einheitliches und doch notwendigerweise flexibles Verständnis der im Entstehen begriffenen neuen Welt aufgenommen und verinnerlicht haben wird. Läßt man die intellektuelle Kompliziertheit des Formulierungsprozesses von Aussagen beiseite, die zugleich der weltweiten Komplexität entsprechen können und doch in weiterem Umfange annehmbar sind, dann wird die Materie kompliziert durch die Veränderungen im Charakter der gegenwärtigen amerikanischen Elite und in den amerikanischen Werten. Der Rückgang der WASP/Ostküsten/Ivy League/Wall Street-Elite in der Außenpolitik ist ein entscheidend wichtiger Aspekt dieser Veränderungen. Jene Elite, die die Außenpolitik länger als ein halbes Jahrhundert beherrschte, hat das Land mit führenden Persönlichkeiten in der Zeit versorgt, in der Amerika in die Weltgeltung gedrängt wurde, und diese Führungsgruppe existierte wiederum auf der Grundlage gemeinsamer Werte und solider organisatorischer Stützpfeiler.

Diese Werte — obwohl sie sich der präzisen Definition entziehen — waren eine Kombination aus traditioneller protestantischer Ethik, starkem amerikanischen Patriotismus, einer Mischung aus der Überzeugung, vom Schicksal auserwählt zu sein, und Wilsonschem „Universalismus", Keynesschem wirtschaftlichen Neoliberalismus, und alles war stark geprägt durch das Scheitern der 30er Jahre, ein System kollektiver Sicherheit zu formen, ein Scheitern, das zum Teil auf die amerikanische Ablehnung zurückzuführen ist. Das in dieser Mischung enthal-

*) WASP = White Anglo-Saxon Protestants (weiße Protestanten angelsächsischer Herkunft, die in der traditionellen Oberschicht der USA eine große Rolle spielen); d. Red.

tene starke Gefühl für eine besondere weltweite Verantwortung der USA wurde dann durch die stalinistische Herausforderung nach dem Zweiten Weltkrieg noch verstärkt. In der Öffentlichkeit führte dies alles zumindest zu einem indirektem Willen zur Größe und verband den Ehrgeiz der Elite, die Weltmacht Nummer eins zu sein, mit dem populären Wunsch, geliebt zu werden und mit dem allgemeinen amerikanischen Glauben an Amerikas Idealismus. In der gleichen Zeit erfreute sich die vorherrschende WASP-Elite der organisatorischen Unterstützung durch die international orientierte Ostküstengemeinschaft von Wirtschaft und Banken, mit der sie ein recht symbiotisches Verhältnis eingegangen war, und sie war auch — oft durch enge persönliche Bindungen — mit der protestantischen Tradition und Kirche verbunden. (Sowohl Dulles wie Acheson liefern hier schlagende, jedoch bei weitem nicht die einzigen Beispiele.)

Der Vietnamkrieg war das Waterloo der WASP-Elite. Aber wie im Fall Waterloo ging der letzten Schlacht eine Periode des Zerfalls voraus, daher wäre es falsch anzunehmen, der Krieg selbst habe die WASP-Moral, ihre Motivation und ihr Monopol auf die Außenpolitik zerstört. Soziale Veränderungen im Umkreis der 60er Jahre brachten neue Gruppen in den Vordergrund der amerikanischen Gesellschaft, die ungestüm Anerkennung und einen eigenen Platz forderten. Die irische und die jüdische Bevölkerungsgruppe ragten unter ihnen hervor. Ihr Aufstieg auf der wirtschaftlichen und philosophischen Ebene fiel mit der weiterreichenden Krise der amerikanischen Kultur zusammen, die — wie ich es ausführlicher in „Between Two Ages" dargestellt habe — herbeigeführt wurde durch den beispiellosen Sturz der amerikanischen Gesellschaft aus dem Industriezeitalter in eine neue, postindustrielle technologisch-elektronische Ära, auf die es keinerlei vorherige philosophische oder kulturelle Vorbereitung gab. Das Ergebnis waren eine Umwälzung der amerikanischen Werte und Kultur, eine Vertrauenskrise und zugleich verschärfte ethnische Gegensätze. Von den letzteren gewann der Rassenaspekt öffentliche Aufmerksamkeit, aber der Kampf um die Ver- und Ersetzung der WASP-Mitglieder war nicht weniger bedeutsam, wenn auch weniger sichtbar. Er wurde mit großer Intensität vor allem an der Kultur- und Massenmedienfront geführt, wo es bald in Mode kam, die WASPs mit Ausdrücken anzuprangern, die bei Anwendung auf eine beliebige andere Gruppe für ethnisch oder rassisch voreingenommen gegolten hätten. Das dem vielgelesenen Buch „The Best and the Brightest" von David Halberstam zugrundeliegende Thema war die angebliche Arroganz und historische Bedeutungslosigkeit der WASPs (wobei die beiden Gebrüder Bundy als Antihelden dargestellt wurden), und in mancher Hinsicht war das Buch wie viele Presseartikel eine Schlüsselwaffe in diesem kulturell-ethnischen Konflikt.

Der Beginn der Präsidentschaft Richard Nixons fiel mit dem Zusammenbruch der WASP-Vorherrschaft in der Außenpolitik zusammen und gleichzeitig mit dem Zusammenbruch des bisherigen Begriffsrahmens. Er führte jedoch nicht zum Auftreten einer neuen und in gleicher Weise homogenen außenpolitischen Elite. Die vielleicht erfolgreichste ethnische Gruppe, die an die Stelle der versetzten WASPs trat, war die jüdische Gemeinschaft, die in Schlüsselstellungen der Administration durch fähige Leute vertreten war, aber das vorherrschende Strukturmuster besaß doch einen fließenderen und heterogenen Charakter. In diesem flexibleren Umfeld wurden Hochschulen und Massenmedien, die in mancher Hinsicht die Nachfolger von Business und Kirche waren, zu den entscheidenden Quellen der Autorität, gewährten und entzogen Legitimität und beeinflußten zugleich die Politik. Keine dieser beiden Gruppen wurde von den WASPs beherrscht oder übernahm im gleichen Ausmaß traditionelle WASP-Werte; beide

waren weniger einer dauerhaften Weltanschauung verpflichtet, und besonders die letztere neigte, zum Teil aufgrund beruflicher Impulse, zu einer sprunghafteren und impressionistischeren Einstellung zur Weltpolitik. Ferner besaß keine der beiden Gruppen die Wertekohärenz oder das soziale Vertrauen, um führende Persönlichkeiten auf Dauer hervorbringen zu können. Die Hochschulen waren desillusioniert und in steigendem Maße einem deterministischen Pessimismus verfallen; die nationalen Massenmedien waren professionell skeptisch, während der Kampf gegen den Machtmißbrauch des Präsidenten ganz allgemein einen Stil der Gegnerschaft gegenüber der Regierung begünstigte.

Während der frühen 70er Jahre wurde die daraus resultierende politische Leere weitgehend durch Kissinger ausgefüllt. Seine spektakulären Aktionen lenkten die Diskussion von den grundsätzlicheren Themen ab und schafften der Administration zumindest vorübergehend einen gewissen Raum für Manöver im Bereich der Außenpolitik. Das ging jedoch nur eine Weile gut. Die Auflösung des früheren Konsensus, die mit dem Abstieg der WASPs einherging, sowie der verschwiegene Stil und manipulative Charakter von Kissingers Amtsführung bewirkten eine beschleunigte direkte Einflußnahme des Kongresses auf die Außenpolitik. Während eines langen Zeitraums der Nachkriegsära war der Kongreß — geführt von Männern, die in der Außenpolitik die Übereinstimmung beider Parteien anstrebten — der Meinung, er verstehe die grundlegenden strategischen Ziele der US-Außenpolitik und habe an ihnen teil. Auf der Basis dieses geteilten strategischen Verständnisses war er bereit, den US-Politikern beträchtliche taktische Flexibilität einzuräumen. In einer Situation, in der der Kongreß jedoch immer stärker argwöhnte, die verkündeten Doktrinen seien nur zum Zwecke der Täuschung entwickelt worden, und in der der früher bestehende Konsensus durch den Vietnamkrieg zertrümmert war, tendierte der Kongreß immer mehr dahin, sich in taktische Fragen direkt einzuschalten, während die größeren strategischen Themen diskutiert wurden.

Das Ergebnis war nicht nur ein Konflikt zwischen Exekutive und Legislative in einer Reihe von außenpolitischen Fragen (zum Beispiel Zypern oder Panama), sondern bei den gegebenen umfassenderen Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft auch ein stärkeres Eindringen fragmentarischer Belange in die politischen Debatten. Da der frühere Konsensus fehlte und da die WASP-Elite kein behauptetes umfassendes nationales Interesse mehr verköperte und legitimierte, konnten die Griechen wirksamere Lobbyarbeit in der Zypernfrage betreiben und nicht mehr beschuldigt werden, sie hätten keinen Sinn für das nationale Interesse; die Juden konnten das im israelisch-arabischen Konflikt und ganz allgemein im Hinblick auf die amerikanische Politik im Mittleren Osten oder in der UNO tun und Vertreter der Südstaaten konnten einen Wechsel in der US-Politik gegenüber Panama und im Zusammenhang damit gegenüber Lateinamerika blockieren.

Diese Zersplitterung nationaler Motivation wurde begleitet von einer breiteren Umschichtung in der öffentlichen Meinung zum Thema Außenpolitik. Obwohl Meinungsumfragen kein verläßlicher Indikator für langfristige Trends sind, obwohl vieles von der Art, in der spezifische Themen zur Sprache gebracht werden, und von der Stimmung des Augenblicks abhängt, und obwohl das umfangreiche Material, das die öffentliche Meinung in den USA zu auswärtigen Angelegenheiten dokumentiert, nicht in allen Fällen ein widerspruchsfreies Bild liefert, ist durch eine Reihe getrennter Untersuchungen der öffentlichen Meinung dennoch ein ausreichendes Grundmuster sichtbar geworden, das zu einigen wichtigen

politischen Schlußfolgerungen berechtigt. Unter Ausklammerung von Details machen die Umfrageergebnisse deutlich, daß die amerikanische Öffentlichkeit im Verlaufe des letzten Jahrzehnts 1. die Prioritäten der amerikanischen Außen- und Verteidigungspolitik herab- und innenpolitische Prioritäten so weit heraufgestuft hat, daß die letzteren in beträchtlichem Maße vorherrschend geworden sind; 2. nicht mehr bereit ist, widerspruchslos höhere Etatausgaben für Verteidigungszwecke hinzunehmen; 3. weniger geneigt ist, die Sowjetunion und/oder China für eine unmittelbare Bedrohung der US-Interessen zu halten; 4. im allgemeinen stärker geneigt ist, Kürzungen oder den Abzug von im Ausland stationierten US-Truppen zu befürworten; 5. zunehmend skeptischer geworden ist im Hinblick auf Wirksamkeit oder Erwünschtheit von Auslandshilfe; 6. den Vereinten Nationen sowie der in ihnen vorherrschenden Koalition der Dritten und Vierten Welt viel kritischer gegenübersteht; und 7. sogar begonnen hat, sich für eine Verringerung des amerikanischen Außenhandels einzusetzen. Im allgemeinen, und das ist noch überraschender, ist die amerikanische Öffentlichkeit in steigendem Maße willens, sich selbst als isolationistisch zu beschreiben (in Beantwortung einer Roper-Umfrage des Jahres 1974 zum Thema Selbstidentifikation bezeichnen sich 42 % der Befragten als Internationalisten und 37 % als Isolationisten), trotz des negativen Beigeschmacks, den der Ausdruck „Isolationist" im Laufe der Jahre bekommen hat [3]).

Es wäre jedoch falsch, aus dem Vorangehenden zu schlußfolgern, ein neuer, isolationistischer Konsensus habe letztendlich Gestalt angenommen. Die Umfrageergebnisse haben die Auffassung, Amerika solle sich in unzweideutiger Weise nach innen wenden, nicht gestützt. In einigen Fragen wie etwa der Intervention im Ausland blieb die öffentliche Meinung konstant: in den meisten Fällen war sie dagegen, aber auch in den wenigen befürworteten Fällen blieben die Zahlen jahrelang konstant (wobei eine größere und gleichfalls konstante Anzahl bereit ist, angegriffenen befreundeten Nationen Unterstützung zur Verfügung zu stellen). Wichtiger ist, daß die Öffentlichkeit dazu bereit blieb, internationale Anstrengungen im Sinne der Menschenrechte zu fördern und (mit einer Mehrheit von 66 % gegenüber 68 % im Jahre 1974) eine „aktive Teilnahme" der Vereinigten Staaten am Weltgeschehen zu unterstützen. Schließlich zeigten die Umfragen eine zunehmende Anerkennung der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit bei der Bewältigung verschiedener neuer Weltproblem (vor allem Ernährung, Energie und Inflation), sowie einer engeren Zusammenarbeit der entwickelten Länder; außerdem die Anerkennung einer engen Beziehung zwischen Entwicklungen im Ausland und den inneren Zukunftsaussichten für Amerika. Kurz gesagt: Trotz der sich verschärfenden Gegensätze in der öffentlichen Meinung war Isolationismus nicht die vorherrschende Stimmung.

Tatsächlich ließen die Daten sogar das Potential für eine konstruktive Haltung zu globalen Fragen erkennen und zeigten, wie gering die Neigung ist, einen Kreuzzug für den Kapitalismus oder für die liberale Demokratie zu begünstigen (in einer 1975 vom Chicago Council on Foreign Relations veröffentlichten Studie

3) Im großen und ganzen zeigten solche öffentlich geäußerten Gefühle die Tendenz, mit der Haltung von Elitegruppen übereinzustimmen, in denen sie in mancher Hinsicht noch stärker dominierten. Wie B. M. Russett feststellte, „sind ablehnende Einstellungen zu Fragen der Rüstungskosten genau bei denen konzentriert, die sich am wahrscheinlichsten für internationale Angelegenheiten, für das Wahlrecht, für Wahlkampfspenden interessieren und in sonstiger Weise politisch aktiv sind". Eine Studie des Chicago Coucil über Meinungen der Öffentlichkeit und in Eliten hat eine vergleichsweise stärkere Neigung nach jeweils einer Seite in den Führungsgruppen ergeben. Diese Tendenz wurde besonders unter den neuen Kongreßmitgliedern festgestellt, die aufgrund der Wahlen von 1974 nach Washington kamen (speziell unter den „neuliberalen" Demokraten, von denen nur 20 % auf die Frage, welche Nation das weltweite Machtgefüge am stärksten bedrohe, die Sowjetunion nannten, während weitere 20 % im gleichen Sinne Israel angaben!). Mitte 1975 wurde zum Beispiel berichtet, das Repräsentantenhaus sei in einem Verhältnis von 53 % zu 41 % gegen eine Auslandshilfe eingestellt.

stuften sowohl die Öffentlichkeit wie auch die führenden Persönlichkeiten den Export beider am Schluß einer Liste von 18 vorgeschlagenen Zielen ein). Deutlich wurde jedoch auch ein großes Maß an Verwirrung im Hinblick auf die Zukunft und Unsicherheit in der Frage, welche Politik man verfolgen solle. Aus den Umfragen ergab sich eine ambivalente, aber konstruktiv formbare öffentliche Meinung. Sie hat die Notwendigkeit einer nationalen Führung deutlich gemacht, die imstande ist, politisch und moralisch zwingende Anweisungen zu erteilen, auf die die Öffentlichkeit dann positiv reagieren könnte.

Durch das Fehlen einer solchen Führung bleibt das wirkliche Risiko, daß das Sichtreibenlassen zu einem entscheidenden Trend werden könnte. Ein derartiger Trend würde zu einigen treffenden und einleuchtenden Vorhersagen passen, die vor Jahren gemacht wurden und die zyklische Natur der amerikanischen öffentlichen Meinung in Fragen der Außenpolitik betreffen. Die erste dieser Studien stammte von dem russischen Wirtschaftshistoriker Nikolai D. Kondratieff und verwies auf die Wiederholung amerikanischer Rezessionen und — ein wichtiges Nebenergebnis, das oft von denen ignoriert wird, die sich auf die Kondratieffschen Zyklen beziehen — auf das damit zusammenhänge Phänomen eines politisch-kulturellen Wandels in der amerikanischen Gesellschaft. Unter Verwendung von Daten über Löhne, Preise, Zinsraten und Kapitalfluß stellte Kondratieff eine Regelmäßigkeit in den Aufwärts- und Abwärtstrends der kapitalistischen Wirtschaft fest, auf deren Grundlage er in den 20er Jahren vorhersagte, daß die 70er Jahre einen inflationären Höhepunkt bringen würden, gefolgt von einem langen Abschwung in Verbindung mit einer scharfen Steigerung des amerikanischen sozialen Konservativismus und Gleichgültigkeit gegenüber Fragen der Weltpolitik.

Ein amerikanischer Sozialwissenschaftler, der sich direkter mit der amerikanischen Haltung zu internationalen Vorgängen befaßte, kam in den 50er Jahren zu einef bemerkenswert ähnlichen Ergebnis. Frank L. Klingberg argumentierte nach systematischer Zusammenstellung von Datenmaterial zur Außenpolitik — Botschaften von Präsidenten, Plattformen der Parteien, Wahlergebnisse, Häufigkeit von Auslandsverträgen, Marineausgaben, bewaffnete Expeditionen, Kriege, Annexionen, diplomatische Warnungen —, seit 1776 seien Amerikas Beziehungen zur übrigen Welt charakterisiert worden durch abwechselnde Zyklen von „Extraversion" und „Introversion" [4]). Aus einer Dauer der Extraversionsphasen von 27 bis 28 Jahren schlußfolgerte Klingberg in bemerkenswerter Voraussicht, daß es „unter Berücksichtigung von Amerikas Vergangenheit und der angenommenen Rolle ‚innerer' Faktoren beim Inganghalten des Extraversion/Introversions-Rhythmus logisch erscheint, wenn man erwartet, daß sich Amerika in einem gewissen Umfange zumindest von so vielen weltweiten Verpflichtungen zurückzieht, und daß es das vielleicht auch irgendwann in den 60er Jahren tun wird".

Die Möglichkeit, daß hier ein säkularer und langfristiger Trend am Werk ist, erhöht die zentrale Bedeutung der Regierungsreaktion in Amerika und verringert sie nicht etwa; und sie macht alle Appelle, die darauf abzielen, die amerikanische Enttäuschung über den Stand internationaler Angelegenheiten auszunutzen, um so gefährlicher. In der gegenwärtigen amerikanischen Einstellung gibt es Ansätze zur Xenophobie, aber es gibt auch das Potential für konstruktive Reaktionen. Mächtig, aber gelähmt durch das Fehlen eines Willens — das könnte das amerikanische Schicksal sein, wenn sich die Führung, die zur Umsetzung dieses Potentials in die Wirklichkeit erforderlich ist, nicht einstellen sollte.

4) Frank L. Klingberg, The Historical Alteration of Moods in American Foreign Policy; in: „World Politics", Januar 1952.

Das unentbehrliche Amerika

Ein solches Scheitern wäre verhängnisvoll nicht nur für Amerika, sondern mehr noch für die Welt im Ganzen. Es ist zu bezweifeln, daß ein selbstisoliertes Amerika in einer sich schnell verändernden Welt sein eigenes inneres Gleichgewicht beibehalten könnte (insbesondere wenn man von der doppelten Auswirkung von Kommunikationsmitteln und Wirtschaft ausgeht), seine eigenen Werte und vielleicht sein eigenes politisches System. Innere Polarisierung und Ängste würden wahrscheinlich zu schweren Spannungen führen und letztlich die geistige Substanz und die politische Widerstandskraft einer jeden Scheinfestung Amerika von innen unterminieren.

Die Fähigkeit Amerikas zu folgerichtigem und konstruktivem Handeln ist jedoch begrenzt durch die paradoxe Natur der amerikanischen Beziehungen zur sich wandelnden Welt. Es ist eine Beziehung gegenseitiger Beeinflussung, indem die Welt gesellschaftlich einem Prozeß der Amerikanisierung unterworfen ist, auch wenn Amerika politisch einen Prozeß der Europäisierung durchzumachen scheint. Während Amerika den Rest der Welt in neuer Weise durch seine Technologie und Massenkultur beeinflußt, scheint sich die amerikanische Politik theoretisch stärker zu zersplittern, mit weniger Konsensus und mehr Ideologie, und auf diese Weise auf amerikanischem Boden einige der älteren europäischen Auseinandersetzungen zwischen Rechts und Links wiederzubeleben. Globale Amerikanisierung und amerikanische Europäisierung ergeben eine besonders unsichere Mischung, die die Vereinigten Staaten in der konstruktiven Anwendung ihres einzigartigen globalen Einflusses behindert.

Dies ist wichtig, weil der amerikanische Einfluß auf die Welt im Ganzen gesehen positiv bleibt; weil sowohl die politische wie die wirtschaftliche Macht in Amerika zentral bleibt; weil die grundlegende amerikanische Botschaft, von einigen politischen Spezialthemen abgesehen, auch weiterhin relevant bleibt. Ein Amerika, das sich — abgestoßen von der Häßlichkeit der es umgebenden Welt und bedrängt von einem inneren ideologischen Konflikt — in sich selbst zurückzieht, würde ein Vakuum schaffen, das von jeder Einzelmacht nur in geringerem Maße ausgefüllt würde, obwohl es in einigen Gebieten im Ergebnis zur Ausfüllung kommen könnte; einfacher wäre eine Ausfüllung dieses Vakuums durch eskalierendes Chaos.

Der amerikanische Einfluß auf die Welt sollte nicht unterschätzt werden. Trotz all seiner Mängel bleibt Amerika die weltweit schöpferische und erneuernde Gesellschaft. Sie beeinflußt den Lebensstil, das Verhalten und die Wünsche anderer Gesellschaften in einem Maße, das bis heute von keinem anderen System erreicht wird. Dies gilt für die akademische Welt, wo die Vereinigten Staaten nicht nur Hauptquelle des Lernens geworden sind, sondern auch die größte Anziehungskraft auf ausländische Studenten ausüben, wiederum in einem Maße, das andere Nationen bei weitem überflügelt [5]). Seit einiger Zeit gilt das auch für die Welt der Kunst: New York City ist für viele Künste zum Weltzentrum geworden. Es trifft sehr zu auf moderne Management-Techniken, auf deren Gebiet amerikanische Ausbildungsstätten und Beraterfirmen Pionierarbeit bei der Entwicklung neuer Verfahren leisten; es war sicherlich der Fall in der Frauenbefreiungsbewegung, der Umweltbewegung und sogar der Neuen Linken; und es gilt in sehr starkem

[5]) Es ist erwähnenswert, daß trotz viel weltweiter Kritik an der US-Politik die Anziehungskraft der Vereinigten Staaten auf ausländische Studenten ständig zugenommen hat. Nach Unterlagen der UNESCO und des Institute for International Education gab es im Jahre 1960 in den USA 48 000 ausländische Studenten, 2000 kamen zusätzlich als Einwanderer; im Jahre 1965 waren die entsprechenden Zahle 82 000 und 6000; im Jahre 1975 155 000 und 65 000. Im Gegensatz dazu betrug die entsprechende sowjetische Zahl für 1970 nur 17 500. Tatsächlich kam rund einer von vier Studenten, die im Ausland studieren, in die USA.

Maße für Freizeitbeschäftigung und Massenkultur: amerikanische Musik, Jeans und Sozialgewohnheiten sind schnell zur Weltnorm geworden.

In dem Maße wie Amerika in das noch unbekannte technologisch-elektronische Zeitalter stürzt, werden sogar seine Mängel in weiterem Umfange bedeutsam. Seien es die Drogenkultur, die Rückschläge bei den Versuchen, harmonischere Rassenbeziehungen herzustellen, oder die psychologischen Probleme übertriebener Permissivität: die negativen Lektionen Amerikas erlangen eine weitere Bedeutung und werden von anderen genau studiert. Kurz: das gegenwärtige Amerika ist das soziale Laboratorium der Welt. Seine Fermente, seine neuen Ideen und seine Experimente vermitteln beides, Anregungen und Warnungen.

Darüber hinaus besteht der Einfluß Amerikas alles in allem darin, Veränderungen anzuregen. Es ist wirklich ein Paradox, daß es den Anschein hatte, amerikanische Politik sei gegen Veränderung gerichtet, während der breite soziale und politische Einfluß Amerikas latent antitraditionell und antiautoritär war und ist. Allgemein gesprochen, bewirkt der gesellschaftliche und damit zumindest indirekt auch politische Einfluß Amerikas mehr Mut zu sozialen Experimenten, größere institutionelle Flexibilität, gesteigerte Bereitschaft, Brüche mit der Tradition zu begrüßen, anstatt sie abzulehnen. Ein nach innen orientiertes Amerika würde allmählich aufhören, diese Rolle zu spielen.

In ähnlicher Weise bleibt die Macht Amerikas auch von zentraler Bedeutung für Stabilität und Fortschritt im Weltmaßstab. Das Scheitern Europas und Japans, größere politische Verantwortung zu entwickeln und zu übernehmen, spiegelt die zentrale und anhaltende Enttäuschung der amerikanischen Nachkriegspolitik wider. Hätten sich diese Nationen aktiver und konstruktiver bei der Lösung globaler Probleme engagiert, dann wäre der Druck auf Amerika geringer, die amerikanische Rolle wesentlich reduziert und die Aussicht auf eine Ost-West-Anpassung mit eine wirksamer eingegrenzten Sowjetunion erheblich gefördert worden. Doch 30 Jahre nach Kriegsende sind weder Europa noch Japan darauf vorbereitet, eine Hauptrolle zu übernehmen — weder im Hinblick auf die traditionellen noch auf die neuen globalen Probleme. (Toshio Kimura, der frühere japanische Außenminister und Leiter der japanischen Delegation auf der 7. Sondersitzung der UNO-Generalversammlung des Jahres 1975 — auf der die Vereinigten Staaten die einzige entwickelte Nation waren, die detaillierte Vorschläge in Richtung auf eine neue Wirtschaftsordnung vorlegte — stellte ganz unverblümt fest, er schäme sich wegen des „allgemeinen und metaphysischen" Charakters der Erklärung, die er im Auftrag seiner Regierung einzubringen hatte.) Zugegebenermaßen startete Frankreich in den Jahren 1974—1975 rechtzeitig Verfahrensinitiativen mit der sogenannten Tripartite Conference on Commodities (die heutige Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit), die entwickelte und Entwicklungsländer zusammenbrachte, der Erfolg dieser Konferenzen hing jedoch weitgehend von der amerikanischen Reaktion ab.

Darüberhinaus haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die entwickelten Industriegesellschaften insbesondere aufgrund des von der OPEC geforderten höheren Erdölpreises über sich ergehen lassen mußten, die entscheidende wirtschaftliche und politische Rolle der Vereinigten Staaten unterstrichen, ja sie haben die USA stärker in den Mittelpunkt gerückt, als das fast 20 Jahre lang der Fall gewesen war. Ferner brachte — trotz des verständlichen Ressentiments in den ärmeren Teilen der Welt angesichts einer Situation, in der ein Sechzehntel der Weltbevölkerung ein Drittel der Weltressourcen konsumiert — das weltweite Setzen auf amerikanische Prosperität und höheren Konsum (also auch

Verbrauch) um 1975 mehr und mehr Regierungen dazu, Druck auf die USA auszuüben, damit diese ihre wirtschaftliche Erholung von der anhaltenden Rezession beschleunigen sollte. Nichts hätte Amerikas zentrale Stellung im Hinblick auf das globale wirtschaftliche Wohlergehen besser illustrieren können als diese Rufe nach einer höheren amerikanischen Zuwachsrate.

Allgemeiner gesagt ist die Rolle des amerikanischen Systems sowohl wirtschaftlich wie politisch die eines Schlüsselstabilisators geworden. Dies ist insbesondere der Fall in der Ernährungsfrage, in der sich die USA zur Hauptursache einer weltweiten Ernährungstabilität entwickelt haben; aber es ist ebenso klar der Fall auf den Gebieten Handel, Finanzen und regionale Sicherheit. Wenn Amerika strauchelt, dann werden Weltwirtschaft und politisches Gleichgewicht labil — eine Erkenntnis, zu der mit diesen Worten Charles Kindleberger in seinem Werk „The World in Depression, 1929—1939" gelangte und die auf die gegenwärtigen Bedingungen sogar noch besser anzuwenden ist. Mehr noch, um die Worte Robert Gilpins zu zitieren, der in Bergstens und Krauses „World Politics and International Economics" schreibt: „Ausmaß, Vielfalt und Dynamik der amerikanischen Wirtschaft werden auch weiterhin die Vereinigten Staaten in den Mittelpunkt des internationalen Wirtschaftssystems stellen. Der weltweite Wunsch nach Zugang zum großen amerikanischen Markt, die der amerikanischen Wirtschaft innewohnende technologische Dynamik und Amerikas Stärke in Landwirtschaft und Ressourcen, die Europa und Japan nicht besitzen, bilden einen Zement, der geeignet ist, die Weltwirtschaft zusammenzuhalten und die Vereinigten Staaten in ihrem Mittelpunkt zu belassen."

Dasselbe trifft politisch und strategisch zu, insbesondere in Europa, im Mittleren und im Fernen Osten.

Ein Amerika, das aufhören würde, einen konstruktiven Sinn für Leitung zu entwickeln, würde folglich direkt zu schweren Störungen der globalen Wirtschaft und Politik beitragen.

Schließlich behält die umfassende historische Botschaft Amerikas noch immer viel von ihrer Gültigkeit, wenn sie nicht in einer Form dogmatisiert wird, die nur zur Isolierung Amerikas führen kann. Die Grundbotschaft der amerikanischen Erfahrung war der Primat der Freiheit. Darin enthalten war jedoch auch die zentrale Bedeutung des Pluralismus. Persönliche Freiheit wurde am besten von einer pluralistischen Gesellschaft gewährleistet. Im Weltmaßstab bedeutet Pluralismus Vielfalt und nicht den Marsch in eine homogene, auf einem einzigen ideologischen Modell basierende Welt. Diese Botschaft bleibt gültig und ist in besonderem Maße gültig geworden durch die Entstehung von über 150 souveränen Nationalstaaten. Darüber hinaus könnte sie in Verbindung mit spezielleren Vorschlägen für eine weltweite Zusammenarbeit als Ausgangspunkt dienen für ein maßgebliches Konzept eines neuen und vielfältigen internationalen Systems.

All das erfordert ein Amerika, das kooperativ in der Schaffung neuer weltweiter Beziehungen engagiert ist, sowohl trotz wie auch wegen der zunehmenden egalitären Leidenschaften in allen Teilen der Welt. Die Amerikaner sollten nicht vergessen, daß Feindseligkeit von außen niemals so verallgemeinert auftritt, daß sie sich auf die amerikanische Gesellschaft in ihrer Gesamtheit bezieht. Sie ist in erster Linie eine doktrinäre und keine nationale Feindseligkeit, und selbst als solche ist sie unter Umständen nicht tief verwurzelt. Amerika liefert für die meisten Menschen in der Welt noch immer die attraktivsten sozialen *Bedingungen* (wenn auch nicht das attraktivste *Modell),* und das bleibt Amerikas besondere Stärke. Die Sowjetunion ist in dieser Hinsicht nicht einmal ein Rivale.

Diese Stärke kann jedoch nur zur Anwendung gelangen, wenn die amerikanische Außenpolitik in verständnisvoller Weise offen ist für die bedeutsame Veränderung in der weltweiten Betonung eines Wertes, der in der amerikanischen Erfahrung keine zentrale Stellung innehatte. Dies muß nicht zur Folge haben, daß eine Übernahme des Gleichheitsstrebens durch Amerika zur höchsten Tugend erhoben oder daß es künstlich auf eine differenzierte, noch viel offenere, weniger blockierte und sicherlich fließendere amerikanische Gesellschaft angewendet wird. Es impliziert jedoch eine Politik, die den weltweiten Druck zugunsten einer Reform der geltenden internationalen Vereinbarungen nicht ignoriert (und auch nicht mit doktrinärer Feindseligkeit vergilt). Würde man die Komplexität der Welt und die gegenwärtigen globalen Themen auf die einfache Dichotomie von Demokratie (oder Freiheit) kontra Despotismus (oder Etatismus) reduzieren, so würde man damit in Wirklichkeit das freiheitliche Band zwischen Amerika und der Welt zerschneiden, radikale Leidenschaften im Ausland verstärken und Amerikas philosophische und folglich auch politische Isolierung betreiben.

Schließlich haben diese weitreichenden Überlegungen auch eine eher praktische Anwendung. Auf der noch andauernden Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit haben die Vereinigten Staaten die Gelegenheit, eine Politik im Hinblick auf die sich entwickelnde Welt vorzulegen, die die philosophischen Dimensionen ebenso wie die politischen Realitäten, wie sie früher diskutiert wurden, in stärkerem Maße berücksichtigt, eine Position, die anzunehmen Europäer und sogar Japaner bislang eher bereit zu sein scheinen. Ferner können sich die Vereinigten Staaten in absehbarer Zukunft schwierigen Krisen in Afrika oder Lateinamerika gegenübersehen. Auch in Osteuropa kann es zu politischer Instabilität kommen. Die Prämissen, die die amerikanische Haltung zu diesen Themen bestimmen werden, können sehr direkt die letztendliche Fähigkeit der USA betreffen, in einer Weise zu reagieren, die in Amerikas längerfristigem Interesse liegt und die Vereinigten Staaten in den Stand setzt, um sich die Sympathien und die Unterstützung durch die Mehrheit der Menschheit zu sammeln.

Nichts könnte destruktiver sein, als wenn sich die USA als letzten Schild für die Überbleibsel weißer Vorherrschaft in Afrika präsentieren würden in einer Zeit, in der die Rassengleichheit im Begriff ist, als imperative Norm akzeptiert zu werden. Das würde das gesamte Afrika und einen großen Teil Afro-Asiens gegen uns mobilisieren. In ähnlicher Weise würde den längerfristigen Interessen Amerikas Abbruch getan, wollte man die Gleichgültigkeit gegenüber dem zunehmenden Wunsch in Mittelamerika nach größerer sozialer Gerechtigkeit und nationaler Würde fortsetzen, wie unsere Gleichgültigkeit es Castros Kuba nur erleichtern würde, diesen Wunsch auszunutzen. Durch daraus resultierende Konflikte beliebiger Art könnte ein großer Teil Lateinamerikas in eine feindliche Haltung getrieben werden. Schließlich würde Amerika seinen eigenen ursprünglichen Werten untreu werden, wollte es einen zynischen Standpunkt im Hinblick auf die sowjetischen Beziehungen zu denjenigen Ländern Osteuropas einnehmen, die ihre nationale Unabhängigkeit zu vergrößern oder zu schützen versuchen. Die Folgen einer solchen Haltung würden den USA in ganz Europa und sogar in China Schaden zufügen.

Vor allem ist es wesentlich, sich daran zu erinnern, daß letztlich nur Amerika die Kraft hat, eine feindliche Welt für sich zu gestalten *).

*) „. . . that ultimately it is only America that has the power to shape a hostile world for itself."

Ursprünge und Aussichten der Ost-West-Entspannung

Zur Geschichtsschreibung und Politologie der Détente

Von Wilfried v. Bredow

Produzenten und Abnehmer der Politikwissenschaft und insbesondere der Teildisziplin Internationale Beziehungen sind mit ihren Leistungen wenig zufrieden. Für die einen wird allzuviel umschweifige und letztlich nutzlose Theorie in die Welt gesetzt, deren Erklärungswert als gering erachtet wird. Anderen fehlt es gerade an dem nötigen Quantum Theorie, um mit der Erklärung der Wirklichkeit überhaupt erst beginnen zu können. Für einige verfehlen die Politologen ihre Aufgabe, weil sie den „Praktikern" der Politik unmittelbar handhabbares Wissen nur unzureichend zu vermitteln verstehen. Ein Teil dieser Politologen ihrerseits begann verblüfft und selbstkritisch nach den tatsächlichen Funktionen einer Wissenschaft zu fragen, deren Entfaltung in einem direkten Verhältnis zur Expansion der USA vom Patron der „western hemisphere" zum militärischen Garanten einer „free world" zu stehen scheint [1]).

Nun ist die Erkenntnis nicht gerade neu, daß es zwischen der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung von Wissenschaft(en) eine grundsätzlich auch ohne weiteres Nachforschen konstatierbare Wechselwirkung gibt. Wissenschafts- und technikgeschichtliche Studien vermochten in den letzten Jahren, die Aufmerksamkeit neu auf diesen Tatbestand zu lenken. Die Sozialwissenschaften und unter ihnen zumal eine historisch-systematisch verfahrende Politikwissenschaft beeinflussen soziale Entwicklungen nicht dadurch, daß neue Grundlagen-Informationen über Zusammensetzung und Abläufe von bzw. in Ausschnitten der Natur oder neue Informationen über die Verwertung von Elementen der Natur gefunden und der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Diese Wissenschaften liefern stattdessen den Mitgliedern einer Gesellschaft systematische Erklärungen über deren soziale Entwicklung, ihre Ursachen und Wirkungen, ihre Begleiterscheinungen und Konsequenzen. Sie gehören zu den „Sinn-Produzenten", um ein unfreundlich gemeintes, aber in aller Unschuld richtiges Wort aus den gegenwärtigen Attacken des Neo-Konservatismus aufzugreifen.

Schon an dieser Stelle unserer Vorüberlegungen läßt sich unschwer ausmachen, daß die Historiographie der Weltpolitik nach 1945 für die Historiker und Politologen ein bunter Tummelplatz solchermaßen produzierter Deutungsmuster ist. Wissenschaftliche und Theorieproduktion besaß, bewußt oder unbewußt, auch immer strategische Aspekte. Die Beschreibung und Analyse dessen, was vorging, diente der Erläuterung und Legitimation, aber auch der Kritik politischer Handlungslinien, die keineswegs in der Vergangenheit abbrachen, vielmehr bis in die Gegenwart und in die Zukunft weiterführten und -führen. Ein engagierter Vertreter der kritisch ausgerichteten Politikwissenschaft in der Bundesrepublik möchte die in diesem Zusammenhang erbrachten „Leistungen" der Disziplin außergewöhnlich hoch bewerten: „Kein Zweifel, daß ‚International Relations' hier einen teils selbst gestellten, teils übernommenen Auftrag im Rahmen des vorgegebenen und akzeptierten Kontextes grosso modo erfüllt hat und weiterhin

1) Kurt P. Tudyka, Internationale Beziehungen. Eine Einführung, Stuttgart 1971, S. 7.

erfüllen wird: die Verhinderung nicht nur eines ungewollten Totalzusammenbruchs des internationalen Nachkriegssystems, sondern die durch Eindämmung, Umfunktionierung und dilatorische Verschleppung erfolgreiche Entschärfung zahlreicher potentiell systemsprengender Krisenherde geht nicht minder zu nicht unwesentlichen Teile auf ihr Konto" [2]). Wie wesentlich oder unwesentlich der Anteil der Wissenschaft als einer Art Sozialtechnik an der Krisensteuerung der Nachkriegszeit genau ist, bleibt in dieser Perspektive unklar — ebenso unklar übrigens wie die Alternative des Autors.

Wenn es aber zugleich um Steuerung und Erklärung geht, das eine gegenwarts- und zukunftsorientiert, das andere zusätzlich (und als Instrument) die Vergangenheit einbeziehend, dann kann man es bei der Beschäftigung mit internationaler Politik (als Gegenstand) und Internationaler Politik (als Disziplin) nicht bei einer gelassen-abgeklärten Haltung belassen. Dann ist es unstatthaft, das Theorien- und Hypothesenwirrwarr auf diesem Feld mit der Distanz eines Naturwissenschaftlers hinter dem Mikroskop zu betrachten. Dann bedeutet die Erklärung internationaler Politik mehr als nur die nachträgliche Entscheidung darüber, wer was richtig oder falsch gemacht hat. Denn dann geht es dabei auch um das kritische Abwägen dessen, was jetzt und morgen aus welchen Gründen und mit welchem Ziel zu tun ist.

Zwei Ansätze zur Analyse des gegenwärtigen internationalen Systems

Als E. Krippendorff vor einigen Jahren einen Sammelband mit Texten über Entwicklungsstand, Gegenstände und Fragestellungen der „Internationalen Beziehungen" zusammenstellte, bezeichnete er es als einen „außergewöhnlichen Glücksfall . . ., in der Kontroverse zwischen W. Abendroth und E. O. Czempiel die beiden heute entscheidenden methodologischen Ansätze exemplifiziert zu finden", die Grundrisse für eine umfassende Analyse des gegenwärtigen internationalen Systems anbieten [3]).

Für Abendroth, dem die Fragestellungen dieser Disziplin einerseits jeweils als Widerspiegelung, andererseits auch als wichtigste Mittel zur Fortentwicklung einer historisch-sozialen Realität gelten, geht jeder Versuch, einzelne Aspekte oder Problemkreise der internationalen Politik von ihrem Bezug auf einen sozialhistorischen Gesamtzusammenhang zu isolieren oder die Außenpolitik einzelner Staaten außerhalb dieses Moments der Totalität der internationalen, wenn auch widerspruchsvoll organisierten, gesellschaftlichen Einheit und ihrer geschichtlichen Voraussetzungen und Entwicklungstendenzen zu beurteilen, an der Erfassung der Realität vorbei. Deshalb bedürfe es einer dialektisch-historischen Methode, die von der Überlegung ausgeht, „daß es die Aneignung der äußeren Natur (und ihrer Gesetze) durch gesellschaftlich tätige Menschen, also deren materielle Produktion, und die dadurch ermöglichte und in immer neuen Widersprüchen vorangetriebene gesellschaftliche Entwicklung ist, die die Grundlage der Entfaltung der einzelnen Gesellschaftssysteme und ihrer Staaten, aber auch des sie überdachenden Systems der internationalen Beziehungen bietet [4]). Das gegenwärtige internationale System und seine Funktionsgesetze sind, verkürzt gesprochen, Produkt einer konkreten geschichtlichen Entwicklung, die mit Begriffen und Kennworten wie Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft, industrielle

[2]) Ekkehart Krippendorff, Internationale Beziehungen — Versuch einer politikökonomischen Rahmenanalyse, in: „Politische Vierteljahresschrift", 3/1972, S. 353 f.
[3]) E. Krippendorff (Hrsg.), Internationale Beziehungen, Köln 1973 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 62), S. 12. Die angesprochene Kontroverse dort auf den S. 13 bis 37.
[4]) W. Abendroth, in: Krippendorff (Hrsg.), a.a.O., S. 19.

Revolution, Kolonisierung der außereuropäischen Länder, klassischer Imperialismus umrißhaft gekennzeichnet sind. Greift man, wie Abendroth zu tun es vorschlägt, bei der Erklärung der außenpolitischen Verhaltensweisen von Staaten auf ihre innenpolitische Willensbildung und vor allem auf ihre sozio-ökonomische Organisation zurück, dann muß das Jahr 1917 als eine entscheidende Zäsur in der weltpolitischen Entwicklung erscheinen. Er schreibt dazu: „Bis 1917 war die Auseinandersetzung darüber, ob ein souveränes Subjekt der internationalen Beziehungen und des Völkerrechts, ein Staat, kapitalistisch oder sozialistisch organisiert ist, ob und in welchem Maße er auf Ausbeutung der kolonial oder halbkolonial unterworfenen Völker als bloße Objekte in das damalige System der internationalen Beziehungen einbezogenen Gebietes drängen wollte, noch lediglich eine innenpolitische Frage in den aktiv handelnden Ländern. Seit 1917, seit der erste sozialistische Staat entsteht, beginnt die Frage nach dem Klassenkampf zwischen Staaten verschiedener Sozialstruktur, nicht mehr nur innerhalb dieser Staaten, zentrale Bedeutung zu erlangen, die sich seit 1945 nach dem Aufstieg der UdSSR zur Weltmacht, nach der Entstehung weiterer sozialistischer Staaten in Europa, nach dem Wiederaufstieg eines sozialistisch gewordenen China zur Großmacht, nach der Emanzipation früherer Kolonien zu teils nur formell, teils real unabhängigen Staaten weiter differenziert" [5]). Wenn wir auch heute an einige der hier von Abendroth in grandioser Knappheit aufgezählten Thesen Fragezeichen setzen müssen — so bedürfte der Begriff der Unabhängigkeit, den die Diplomaten so gern verwenden, gewiß einer eingehenden politologischen Untersuchung —, so wird das Fundament dieses dialektisch-historischen Ansatzes klar erkennbar. Nicht nur marxistisch orientierte Wissenschaftler teilen die Auffassung von der elementaren Veränderung der internationalen Politik nach 1917 — nichts anderes will z. B. der Begriff der „Weltinnenpolitik" besagen, der von Bergstraesser zur Kennzeichnung der Epoche nach der Revolution in Rußland verwendet wurde [6]).

Auch der von E.-O. Czempiel vertretene Ansatz fußt auf der Einsicht von der Bedeutung des historischen Kontextes aller internationalen Beziehungen. Er bleibt jedoch skeptisch in bezug auf die Möglichkeit der Erkenntnis solcher komplexer historisch-struktureller Zusammenhänge. Stattdessen richtet Czempiel seine Aufmerksamkeit vor allem auf gleichförmige Verhaltensmuster, die er in der internationalen Politik beobachten zu können meint. Solche Muster des Verhaltens sind u. a. Prestigegewinn, Gewinnmaximierung und -optimierung, Spielregeln des Konflikts. Aus solchen Überlegungen und Beobachtungen ergeben sich zwei Hypothesen: „1. Die sozio-ökonomischen Bedingungen sind nicht von solcher Relevanz, und schon gar nicht von exklusiver Relevanz, daß sie Strukturen des internationalen Systems fundamental beeinflussen ... 2. Systematische Zusammenhänge, also Zustände des internationalen Systems, die sich aus der Interaktion der einzelnen Einheiten ergeben, gewinnen eine solche Qualität, Dichte und Eigenbewegung, daß sie im Grunde genommen mehr als die internen Entscheidungskonditionen der Einheiten deren Verhalten bestimmen [7])." Anders gesagt, nicht so sehr die inner-gesellschaftlichen Entwicklungsimpulse bestimmen Inhalt und Formen der staatlichen Außenpolitik und damit auch der internationalen Beziehungen, vielmehr wird beides in der Hauptsache durch Signale geregelt, deren Funktionsweisen durch das internationale System selbst bestimmt

[5]) W. Abendroth, in: Krippendorff (Hrsg.), a.a.O., S. 24.
[6]) Vgl. u. a.: Dieter Senghaas, Konfliktformationen in der gegenwärtigen internationalen Gesellschaft, in: W. v. Bredow (Hrsg.), Zum Charakter internationaler Konflikte. Studien aus West- und Osteuropa, Köln 1973, bes. S. 16 ff.; Bernard Willms, Entwicklung und Revolution. Grundlagen einer dialektischen Theorie der internationalen Politik, Frankfurt/M. 1972.
[7]) E.-O. Czempiel, in: Krippendorff (Hrsg.), a.a.O., S. 27.

sind. Wieder verkürzt formuliert: aus den Anzeichen gleicher machtpolitischer Verhaltensweisen von Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnungen folgert Czempiel eine weitreichende Autonomie außenpolitischer Entscheidungen von den Werten und Normen dieser unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnungen.

Was für den Nicht-Politologen, zumal in dieser Verkürzung, als ein Streit um des Kaisers Bart erscheinen mag, denn in der Tat lassen sich ja zunächst einmal für beide Ansätze plausible Argumente anführen, hat jedoch bemerkenswerte Konsequenzen. Denn die Entscheidung für den einen oder anderen Erklärungs-Ansatz [8]) bei der Analyse der gegenwärtigen internationalen Politik bringt den Untersuchenden auf völlig verschiedene Wege, auf denen er historische Ereignisse, ökonomische und soziale Daten und politische Vorstellungen jeweils in ganz anderem Licht sieht. Wer wie W. Abendroth das Insgesamt des durch Konflikte und partielle Kooperation geprägten Ost-West-Verhältnisses seit 1917 als einen System-Antagonismus begreift, muß zwangsläufig einzelne Etappen und Abschnitte in diesem Verhältnis grundsätzlich anders sehen als jemand, für den das außenpolitische Verhalten der UdSSR durch genau dasselbe traditionelle machtpolitische Streben gesteuert wird wie das anderer Staaten, seit es sie gibt [9]). Wer einmal unterstellt, daß es wenigstens ansatzweise eine genuine „sozialistische Außenpolitik" gibt, wird deren Inhalt und Formen an der Empirie aufzuweisen und Abweichungen zu erklären haben. Wer auf der anderen Seite die prinzipielle Gleichartigkeit der Außenpolitik kapitalistisch und sozialistisch organisierter Gesellschaften als gegeben annimmt, wird seine Probleme mit der stimmigen Erklärung der Gesamtentwicklung nach 1945 haben.

Ost-West-Beziehungen als Kalter Krieg

Ein weit verbreitetes und wissenschaftlich renommiertes Lexikon, das in mehreren Bänden Stichworte im Kontext der Systemkonkurrenz Ost-West behandelt, definiert Kalten Krieg als einen Begriff, der dazu dient, den Macht- und Ideologiekonflikt zwischen der kommunistisch geprägten und der sich demokratisch-freiheitlich verstehenden Welt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu definieren [10]). Damit ist auf den Bereich abgehoben, in dem sich diese Art zwischenstaatlicher Beziehungen abspielen. Hinzugefügt werden müssen einige Aussagen zum Charakter dieser Beziehungen: es handelt sich um feindselige Auseinandersetzungen unterhalb der Schwelle militärisch-kriegerischer Konflikte, in deren Verlauf die ganze übrige Skala politischer Instrumente, von wirtschaftlichem Druck bis hin zu massenwirksamer Propaganda (etwa im Rundfunk), verwendet wird.

Welches sind die Ursachen des Kalten Krieges? Wie sind seine Charakteristika zu erklären? Wer auf solche Fragen in der Art Material für seine Antwort zu finden versucht, wie es einem Historiker und Politologen ansteht, nämlich in den Archiven, soweit sie geöffnet sind, und in den Bibliotheken, wird zunächst mit einer unübersehbaren Fülle von Dokumenten und Monographien konfrontiert,

8) Diese Entscheidung ist selbst wiederum nicht mehr oder weniger willkürlich, sondern hat sich zu legitimieren anhand ausweisbarer Gründe, seien sie nun mehr auf pragmatischer oder mehr auf philosophischer Ebene angesiedelt.

9) Als ein Beispiel für eine gewissermaßen dazwischenliegende, deshalb jedoch sicherlich nicht die „goldene Mitte" besetzende Betrachtungsweise vgl.: Ursula Schmiederer, Weder Antagonismus noch Konvergenz. Zur Analyse von sozialistischer Gesellschaft und internationaler Politik als Systemkonfrontation und Systemkonkurrenz, in: G. Zellentin (Hrsg.), Annäherung, Abgrenzung und friedlicher Wandel in Europa, Boppard 1976 (Veröffentlichung der DGFK, Bd. 2), S. 121 ff.

10) Stichwort „Kalter Krieg", in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, hrsg. v. C. D. Kernig, Freiburg 1969, Bd. III, Sp. 465.

die eher verwirrt. Eine Bündelung der vorhandenen Literatur (im weitesten Sinne des Wortes) nach unterschiedlichen Ansätzen strukturiert zwar diese Fülle [11]). Es bleibt jedoch auch dann genügend Verwirrung übrig, so daß zu vermuten ist, daß dieses Thema noch lange Zeit zur immer erneuten Reflexion reizen wird. Und dies gewiß nicht aus intellektueller Spielsucht, sondern weil die Explikation des Gewordenen auch immer eine zukunftsoffene Dimension hat. Wer nach den Ursachen des Kalten Krieges fragt, will auch wissen, ob sein Ende ein für allemal erreicht sei oder ob jederzeit oder unter bestimmten Bedingungen die Rückkehr in dieser Form der Ost-West-Beziehungen möglich ist.

In der Wissenschaft werden heute in der Regel drei unterschiedliche Interpretations-Stränge unterschieden, die jeweils eine in sich (mehr oder weniger) schlüssige Gesamt-Deutung des Kalten Krieges repräsentieren. Sie sollen im folgenden kurz vorgestellt werden — wobei allerdings schon vorab bemerkt werden soll, daß diese Einteilung unzureichend, weil nicht gegenstandsbezogen erscheint. Ich will versuchen, dies sowohl im Hinblick auf die Geschichte des Kalten Krieges selbst als auch im Hinblick auf die Geschichtsschreibung darüber zu begründen.

Die ursprünglich von der US-Regierung zur Legitimierung ihrer Außenpolitik vorgetragene und von den meisten „westlichen" Historikern übernommene Grund-Deutung des Kalten Krieges besagt, daß seit dem Ende der 40er Jahre die Vereinigten Staaten als stärkste Macht der „Freien Welt" erkannt haben, daß die aggressive und auf Ausdehnung ihres Machtbereichs in Europa und Asien bedachte Politik der UdSSR eingedämmt und zurückgedrängt werden müsse. Der Kalte Krieg, als journalistischer Ausdruck 1947 in den USA populär geworden, wurde dargestellt als von der Sowjetunion ausgelöst oder interpretiert als die angemessene Reaktion auf die politische Herausforderung durch die Sowjetunion. Für diese Interpretation hat sich der etwas bizarre Ausdruck orthodox eingebürgert [12]).

Seit der Mitte der 60er Jahre hat es in den USA mehr und mehr Kritik an dieser „orthodoxen Interpretation" des Kalten Krieges gegeben. Autoren wie Williams, Horowitz, Kolko, Gardner u. a. begannen, unter Einbeziehung ökonomischer Daten und nicht zuletzt auch als Konsequenz der Tatsache, daß mehr und mehr Aktenmaterial aus der ersten Zeit des Kalten Krieges [13]) zugänglich wurde, die außenpolitischen Interessen und Konzeptionen der USA in einem anderen Licht zu sehen. Weil diese Wissenschaftler, obgleich untereinander durchaus nicht einer Meinung, und zwar sowohl in bezug auf ihre Methoden und ihre theoretischen Vorstellungen als auch in bezug auf ihre politischen Ideen jenseits der Beschäftigung mit der Wissenschaft, allesamt von der „orthodoxen Interpretation" abwichen, haben sie das gemeinsame Etikett „revisionistische Schule" erhalten. Wie Ernst Nolte, der sich durch die Berge von Literatur zum Kalten Krieg in jahrelanger Lese-Arbeit hindurchgewühlt hat, glaubhaft versichert, ist in den Jahren 1969 bis 1973 in den USA keine einzige Gesamtdarstellung des Kalten Krieges publiziert worden, die nicht durch die revisionistische Interpretation affiziert worden ist [14]). Von der Bundesrepublik wird man das übrigens kaum behaupten wollen — wie wenig selbst gemäßigt „revisionistische" Argu-

11) Vgl. u. a. den Literaturbericht von Ernst Nolte, Kalter Krieg und deutsche Ostpolitik, in: „Neue Politische Literatur", 3 und 4/1975.
12) Vgl. als ein verbreitetes Beispiel für diese Interpretation: John Lukacs, Konflikte der Weltpolitik nach 1945. Der Kalte Krieg, München 1970 (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 12).
13) Alle hier angestellten Überlegungen beziehen sich in der Hauptsache auf die Anfangsjahre des Kalten Krieges. Entscheidend für seine Deutung ist die Erklärung seiner Ursachen; alles andere folgt dann mehr oder weniger von selbst.
14) Ernst Nolte, Kalter Krieg und deutsche Ostpolitik, a.a.O., S. 311.

mente in die Diskussion hierzulande eingegangen sind, zeigten die Nachrufe anläßlich des Todes von US-Präsident Truman oder die Artikel anläßlich des 200jährigen Jubiläums der USA in den Massenmedien der Bundesrepublik [15]). Was ist der Kern der revisionistischen Gesamt-Deutung des Kalten Krieges? Weil am Ausgang des Zweiten Weltkriegs die USA eindeutig als der mächtigste Sieger dastand, ökonomisch und militärisch (wie durch den Einsatz der Atombomben in Hiroshima und Nagasaki unterstrichen wurde), versuchten sie, ihren Verbündeten eine Politik der „kooperativen Suprematie" aufzuzwingen, deren Konsequenz eine Ausdehnung der amerikanischen Wirtschaft über den Rest der Welt zur Folge gehabt hätte. Diese Politik sollte nicht zuletzt auch auf Osteuropa ausgedehnt werden. Sie konkurrierte hier aber einerseits mit den eher defensiven Sicherheits-Interessen der UdSSR, andererseits mit den entgegengesetzten Erwartungen und Zielen der Kommunisten bezüglich des Aufbaues sozialistischer Gesellschaften in Osteuropa und überhaupt der allgemeinen weltpolitischen Entwicklung [16]). Aus dieser Konstellation mußte — und zwar wegen des dynamischen Ausgreifens der US-Politik — mit einiger Notwendigkeit ein Bruch der Anti-Hitler-Koalition entstehen und damit schließlich auch ein sich rasch vertiefender Ost-West-Konflikt. Dieses Bild ändert sich nur unwesentlich, wenn man die Entwicklungen in Asien mit in den Blick nimmt.

Als dritte Global-Deutung muß die Interpretation marxistischer Historiker, primär aus Osteuropa, herangezogen werden. Darin ist die Nachkriegsentwicklung zu sehen als ein Schub in der langfristig unvermeidlichen Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zuungunsten des Kapitalismus. Als sich in Osteuropa und China ein Sieg anti-kapitalistischer Parteien abzeichnete, auch in Westeuropa solche Strömungen stärker zu werden versprachen, suchte die Regierung der USA den in diesen Entwicklungen enthaltenen Gefahren einer antikapitalistischen Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses mit der Wendung zu einer systematischen, weltweiten Offensive zu begegnen. Mit der im März 1947 verkündeten „Truman-Doktrin", nach der die USA Mittel für die wirtschaftliche und militärische Stützung reaktionärer Regime in Griechenland und der Türkei zur Verfügung zu stellen versprachen, begann der Kalte Krieg [17]).

Quer zu diesen drei Global-Deutungen stehen die Überlegungen über methodische und theoretische Probleme bei ihrer Evaluierung. Ein Ansatz, der von weitgehender Autonomie des außenpolitischen Handelns eines Staates ausgeht und dabei häufig mit der griffigen Kategorie der Staatsräson operiert (die sich aus einer Reihe „objektiver", d. h. großenteils geschichtsunabhängiger und ideologiefreier Elemente zusammensetzt), wird den Kalten Krieg eher im Rahmen einer machtpolitischen Auseinandersetzung von Weltmächten um die Vorherrschaft in umstrittenen Gebieten der Welt ansiedeln. Ideologische Überhöhungen erscheinen in dieser Sichtweise als ein „falscher Mythos"; es geht um Expansion und Gegen-Expansion, um die mehr oder weniger gewaltsame Austarierung eines „Gleichgewichts". „Der eigentliche Kalte Krieg wurde durch die plötzliche Expansion Rußlands (!) in Europa ausgelöst. Es konnte also kein Unparteiischer daran zweifeln, daß der Westen, der sich unter amerikanischer Führung sam-

15) Dies und viele andere anregende Hinweise in diesem Kapitel stammen von: Jo Rodejohann, Zum Beginn des Kalten Krieges, in: Durch Kooperation zum Frieden? Probleme gesamteuropäischer Sicherheit und Zusammenarbeit, München 1974 (Reihe Hanser, Bd. 156), S. 33 ff.

16) Vgl. hierzu die kleine und informative Studie von Werner Link, Das Konzept der friedlichen Kooperation und der Beginn des Kalten Krieges, Düsseldorf 1971.

17) Vgl. als repräsentatives Beispiel: Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945—1955, Köln 1975. Daß diese Darstellung nicht frei von verzerrenden Vereinfachungen ist, so wenn die Truman-Administration „Exekutivorgan des Zentrums des Weltimperialismus" (S. 246) genannt wird, sei am Rande erwähnt.

melte, um der Expansion zu wehren, in eigener und berechtigter Verteidigung, nicht aber im Geiste der Aggression handelte [18])". Der Kalte Krieg gilt hier als eine Form des Konflikts zwischen Staaten, dessen Dynamik sich hauptsächlich aus sich selbst heraus entwickelt, das Handeln der Staaten läßt sich im Grunde mit ein paar nicht weiter analysierbaren Grundsätzen aus dem Begriffs-Instrumentarium des Sozialdarwinismus erklären. Nun kann man aber Politik und Ökonomie nicht so ohne weiteres trennen, und beides völlig von Weltanschauungen und Ideologien abzuheben, ist ebenfalls unmöglich. Interessen, ihre Formulierung, der Wille zu ihrer Durchsetzung, die Perzeption der Umwelt und die dadurch substantiell beeinflußte Herausbildung einer Strategie zu ihrer Durchsetzung — dies gründet sich nicht auf „Staatsräson", sondern auf gesellschaftliche Realität. Staaten sind keine sich selbst bewegenden Billard-Kugeln auf ebenem grünen Filz; ihre Handlungen bleiben verbunden mit den sie jeweils tragenden Gesellschaften und den diesen immanenten Zielvorstellungen. Dies berücksichtigt, wenn auch dabei die Akzente auf originelle Weise auf ein Detail der politischen Willensbildung konzentrierend, E. Nolte, wenn er schreibt: „Der Übergang zum Kalten Krieg war in den USA ein Ergebnis jenes öffentlich ausgetragenen geistig-politischen Prozesses, der das Komplement der Grundtatsache ist, daß es in diesem System kein allein herrschendes und den Weg weisendes Zentrum gibt, so daß der Weg in die Zukunft auf höchst komplizierte und mühsame Weise gesucht werden muß." Nach einem Lobpreis der welthistorischen Bedeutung des Kapitalismus als folgenreichste Innovation der Menschheitsgeschichte (formuliert in Anlehnung an das „Kommunistische Manifest" von 1948) fährt er dann fort: „Diese Gesellschaft unterwarf sich alles, was einen älteren und stabileren Weltzustand repräsentierte, aber sie mußte ratlos sein, als sie sich zum erstenmal einem System gegenübersah, das mit einheitlichem Willen und ohne jeden umständlichen geistig-politischen Prozeß dasjenige bewußt vollzog, was sie unbewußt in die Welt gebracht hatte, und das sich dabei von der Überzeugung leiten ließ, es selbst sei keineswegs ein defizienter Modus, ein Nachholphänomen, eine Entwicklungsdiktatur, sondern im Gegenteil die höhere und endgültige Geschichtsstufe, die ‚den Kapitalismus' aus der Welt zu schaffen bestimmt sei." Diesem System gegenüber konnte, meint Nolte, unter bestimmten Umständen die „faschistische Lösung" gewählt werden, „oder es konnte auf seine eigentümliche Weise zu reagieren und sich zu behaupten versuchen, und dann mußte es einen Kalten Krieg führen [19])". Wir brauchen uns an dieser Stelle nicht ausführlich mit der ebenso interessanten, weil auf überraschende Weise synkretistischen, wie verwirrenden Geschichtsphilosophie Noltes von der Gegensätzlichkeit der „Linken" und der „Rechten" im europäischen System seit der Aufklärung zu beschäftigen, denn dies würde uns von unserer Fragestellung wegführen. Die pessimistische Entschlossenheit, mit der hier „die Linke" in Frage gestellt wird, ist allerdings der ernsthaftesten Auseinandersetzung wert. Die „Lösung" oder Strategie des Westens für die Konflikt-Austragung mit der Sowjetunion nach 1945 bestand also im Kalten Krieg. Wie Nolte gehen wir davon aus, daß dieser Konflikt nicht in erster Linie ein machtpolitischer Konflikt war, sondern auf der Unvereinbarkeit zweier Ordnungsprinzipien beruhte.

Wenn man dies aber so sieht, dann stellt sich die Frage, warum dieser Grund-Konflikt zwischen zwei Gesellschaftsordnungen nach 1945 die Form des Kalten Krieges und keine andere annahm. Daß nach dem Auseinanderfallen der zeitweiligen Interessen-Konkordanz gegenüber den faschistischen Mächten Deutsch-

[18]) Louis J. Halle, Der Kalte Krieg. Ursachen, Verlauf, Abschluß, Frankfurt/M. 1969, S. 407.
[19]) E. Nolte, Kalter Krieg und deutsche Ostpolitik, a.a.O., S. 488.

land, Italien und Japan eine friedliche Kooperation unwahrscheinlich war, liegt auf der Hand. Was aber bewirkte die teilweise Zähmung des Konfliktes, in dessen Verlauf durchgreifende wirtschaftliche Maßnahmen (als Hilfsprogramme einerseits, als Wirtschaftsembargo [20]) andererseits) sowie das Operieren mit militärischem Druck hart am Rande des Krieges und in Korea auch bis hin zum Krieg praktiziert wurden, der jedoch immer nur bis zur Schwelle eines eigentlichen „heißen" Kriegs vorangetrieben wurde? Eine Reihe von Gründen, deren Gewicht in den einzelnen Etappen des Kalten Krieges unterschiedlich zu bewerten ist, läßt sich dafür anführen. Zunächst einmal muß die Ausgangsfrage samt den in ihr enthaltenen Aussagen über den Ost-West-Konflikt weiter differenziert werden. Dieser Konflikt kann ja nur bei sehr oberflächlicher Sicht ausschließlich auf geographisch abgegrenzte Räume bezogen werden. Die Bildung der sozialistischen Ordnungen in Osteuropa vollzog sich keineswegs ohne Widerstände des dortigen Bürgertums. Und in Westeuropa gehörten die Kommunisten in den Nachkriegsjahren zu den am meisten intakten Aufbaukräften, intakt sowohl unter organisatorischen als auch unter politisch-moralischen Gesichtspunkten. Der Ost-West-Konflikt war und ist natürlich auch ein Konflikt mit einflußreichen inner-gesellschaftlichen Dimensionen. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Umorientierung der Bevölkerungen nach 1945 auf einen europäischen Ost-West-Krieg mit all seinen Konsequenzen schwerlich rasch gelungen wäre. Bekanntlich hat die Massenpropaganda — abzulesen ist das an der Intellektuellen-Verfolgung durch McCarthy in den USA zu Beginn der 50er Jahre — durchaus ihre Erfolge aufzuweisen. Indes gab es nur *einen* Staat im westlichen Bündnis, jedenfalls in Europa, für den der Antikommunismus von vornherein zu einer grundlegenden ideologischen Akzentuierung wird — das ist die Bundesrepublik. Für diesen Staat führte, wie Alfred Grosser richtig bemerkt, der Weg zur politischen Gleichberechtigung im westlichen Bündnis „durch die Solidarität im Antikommunismus [21])".

So waren es einmal inner-gesellschaftliche Schwierigkeiten schwer abzuschätzenden Ausmaßes, die ein mögliches Kalkül für einen „heißen" Ost-West-Krieg belasten mußten. Interessant in diesem Zusammenhang sind auch die von einer beträchtlichen Zahl der beteiligten Entscheidungsträger jener Jahre geäußerten Erwartungen, in denen die künftigen Probleme des anderen Systems auf dem Gebiet der Rekonstruktion einer Friedenswirtschaft ohnehin zu dessen mittelfristiger Veränderung führen würden. Insbesondere sind hier die offenen oder verschlüsselten Untergangsprognosen westlicher Beobachter der Sowjetunion gemeint, aber es gibt auch Indizien dafür, daß die sowjetische Führung Ausmaß und Dynamik des Schubs bei der aus ihrer Sicht erfolgten Veränderung des weltweiten Kräfteverhältnisses zu ihren Gunsten weit überschätzte. Drittens aber wird eine militärische Innovation, die Nuklearwaffe, zu einer entscheidenden Einflußgröße für die Form der Ost-West-Auseinandersetzung nach 1945. Die USA, die ihre Truppen im Jahre 1948 auf 13 % ihrer Stärke von 1945 reduziert hatten, konnten diese Demobilisierung strategisch begründen mit dem alleinigen Besitz der Atombombe [22]). Unter rein militärischen Gesichtspunkten erscheinen die Jahre des strategischen Ungleichgewichts als besonders kriegsanfällig. Indes ließen sich die Wirkungen des Einsatzes von Atombomben kaum vorauserrechnen. Angesichts eines solchen Risikos erschienen Auseinandersetzungs-Formen

[20]) Vgl. hierzu: Gunnar Adler-Karlsson, Western Economic Warfare 1947—1967. A Case Study in Foreign Economic Policy, Stockholm 1968.
[21]) Alfred Grosser, Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, München 1970, S. 127.
[22]) Daß es zu den „Mythen des Kalten Krieges" gehört, die Sowjetunion ihrerseits habe ihre Kriegsstärke beibehalten, hat Jo Rodejohann im Anschluß an G. H. Quester, Nuclear Diplomacy, New York 1970, S. 23, mit Nachdruck festgestellt. Die Sowjetunion hat ihre Truppen auf 25 % der Kriegsstärke reduziert.

unterhalb der Kriegs-Schwelle erfolgversprechender. Sobald aber die Monopolstellung des Westens bezüglich des Besitzes von Nuklearwaffen (und Trägersystemen) aufgehört hatte, ergab sich für beide Konfliktparteien die wachsende Notwendigkeit, diese ungeheure Vernichtungskapazität politisch so weit wie möglich zu neutralisieren. Aus dieser Notwendigkeit erklärt sich eine der Grundlinien, die aus dem Kalten Krieg heraus in die Entspannung führten. Inner-gesellschaftliche Schwierigkeiten, die Erwartungen in Richtung auf günstige Wendungen in der Entwicklung des Gegenüber als Folge ökonomischer Probleme und schließlich die Existenz nuklearer Waffen, deren politische Funktion kalkulierbarer erschien als deren militärischer Einsatzwert — dies waren drei wichtige Faktoren, die die Form der Ost-West-Auseinandersetzung nach 1945 als Kalter Krieg mitbestimmten.

Kalter Krieg in Deutschland

Es sei unbestritten, schreibt Richard Löwenthal zu Beginn einer längeren, die sozialdemokratische Außenpolitik von Schumacher bis zur Gegenwart legitimieren sollenden Studie, „daß die Bundesrepublik ein Produkt des Kalten Krieges ist[23])". Das ist dann richtig, wenn man den Kalten Krieg nicht als den alleinigen Urheber der Bundesrepublik (oder der Teilung Deutschlands) ansieht, denn natürlich läßt sich die Geschichte Nachkriegs-Deutschlands nicht sinnvoll beschreiben, wenn man sie mit der Kapitulation des Dritten Reiches beginnt: dieses selbst muß ebenfalls mit in das Untersuchungsfeld einbezogen werden.

Kann man auch die umgekehrte Behauptung aufstellen, nämlich daß der Kalte Krieg auch ein Produkt der Politik in Mitteleuropa war oder zumindest als Form der Auseinandersetzung mit „dem Osten" von hier aus Nahrung erhielt? Die innenpolitischen Differenzen über den Kurs der Bundesrepublik, die schon erwähnte Übernahme antikommunistischer Grundmuster in den Kanon gesellschaftlicher (nicht: nationaler) Identität durch Sozial-, Christ- und Freidemokraten machen es nicht gerade schwer, diese Behauptung mit Belegmaterial zu versehen. Wir brauchen an dieser Stelle nicht ausführlich auf die Substanz der Außenpolitik Adenauers einzugehen, der Westintegration und Wiederbewaffnung als Instrumente zur Erreichung des grundgesetzlich vorgeschriebenen Zieles der Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen vorgab, wo doch diese Instrumente sich längst zu autonomen und angesichts der Ost-West-Realität das Wiedervereinigungs-Ziel unerreichbar werden lassenden Zwecken entwickelt hatten. Der für die Teilung Deutschlands konstitutive Kalte Krieg wurde hier nicht zuletzt deswegen auch zur dynamischen Komponente der Außenpolitik der Bundesrepublik, weil in Mitteleuropa sich die Perspektiven der System-Auseinandersetzung mit der Perspektive nationaler Politik überkreuzten. So verstand sich die Sozialdemokratie gegenüber Adenauer als Bewahrer einer wirklich und nicht nur wie bei diesem vorgeblich auf nationale Einheit zielenden Politik, die sie aber weder nach innen noch nach außen, weder nach Westen noch nach Osten glaubhaft machen konnte. So versuchten links von der SPD angesiedelte Parteien und bürgerliche Gruppierungen die nationale Frage mit der nach umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen zu verknüpfen. Und so motivierte Adenauer seine Politik der Westintegration mit dem Hinweis darauf, daß nur sie einen realistischen Weg zur Wiedervereinigung bahnen könne. In dem heftigen innenpolitischen Streit um die Wiederbewaffnung, ein Prozeß, der bekanntlich begleitet war von einer Anzahl osteuropäischer Angebote, die nationale Einigung gegen

[23]) Richard Löwenthal, Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974, S. 2.

ein weiteres Forcieren der nun auch militärisch vorangetriebenen Westintegration einzuhandeln, ist die Funktion der Komponente „Kalter Krieg" in der Politik Adenauers nach innen und nach außen in aller Deutlichkeit erkennbar. Waldemar Besson hat in behutsamen Interpretationen das spätestens nach 1952 breiter werdende Dilemma Adenauers zwischen der nationalen Forderung nach Wiedervereinigung und der (allenfalls in langer Perspektive gleichermaßen nationale Ziele erreichen wollenden) Politik der Westintegration beleuchtet [24]). Für eine Zeit noch konnte die Perspektive des Kalten Krieges, propagandistisch umgemünzt in die Rede von der Bedrohung durch die Rote Armee [25]), die nur für die politisch Unkundigen durch die Ereignisse in Berlin 1953 und Ungarn 1956 belegbar gemacht werden konnte, dieses Dilemma verdecken. Dies gelang um so weniger, je notwendiger in den Ost-West-Beziehungen auf höchster bilateraler Ebene der Druck in Richtung auf Beendigung des Kalten Krieges sich bemerkbar machte. Die Dissonanzen zwischen der Bundesregierung in Bonn und der Kennedy-Administration um das Jahr 1960 resultierten ja nicht aus persönlichen Verstimmungen zwischen Adenauer und Kennedy. Vielmehr verblieb die westdeutsche Außenpolitik, gekennzeichnet durch die Stichworte Hallstein-Doktrin, Alleinvertretungsanspruch, Junktim zwischen Rüstungskontrollvereinbarungen und Wiedervereinigung, in einer Position, die den Interessen auch der westlichen Verbündeten nicht mehr entsprach. Auch die kläglichen und intellektuell ziemlich dürftigen Versuche, im Anschluß an einen falsch verstandenen Gaullismus einen deutschen Neo-Nationalismus zu begründen, fallen in diese Zeit: auch hier wieder kreuzen sich nationale und System-Konflikt-Perspektiven. Für die legitimatorischen Fundamente der Bundesrepublik blieb dies wenig ergiebig, allenfalls wurden ein paar schüttere Argumente für den einige Jahre später anläßlich einer leichteren ökonomischen Krise das Haupt wieder erhebenden Rechtsextremismus bereitgestellt.

Ost-West-Beziehungen auf dem Wege zur Entspannung

Paradoxerweise kann man im Verlauf des Kalten Krieges der 50er Jahre zugleich eine Konsolidierung und eine Lockerung der Parteien-Gruppierungen im Ost-West-Konflikt beobachten. Sie konsolidierten sich dort, wo es zunächst weniger wahrscheinlich schien: auf unterschiedlichen Ebenen verbesserten sich die wirtschaftlichen Standards in Ost und West. Hüben gab es verschiedene „Wirtschaftswunder" und damit verbunden eine wachsende Gewißheit von der Krisenunanfälligkeit des Kapitalismus. Drüben blieben die Volkswirtschaften zwar hinter dem Standard des Westens zurück, indes muß man deren Ausgangsbedingungen nach 1945 berücksichtigen und die Folgen des westlichen Wirtschafts-Embargos mit in Rechnung stellen, um die Wachstumszahlen dort als durchaus respektabel zu erkennen. Damit aber war, jedenfalls aus westlicher Sicht, eine der wichtigsten Aufgaben des Kalten Krieges verfehlt worden. Lockerungen in den beiden einander gegenüberstehenden „Lagern" gab es ebenfalls zu verzeichnen, block-interne Interessen-Differenzierungen und Konflikte, die in Osteuropa bis zu heftigen Zusammenstößen führten.

Zugleich aber wandelte sich das Umfeld des Ost-West-Konflikts insgesamt. Der politisch mühselige, ökonomisch noch weit kompliziertere Prozeß der Entkolonisierung prägte die Weltpolitik der 50er Jahre nicht minder nachhaltig als

[24]) Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, bes. S. 116 ff.
[25]) Wie die Wahlkampf-Plakate jener Jahre zeigten, knüpfte die Regierungspartei bei der Evozierung dieser Bedrohungsfurcht unmittelbar an Muster aus der Zeit des Nationalsozialismus an.

der Kalte Krieg. Damit aber, spätestens seit der Bandung-Konferenz, gab es für die alten Kolonialländer und für die USA, die z. B. in Ostasien einen Teil von deren Rolle übernahmen, eine weitere Konflikt-Front. Die Länder der Dritten Welt ließen sich in ihrer Mehrheit wohlgemerkt nicht darauf ein, im Ost-West-Konflikt dezidiert Partei zu ergreifen, nicht zuletzt deswegen, weil sie selbst intern die Verquickung nationaler und gesellschafts-verändernder Strategien als Konflikt empfanden. Ihr wachsendes politisches Gewicht war und ist unübersehbar; daß die jahrelang geführten Debatten über die Abhängigkeit der Dritten Welt von den Industriestaaten auch unter umgekehrten Vorzeichen geführt werden können, hat sich in den 60er Jahren erst ansatzweise, im folgenden Jahrzehnt dann allerdings mit aller Klarheit herausgestellt. Für die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen vom Kalten Krieg zur Entspannung ist der Entkolonisierungsprozeß mit all seinen Folgeerscheinungen hauptsächlich als ökonomisches Datum, sicherlich jedoch ebenfalls als Einflußfaktor auf das allgemeine weltpolitische „Klima" von Bedeutung gewesen.

In einer anregenden, oftmals zum Widerspruch reizenden Studie über die Entspannungspolitik hat Bernard Willms die Entspannung als die politische Logik des Kalten Krieges bezeichnet. Er nimmt damit Bezug auf eine „Logik der Interessen" in den Ost-West-Beziehungen [26]). Anders gesagt: er behauptet, daß die beiden Konfliktparteien nach demselben rationalen Muster ihr jeweiliges Eigeninteresse kalkulieren. Dieses Interesse besagt auf beiden Seiten gleichermaßen: der Kalte Krieg ist wirtschaftlich unrentabel und militärisch ein hohes Risiko. Aus dieser Kalkulation ergibt sich dann die gemeinsame Suche nach einem weniger teueren und weniger risikobelasteten Interaktions-Muster. Die Entspannung, eine Politik also, die Steuerung der Rüstung mit dem Ziel der Rüstungsminderung sowie ökonomische Kooperation und allgemeine Erleichterungen in den zwischenstaatlichen Ebenen anstrebt, bietet sich als solch ein Interaktions-Muster an. Entspannung ist die politische Logik des Kalten Krieges.

Diese Überlegung, die hier schrittweise rekonstruiert wurde, ist zugleich richtig und falsch. Sie ist richtig, wenn wir auf der Ebene allgemeiner und systematischer Gedanken bleiben, wenn wir die Politik wissenschaftlich betrachten. Sie wird jedoch sofort dann falsch, wenn wir zusätzlich noch annehmen, daß die politischen Willensbildungsprozesse in den Regierungen und Administrationen dieser Logik auch unmittelbar gefolgt seien. Ein Blick auf die höchst unterschiedlichen Partial-Interessen von mächtigen Gruppen in unseren Gesellschaften belehrt uns rasch darüber, daß der Gang der Politik weit häufiger von diesen und von der Logik der Sachen nur dann bestimmt wird, wenn mächtige Interessengruppen sich ihrer angenommen haben.

Bleiben wir aber zunächst noch bei der Logik, bevor wir uns kurz mit den Problemen ihrer Durchsetzung beschäftigen. Vor allem zwei Faktorenbündel waren es, die Entspannung in den Ost-West-Beziehungen zum im Grunde alternativlosen Zielwert werden ließen.

1. Auf militärischem Gebiet waren die 50er Jahre gekennzeichnet durch das Einsetzen eines gewaltigen Rüstungswettlaufs auf nuklearem und „konventionellem" Sektor. Alsbald hatte die Sowjetunion ein Potential an Kernwaffen und weitreichenden Trägersystemen aufgebaut, so daß man gegen Ende der 60er Jahre von einem „atomaren Patt" zwischen den USA und der UdSSR samt ihren jeweiligen Verbündeten sprechen konnte. Man kann für den Beginn dieser Periode

[26]) Bernard Willms, Entspannung und friedliche Koexistenz, München 1974, bes. S. 58 ff.

keinen exakten Zeitpunkt angeben, weil dafür der Begriff des atomaren Patts zu unpräzise ist. Er bedeutet nämlich nicht, daß beide Seiten genau gleichviel Waffen und genau gleichstarke Zerstörungskapazität besitzen. Atomares Patt besteht bereits dann, wenn letztere eine bestimmte Größenordnung erreicht hat, so daß, würde sie eingesetzt, die damit angerichteten Schäden die betroffene Gesellschaft mit ihrer immer komplizierter werdenden Infrastruktur weitgehend außer Funktion setzten. Seit der Mitte der 60er Jahre ist das atomare Patt noch dadurch perfektioniert worden, daß in beiden Ländern nukleare Waffensysteme existieren, die auch nach einem Angriff der anderen Seite noch einsatzbereit sein würden, so daß auch das abstrakte Kalkül eines Überraschungsangriffs keinerlei Gewinn mehr verspricht. Seitdem diese Schwelle erreicht worden ist, liegt es in der Tat in der Logik der Sache, Rüstungsverminderungen in die Wege zu leiten, denn Aufrüstung hat keine außenpolitische Funktion mehr.

2. Auf ökonomischem Gebiet war der Kalte Krieg gekennzeichnet durch die weitgehende Blockierung der Ost-West-Handelsbeziehungen. Damit waren, insbesondere in Europa, eine Reihe traditioneller Handelskanäle gesperrt, und es ist kein Wunder, daß im Westen spätestens in dem Augenblick, wo die Krisen-Unanfälligkeit der Volkswirtschaften sich als ein kurzlebiger Mythos erwies, das Interesse an der Öffnung dieser Kanäle sich deutlicher zu artikulieren begann. Hinzu kommen die für viele neuartigen Probleme mit den Rohstoffen aus der Dritten Welt. Und schließlich ist generell darauf zu verweisen, daß einige der Konsequenzen der explosionsartigen Entwicklung von Wissenschaft und Technik in der Nachkriegszeit, nämlich die Umweltgefährdung und die sich abzeichnende Energieknappheit, in Ost und West in ähnlicher Gestalt auftraten und -treten. Die daraus entstehenden Schwierigkeiten lassen sich schon gar nicht mehr im nationalen Rahmen lösen. Aber auch innerhalb der verbündeten Staaten-Systeme in Ost und West, der „Blöcke" in der Alltagssprache, wird man ihrer nicht Herr, wenn man nicht die Kooperation im größeren Rahmen sucht. Zahlreiche Untersuchungen über solche Zivilisationsprobleme belegen die Notwendigkeit einer vernünftigen, block-übergreifenden Zusammenarbeit. Mit besonderer Dringlichkeit ist dies für bestimmte Regionen gefordert, in denen die Interessen der Beteiligten sich überschneiden (Ostsee-Raum, Mittelmeer). Den Gesellschaften in Ost und West wachsen in den nächsten Jahren Aufgaben zu, die sie in finanzielle und volkswirtschaftliche Probleme stürzen, wenn nicht diese partielle und aus heutiger Sicht noch erheblich erweiterbare Kooperation sowie möglicherweise eine als Konsequenz von Rüstungsverminderungen angestrebte Umverteilung der öffentlichen Haushaltsmittel Entlastungen mit sich bringen wird.

Entspannung in Deutschland

Einer der Schlüsselbegriffe für den Übergang vom Kalten Krieg zur Entspannungspolitik in den Ost-West-Beziehungen heißt *Anerkennung*. Anerkennung der gewandelten Realität der Konfliktlage: das hieß in erster Linie die Wahrnehmung der Bedingungen und Grenzen von Selbsterhaltung und Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen des Ost-West-Konflikts. Die in den sozialistischen Ländern proklamierten Leitsätze zur friedlichen Koexistenz unterstrichen in aller Deutlichkeit [27]), daß es z. B. keineswegs um die Eliminierung der Grundfrage nach der höheren Effizienz und Attraktivität des einen oder anderen Gesellschaftssystems ging, ja, daß sich diese Grundfrage sogar mit vermehrtem Druck stellt. Nur kann

[27]) Um so überraschender ist es immer, wenn man in zahlreichen Publikationen per „Enthüllung" auf dieses ganz offen verkündete Element der „friedlichen Koexistenz" verwiesen wird.

es unter dem Vorzeichen der Entspannung nicht darum gehen, diese Frage durch den Einsatz von Militär oder durch militärische Diplomatie beantworten zu wollen. Auf westlicher Seite ist die Anerkennung der Existenz anderer Gesellschaftsordnungen von einer Fülle von Hypothesen und Strategien begleitet worden; hier liegt etwa der Stellenwert von Konvergenz-Theorien und Vorstellungen eines „Wandels durch Annäherung".

In Deutschland stellte sich das Problem der Anerkennung allerdings in spezifischer Form, war doch hier als Folge des Krieges *und* der Nachkriegsentwicklung eine Konfiguration entwickelt, in der, zunächst als Provisorium, zwei Staaten mit entgegengesetzen Gesellschaftsordnungen an die Stelle des 1871 entstandenen Deutschen Reiches getreten waren. Zunächst als Provisorium: denn die Potsdamer Konferenz 1945 wollte die Grundlage zur Lösung auch der nationalen Frage in Deutschland formulieren. Dieser Anspruch konnte *wegen* des Verlaufs des Kalten Krieges nicht eingelöst werden. Noch mehr, er wurde schließlich obsolet. Es waren in der Tat zwei Staaten auf deutschem Boden entstanden, und daran konnte auch die Nichtanerkennungspolitik der Bundesregierungen und ihr Alleinvertretungsanspruch nichts ändern. Nicht anerkannt werden durfte die Existenz der DDR; die Bundesrepublik wollte alle auf deutschem Boden lebenden Menschen „allein" vertreten. Diese Position war doppelt verankert, nämlich im Kalten Krieg (Wiedervereinigung Deutschlands als Teil der Zurückdrängung des Kommunismus) und in einem „nationalstaatlichen Selbstverständnis" [28]). Daß letzteres übrigens nicht nur in Osteuropa, sondern auch von den westlichen Verbündeten der BRD, insbesondere von Frankreich, mit Mißtrauen betrachtet wurde, sei nur in Klammern vermerkt.

Daß der Kalte Krieg entgegen den Prognosen seiner Verfechter im Westen eine Konsolidierung in Osteuropa, mit einer gewissen — einsehbaren — Verspätung auch in der DDR [29]), zur Folge hatte, ließ diese doppelte Verankerung der deutschland-politischen Position der Bundesregierungen immer haltloser werden. Die Nichtanerkennung der DDR kostete immer mehr. Man kann das in der Außenpolitik an den Verrenkungen ablesen, die die Bundesregierung immer dann zu unternehmen sich gezwungen fühlte, wenn irgend ein Staat sich politisch der DDR näherte oder gar Botschafter mit ihr austauschte. Dies galt nach der 1955 entworfenen „Hallstein-Doktrin" als ein unfreundlicher Akt gegenüber der BRD und wurde vor dieser zunächst mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen (samt der damit verbundenen ökonomischen Folgen) beantwortet. Später, noch zur Zeit der Großen Koalition, gab es ein verwirrendes Lavieren, ein Hin und Her zwischen verbalen und tatsächlichen Sanktionen. Die Journalisten nannten das schadenfroh „kambodschieren".

Man kann es aber noch viel deutlicher an der Innenpolitik der Bundesrepublik ablesen. Die 60er Jahre begannen für die Bundesrepublik mit unübersehbaren Hinweisen darauf, daß die bisherige Außenpolitik die erwarteten Ergebnisse nicht einbringen werde. Der Bau der Mauer in Berlin und die anschließende Abdichtung der deutsch-deutschen Grenze signalisierten das Ende einer Periode, während der die DDR bestands-bedrohende Probleme zu bewältigen hatte [30]). Ein zweiter ent-

28) So R. Löwenthal, Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, a.a.O., S. 91.
29) Die DDR befand sich seit ihrer Gründung in einer ziemlich ungünstigen Situation. Verglichen mit der Bundesrepublik ist sie das weitaus „kleinere" Land. Der ständige Vergleich mit der BRD hat sich für die innere Entwicklung der DDR belastend ausgewirkt. In der Sprache der Politikwissenschaftler (d. h. nicht ganz leicht verständlich) hat das näher beschrieben: Heinrich End, Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949—1972, Köln 1973, S. 28 ff.
30) Ernst Richert hat deshalb den Bau der Mauer so bezeichnet: „. . . in all ihrer Absurdität . . . ein politisch konstruktiver Geniestreich". Vgl. Ernst Richert, Zwischen Eigenständigkeit und Dependenz. Zur Wechselwirkung von Gesellschafts- und Außenpolitik in der DDR, in: „Deutschland-Archiv", 1974, S. 956.

scheidender Faktor, der innenpolitische Änderungen in der Bundesrepublik beschleunigte, waren die Zeichen einer bis dahin für schon in ihren Ansätzen abwendbar gehaltenen wirtschaftlichen Rezession. In den Jahren der zu ihrer Überwindung gebildeten Großen Koalition, die sich gleich noch die Erledigung einer Reihe anderer „schwieriger" Aufgaben wie die Verabschiedung der Notstandsgesetze zumutete, wurde darüberhinaus erkennbar, daß in der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik das Unbehagen über die bisherige Politik und ihre Träger anwuchs. Dieses Unbehagen, übrigens kein auf die BRD beschränktes Phänomen, rührte in der Hauptsache daher, daß auf vielen Gebieten notwendige soziale Reformen verzögert, verwässert oder gar völlig versäumt worden waren. Neben der Bildungspolitik wurde nachdrücklich auch die Ost- und Deutschlandpolitik zu einem Thema der oppositionellen politischen Öffentlichkeit, die zunächst nur wenig Resonanz bei den im Parlament vertretenen Parteien fand — von daher erklärt sich der Name außerparlamentarische Opposition.

Diese außerparlamentarische Opposition setzte sich aus einer Vielzahl von Gruppierungen zusammen. Es wäre völlig falsch, sie insgesamt als anti-parlamentarisch einzustufen oder ihr zu unterstellen, sie habe Ziele verfolgt, die den Interessen einer sich als demokratische Gesellschaft verstehenden Bundesrepublik entgegenstanden. Das Gegenteil ist der Fall. Das Monopol der Interessen-Definition durch jene sich so gern als „staatstragende Kräfte" bezeichnenden Politiker, Funktionäre und Administratoren hatte eine Verarmung der politischen Debatte gezeitigt, die nur auf diese Weise korrigiert werden konnte. Für eine Änderung der Ost- und Deutschlandpolitik setzten sich damals viele Gruppierungen unterschiedlicher politischer Couleur ein. Erinnert sei an die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn vom Oktober 1965; an die Botschaft der katholischen Bischöfe Deutschlands an die katholischen Bischöfe Polens vom Dezember 1965; an das Deutschland-Memorandum von W. W. Schütz vom Dezember 1967; an die Denkschrift „Aktive Deutschlandpolitik" des Politischen Clubs vom August 1968; an die dreißig Thesen zur Deutschlandpolitik, die maßgeblich von den Professoren Froese und Kade inspiriert wurden, vom April 1969; an die Denkschrift für eine realistische Deutschlandpolitik von Heinrich Albertz, Dietrich Goldschmidt u. a. vom 17. Juni 1969 [31]). Diese Denkschriften und Memoranden können als Ausdruck eines gewandelten öffentlichen Bewußtseins in der Bundesrepublik gelten. Die von der CDU/CSU abschätzig so genannte „Anerkennungspartei" umfaßte breiteste Kreise der Bevölkerung. Zur Zeit der Großen Koalition schien sich so etwas wie ein schlagartiges Absinken des Legitimations-Pegels im Herrschaftssystem der Bundesrepublik abzuspielen: die politische Öffentlichkeit verlangte Änderungen in der Innen- und der Außenpolitik. Die Welle der Kriegsdienstverweigerungen in dieser Zeit ist ein weiteres Indiz für die Richtigkeit der These von der allgemeinen Unzufriedenheit mit der festgefahrenen Politik der Bundesregierung.

Als nach den Wahlen 1969 eine sozial-liberale Koalition die Regierung bildete, war dieser Prozeß begleitet von den Hoffnungen der Öffentlichkeit, jetzt würde ein umfassender und mehr Gerechtigkeit bringender Demokratisierungsprozeß ingangkommen. „Mehr Demokratie wagen", hieß die vom Bundeskanzler ausgegebene Parole, und daß damit mehr als nur vage Reform-Versprechen gemeint sein konnten, läßt sich noch heute an vielen programmatischen Artikeln aus dieser Zeit, auch einem aus meiner Feder in dieser Zeitschrift [32]), nachlesen. Solche Hoff-

[31]) Vgl. hierzu den vierten Teil der Dokumentation von H.-A. Jacobsen, Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/1970, Düsseldorf 1970.
[32]) In: „Blätter", 2/1970, S. 134 ff.

nungen sind zu großen Teilen unerfüllt geblieben. Indes muß für den Bereich der Ost- und Deutschlandpolitik konstatiert werden, daß hier mit der Phalanx der „Ostverträge" den Vorstellungen der Öffentlichkeit am ehesten Rechnung getragen wurde. Die Regelung der Beziehungen zur UdSSR, zu Polen, zur DDR, das Viermächteabkommen über Berlin und schließlich die Aufgabe des Widerstands gegen eine europäische Sicherheitskonferenz — man braucht das nur kurz in Erinnerung zu rufen, um den Fortschritt in der bis dahin äußerst zaghaften Entspannungspolitik deutlich zu erkennen. Der Widerstand gegen diese Politik formierte sich allerdings ebenfalls rasch. Für die Außenpolitik ist er jedoch nicht bestimmend geworden.

Was waren die Antriebskräfte für diese beispiellose öffentliche Diskussion über ein Thema, das bis dahin von der Rhetorik des Antikommunismus zugedeckt worden war? Diese Frage soll hier nur ansatzweise beantwortet werden, denn für eine ausführliche und erschöpfende Antwort müßte zunächst ein längerer Exkurs über die innergesellschaftliche Situation der BRD am Ende der 60er Jahre vorbereitet werden. Einmal mehr nämlich steht uns der wechselseitige Beeinflussungs-Prozeß von Innen- und Außenpolitik klar vor Augen: Unglaubwürdigkeit nach innen und Isolierung nach außen gefährdeten die Bundesregierung gleichermaßen. Nicht mehr die Perfektionierung eines im Grunde längst anachronistisch gewordenen Machtinstruments — des Militärs —, sondern Verhandlungen und Interessenausgleich sollten die Ost-West-Beziehungen bestimmen. Hinter dieser zunächst einmal eher moralisch anmutenden Forderung stand die wachsende Einsicht von der Unabdingbarkeit, das, was war, auch anzuerkennen, weil nur so sinnvolle, d. h. nicht zuletzt auch die eigenen Bedürfnisse befriedigende Politik möglich ist. Die Entspannungspolitik ist in der Bundesrepublik verspätet aufgegriffen worden; erst als sie auch von Bonn aus vorangetrieben wurde, waren die Voraussetzungen geschaffen, den Abschluß des Kalten Krieges in Europa mit diplomatischer Feierlichkeit zu verkünden.

Entspannung und friedliche Koexistenz

Aus der Sicht osteuropäischer Beobachter ist die Entspannungspolitik eingebettet in ein geschichtliches Entwicklungsmuster, das durch die laufende Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus gekennzeichnet ist [33]). Auch wer sich skeptisch gegenüber allen wie auch immer begründeten Langzeit-Prognosen geschichtlicher Entwicklungen verhält, wird schwerlich leugnen können, daß sich die Position der sozialistischen Länder gegenüber der im Kalten Krieg nicht unerheblich verbessert hat. Vielen, die hierzulande der sozialliberalen Ostpolitik ablehnend gegenüberstehen, erscheint dies als Beweis dafür, daß Entspannung in den Ost-West-Beziehungen etwas Negatives sei, weil nur die „andere Seite" davon profitiert. Andere behaupten wieder genau das Gegenteil: die Entspannung sei ein im Grunde noch besseres Instrument zur Unterstützung von inner-sozialistischen Destabilisierungsprozessen, als es der Kalte Krieg war.

Solchen Perspektiven gegenüber soll an dieser Stelle noch einmal die nach allen Seiten hin notwendige und deshalb auch für alle Seiten vorteilhafte Konsequenz des Übergangs vom Kalten Krieg zur Entspannung betont werden. Die Festlegung und allgemeine Hinnahme neuer, ein höheres Maß an Kooperation zulassender Regeln für die Fortführung des in der Tat fortdauernden „Wettbewerbs der Systeme" sind die ersten Schritte in Richtung auf die Zähmung einer Kriegsgefahr, über deren Ausmaß angesichts des Entwicklungsstandes der Waffen-

[33]) Vgl. u. a.: Stefan Doernberg, Friedliche Koexistenz unumkehrbar machen, in: „IPW-Berichte", 5/1976, S. 17.

technologie keine Illusionen möglich sind. Entspannung ist die Voraussetzung für Fortschritte in den Bemühungen um Rüstungsminderung. Wir sind heute an einem Punkt der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen angelangt, wo die Entspannungsregeln vertraglich weitgehend abgesichert, wo allerdings wirkungsvolle Maßnahmen auf dem Gebiet der Rüstungsminderung noch nicht eingeleitet worden sind. Die zahlreichen Rüstungskontroll-Abkommen, zuletzt das wichtige SALT, dienten und dienen in erster Linie dazu, die politisch-strategische Verläßlichkeit einer solchen Abrüstungs-Perspektive zu erproben. Hier, wo alles noch im Fluß ist, hat die politische Öffentlichkeit erneut eine hoch einzuschätzende Funktion. Denn selbstverständlich gibt es auch — tatsächliche und eingebildete — Interessen an der Beibehaltung von Rüstungsproduktion und Rüstungshandel [34]). Hier gilt es, aufzuklären und verständlich zu machen, welche Auswirkungen politischer, ökonomischer und sozialer Art das Interesse an der Rüstung und das Interesse an der Abrüstung jeweils haben. Dies muß auf nationaler und auf internationaler Ebene geschehen.

In dem gemeinsamen Kommuniqué zum Abschluß des Besuchs von US-Präsident Nixon in Moskau 1972 haben er und der Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, festgestellt, daß es für die USA und die Sowjetunion im Zeitalter der Atombombe keine Alternative zur friedlichen Koexistenz gibt. Damit sollte deutlich gesagt werden, daß die Ost-West-Beziehungen unter den gegebenen äußeren Bedingungen und vor den gewaltigen Aufgaben, die heute und in naher Zukunft auf alle beteiligten Gesellschaften zukommen, nur in den Gleisen friedlichen Wettbewerbs und partieller Kooperation verlaufen dürfen. Damit ist ein Rahmen abgesteckt worden, der einerseits Entgleisungen in den Kalten Krieg erschwert, andererseits die Möglichkeiten bietet, dieses Wechselverhältnis von Austausch und Wettbewerb dynamisch zu gestalten. Wie wir wissen, haben sich in der kurzen Geschichte der Entspannung Perioden dynamischen Austauschs mit solchen abgewechselt, in denen der gesamte Entspannungsprozeß ins Stocken geriet und sich zurückzubewegen drohte. Eine Garantie für Sicherheit in Europa gibt es auch heute nicht. Aber eine erfolgversprechende und teilweise schon Gewinn abwerfende realistische Chance zur Abwendung nuklearer Kriege und zur Lösung drohender Menschheitsprobleme ist die Entspannung in der Tat. Es gibt keine bessere.

34) Vgl. für die Bundesrepublik u. a.: Ulrich Albrecht, Politik und Waffengeschäfte. Rüstungsexporte in der BRD, München 1972; Helga Haftendorf, Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Düsseldorf 1971; für Frankreich: O. Brachet/C. Pons/M. Tachon, La France militarisée, Paris 1974.

Jörg Huffschmid / Herbert Schui (Hrsg.)

Gesellschaft im Konkurs?
Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973—1976
540 Seiten, 12,80 DM

Die erste umfassende Darstellung und Aufarbeitung der Krise in der BRD erklärt ihre Ursachen und geht ausführlich auf die Folgen — vor allem für die Lohn- und Gehaltsabhängigen — ein. Der Sammelband beschäftigt sich weiter mit der offiziellen Krisenerklärung sowie mit allen Vorschlägen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise.

Pahl-Rugenstein

Dokumente eines neuen McCarthyismus

Gedächtnisprotokolle von Einstellungsverhören christlicher und pazifistischer Lehramtsbewerber

Nach Kommunisten, kritischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern richtet sich die Praxis der Berufsverbote der bayerischen CSU-Regierung jetzt auch gegen engagierte Christen und Pazifisten.

Die Lehramtsanwärter Hans Heinrich Häberlein und Manfred Lehner wurden bisher von den staatlichen Behörden unter dem Vorwand, es bestünden „Zweifel in ihre Verfassungstreue", nicht in den Schuldienst eingestellt. Beide Bewerber haben sich aus christlicher Überzeugung aktiv für eine Welt ohne Krieg eingesetzt und sind deshalb Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) geworden.

Die DFG-VK ist eine legale Organisation, die sich insbesondere um die Sicherung des Friedens (gemäß Art. 26 GG) durch eine umfassende Abrüstung und für die uneingeschränkte Verwirklichung des Grundrechtes auf Kriegsdienstverweigerung (Art. 4 GG) einsetzt.

Die Mitgliedschaft in dieser Organisation war für die Behörden der Anlaß, die beiden Junglehrer der „Verfassungsfeindlichkeit" zu verdächtigen.

Beide Bewerber mußten sich zwischenzeitlich einem sogenannten Anhörungsgespräch unterziehen, das vorgeblich dazu dienen sollte, „bestehende Zweifel auszuräumen". Sie wurden dabei von einem Diakon bzw. einem katholischen Priester begleitet. Seitens des Staates konnte ihnen aus ihrem bisherigen Verhalten auch nicht der geringste Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung vorgehalten werden.

Für die staatlichen Prüfer waren jedoch bei diesem „Gespräch" die Bestimmungen des Grundgesetzes und der bayerischen Verfassung nicht maßgebend. Allein ihre subjektive Meinung — ob von der CSU-Obrigkeit verordnet oder nicht, sei dahingestellt — war für sie rechtsverbindlich, was faktisch zu einer fundamentalen Bedrohung und sogar teilweisen Aufhebung rechtsstaatlicher Grundsätze führt und die verfassungsmäßigen Grundrechte behördlicher Willkür opfert,.

Die Beamten waren der Meinung, die DFG-VK verfolge „verfassungsfeindliche Ziele", weshalb deren Mitglieder ebenfalls verdächtig seien. Damit war das Ergebnis der Anhörung bereits vorgegeben. Wiederholt versuchten die Behördenvertreter, die Bewerber zu zwingen, sich von ihrem aus christlicher Überzeugung erwachsenen engagierten Pazifismus zu distanzieren und die Meinung der gesinnungsprüfenden Beamten anzunehmen. Daß die Bewerber die Inanspruchnahme ihrer unveräußerlichen bürgerlichen Freiheitsrechte und ihre verfassungsmäßige Überzeugung verteidigen, genügte offenbar den Regierungsvertretern, um ihre „Zweifel in die Verfassungstreue" bestätigt zu sehen. Denn beide Lehramtsanwärter sind bis heute — fast zwei Monate nach Schulbeginn — noch nicht eingestellt.

Es ist bezeichnend für das Demokratieverständnis der staatlichen Prüfer, daß die Betroffenen überhaupt nicht nach ihrer Einstellung zu den Normen des Grundgesetzes befragt wurden. Auch die Vorstellungen der Bewerber, wie sie den in Art. 131 der Bayerischen Verfassung formulierten Bildungszielen gerecht werden wollen, z. B. „... die Schüler im Geiste der Demokratie ... und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen", waren nicht Gegenstand des „Gespräches". Das „Anhörungsgespräch" war von vornherein als Prüfung der politischen Gesinnung der Bewerber angelegt.

Deutlich wird das verfassungswidrige Verhalten der Gesinnungsprüfer auch daran, daß sie einen neuen Kriterienkatalog für die Befähigung zum Lehrerberuf aufstellten, der augenscheinlich nicht dem antifaschistisch-demokratischen Gehalt der Verfassung, sondern den Vorstellungen der CSU-Parteizentrale entstammt:

Nach ihrer Meinung darf niemand Lehrer werden,

— der die Bundeswehr kritisiert;

— der nicht bereit ist, kommunistische oder andere kritische Mitbürger als „Feinde der Verfassung" zu verketzern und sich damit am psychologischen Krieg der Rechtskräfte zu beteiligen;

— der für eine reale Wissenschaftsfreiheit — wie sie dem Anspruch einer pluralistischen Gesellschaft entspricht — eintritt, in der auch die marxistische Wissenschaft ihren gleichberechtigten Platz hat.

Mit dieser Praxis verletzt die Bürokratie nicht nur Art. 3 (3) und 33 (3) GG, wonach niemandem aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnis oder zu einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen darf. Darüberhinaus handelt es sich um einen groben Verstoß gegen Art. 110 der Bayerischen Verfassung, der jedem Bewohner Bayerns das Recht garantiert, seine Meinung durch Wort, Schrift, Bild und Druck oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Recht darf ihn laut Verfassung kein Arbeits- oder Anstellungsvertrag hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.

Sowohl der Art. 5 GG („Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.") wie auch der Art. 108 Bay. Verfg. werden von den bayerischen Verwaltungsbehörden gebrochen, wenn die Bewerber in dem Gesinnungsverhör nach ihrer Auffassung zu wissenschaftlichen Begriffen befragt werden oder wenn beispielsweise die wissenschaftliche Prüfungsarbeit von Manfred Lehner — quasi als Nachzensur — zum Gegenstand des Verhörs gemacht wird.

Schließlich richtet sich die Behördenpraxis gegen den Art. 84 Bay. Verfg., in dem bestimmt ist: „Die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts gelten als Bestandteil des einheimischen Rechts." Konkret wird z. B. eine im Jahre 1964 getroffene Übereinkunft zwischen der UNESCO und der Bayerischen Staatsregierung gebrochen, in der besonders hervorgehoben wird, daß die Ausbildung zu den Lehrerberufen ohne Diskriminierung zu gewährleisten ist.

Es ist zu befürchten, daß unter dem Vorwand, die Freiheit schützen zu wollen, künftig nur mehr diejenigen Lehrer werden dürfen, die sich unmißverständlich zur Ideologie des Antikommunismus bekennen.

Erinnerungen an die dunkelste Zeit unserer Geschichte werden wach. Schon einmal wurden unter den Vorzeichen des primitiven Antikommunismus Demokratie und Rechtsstaatlichkeit liquidiert und unser ganzes Volk in die furchtbarste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt.

Unter dem Vorwand des Schutzes von Freiheit und Demokratie waren es auch diesmal wieder zuerst die Kommunisten, die als „Verfassungsfeinde" verdächtigt und verfolgt wurden. Ihnen folgten sehr schnell kritische Sozialdemokraten und aktive Gewerkschafter, und jetzt sind bereits engagierte Christen und Pazifisten betroffen.

Wir halten die Gedächtnisprotokolle der Lehramtsanwärter Häberlein und Lehner für erschütternde Dokumente eines neuen McCarthyismus. Die antidemokratische Verhörpraxis, die hier anschaulich wird, muß alarmieren. Wir veröffentlichen nachstehend den geringfügig gekürzten Text beider Protokolle.

D. Red.

Gedächtnisprotokoll des Einstellungsgesprächs Hans Heinrich Häberlein

Zeit: 14. September 1976, 14.00—16.15 Uhr
Ort: Regierungsgebäude Ansbach (Schloß), Promenade 27, Zimmer 231
Gesprächsteilnehmer:
Von der Regierung von Mittelfranken: Regierungsdirektor Stender (S.), Regierungsrat Büttner (B.)
Der Bewerber: Hans Heinrich Häberlein (H.)
Als Begleiter des Bewerbers: Diakon Walter Deinhöfer (D.), Beauftragter der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden

Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen Denn es wird kein Volk wider das andere ein Schwert aufheben und werden hinfort nicht mehr kriegen lernen (Jesaia 2/4).

Der jetzt Siebenundzwanzigjährige wuchs in einem christlichen Elternhaus auf, sein Vater, ursprünglich als Werkzeugmacher tätig, machte nach dem Krieg eine Ausbildung zum Diakon und ist jetzt als Pfarrer tätig. Vom christlichen Glauben erfüllt, engagierte sich Heinrich Häberlein in seiner Jugendzeit als Gruppenleiter beim Christlichen Verein Junger Männer (CVJM) und in der Evang. Gemeinde Nürnberg-St. Sebald. Die Auseinandersetzung mit dem christlichen Glauben und den daraus resultierenden Konsequenzen führte bei ihm zu der Erkenntnis, daß er als Christ im Sinne der Bergpredigt und des diakonischen Auftrages nicht nur unverbindlich vom Frieden reden könne. Von dieser Überzeugung war auch sein Wirken als Vorsitzender des Bezirksjugendkonvents der evang. Jugend Nürnbergs bestimmt, als er sich in dieser Funktion maßgeblich für die Vorbereitung und Durchführung des Friedensmarsches 1970 der evang. Jugend in Nürnberg einsetzte.
Sein christliches Engagement führte zu der Einsicht, daß er bei der Ausbildung zum Kriegshandwerk nicht mitmachen könne, und so verweigerte er 1968 den Kriegsdienst. 1969 trat er in die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner ein und wurde 1972 zum Vorsitzenden der DFG-IDK Gruppe Nürnberg und in den Bundesvorstand gewählt. Nach der Vereinigung von DFG-IdK und dem Verband der Kriegsdienstverweigerer zur Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) wurde er wiederum 1974 als Vorsitzender der Gruppe Nürnberg bestätigt und zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der DFG-VK Bayern gewählt.
Entscheidend für sein pazifistisches Engagement, ausgehend von christlicher Überzeugung, war nicht zuletzt die Erziehung im Elternhaus zur Ehrfurcht vor den Millionen Opfern der beiden Weltkriege und des Nationalsozialismus. Vor allem aber die Beschäftigung mit der Person und dem Leben Pastor Martin Niemöllers, den er seit 1972 persönlich kennt, war ein entscheidender Anstoß zum Engagement für eine ‚Welt ohne Krieg' ..." (Aus dem Lebenslauf Heinrich Häberleins)

Vorbemerkung

Zur Anfertigung nachfolgenden Gedächtnisprotokolls hatte ich folgende Gründe:
1. Von dem Anhörungsgespräch und seinem Ergebnis hängt nach bisherigen Erfahrungen ab, ob die Verwaltung keine Zweifel in die Verfassungstreue des Bewerbers mehr hat.
2. Im Fall einer eventuell nötig werdenden Klage beim Verwaltungsgericht bekommt der Inhalt des Anhörungsgesprächs — besonders das, was ich zu den gestellten Fragen zu sagen hatte — verständlicherweise großes Gewicht.
3. Von dem Gespräch wurde aber seitens des Regierungsvertreters kein wörtliches Protokoll angefertigt, und wie er mir mitteilt, hat er seine Notizen über dieses Gespräch bereits mit einer persönlichen Wertung versehen, die er dem Kultusministerium mitteilen wird.
4. Es wurde mir nicht gestattet, in die Protokollnotizen des Regierungsvertreters Einsicht zu nehmen.
In der Absicht, auch in einigen Monaten noch den Ablauf des Gesprächs gegenwärtig zu haben, fertigte ich nach bestem Wissen und Gewissen nachfolgendes Gedächtnisprotokoll an. Dabei stützte ich mich auf meine sowie auf die Notizen meines Begleiters, des Herrn Diakon Deindörfer.
Mein Begleiter, Herr Deindörfer, wurde vor dem Gespräch aufgefordert nur zuzuhören und sich nicht einzumischen.

*

S.: Um allen Mißverständnissen von vorneherein vorzubeugen, erkläre ich Ihnen, daß es bei diesem Gespräch nicht etwa um eine Gesinnungsprüfung oder eine Anhörung geht, auch nicht um Ihre Kriegsdienstverweigerung, Ihren Ersatzdienst oder um die DFG-IdK und DFG-VK *). Zwar hat Ihre Mitgliedschaft in der DFG-VK sicher etwas mit Ihrer Kriegsdienstverweigerung zu tun, doch geht es hier nur um Ihre Einstellung zum Grundgesetz.
Zu Ihren Funktionen: Wann sind Sie in die DFG-IdK eingetreten?
H.: Ich habe 1968 den Kriegsdienst verweigert und bin 1969 in die DFG-IDK eingetreten.
S.: Welche Funktionen hatten, bzw. haben Sie in dieser Organisation?
H.: 1972 wurde ich zu einem der beiden gleichberechtigten Vorsitzenden der DFG-IDK Gruppe Nürnberg und in den Bundesvorstand gewählt.
S.: Ich habe hier eine Anzahl von Flugschriften und Zeitschriften, in denen Sie als Verantwortlicher genannt sind. Sind Sie das? (Legt einen Stapel von Flugblättern und Zeitschriften vor, darunter DISKOFO und COURAGE.)
H.: Ich möchte mich dazu nicht äußern, es liegt an Ihnen, nachzuweisen, daß ich derjenige bin.
S.: Das können Sie uns doch ruhig sagen, ich gehe jedenfalls davon aus, daß Sie derjenige Heinrich Häberlein sind, der hier als Verantwortlicher genannt wird.
H.: Das liegt an Ihnen.
B.: Sie wollen sich also nicht dazu äußern.
H.: Nein.
S.: Das sind Schriften und Flugblätter, die nach Meinung des Innenministeriums weit über das hinausgehen, was die Aufgabe Ihrer Organisation ist. Hier steht in der Ausgabe Nr. 2 von DISKOFO folgender Absatz: *„Die gewaltfreie Aktion:* Sie hebt den Gegensatz zwischen passiv-pazifistischer und gesellschaftsrevolutionärer Haltung auf, indem sie politische Aktivität und Engagement fordert, aber Gewalt, d. h. physische Gewalt, ablehnt und damit das Entstehen einer neuen Art von Militarismus vermeidet. (Zur Frage der Gewalt siehe ‚Spiegel', 27/1971 — Essay von Joachim Steffen.) Die gewaltfreie Aktion nimmt die Verhaltensweise und basisgerechte Struktur einer sozialistischen Gesellschaft, die sie erreichen will, voraus, in ihrem Kampf um das Erreichen dieser Gesellschaft, den wir als praxistisch definieren würden. (Ausführliche Darstellung in: Theodor Ebert, ‚Gewaltfreier Aufstand — Alternative zum Bürgerkrieg'. Dort ist außerdem eine kritische Darstellung der gewaltfreien Aktion und ihrer Möglichkeiten enthalten.)"
Wie stehen Sie zu dieser Äußerung?
(. . .)
H.: Um Ihnen eine Antwort geben zu können, muß ich meine Grundeinstellung erklären. Aus meiner Einstellung als Christ habe ich den Kriegsdienst verweigert und mich auf den Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes — ein Grundrecht übrigens — berufen. Meiner christlichen Überzeugung zufolge will ich diese Gesellschaft, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, mitgestalten . . .
S. (unterbricht, zu D. gewandt): Wir brauchen hier keinen zweiten Protokollanten, ich schreibe auch nicht alles mit.
D.: Kann ich mir wenigstens Stichpunkte aufschreiben?
S.: Ja. (zu H. gewandt) Wie stellen Sie sich denn nun die Mitgestaltung dieser Gesellschaft vor, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung? Sie haben selbst diesen Begriff gebraucht.
H.: Die Entwicklung unserer Demokratie und Verwirklichung der Grundrechte, z. B. trete ich ein für die nichteingeschränkte Wahrnehmung des Grundrechtes der Kriegsdienstverweigerung. Sie wissen, daß die DFG-VK für die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer eintritt und daß dem Bundestag in diesem Jahr ein Gesetz zur Abschaffung des Verfahrens vorgelegt worden ist. Leider hat der Bundespräsident dieses Gesetz noch nicht unterzeichnet.
S. (unterbricht): Das interessiert mich jetzt nicht, gehört Ihrer Meinung nach zur Gestaltung der Demokratie auch Sozialisierung? Wir haben das Mehrparteiensystem, die Gewaltenteilung, wie stehen Sie dazu?
H.: Bitte, lassen Sie mich doch ausreden, ich will Ihnen ja meine Einstellung erklären. Ein zweiter Schwerpunkt der Tätigkeit der DFG-VK ist das Wirken für Entspannung, Versöhnung zwischen den Völkern, Verständigung und Abrüstung. Um diese Ziele zu erreichen, besonders die Abrüstung in Ost und West, ist es meiner Meinung nach nötig, die Rüstungsindustrie unter stärkere Kontrolle zu stellen, wenn es sein muß, zu verstaatlichen, wie das ja nach Art. 14 und 15 des Grundgesetzes durchaus möglich ist.

*) „Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner", entstanden 1974 als Zusammenschluß der beiden großen Kriegsdienstverweigererverbände in der Bundesrepublik, der „Deutschen Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner" (DFG/IDK) und dem „Verband der Kriegsdienstverweigerer" (VK).

S.: Ja, aber die Kontrolle besteht doch, durch unabhängige gewählte Abgeordnete. Oder können Sie denn so einfach hergehen und Waffen herstellen?

H.: Es ist bekannt, daß die Verflechtung zwischen Militär und Rüstungsindustrie sehr groß ist und daß eine Lobby besteht, die sehr großen Einfluß auf Politiker ausübt. Der Spiegel hat vor einiger Zeit darüber eine große Reportage gebracht, wie Sie vielleicht wissen.

S.: Naja, aber andere haben auch ihre Lobby.

H.: Bahn und Post sind ja auch in staatlicher Hand, weshalb sollte dies bei der Rüstungsindustrie nicht möglich sein, wenn es das Grundgesetz zuläßt? So könnte zum Beispiel eher darauf hingewirkt werden, daß konkrete Abrüstungsmaßnahmen eingeleitet werden.

S.: Halten Sie das für ein Kriterium von Sozialismus?

H.: Es verwundert mich, daß Sie mich immer über Sozialismus ausfragen wollen, obwohl in der Einladung zu diesem Gespräch steht, daß sich aus meiner Mitgliedschaft in der DFG-VK einige Fragen ergeben hätten. Was hat das denn mit Sozialismus zu tun?

S.: Ich zitiere aus einem Positionspapier der DFG-IDK: „Die DFG-IDK ordne sich ein in die sozialistische Revolution zur Befreiung der Völker von Ausbeutung und Kapitalismus/Imperialismus. Seine Waffen seien die wirtschaftliche Macht, das Militär und die Verschleierung dieser Herrschaft. Dagegen kämpften die sozialistischen Staaten, die Befreiungsbewegungen in der nicht industrialisierten Welt und die demokratische Opposition in den kapitalistischen Staaten. Den Bündnissen dieser Kräfte (Sozialisten, Kommunisten, Pazifisten, Liberale, Christen, u. a.) komme besondere Bedeutung zu." Wie stehen Sie zu dieser Aussage?

H.: Darf ich erfahren, woher Sie das haben?

S.: Aus den „Informationen des Bundesministeriums des Innern — Innere Sicherheit" vom 30. 10. 1973, aber wir kommen schon noch auf das wesentliche.

H.: Wenn das in einem Papier der DFG-IDK gestanden hat, dann kann ich mir nur vorstellen, daß es sich um einen Diskussionsbeitrag gehandelt hat. Wie Sie wahrscheinlich selbst schon wissen, steht in der Präambel des DFG-VK-Programms: „Die DFG-VK ist eine unabhängige Vereinigung von Menschen verschiedener Weltanschauungen und unterschiedlicher politischer Auffassungen, die aus geistiger, sittlicher und politischer Verantwortung das dauernde friedliche Zusammenleben aller Völker durch Beseitigung des Krieges und seiner Ursachen erstrebt." Aus dieser Definition des Charakters der DFG-VK geht hervor, daß in der DFG-VK verschiedene Grundpositionen vorhanden sind und deshalb auch über grundsätzliche und aktuelle Fragen unterschiedliche Meinungen möglich sind. Es sind also in der Organisation Kommunisten genauso vertreten wie Christen oder Sozialdemokraten und Liberale. Verschiedene Standpunkte werden frei und offen diskutiert, wie das nach demokratischen Gepflogenheiten üblich ist. So kann es durchaus sein, daß ein Diskussionspapier mit einem solchen Inhalt vorgelegt worden ist, das dann diskutiert wurde. Mir ist aber nicht bekannt, daß sich diese Meinung durchgesetzt hat.

(. . .)

S.: Ja, aber wie stehen Sie zu dieser Aussage?

H.: Für mich ist das Programm der DFG-VK und das damalige Programm der DFG-IDK verbindlich, das auf dem Bundeskongreß beschlossen wurde. Darin steht, daß die DFG-VK eine pazifistische Organisation ist, und dazu stehe ich voll und ganz. Außerdem habe ich die Grundsatzerklärung der Organisation unterschrieben, die lautet: „Der Krieg ist ein Verbrechen der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten."

B.: Sie möchten also nichts weiter dazu äußern?

H.: Nein.

S.: Sie machen es uns aber nicht leicht, unsere Zweifel an Ihrer Verfassungstreue auszuräumen. Sie sollten etwas gesprächiger sein. Doch gehen wir auf etwas anderes über. Ich habe hier ein Flugblatt der „Demokratischen Aktion 72", auf dem Ihr Name als Verantwortlicher steht. Es geht um die Bundestagswahl. Da steht drauf: „Strauß, Barzel und Co. dürfen nicht an die Macht. Deshalb keine Stimme der CDU/CSU am 19. November." Was war das denn für eine Vereinigung?

H.: Soweit ich mich erinnern kann, war das eine Initiativgruppe zur Bundestagswahl . . .

S. (unterbricht): Und was für Leute waren denn da dabei?

H.: Das ist vier Jahre her, genau kann ich Ihnen das nicht mehr sagen, doch waren es vorwiegend Mitglieder der DFG-IDK.

S.: Ja, aber was hat das denn mit den Aufgaben der DFG-IDK zu tun?

H.: Kriegsdienstverweigerern ist es doch wohl erlaubt, sich zur Bundestagswahl äußern zu dürfen, oder etwa nicht?

S. (blättert im Stoß von Flugblättern): Hier habe ich ein Flugblatt, in dem es um Befreiungsarmeen geht — Befreiungsbewegungen nennt man die ja — da steht auch Ihr Name darunter — was hat denn das mit der DFG-IdK zu tun? Seit wann unterstützen denn Kriegsdienstverweigerer Befreiungsbewegungen, die doch Gewalt anwenden?

H.: Das kann man parallel zum Weltkirchenrat sehen, auf den ich mich gerade als Christ berufen möchte. Der Weltkirchenrat hatte angesichts der Befreiungskriege in Guinea-Bissao und Moçambique das Antirassismusprogramm beschlossen, mit dem die dortigen Befreiungsbewegungen unterstützt wurden — natürlich nicht mit Waffen und Kriegsgerät, sondern mit Medikamenten usw., also humanitäre Hilfe, um die Not zu lindern. Man wird wohl kaum behaupten können, daß der Weltkirchenrat die Gewalt und Blutvergießen unterstützen will. Genauso hat die DFG-IDK zu humanitärer Hilfe aufgerufen und ihre Solidarität mit den unterdrückten Völkern erklärt. Im übrigen war und ist es immer die Position unserer Organisation gewesen, daß nicht die Gewalt unterstützt, sondern dazu aufgerufen und hingewirkt wird, daß das Blutvergießen so schnell als möglich aufhört.

S.: Wie verträgt sich das aber mit diesem Positionspapier, in dem steht, „daß die Befreiungsbewegungen gegen die Ausbeutung, Kapitalismus/Imperialismus kämpften."

H.: Zu diesem Papier habe ich mich bereits geäußert, ich brauche das nicht zu wiederholen.

S.: Etwas anderes. Sie sind auch Mitglied der VVN, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Weshalb sind Sie denn dort Mitglied, Sie waren doch nicht Verfolgter oder Ihre Familie — ich kann mich auch täuschen.

H.: Mein Vater war als Soldat im Krieg. Er erzählte mir, daß er neben anderem auch durch Kriegserlebnisse zum Glauben an Gott und Jesus Christus gekommen ist. Aus diesem Glauben heraus und aus christlicher Verantwortung hat er nach dem Krieg eine Ausbildung zum Diakon gemacht. Er ist jetzt Pfarrer. In diesem Sinne hat er mich auch zur Ehrfurcht vor den Millionen Opfern des Nationalsozialismus erzogen. Dafür bin ich ihm dankbar. Ich habe von daher auch meine christliche Grundeinstellung und meine Ehrfurcht vor den Opfern des Dritten Reiches. Dazu kommt, daß ich Pastor D. Martin Niemöller, der ja der Bekennenden Kirche angehörte und dafür lange Jahre im KZ saß, persönlich kenne. Ich habe mich mit seinem Leben und seinem Wirken viel beschäftigt. Das war ein entscheidender Anstoß dafür, daß ich Mitglied in der VVN geworden bin. Meine Mitgliedschaft — ich bin dort nicht aktiv tätig, sondern nur einfaches Mitglied — ist Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht und Solidarität mit den Opfern und den Überlebenden der KZ's.

S.: Nach den Verfassungsschutzberichten von 1972 und 1974 ist die VVN aber eine kommunistische Vereinigung, die der DKP nahesteht. Wie stehen Sie denn dazu?

H.: Nach dem Programm und nach der Zusammensetzung zu schließen, kann ich das aus meiner Erfahrung heraus nicht bestätigen.

S.: Wie setzt sich denn die VVN zusammen?

H.: In der VVN haben sich in erster Linie Christen, Juden, Sozialdemokraten, Kommunisten zusammengeschlossen, die zur Zeit des Nationalsozialismus verfolgt wurden oder im KZ saßen.

S.: Sind auch CSU-Mitglieder in der VVN?

H.: Von der Nürnberger VVN-Gruppe ist mir das nicht bekannt, ich weiß aber, daß Adenauer kurz nach dem Kriege Mitglied der VVN war. Er ist dann aber — Anfang der 50er Jahre glaube ich, war das — ausgetreten.

(. . .)

S.: In den Berichten des Innenministeriums steht, daß die DFG-VK die DKP im Kampf gegen den Antikommunismus unterstützt. Haben Sie nicht die Beobachtung gemacht, daß VVN und DFG-VK in kommunistisches Fahrwasser geraten sind, wie das hier steht?

H.: Herr Stender, das ist vielleicht Ihre Meinung, die ich aber so nicht teilen kann.

S.: Naja, sagen wir einmal, das ist die Meinung von Herrn Bundesinnenminister Maihofer.

H.: Übrigens, was von diesen Berichten zu halten ist, zeigt folgendes Beispiel: Im Verfassungsschutzbericht von 1974 steht, daß unser Bundesvorsitzender Helmut M. Vogel Landesvorsitzender der DFU in Baden-Württemberg wäre. Herr Vogel hat nie in Baden-Württemberg gewohnt und war nie Mitglied der DFU, er ist Mitglied der FDP. Als er in einem Schreiben an seinen Parteifreund Maihofer diese Behauptung richtigstellte, bekam er als Antwort, daß man sich für diesen Fehler entschuldigen würde. Ich kann von diesen Berichten nicht viel halten, wenn offensichtliche Falschinformationen darin enthalten sind.

S.: Sehen Sie uns doch nicht als Gegner, wir wollen ja nur eine Antwort auf unsere Fragen haben. Können Sie sich nicht um ein sachliches Gespräch bemühen? Bitte, ver-

stehen Sie mich nicht falsch, das Gespräch ist schon sachlich, mir geht es aber mehr um den Inhalt, um die Sache, z. B. um Ihre Meinung zum Sozialismus.
H.: Ich dachte, es geht um meine Mitgliedschaft in der DFG-VK. Das steht in der Einladung.
S.: In diesem Positionspapier, das ich vorhin schon zitierte, geht es aber um die sozialistische Revolution, und das ist ein Papier der DFG-IdK.
H.: Dazu habe ich mich bereits geäußert. Im übrigen zeigt ja die Praxis der DFG-VK, bei der es um die Betreuung von Kriegsdienstverweigerern und um die Verwirklichung von Abrüstung geht, daß wir unsere Aufgabe nicht darin sehen, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, sondern zu verhindern, daß es wieder Gewalt und Blutvergießen gibt und zu einem dritten Weltkrieg kommt. Uns geht es darum, daran mitzuarbeiten, daß der Friede durch Gewaltverzicht und Abrüstung erhalten wird und nicht durch Gewaltandrohung und Abschreckung.
S.: Gehört dazu, daß dieses System geändert werden soll?
H.: Dazu steht im Programm der DFG-VK: „Den Frieden zu sichern, die Demokratie zu gestalten — für diese Ziele wirbt und arbeitet die DFG-VK." Das habe ich vorhin ja schon einmal erklärt, wie ich das sehe.
S.: Unter dem Vorbehalt, daß nicht alles stimmt, was in der Zeitung steht, möchte ich Ihnen folgendes Zitat aus der „Welt" vorlesen. Es geht bei diesem Artikel um die Tendenz, was in der evangelischen Kirche alles zugelassen wird. Ich lese das vor, weil Sie sich ja immer auf Ihre christliche Einstellung berufen:
(S. liest ein Zitat, in dem sich eine Pastorin Krote (Grote o. ä.) zum chinesischen Sozialismus bekennt.)
Sie sehen, was es in Ihrer Kirche für Meinungen gibt. Es erscheint in nächster Zeit ja ein „Rotbuch Kirche" — das wissen Sie ja wahrscheinlich schon — in dem es um solche Tendenzen geht. Stimmen Sie diesem Zitat zu?
H.: Wenn das diese Pastorin Krote so gesagt hat, kann ich dem nicht zustimmen.
S.: Welchem Sozialismus stimmen Sie denn dann zu, wenn nicht dem chinesischen?
H.: Ich bin Mitglied der DFG-VK — darum geht es hier ja wohl —, und die DFG-VK stimmt in ihrem Programm keinem irgendwie gearteten Sozialismus zu.
S.: In diesem Positionspapier steht aber etwas anderes. Wenn Sie in solch verantwortungsvollen Positionen in der DFG-VK sind, müßten Sie doch dazu etwas sagen können?
H.: Die Sozialdemokraten vertreten ihren Sozialismusbegriff, der sich unterscheidet vom Sozialismusverständnis der Kommunisten, dieses ist wieder anders als das der Maoisten — es gibt ja davon inzwischen auch schon wieder mehrere Gruppen, die sich unterscheiden. Weshalb sollte ich Ihnen das erklären, wenn ich als engagierter Christ ist einer pazifistischen Organisation tätig bin. Warum fragen Sie mich nicht nach meiner pazifistischen und christlichen Gesinnung? Wenn es um Sozialismus geht, müssen Sie schon einen Sozialisten oder Kommunisten fragen. Ich halte es für müßig, mit Ihnen über die verschiedenenen Sozialismen zu diskutieren.
S.: Sie halten es also für müßig, mir eine Antwort zu geben, wenn ich Sie nach Ihrer persönlichen Meinung zum Sozialismus frage?
H.: Sie haben mich gefragt, was ich von dem Zitat aus der „Welt" halte.
S.: Sie stimmen dem also nicht zu?
H.: Nein, denn hier ist von einem gewaltsamen Umsturz die Rede, und die DFG-VK vertritt den Standpunkt — ich darf das aus dem Programm zitieren: „Sie verfolgt ihre Ziele — Widerstand gegen jede Kriegsvorbereitung und Beseitigung aller Kriegsursachen — mit gewaltlosen Mitteln."
B.: Sie wollen also gewaltlose Mittel anwenden. Würden Sie also einen gewaltlosen Umsturz bejahen — es gibt ja solche Theorien?
S.: Halten Sie es überhaupt für möglich, die Prinzipien unserer Gesellschaft zu ändern? Ich meine natürlich, ob Sie das für zulässig halten?
H.: Das Grundgesetz läßt es nicht zu, die Prinzipien unserer Gesellschaft zu ändern, die Grundrechte sind unantastbar.
S.: Streben Sie eine Änderung an, oder streben Sie das nicht an?
H.: Ich strebe einen Umsturz nicht an, sondern die Verwirklichung der Grundrechte und den Ausbau unserer Demokratie. Das ist übrigens auch die Position der DFG-VK.
S.: Die NPD hat ja auch ein Parteiprogramm, will aber etwas ganz anderes. Wie ist das dann mit der DFG-VK, es kann ja auch sein, daß . . .
H. (unterbricht): Die Übereinstimmung von dem, was die DFG-VK tut und was in ihrem Programm steht, können Sie ja an der Praxis der Organisation erkennen, die ich vorhin schon geschildert habe.
S.: Ja, aber dieses Positionspapier ist auch Praxis.
H.: Dazu habe ich mich bereits geäußert.

S.: Gehen wir zu etwas anderem über. Sie haben schon öfters die DDR besucht?
H.: Ja.
S.: Warum?
H.: Zum ersten, weil ich die DDR aus eigenem Augenschein kennenlernen wollte, um mir selbst eine Meinung bilden zu können, damit ich nicht nur auf Zeitungsberichte angewiesen bin. Zum zweiten, weil ich den Dialog mit dem Menschen in der DDR führen wollte.
S.: Über was wurde denn geredet?
H.: Der Dialog ging um die Kriegsdienstverweigerung, um die Entspannungspolitik, um Abrüstungsfragen.
S.: Man setzt sich also so einfach in die Bahn oder in sein Auto und fährt in die DDR. Das kann man schon machen als Tourist. Aber Sie waren ja zweimal offiziell vom Friedensrat der DDR eingeladen.
H.: Darf ich fragen, woher Sie das wissen?
S.: Vom Innenministerium.
H.: Also vom Verfassungsschutz.
S.: Ja.
H.: Mich verwundert sehr, daß es registriert wird, wenn man ordnungsgemäß mit den erforderlichen Papieren aus der BRD in die DDR ausreist und ebenso ordnungsgemäß wieder zurückkehrt; was von den Grenzbeamten nicht beanstandet wird, mir hier aber vorgehalten wird. Ich hatte bisher immer an die Freizügigkeit in unserem Staat geglaubt.
B.: Die besteht ja auch, es hat Ihre Reise ja auch niemand beanstandet, wie Sie selbst sagen.
H.: Aber es wird mir vorgehalten und zum Gegenstand dieses Gespräches gemacht.
S.: Sie sind ja auch nicht als einfacher Tourist mit einem Koffer voll Gemüse in die DDR gefahren, sondern auf Einladung des Friedensrates der DDR.
H.: Und wenn man also nicht mit einem Koffer voll Gemüse in die DDR als Tourist fährt, wird man registriert.
S.: Weshalb sind Sie vom Friedensrat eingeladen worden?
H.: Der Bundesvorstand der DFG-IDK ist vom Friedensrat der DDR zu einem Gespräch eingeladen worden. Ich war damals Mitglied des Bundesvorstandes, also bin ich mitgefahren. Übrigens wurde Brandt auch von der Regierung der DDR eingeladen und ist hingefahren. Was ist daran so schlimm?
S.: Sie waren ja noch öfter in der DDR, zum Beispiel in Meiningen. Da sind Sie auch eingeladen worden. Was ist da diskutiert worden?
H.: Im wesentlichen ging es um dieselben Fragen.
S.: Also einerseits sind Sie in die DDR gefahren, haben sich über den Sozialismus informiert, und in den Unterlagen findet sich dieses Positionspapier der DFG-IDK mit Aussagen zum Sozialismus, andererseits wollen Sie Ihre persönliche Meinung zum Sozialismus nicht äußern, damit können Sie unsere Zweifel nicht ausräumen. Wollen Sie sich nicht doch äußern?
H.: Das habe ich bereits erklärt.
S.: Also bis jetzt sieht es nicht gut für Sie aus. (Zu B.:) Oder sind für Sie die Zweifel bereits ausgeräumt?
H.: Um es noch einmal zu sagen. Sie hatten mir geschrieben, daß Sie hinsichtlich meiner DFG-VK-Mitgliedschaft Fragen hätten, deshalb sehe ich nicht ein, weshalb ich zum Sozialismus Stellung nehmen soll.
B.: Im Programm der DFG-VK steht folgendes: „Bei der Beseitigung friedenshemmender Strukturen bedarf es auch wissenschaftlicher Untersuchungen. Die kritische Friedensforschung sieht den Weg zum Frieden nicht allein in der Beseitigung des Krieges zwischen Staaten, sondern gleichermaßen in der Abschaffung innergesellschaftlicher Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse. Dabei hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, die Ursachen und Bedingungen der Friedlosigkeit zu untersuchen." Es ist also hier die Rede von der Abschaffung innergesellschaftlicher Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse. Was ist denn damit gemeint?
H.: Das kann ich Ihnen jetzt so aus dem hohlen Bauch heraus nicht erklären. Da müßte ich zunächst meine Unterlagen über die kritische Friedensforschung zu Hause einsehen und nachlesen, was genau gemeint ist, damit ich nichts Falsches sage.
B.: Aber die DFG-VK hat das doch in Ihr Programm übernommen, und deshalb ist doch diese Aussage über die Abschaffung innergesellschaftlicher Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse programmatisch verbindlich.
H.: Dieser Absatz ist lediglich eine Aussage über die kritische Friedensforschung. Das wird deutlich, wenn man weiterliest: „Die DFG-VK bemüht sich deshalb um Zusammenarbeit von kritischer Friedensforschung und praktischer Friedensbewegung. Sie greift

Ergebnisse der kritischen Friedensforschung in ihrer Arbeit auf; gleichzeitig trägt sie eigene Vorstellungen und Erfahrungen an die kritische Friedensforschung heran."

Das bedeutet also, daß hier ein wechselseitiger Prozeß der Zusammenarbeit gemeint ist und nicht etwa eine einseitige Übernahme von Meinungen. Im übrigen glaube ich kaum, daß man z. B. der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, die auch aus Landesmitteln Geld bekommt und von der sich Teile zur kritischen Friedensforschung zählen, unterstellen könnte, daß sie unsere Gesellschaft beseitigen wolle.

B.: Was verstehen Sie denn unter Abschaffung innergesellschaftlicher Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse.

H.: Die Abschaffung, bzw. Veränderung von Verhältnissen, die der Verwirklichung von Grundrechten entgegenstehen. Zum Beispiel die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer. Eine weitgehende Demokratisierung also, ausgehend vom Grundgesetz.

S.: Was verstehen Sie denn unter Demokratisierung?

H.: Ich möchte mit einem Beispiel antworten: Am nächsten Donnerstag wollte ich in der Schule als Lehramtsanwärter anfangen, und nun sitze ich hier bei diesem Gespräch und kann nicht damit rechen, in der nächsten Zeit eingestellt zu werden. Damit ist mein Grundrecht der freien Berufswahl eingeschränkt.

D.: Kann ich dazu vielleicht etwa sagen . . .

S. (unterbricht): Ich habe Sie schon am Anfang des Gesprächs gebeten, nur zuzuhören, zu Ihnen kommen wir schon noch. (zu H.:) Sie kennen doch den Beschluß der Ministerpräsidenten und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, daß der Bewerber Zweifel an seiner Verfassungstreue ausräumen muß. Ist das für Sie verbindlich? Gesetze müssen Sie ja auch beachten.

H.: Ja.

S.: Ich sehe hier eine Diskrepanz zwischen Ihrer Meinung zu diesem Gespräch und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.

H.: Ich sehe da keine Diskrepanz, denn sonst wäre ich ja nicht hier. Ich bin durchaus bereit, Zweifel an meiner Verfassungstreue auszuräumen — es zumindest zu versuchen. Doch wurden mir von Ihnen immer wieder Fragen gestellt, die ja eigentlich mit den Punkten, wie sie in Ihrem Schreiben angedeutet wurden, z. B. der DFG-VK, nichts zu tun haben.

S.: Das hängt damit zusammen, daß wir hier nur mittelbar über Organisationen sprechen wollten, es ging uns in erster Linie um Ihre Einstellung zum Grundgesetz. Doch dabei haben Sie uns im Stich gelassen. Es liegt an Ihnen, ob Sie uns noch etwas sagen wollen.

(. . .)

H.: Ich möchte nur noch zum Ausdruck bringen, daß ich ja bereits die mir zugeschickte Erklärung zur Verfassungstreue unterschrieben und den Bewerbungsunterlagen beigelegt habe. Mein Engagement in der DFG-VK steht im Zusammenhang mit dieser Erklärung, und mein Wirken innerhalb der DFG-VK wird vom Inhalt dieser Erklärung mitbestimmt.
D. (zu S.): Sie wollten doch noch etwas zu mir sagen?

S.: Nein, das hat sich erübrigt. (zu H.:) Doch jetzt will ich auch noch eine Erklärung an Sie richten. Wir haben von vornherein betont, daß es hier nicht um eine Gesinnungsprüfung oder ähnliches geht, sondern lediglich um ein Gespräch, damit vorhandene Zweifel an Ihrer Verfassungstreue ausgeräumt werden können.

Wir hatten uns etwas mehr Gesprächsbereitschaft erhofft, um die Fragen klären zu können, doch Sie haben es uns und damit Ihnen selbst sehr schwer gemacht. Es sieht im Moment nicht so besonders gut aus.

H.: Eine Frage, Herr Stender. Ist es möglich, von dem Protokoll, das Sie angefertigt haben, ein Exemplar zu erhalten oder es zumindest gegenzuzeichnen?

S.: Das ist ja kein Protokoll in diesem Sinne, ich habe auch nicht alles mitgeschrieben. Außerdem sind in diesen Notizen bereits Bewertungen Ihrer Aussagen enthalten. Es ist bei keiner Regierung üblich, dieses Protokoll auszuhändigen. Sollte es zu einer Gerichtsverhandlung kommen, können Sie immer noch Einsicht in die Akten nehmen. Sie wollen sicher noch wissen, wie das jetzt weitergeht?

H.: Ja, wann kann ich damit rechnen, eingestellt zu werden?

S.: Ich muß jetzt erst einen Bericht an das Kultusministerium schreiben, und dann erhalten Sie einen Bescheid. Das wird aber schon einige Wochen dauern.

*

Gedächtnisprotokoll des Einstellungsgesprächs Manfred Lehner

Zeit: 27. September 1976, 13.30—17.20 Uhr
Ort: Augsburg
Gesprächsteilnehmer: Von der Regierung von Schwaben: Oberregierungsrat Herzer (H.), Herr Klüger (K.), Frau Rist (R.)
Der Bewerber: Manfred Lehner (L.)
Als Begleiter des Bewerbers: Pfarrer Schwemmer (S), z. Z. Doktorand an der Universität Lateranum in Rom

Manfred Lehner, 22 Jahre, kommt aus einer Familie mit vier Kindern, denen sein Vater — er ist Postbeamter — unter großen finanziellen Opfern eine höhere Schulbildung ermöglichte. Seine Eltern erzogen ihn zum engagierten Christen, was für ihn hieß Versöhnung zwischen den Menschen und Völkern als Prinzip zu praktizieren. Er war jahrelang Ministrant, engagierte sich im Bund Deutscher Katholischer Jugend in seiner Heimatstadt Sulzbach-Rosenberg und war, bis er sein Studium 1973 in Nürnberg aufnahm, in der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg zunächst als Mitglied, später als Gruppenleiter aktiv. Aus diesem Engagement heraus stellte sich für ihn als Christen die grundlegende Frage: Wie kann der Friede verwirklicht und gesichert werden? Dabei durfte es seiner Ansicht nach nicht darum gehen, sich den Frieden nur zu wünschen, sondern mitzuhelfen, den Frieden zu „machen", indem man Versöhnung praktiziert. Aus diesem Grunde wurde Lehner schließlich 1973 Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner, letztendlich aber auch deshalb, weil er hier eine Organisation vorfand, deren Mitglieder sich trotz weitgestreuter weltanschaulicher Positionen gemeinsam und vorurteilslos für den Frieden einsetzen. Und dieses Engagement in der DFG-VK stellte im September 1976 für die Regierung von Schwaben den Grund dar, Manfred Lehner nicht als Lehramtsanwärter einzustellen und an seiner Verfassungstreue zu zweifeln. *(Aus dem Lebenslauf Manfred Lehners)*

H.: In diesem Gespräch, zu dem wir Sie heute geladen haben, geht es, wie Sie wissen, um Ihre Verfassungstreue, die Voraussetzung für Ihre Übernahme in den öffentlichen Dienst ist. Ob Sie diese Voraussetzungen erfüllen, wollen wir heute klären. Dabei möchte ich betonen, daß Sie durch die Ladung zu diesem Gespräch in keinerlei Weise bereits abgestempelt sind. Ob Sie eingestellt werden, hängt vom persönlichen Eindruck ab, den wir heute von Ihnen gewinnen.
L.: Auch wenn ich Ihnen keinesfalls unterstellen will, daß Sie mich in irgendeiner Weise abstempeln, so bedeutet die Verzögerung meiner Einstellung in Wirklichkeit trotzdem eine Art Abstempelung, nämlich in der Weise, daß sich meine Bekannten die Frage stellen: „Warum ist der denn noch nicht Lehrer, während seine Kollegen, die mit ihm die Prüfung bestanden haben, längst im Schuldienst sind?"
H.: Sie haben uns in einem Schreiben um eine Vorverlegung des Termins für dieses Gespräch gebeten und haben sich in dieser Angelegenheit auch an einen Abgeordneten gewandt. Leider war es uns nicht möglich, Ihnen einen früheren Termin anzubieten, denn gerade zu Schulbeginn waren viele andere Termine einzuhalten. Wir haben Sie in der Reihenfolge der Anmeldungen drangenommen.
L.: Ich nehme dies zur Kenntnis. Ich habe mich deswegen an einen Abgeordneten gewandt . . .
H.: Das ist Ihr gutes Recht.
L.: . . . weil ich von einem Beschluß des Landtages weiß, wonach die Überprüfungen zur Verfassungstreue eines Bewerbers vor dem Vereidigungstermin abgeschlossen sein sollen.
H.: Wie bereits gesagt, geht es in diesem Gespräch um Ihre Person, um Ihre Ansichten. Wenn ich mir Ihren Lebenslauf so ansehe, so haben Sie eine normale Schullaufbahn hinter sich und haben sofort nach dem Abitur 1973 zu studieren begonnen. Haben Sie keinen Wehrdienst abgeleistet?
L.: Nein, ich war untauglich.
H.: Wann haben Sie sich zum erstenmal mit politischen Fragen auseinandergesetzt?
L.: Das kann ich im Moment schwer terminieren, aber es dürfte etwa in die Zeit fallen, in der ich mich im Bund Deutscher Katholischer Jugend zu engagieren begann. Ich war damals beteiligt an der Gestaltung von Jugendgottesdiensten und war — bis ich 1973 mein Studium in Nürnberg aufnahm — in der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg zunächst als Mitglied, später als Gruppenleiter aktiv.
H.: Wie würden Sie den Schwerpunkt Ihres Engagements im politischen Leben setzen?
L.: Ich möchte ihn mit dem Stichwort „Frieden" umreißen.

H.: Erläutern Sie „Frieden" näher. Es geht hier nicht um eine Definition, sondern eher darum, wie sich Ihr Eintreten für den Frieden geäußert hat.
L.: Ein Beispiel: Wir sammelten durch verschiedene Aktionen Geld, um einen Entwicklungshelfer in Chile, der vorher im BDKJ Sulzbach tätig war, zu unterstützen.
R.: Als was war dieser Entwicklungshelfer tätig? Welche Ausbildung hatte er?
L.: Soviel ich weiß, war er, bevor er vom Deutschen Entwicklungsdienst nach Chile geschickt wurde, in der Metallverarbeitung tätig.
S.: Ich darf zur Ergänzung noch beifügen: In der Zeit, in der Herr Lehner im BDKJ aktiv war, fand auch in Sulzbach-Rosenberg eine Woche des Friedens statt. Bei dieser Woche ging man grundlegend von der katholischen Soziallehre der Kirche aus, nämlich von den Sozialenzykliken „Pacem in terris", „Mater et Magistra" Johannes' des XXIII. und „Populorum progressio" Pauls des VI. Das grundlegende Referat hierzu hielt der Leiter des Fortbildungszentrums für Priester in Freising, Dr. Walter Friedberger.
L.: Ich erinnere mich daran, aber leider nicht exakt genug, um Ihnen Konkretes darüber berichten zu können. Es sind seitdem ja immerhin 5 Jahre vergangen.
H.: Zusammenfassend kann man also sagen: Während Ihrer Schulzeit haben Sie sich um den Frieden auf der Welt gekümmert. Wie gings dann weiter?
L.: Das Problem Frieden stellte sich für mich persönlich schärfer, als ich zum Wehrdienst sollte, nämlich konkret: Bundeswehr oder Zivildienst. Ich entschloß mich für den Zivildienst, und ich hätte den Kriegsdienst mit Waffe auch verweigert, wenn ich nicht untauglich gewesen wäre.
H.: Was haben Sie noch unternommen, um den Frieden weiterzuentwickeln? War damit das Problem für Sie abgeschlossen?
L.: Ich bin dann in die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner eingetreten, in die traditionsreichste Friedensorganisation in Deutschland, deren Gründerin Berta v. Suttner war.
H.: Wann war das?
L.: Das kann ich im Moment nicht exakt angeben. Es dürfte aber 1973 oder 74 gewesen sein.
H.: Also zu Beginn Ihrer Hochschulzeit?
L.: In etwa — ja.
H.: Sind Sie heute noch aktiv für die DFG-VK?
L.: Ich versteh nicht, was Sie mit „aktiv für die DFG-VK" meinen. Ich wollte durch die Organisation für den Frieden tätig werden, und ich bin der Meinung, daß die DFG-VK für mich die Organisation darstellt, in der ich dies am besten verwirklichen kann.
K.: Das kann man nicht voneinander trennen. Die DFG-VK ist die Organisation, in der Sie Ihre Ziele am besten verwirklichen können, sagen Sie. Erläutern Sie dies!
L.: Ich verstehe die DFG-VK als eine pazifistische Organisation, die eintritt für Völkerverständigung und Abrüstung. z. B. will die DFG-VK auch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auf der ganzen Welt als Menschenrecht verankert sehen.
(. . .)
H.: Verfolgen Sie das Programm der DFG-VK?
L.: Natürlich, sonst wäre ich doch nicht Mitglied. Um es von vornherein klar zu sagen: Ich kann in diesem Programm nirgends verfassungswidrige Tendenzen erkennen, sondern das ist das Programm einer pazifistischen Organisation, die für den Frieden eintritt. Ich darf aus dem Programm zitieren: „Die DFG-VK ist eine unabhängige Vereinigung von Menschen verschiedener Weltanschauung und unterschiedlicher politischer Auffassungen, die aus geistiger, sittlicher und politischer Verantwortung das dauernde friedliche Zusammenleben aller Völker durch Beseitigung des Krieges und seiner Ursachen erstrebt." Warum sollte ich mich nicht zu diesem Programm bekennen? Kennen Sie das Programm?
H.: So genau nicht. Dürfte ich Ihr Exemplar einmal sehen? (L. übergibt H. das Programm der DFG-VK, H. blättert darin.)
H.: Sie sagten, die DFG-VK sei eine pazifistische Organisation. Aber hier stehen doch eindeutige politische Bekenntnisse darinnen. Was hat das denn mit Pazifismus zu tun, wenn hier steht: „Die DFG-VK erkennt in der Aufrechterhaltung imperialistischer Abhängigkeitsverhältnisse ständige Ursachen für gewaltsame Konflikte und Krieg." Wo gibt es denn Abhängigkeitsverhältnisse? Welche Länder sind denn Ihrer Meinung nach imperialistisch?
L.: Imperialistische Abhängigkeitsverhältnisse bestehen meiner Meinung nach gerade in der Dritten Welt . . .
R.: Aber hier geht es um Aufrechterhaltung des Imperialismus?
L.: . . . z. B. das Problem Südafrika, das ja auch die UNO z. Z. auf ihre Tagesordnung gesetzt hat.
H.: Aber hier im Programm ist sicher nicht nur Südafrika angesprochen.
L.: Wie schon gesagt, ich sehe dieses Zitat vor allem auf die Dritte Welt bezogen.

R.: In Ihrem Programm heißt es doch auch: „Die DFG-VK solidarisiert sich mit den politischen Zielen der Befreiungsbewegungen in der Welt"! Wie kann denn eine pazifistische Organisation Befreiungsarmeen unterstützen?

L.: Sehen Sie, Frau Rist, es hängt davon ab, was wir hier unter dem Begriff „Solidarität" verstehen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: Als die Befreiungskriege in Moçambique und Guinea Bissao geführt wurden, beschloß der Weltkirchenrat das Antirassismusprogramm, mit dem er sich mit den Befreiungsbewegungen solidarisierte. Solidarität bedeutet doch hier für den Weltkirchenrat nicht, daß er den Krieg dort unterstützt, sondern daß er humanitäre Hilfe gibt, z. B. Medikamente. Genauso ist hier im Programm der DFG-VK der Begriff Solidarität verstanden, also nicht, wie Sie vielleicht glauben, die Unterstützung eines Krieges, sondern als Hilfeleistung für die Menschen. Ich erinnere mich z. B. an eine Aktion, bei der Bleistifte und Schulhefte gesammelt wurden, um den Kindern dieser Länder zu helfen.

H.: Aber Befreiungsbewegungen wenden ja auch Gewalt an. Gerade Südafrika ist dafür ein Beispiel. Ihr Verband müßte jedoch sagen: Nur durch gewaltlose Mittel!

L.: Ich habe Ihnen erklärt, daß die DFG-VK eine pazifistische Organisation ist, die keinesfalls Gewalt unterstützt. Meine Ausführungen hierzu müßten genügen, um dies deutlich werden zu lassen.

H.: Trotzdem, Sie unterstützen die Gewalt. Geben Sie Ihre Hilfe lieber an „Misereor" und „Brot für die Welt".

L.: Ich muß mich wiederholen: Es wird nicht die Gewalt unterstützt, sondern humanitäre Hilfe wird geleistet.

R.: Sie unterstützen indirekt die Befreiungsbewegungen und damit die Gewalt. Wie sind denn diese Menschen, denen Sie Ihre Hilfe zukommen lassen wollen, in diese Notsituation gekommen? Doch nur durch Krieg und durch die Befreiungsbewegungen selber.

L.: Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: Wenn jemand im Krieg einem verwundeten Soldaten Hilfe leistet, so können Sie doch nicht behaupten, daß durch diese Hilfe indirekt Gewalt unterstützt wird. Abschließend möchte ich hierzu feststellen: Ich lehne alle Gewalt und jeden Krieg ab. Sie unterstellen mir hier etwas, was ich nicht gutheißen kann.

R.: Welche Befreiungsbewegungen kennen Sie denn?

L.: Ich weiß z. B. daß Vertreter der FRELIMO mit Vertretern der Bundesregierung oder war es sogar der Bundeskanzler, ich möchte mich hier nicht festlegen, Gespräche geführt haben.

(. . .)

H. (zitiert aus dem Programm der DFG-VK): „Die Bundeswehr hat angeblich den Auftrag, die Bundesrepublik vor einem Angriff von außen zu verteidigen." „Der Anspruch der NATO, Demokratie und Freiheit zu verteidigen, ist zudem unglaubwürdig durch die jahrelange Unterstützung kolonialer und faschistischer Diktaturen." „Die Bundeswehr gefährdet Frieden und Sicherheit in Europa und im eigenen Land." „Innerhalb der Bundesrepublik hat die Bundeswehr die Aufgabe, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren. Dazu gehört die Möglichkeit des Einsatzes der Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung" . . .

L.: Entschuldigen Sie, Herr Herzer, wenn ich Sie unterbreche. Aber es wird mir unmöglich sein, zu diesen Zitaten, die dazu noch aus dem Zusammenhang gerissen sind, Stellung zu nehmen, wenn Sie mich mit einer derartigen Fülle von Zitaten auf einmal bombardieren. Ich kann mich einfach nicht mehr an alles erinnern, was Sie hier vorlesen.

H.: Dazu kommen wir schon noch. Aber es geht weiter. (H. zitiert weiter.) „Der Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee", „Die Bundeswehr übt sowohl direkt auf die Soldaten als auch indirekt auf die gesamte heranwachsende Jugend einen antidemokratischen erzieherischen Einfluß aus." „Zivilschutz" und „Katastrophenschutz" bieten der Bevölkerung keinen Schutz. Sie dienen statt dessen dazu, die Bevölkerung glauben zu machen, sie hätte im Krieg eine Überlebenschance, und unterstützen damit die Ideologie einer militärischen Sicherheit." Das hat doch alles mit Frieden gar nichts mehr zu tun.

K.: Es geht hier darum, die Gesellschaft im Inneren zu verändern.

H.: Also, fangen wir von vorne an: „Die Frontstellung von NATO und Bundeswehr ist weiterhin gegen die Staaten Osteuropas gerichtet." Das heißt doch, die BRD ist imperialistisch.

L.: So kann ich das nicht verstehen. Für mich bedeutet das, daß eine Frontstellung zwischen NATO und Warschauer Pakt besteht.

K.: Was hier beschrieben wird, ist doch keine Verteidigungsfront, sondern eine Angriffsfront. So versteht es das Programm. Wenn etwas gegen etwas gerichtet ist, steckt doch da eine gewisse Strategie dahinter.

L.: Hier wird mit keinem Wort beschrieben, daß etwa die NATO den Warschauer Pakt

angreifen will, sondern daß eine Frontstellung zwischen NATO und Warschauer Pakt besteht.
H.: Wenn Sie das Programm genau gelesen hätten, müßten Sie schon längst die Konsequenz gezogen haben und ausgetreten sein. Hier ist von einer Frontstellung gegen die Staaten Osteuropas die Rede, also vom Imperialismus. Zudem bekämpft dieses Programm nur die NATO und die Bundeswehr, nicht den Warschauer Pakt.
L.: Das stimmt nicht, Herr Herzer. Wenn Sie z. B. die Kapitelüberschrift zu diesem Zitat lesen, dann wird deutlich, daß auch der Warschauer Pakt einbezogen wird.
H. (liest Kapitelüberschrift vor): „Für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — für die Auflösung von NATO und Warschauer Vertrag."
L.: Außerdem ist an genügend anderen Stellen davon die Rede, daß die DFG-VK für allgemeine Abrüstung, auch auf seiten des Warschauer Paktes, eintritt. Wenn hier im Programm aber tatsächlich in erster Linie von der NATO die Rede ist, so doch deshalb, weil die Bundeswehr in der NATO und nicht im Warschauer Pakt ist. Die DFG-VK ist, wie der Name schon sagt, eine deutsche Organisation und versucht daher logischerweise, hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland für den Frieden zu wirken.
K.: Das hat doch mit Frieden nichts mehr zu tun. Das ist ein Kampfprogramm!
L.: Nein, das ist das Programm einer pazifistischen Organisation!
K.: Bekämpfen Sie die Bundeswehr?
L.: Nein, wenigstens nicht in dem Sinn, wie Sie das verstehen. Ich kritisiere die Bundeswehr.
K.: Wenn es so wäre, wie Sie sagen, müßten Sie schleunigst aus dieser Organisation austreten, denn dieses Programm bekämpft die Bundeswehr. Meine Söhne sind in der Bundeswehr, und da höre ich das, was hier über die Bundeswehr steht, nicht gern. Sie sagen, Sie kritisieren die Bundeswehr, aber Sie haben als Lehrer nicht das Recht, gegen sie zu agitieren.
L.: Ich will in der Schule nicht agitieren, sondern die Schüler im Geiste des Grundgesetzes und nach den Lehrplänen unterrichten.
R.: Sie liefern uns hier aber Material, das uns befürchten läßt.
L.: Das verstehe ich nicht. Ich bin für Abrüstung, die nicht nur für die BRD gelten soll, sondern weltweit zu verwirklichen ist. Daß dieses Eintreten für allgemeine Abrüstung für Sie Befürchtungen im Hinblick auf meinen Schuldienst begründet, kann ich nicht verstehen.
H. (zitiert): „Innerhalb der Bundesrepublik hat die Bundeswehr die Aufgabe, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren. Dazu gehört die Möglichkeit des Einsatzes der Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung."
L.: Der Einsatz der Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung, z. B. bei Streiks, ist durch die Notstandsgesetze geregelt. Das ist ein Faktum.
H: Aber was sind das dann für Streiks? Das können doch nur Streiks sein in Notstandszeiten.
L.: Einverstanden.
H.: Stehn Sie jetzt zu diesem Programm oder nicht? So, wie Sie das Programm verstehen, müssen Sie austreten.
L.: Ich stehe voll und ganz zu diesem Programm, das habe ich bereits erklärt. Mir ist nicht bewußt, daß ich es falsch interpretiere.
K.: Hier wird die Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse kritisiert. Was verstehen Sie denn unter „Änderung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse"?
L.: Ich möchte hier z. B. die Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer in Betrieben ansprechen, so wie sie der DGB gefordert hat. Das ist für mich Änderung der Herrschaftsverhältnisse.
H.: So wie Sie dieses Programm auslegen, damit können wir nicht konform gehen.
L.: Das ist meine Meinung, und ich bin der Uberzeugung, daß diese mit dem Programm übereinstimmt.
S.: Um den Gesprächsverlauf wieder etwas zu beruhigen, könnten wir vielleicht eine kleine Pause machen?
R.: Sie müssen uns verstehen, Herr Lehner. Aber Leute, die das Programm der Organisation, der Sie angehören, nicht genau kennen, können nicht als Lehrer eingestellt werden.
(. . .)
L.: Ich möchte noch einmal betonen, daß meiner Meinung nach das Programm der DFG-VK nirgendwo verfassungswidrig ist.
H.: Ich habe Sorge, daß Sie das Programm aus einem Blickwinkel ansehen, der nicht realistisch ist. Denn die klaren politischen Aussagen sind sehr problematisch. Würden Sie denn das Bestehen der Bundeswehr als rechtswidrig sehen?
L.: Nein. Ich bin aber der Meinung, daß, wenn man für Frieden und für allgemeine Abrüstung eintritt, auch die Bundeswehr in die Kritik miteinbezogen wird.

H.: Ich zitiere weiter: „Der Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee". Der Schießbefehl an der deutschen Grenze ist doch nicht abzuleugnen, und der Bundesgrenzschutz hat auf die Achtung der Grenze zu achten. Was soll dann hier in diesem Programm der Ausdruck „Bürgerkriegsarmee"? Führt denn der Bundesgrenzschutz einen Bürgerkrieg?
L.: Diese Frage verstehe ich nicht. Natürlich führt der Bundesgrenzschutz keinen Bürgerkrieg. Aber ich verstehe auch nicht, was das bisherige Gespräch über das Programm der DFG-VK mit meiner Verfassungstreue zu tun hat. Mir ist nicht bekannt, daß die DFG-VK eine verbotene Organisation wäre oder daß ein Verbotsantrag dafür vorläge. Daher gehe ich davon aus, daß die DFG-VK nicht verfassungswidrig ist, und verstehe nicht, was das Programm einer nicht-verfassungswidrigen Organisation hier in diesem Gespräch soll, bei dem es doch um meine Verfassungstreue geht.
H.: Sind Sie nicht der Meinung, daß eine Organisation oder Partei, obwohl sie nicht verboten ist, trotzdem verfassungsfeindlich sein kann? Halten Sie denn die DKP oder die KPD nicht für verfassungsfeindlich?
L.: Herr Herzer, mir fehlt die Kompetenz, eine Partei für verfassungswidrig zu erklären. Ich weiß, daß dafür, laut Grundgesetz, nur das Bundesverfassungsgericht zuständig ist.
H.: Was ich bisher in diesem Programm gelesen habe, finden Sie auch in den politischen Erklärungen der DDR. Sie finden hier die politischen Aussagen der DKP wieder. Unterstützen Sie deren Ziele?
L.: Ich unterstütze die Ziele, wie sie hier im Programm der DFG-VK stehen, z. B. die Abrüstung, nicht die Ziele anderer Parteien und Organisationen. Außerdem kenne ich die Ziele der DKP nicht genau.
H.: Die DKP will die Diktatur des Proletariats.
L.: Ich bin gegen jede Art von Diktatur.
H.: Dann hätten Sie längst austreten müssen, denn dieses Programm unterstützt die Ziele der DKP. Halten Sie das Programm für verfassungstreu?
L.: Ja. Deswegen verstehe ich auch nicht, warum es hier zum Gegenstand des Gesprächs gemacht wird.
H.: Sie machen es sich zu einfach. Viele Organisationen sind erlaubt, verfolgen aber verfassungsfeindliche Ziele. Man verbietet sie nur deshalb nicht, weil so verhindert werden kann, daß sie in den Untergrund gehen. Warum wir über das Programm der DFG-VK sprechen, liegt daran, weil es ja möglich wäre, daß ein Zusammenhang mit der DKP besteht.
L.: Ein Beispiel: Der DGB tritt ein für Mitbestimmung, und die DKP tritt ein für Mitbestimmung. Daraus können Sie doch nicht folgern, daß ein „Zusammenhang", wie Sie es nennen, zwischen DKP und DGB besteht.
K.: Das Programm der DFG-VK hat nichts mehr zum Beispiel mit Wehrdienstverweigerung zu tun, sondern geht auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse hinaus. Es stellt einen fundamentalen Angriff auf unser Grundgesetz dar.
L.: Dem muß ich widersprechen. Ich bekenne mich voll zum Grundgesetz und bekenne mich zum Programm der DFG-VK. Ich sehe hier keinen Widerspruch.
H. (zitiert): „Zur ideologischen Absicherung von Rüstung muß auf breiter Basis Wehrbereitschaft erzeugt werden. Dazu dienen Ideologien, wie der Antikommunismus." Was soll denn das heißen? Antikommunismus?
L.: Darunter verstehe ich, daß man Menschen verketzert, nur weil sie Kommunisten sind.
H.: Aber was soll dann das Beiwort Ideologie? Gibt es bei uns in der BRD denn diese Ideologie des Antikommunismus?
L.: Ich bin heute bei diesem Gespräch, weil Sie, wenn ich das richtig verstehe, die DFG-VK als eine kommunistische Organisation einstufen. Nur weil ich Mitglied in dieser DFG-VK bin, wurde ich nicht als Lehrer eingestellt. Ideologie verstehe ich hier in diesem Zusammenhang so, daß man jemanden, der Kommunist ist oder den man als Kommunist bezeichnet, grundsätzlich verketzert.
H.: Aber eine Ideologie ist doch nicht personenbezogen. Glauben Sie denn wirklich, daß jemand, der der kommunistischen Ideologie verhaftet ist, mit dem Grundgesetz einverstanden sein könnte? Das müssen Sie beantworten können. Sie müssen wissen, wo der Unterschied zwischen Grundgesetz und kommunistischer Ideologie ist. Als Beamter müssen Sie für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten.
L.: Ich habe bereits erklärt, daß ich voll und ganz für diese freiheitlich demokratische Grundordnung eintrete.
H.: Wenn Sie sich zugleich zu diesem Programm hier bekennen, dann kommen uns da Zweifel. Ich zitiere aus dem Bundesverfassungsschutzbericht von 1973 (die DFG-VK wird darin als prokommunistisch beschrieben) ...
L.: Ich kenne das Programm und die Praxis der DFG-VK. Von daher weiß ich, daß die DFG-VK keine kommunistische Organisation ist, sondern daß in ihr Menschen mit unter-

schiedlicher politischer Auffassung für den Frieden eintreten. Ich weiß aber auch, was von diesen Feststellungen des Bundesverfassungsschutzberichtes über die DFG-VK bzw. DFG-IdK zu halten ist: In diesem Bericht wird zum Beispiel über den Bundesvorsitzenden der DFG-VK, Herrn Michael Vogel, gesagt, er sei Landesvorstandsmitglied der Deutschen Friedens-Union in Nordrhein-Westfalen gewesen. Herr Vogel hat nie in Nordrhein-Westfalen gewohnt und ist nie Mitglied der Deutschen Friedens-Union gewesen. Er ist vielmehr FDP-Mitglied. Herr Bundesinnenminister Maihofer hat sich für diesen Irrtum bei Herrn Vogel entschuldigt. Zudem weiß ich von einem Gespräch, das Vertreter des Hessischen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung mit einem Vertreter des Bundesinnenministeriums geführt haben, bei dem unter anderem als Ergebnis festgehalten wurde, daß das Bundesinnenministerium in Zukunft Aussagen vermeiden wird, die Dritten Anlaß geben könnten, die DFG-VK oder deren Mitglieder als „verfassungsfeindlich" zu bezeichnen. Dem habe ich eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Wissen Sie denn darüber nichts?

H.: Nein.

L.: Aber hier geht es doch um einiges für mich, und Sie wissen nicht einmal darüber Bescheid.

K.: Aber das Hessische Insitut für Friedens- und Konfliktforschung ist doch eindeutig marxistisch unterwandert. Was wissen Sie denn eigentlich über den Marxismus?

L.: Soviel ich weiß, wird dieses Institut von Landesmitteln gefördert. Marxismus ist für mich eine Wissenschaft.

R.: Ich verstehe Sie nicht, Herr Lehner. Sie nehmen einfach so zur Kenntnis, daß das Hessische Institut für Friedens- und Konfliktforschung marxistisch unterwandert ist, und bezeichnen Marxismus als eine Wissenschaft. Mir läuft es bei dem Begriff „Marxismus" eiskalt über den Rücken runter.

K.: Marxismus bedeutet doch: Die bestehende gesellschaftliche Ordnung muß verändert werden. Am Ende steht die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Gesellschaftsordnung. Ist das für Sie Wissenschaft? Halten Sie das für objektiv richtig?

L.: In diesem Gespräch geht es doch einzig und allein um meine Verfassungstreue und nicht um mein Wissenschaftsverständnis.

H.: Halten Sie es denn nicht für gefährlich, daß Sie von der DKP nichts wissen?

L.: Hier geht es um meine Verfassungstreue und nicht um die Ziele der DKP. Ich bin nicht Mitglied in der DKP, sondern in der DFG-VK. Fragen Sie mich hierzu und nach meiner Einstellung zum Grundgesetz.

K.: Wir verlangen von unseren Lehrern, daß sie die politischen Strömungen kennen. Wie können Lehrer ihre Schüler zum Grundgesetz erziehen, wenn sie nicht über die Feinde des Grundgesetzes informieren?

L.: Ich brauche meinen Aussagen hierüber nichts mehr hinzufügen.

H.: Kommen wir auf das Programm der DFG-VK zurück: Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Zivil- und Katastrophenschutz, das wird doch hier alles negativ gesehen.

L.: Es wird kritisiert, das stimmt. Aber das muß doch in einer Demokratie möglich sein. Ich muß mich wiederholen: Die DFG-VK ist eine Organisation, die wie ich für das Grundgesetz eintritt.

K.: Wenn Sie das so sehen, müssen Sie aus dieser Organisation heraus.

L.: Ich glaube nicht, daß ich das Programm falsch verstehe. Ich trete mit dieser Organisation für Frieden und Abrüstung ein.

H.: Ja sehen Sie denn nicht, daß die DFG-VK in kommunistisches Fahrwasser geraten ist? Die DKP unterstützt doch die Ziele der DFG-VK.

L.: Das Programm wird von Christen, Liberalen, Sozialdemokraten und auch von Kommunisten getragen ...

K.: Also: Volksfront!

L.: ... und darum kann ich nicht verstehen, wie Sie von kommunistischem Fahrwasser reden können. Warum sollte ich an dieser Organisation zweifeln, nur weil Kommunisten Ziele dieser Organisation auch unterstützen? Für mich ist es unerheblich, ob jemand Christ, Liberaler, Sozialdemokrat oder Kommunist ist, solange er die Ziele dieser Organisation vertritt. Ich sehe den Menschen im Vordergrund, der sich für den Frieden einsetzt.

K.: Sie brauchen hier nicht immer betont die Christen an erster Stelle zu nennen.

L.: Ich bin schließlich Christ, und außerdem ist Pastor Martin Niemöller Präsident der DFG-VK.

K.: Der ist auch Mitglied?

L.: Wie gesagt, er ist Präsident.

H.: Über Herrn Niemöller gäbe es ja einiges zu sagen. Aber lassen wir das. Die DFG-VK fordert die Aufhebung des Verbotes der KPD. Was hat das nun mit Pazifismus zu tun?

L.: Ich weiß, daß die KPD 1956 verboten wurde. Aber ich weiß über das Verbotsurteil

nicht genau Bescheid. Ich kann Ihnen daher auf diese Frage keine Antwort geben, bin aber gern bereit, dazu Stellung zu nehmen. Vielleicht wäre das schriftlich möglich?
K.: Es ist schockierend, daß ein Abiturient in eine Organisation eintritt, deren Programm er nicht kennt.
L.: Soviel ich weiß, ist dieses Verbotsurteil sehr umstritten. Näheres kann ich im Moment dazu nicht sagen, aber, wie gesagt, ich nehme dazu gern schriftlich Stellung. Im übrigen, Herr Klüger, ist dies die erste Frage, auf die ich keine Antwort geben kann. Ich habe mich bis jetzt sehr bemüht, auf alle Ihre Fragen bezüglich des Programms Antwort zu geben.
H.: Ich zitiere weiter: „Die Berufsverbote für Demokraten und Sozialisten sind aufzuheben." Was soll denn der Ausdruck Berufsverbot? Was meinen Sie damit?
L.: Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: Gute Bekannte von mir, die ich für völlig integre Personen halte, wurden, obwohl sie ihre Prüfungen bestanden hatten, nicht als Lehrer eingestellt. Während ihre Studienkollegen längst Unterricht halten, wurde es diesen, unter Bezug auf den Radikalenerlaß, versagt, ihren erlernten Beruf auszuüben. Das verstehe ich unter Berufsverbot. Im übrigen weiß ich, daß bedeutende Verfassungsrechtler und führende Politiker des In- und Auslandes diesen Begriff gebrauchen. Auch Innenminister Prof. Maihofer sprach vom Berufsverbot. Ich habe dem eigentlich nichts hinzuzufügen.
H.: Es gereicht Ihnen nicht zum Vorteil, wenn Sie immer wieder sagen: dem habe ich nichts hinzuzufügen. Ich muß feststellen, daß Sie ein sehr vereinfachendes Denken an den Tag legen.
L.: Dieses „vereinfachende Denken", wie Sie es nennen, hat mir bei meiner ersten Lehramtsprüfung gute Noten eingebracht, wie Sie ja wissen.
H.: Was halten Sie denn von Sozialisten? Hier im Programm ist von Sozialisten die Rede.
L.: Ich kann mir nicht vorstellen, was meine Meinung über Sozialisten oder zum Sozialismus hier mit diesem Gespräch, wo es um meine Verfassungstreue geht, zu tun hat. Ich bin Christ.
K.: Was ist ein Extremist?
L.: Ich bin kein Verfassungsrichter, Herr Klüger. Sie können doch nicht von mir verlangen, zu definieren, wer Extremist ist.
K.: Sie haben die Erklärung zur Verfassungstreue unterschrieben und wissen nicht, was ein Extremist ist? Sie müssen bereit und fähig sein, politische Parteien und Organisationen zu werten und zu sagen, wer ein Extremist ist und wer nicht.
L.: Wie gesagt, ich bin kein Verfassungsrichter. Aber ich würde den als Extremisten bezeichnen, der sich gegen das Grundgesetz bekennt und gegen das Grundgesetz kämpft. Daher würde ich mich nicht als Extremisten bezeichnen, denn ich trete für dieses Grundgesetz ein.
H.: Jeder, der zu uns hierherkommt, behauptet, echter Demokrat zu sein. Und wir müssen herausfinden: Ist das richtig oder nicht. Die subjektive Ansicht ist die Schwierigkeit.
L.: Darf ich fragen, warum ich heute hier bin?
H.: Wegen Ihrer Mitgliedschaft in der DFG-VK, die möglicherweise mit der DKP sympathisiert.
L.: Ich bin der Meinung, daß ich hierzu deutlich Stellung genommen habe. Ich kann nur wiederholen: ich unterstütze das Programm der DFG-VK, nicht das Programm einer anderen Organisation.
H.: Sie haben uns aber Antworten gegeben, die uns zweifeln lassen (H. zitiert). „Die Beeinflussung der Lehrerausbildung durch militärische Institutionen und die Einflußnahme auf Lehrer und Schüler durch militärisch geprägte Unterrichtsmaterialien sind einzustellen." Sie haben doch für das Lehramt studiert. Haben an der Universität militärische Institutionen auf Ihre Ausbildung Einfluß genommen?
L.: Meine Ausbildung ist ja noch nicht beendet. Sie setzt sich ja in den nächsten 3 Jahren fort. Außerdem weiß ich, daß es in den verschiedenen Ländern Wehrkundeerlasse gibt, die es Bundeswehroffizieren ermöglichen, in Schulen aufzutreten.
H.: Sind Sie noch Mitglied in einer anderen Partei oder Organisation?
L.: Ich bin in keiner Partei. Ich bin noch Mitglied in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.
H.: Waren Sie 1973 Leiter einer Veranstaltung in Bamberg, bei der es über Kriegsdienstverweigerung ging? Und bei der Sie ein Referat über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung hielten?
L.: Nein. Ich war noch nie in meinem Leben in Bamberg. Aber an diesem Beispiel können Sie sehen, wie zuverlässig die Kenntnisse sind, die Sie an meiner Verfassungstreue zweifeln lassen.
H.: Das Programm alleine genügt ja schon. Darf ich Sie nach dem Thema Ihrer Zulassungsarbeit fragen?

L.: Herr Herzer, was soll meine wissenschaftliche Arbeit hier, die ich für die Prüfung an der Hochschule anfertigte und die mit Gut bewertet wurde?
R.: Wir haben das Recht, darüber Bescheid zu wissen!
H.: Es hat schließlich Fälle gegeben, wo sich Bewerber in den Zulassungsarbeiten lupenrein für den Kommunismus ausgesprochen haben.
L.: Ich bin jedenfalls nicht bereit, meine wissenschaftliche Arbeit zum Gegenstand dieses Gesprächs, wo es um meine Verfassungstreue geht, machen zu lassen.
H.: Sie wollen sich hierzu also nicht äußern?
L.: Nein.
H.: Ich habe keine Fragen mehr. (an K. und R.) Haben Sie noch weitere Fragen?
R.: Ich weiß nicht, wie ich mich ausdrücken soll, aber Sie zeigen so eine Art „Igelhaltung". Sie wollen doch Lehrer werden. Dazu gehören aber auch bestimmte Eigenschaften.
L.: Für meine Qualifizierung als Lehrer habe ich meine Prüfung an der Universität abgelegt. Meine Prüfung habe ich mit Gut, d. h. 2,09, bestanden. Hier bei diesem Gespräch kann es doch nicht um eine weitere Prüfung meiner Fähigkeiten zum Lehrerberuf gehen. Hier geht es doch einzig und allein um meine Verfassungstreue.
R.: Ich überlege mir nur, woher diese eigenartige Haltung kommt. Sie zeigen sich so versperrt.
L.: Das will ich gern erklären: Ich habe am 8. September an Sie einen Brief geschrieben, in dem ich nachfragte, aus welchen Gründen ich zu diesem Gespräch geladen werde. Vorgestern erhielt ich als Antwort, daß der Regierung Kenntnisse vorliegen, die Sie an meiner Verfassungstreue zweifeln lassen. Näheres wollten Sie mir nicht mitteilen.
H.: Wenn jemand ein echter Demokrat ist, dann kann er ohne Schwierigkeiten hierherkommen.
R.: Sie haben irgendwo Angst, Sie könnten sich durch Äußerungen verraten.
L.: Ich habe keine Angst, mich zu verraten. Ich habe offen Antworten gegeben. Woher aber diese „Igelhaltung" noch kommen mag, liegt eventuell daran, daß ich von diesem Gespräch erwartet hatte, und so stand es ja auch in dem Schreiben von Ihnen, daß es um meine Verfassungstreue, also um meine Einstellung zum Grundgesetz geht. Hier sind dagegen hauptsächlich Fragen über Imperialismus, Kommunismus, DKP usw. gestellt worden.
K.: Ob Sie den Zusammenhang zwischen unseren Fragen mit Ihrer Verfassungstreue sehen, ist nicht ausschlaggebend. Entscheidende Fragen stellt der Arbeitgeber. Ich bin z. B. sicher, daß Sie die Positionspapiere über Ziele und Grundlagen der DKP gelesen haben.
L.: Nein, das habe ich nicht.
K.: Sie sind doch in der GEW. Ihr Vorsitzender, Herr Frister, hat sich doch auch deutlich von der DKP abgegrenzt. Was halten Sie denn davon?
L.: Ich bin nicht bereit, meine Meinung über Herrn Frister hier vorzutragen. Das hat wirklich keinen Zusammenhang mit meiner Verfassungstreue. Die innergewerkschaftliche Diskussion zu diesem Problem kann doch nicht Gegenstand dieses Gespräches sein.
H.: Hat die DFG-VK durch die Fusion Wandlungen vorgenommen?
L.: Die Grundposition ist dieselbe geblieben.
H.: Sie können jedenfalls nicht sagen: ich bin zwar Mitglied, aber das Programm interessiert mich nicht. Sind eigentlich Kontakte zwischen der DDR und DFG-VK da?
L.: Die DFG-VK ist Mitglied in der War-Resisters-International, einer internationalen Organisation. Es ist durchaus möglich, daß sich von daher Kontakte ergeben.
K.: Was halten Sie eigentlich von der DDR?
L.: Sie müssen schon entschuldigen, wenn ich mich wiederhole, aber ich verstehe den Zusammenhang zwischen meiner Meinung über die DDR und meiner Treue zum Grundgesetz nicht.
H.: Es gibt uns aber zu denken, wenn Sie dieses Programm hier unterstützen, das total einseitig gegen die BRD gerichtet ist und das die DDR in keinerlei Weise angreift.
L.: Wie gesagt, die DFG-VK tritt für eine weltweite Abrüstung ein, also auch auf seiten des Warschauer Paktes. Das Militär auf der ganzen Welt wird kritisiert, auch das in der DDR. Ich möchte Sie bitten, diesen Artikel zur Kenntnis zu nehmen, der im Verbandsorgan der DFG-VK „Zivilcourage" erschienen ist. Darin wird die Rede des DDR-Verteidigungsministers Hoffmann kritisiert. (L. übergibt an H. den Artikel: „Diese Thesen lehnen wir ab!", „Zivilcourage", Nr. 7, Juli 1976, und einen Artikel aus der „Süddeutschen Zeitung" vom 1. 7. 1976, „Protest gegen Atomstrategen der DDR", der sich auf diesen Artikel in der „Zivilcourage" bezieht. Beides wird von H. abgelichtet.)
H.: Sie versperren sich ständig. Sie sagen zwar, Sie treten für das Grundgesetz ein. Gleichzeitig verteidigen Sie aber auch das Programm der DFG-VK. Das ist ein Widerspruch. Die Forderung nach der Aufhebung des KPD-Verbots ist mit dem Grundgesetz nicht ver-

einbar. Wenn Sie sich wirklich zum Grundgesetz bekennen, dann müssen Sie aus dieser Organisation austreten.
L.: Im Gegenteil. Weil ich mit der DFG-VK z. B. für das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung eintrete, setze ich mich für das Grundgesetz ein.
K.: Die Artikel des Grundgesetzes dürfen nie für sich alleine betrachtet werden. Sie jedoch betrachten jeden für sich und zu extrem. Sie vergessen z. B. den Toleranzgedanken.
L.: Ich muß widersprechen. Ich betrachte das Grundgesetz nicht als eine Sammlung einzelner Artikel, von denen man sich je nach Wunsch einen einzelnen herausgreift, um gegen einen anderen zu verstoßen. Ich sehe das Grundgesetz als ein Ganzes.
(. . .)
H.: Inwieweit vertritt die DFG-VK Dinge, die mit der DKP zu tun haben? Sie konnten bis jetzt nicht genügend erklären, daß es sich hier um ein eigenes Programm handelt.
L.: Die DFG-VK vertritt Dinge, die hier im Programm stehen. Die können Sie nachlesen oder mich fragen. Wo die DKP ähnliches sagt, das müssen Sie die DKP fragen, nicht mich. Ich bin nicht Mitglied der DKP.
H.: Hier wird die BRD als ein Staat dargestellt, der seine Einrichtungen dazu benützt, um die bestehenden Verhältnisse zu bewahren. Aber die Demokratie ist doch das Vollwertigste, was wir haben.
L.: Ich trete doch ein für die Demokratie, für das Grundgesetz.
H.: Lesen Sie erst einmal das Programm der DFG-VK näher und erklären Sie sich dann schriftlich.
L.: Darf ich fragen, welche Probleme noch der Klärung bedürfen?
H.: z. B. das Problem des Antikommunismus.
L.: Ich habe doch bereits erklärt, daß ich Antikommunismus als grundsätzliche Verketzerung von Menschen verstehe, nur weil sie Kommunisten sind.
K.: Wo Kommunisten herrschen, wird die Freiheit systematisch unterdrückt. Oder sind Sie da anderer Meinung?
L.: Herr Klüger, ich habe schon einmal gesagt, daß ich mich gern mit Ihnen privat über Kommunismus unterhalte, aber nicht hier. Hier geht es um meine Einstellung zum Grundgesetz . . .
K.: Privat habe ich mit Ihnen nicht zu sprechen, sondern nur dienstlich! Sie betrachten das Grundgesetz immer als Abstraktum.
L.: . . . und ich bin nicht bereit, hier meine Meinung über den Kommunismus darzulegen. Ich habe Ihnen erklärt, in welchen Organisationen ich Mitglied bin, und ich habe mich bemüht, Ihnen auf Fragen darüber Antworten zu geben. Ich habe Ihnen darüber hinaus oftmals erklärt, daß ich für die Prinzipien des Grundgesetzes eintrete, und ich wende mich gegen Leute, die das Grundgesetz bekämpfen.
K.: Aber die Kommunisten bekämpfen das Grundgesetz.
L.: Das ist Ihre Meinung, Herr Klüger. Dazu möchte ich hier nicht Stellung nehmen.
K.: Die DKP sagt doch: Wir erstreben eine Gesellschaftsordnung nach dem Beispiel der DDR und der Sowjetunion. Haben Sie das nicht gelesen? Wollen Sie hier auch keine Stellung dazu nehmen?
L.: Davon habe ich nichts gelesen.
K.: Dann stelle ich mir Ihren Unterricht vor. Sie erklären sich Dinge nur abstrakt. Sie können das Grundgesetz nicht verteidigen, wenn Sie nicht wissen, wer es bekämpft.
L.: Ich sehe mein Engagement in der DFG-VK als einen Beitrag zur Verteidigung des Grundgesetzes.
H.: Sind Sie noch im BDKJ oder irgendwo anders aktiv?
L.: Seit ich mein Studium in Nürnberg aufnahm, nicht mehr.
R.: Wie oft trifft sich denn die DFG-VK in Sulzbach-Rosenberg, wöchentlich?
L.: In etwa, ja.
H.: Sind hauptsächlich Studenten Mitglieder?
L.: Nein, es sind Schüler, Lehrlinge, Studenten und Berufstätige.
H.: Ich glaube, wir machen jetzt Schluß.
L.: Können Sie mir sagen, wann ich etwa das Ergebnis dieses Gespräches erfahren werde?
H.: Nein, das ist nicht möglich.
L.: Noch in diesem Jahr? Das interessiert mich deshalb, weil ich ja ganz schön in finanzielle Schwierigkeiten komme.
H.: Das kann ich nicht sagen. Ich würde Ihnen jedenfalls den Rat geben, daß Sie sich einstweilen Arbeit suchen.

Die Entwicklung der Dritten Welt (II)*)

Hauptaspekte, Theorie und Praxis

Von Jerzy Prokopczuk

Eine Analyse der Ereignisse der letzten Jahrzehnte führt zu dem Schluß, daß die Linie der Länder der Dritten Welt gewisse gemeinsame Züge hat, ob sie nun als „sozialistisch" bezeichnet wird oder nicht. Mit der aktiveren Teilnahme der Massen am politischen und sozialen Leben und mit der dringenden Notwendigkeit, die Entwicklung voranzutreiben, gibt es in den meisten Ländern die Tendenz, nach sozialen und wirtschaftlichen Reformen zu drängen, wozu auch die Verstaatlichung von ausländischem Kapitaleigentum gehört. Dies läßt sich an Hand vieler Beispiele nachweisen. Nicht nur in Ägypten, Algerien und Guinea, sondern auch in Peru, Tunesien, Zaire und anderen Ländern wurden Verstaatlichungsmaßnahmen ergriffen. Derartige Tendenzen sind durch den Grad und den Charakter der Bindungen zwischen der herrschenden Regierung und dem Auslandskapital wie auch durch die Entschlossenheit der Regierung begrenzt, den Verstaatlichungsprozeß durchzuführen. Da die Mehrzahl der Entwicklungsländer vom Auslandskapital abhängt, werden diese Maßnahmen sehr oft durch neokolonialistische Lösungen hintangehalten.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal ist der Vorzug, der dem lokalen Kapital und lokalen Kadern gegeben wird. Der Grad der Durchführung und die praktischen Auswirkungen einer solchen Linie unterscheiden sich von Land zu Land. In der Regel sind Finanz- und Industriekapital ausländischen Ursprungs. Das einheimische Kapital setzt sich mit Schwierigkeiten durch, und zwar hauptsächlich im Handelssektor. Dies muß unweigerlich zu Konflikten führen, was bestens illustriert, daß die blinde Nachahmung der in den industrialisierten Ländern Westeuropas und Nordamerikas vorsichgehenden Entwicklung kapitalistischer Produktionsbeziehungen in den Ländern der Dritten Welt bloß zu erheblichen Schwierigkeiten führen kann.

Unter Bedingungen der Unterentwicklung muß der Prozeß der Ausbildung und des Einsatzes von lokalen Kräften auf ähnliche Schwierigkeiten stoßen. Aus die-

*) Vgl. Heft 8/1976, S. 866 ff.

Jürgen Räuschel

Die BASF

Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns

Kleine Bibliothek Band 54
264 Seiten, DM 9,80

„Dieses Buch argumentiert nur sparsam. Hier sind Aussagen erarbeitet und Fakten zusammengetragen worden, die allerdings Argumente stützen werden — Argumente für die gesellschaftliche Kontrolle der multinationalen Konzerne und für die Emanzipation ihrer Belegschaften. Ich wende mich deshalb zuerst an die BASF-Angehörigen. Aber auch Gewerkschafter anderer Unternehmen, politische Betriebsgruppen, Arbeitskreise an den Hochschulen und Wissenschaftler werden, so hoffe ich, Nutzen aus diesem Buch ziehen."

Aus dem Vorwort des Autors

Pahl-Rugenstein Verlag

sem Grunde kann die Mehrheit der Entwicklungsländer das Modell des kapitalistichen Wachstums nicht annehmen. Dies würde bedeuten, auf jeden Ehrgeiz nach größerer Unabhängigkeit zu verzichten und die langfristige Perspektive der ausländischen Beherrschung zu akzeptieren.

Die Erfahrungen von heute

Alle vorangegangenen Bemerkungen sollten nicht den Eindruck erwecken, daß sämtliche Länder das Programm der kapitalistischen Umwandlung in der Dritten Welt abgelehnt haben. Zu den großen historischen Ereignissen, die den Entscheidungsprozeß beeinflußt haben, gehört zweifellos der Zweite Weltkrieg und seine Nachwirkungen. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges führten zu der Errichtung engerer Verbindungen zwischen den kolonialen und abhängigen Territorien und den kapitalistischen Mutterländern. Die Notwendigkeit einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung und Beseitigung der Kriegsverheerungen schuf Bedingungen, die zu einer tieferen wirtschaftlichen Abhängigkeit dieser Territorien von den imperialistischen Ländern führten.

Außerdem sind die imperialistischen Mächte trotz der Entkolonialisierung nicht bereit, ihre Besitzungen aufzugeben. Mit der Verteidigung ihrer Profite versuchen sie, wirtschaftliche Lösungen durchzusetzen, die wahrscheinlich zum Fortbestand der gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern der Dritten Welt und dem Wirtschaftssystem der ehemaligen Mutterländer führen. Die neuen unabhängigen Staaten werden zweifellos zu einer Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern neigen und sich daher der kapitalistischen Infiltration widersetzen. Diese drängende Entwicklung macht die Länder der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen den Imperialismus, für die friedliche Koexistenz, die Beseitigung des Kolonialismus, für Frieden und Fortschritt notwendigerweise zu natürlichen Verbündeten der sozialistischen Mächte.

Dies ist aber kein einfaches Problem. Die Rückständigkeit des asiatischen und afrikanischen Kontinents schafft objektive Bedingungen, die in einer ganz besonderen Weise die Unterordnung der Länder der Dritten Welt unter die Interessen des internationalen Kapitals begünstigt. Was bietet die Wirtschaftshilfe des Westens den Entwicklungsländern? Man kann sagen, daß solche Hilfsangebote mit allen Problemen der Entwicklung des Bergbaus, der wirtschaftlichen Infrastruktur wie dem Bau von Straßen, Brücken usw. wie auch mit der Finanzierung von Entwicklungsplänen bestimmter Länder im Zusammenhang stehen. Die Ziele dieser Hilfe und die Bedingungen, unter denen sie gewährt wird, spiegeln nicht die Interessen der Empfänger, sondern die des internationalen Kapitals wider.

In der letzten Zeit ist die administrative, wirtschaftliche und militärische Unterstützung zu einem wichtigen Element der Strategie der imperialistischen Staaten geworden. Zunächst war der Anteil der von den imperialistischen Mächten zur Verfügung gestellten Wirtschaftshilfe im Verhältnis zu der ganzen Hilfe für die Entwicklungsländer ziemlich klein. 1955 betrug der Anteil der wirtschaftlichen Unterstützung an die Entwicklungsländer in den amerikanischen Hilfsprogrammen bloß 19,5 %. Es kam erst später zu einer wesentlichen Veränderung der Situation. 1960 stieg der Anteil der Wirtschaftshilfe auf 48,2 %, 1965 auf 57 % und 1967 auf 66,7 %. Ähnliche Trends konnten bei den von anderen imperialistischen Staaten für die Entwicklungsländer ausgearbeiteten Entwicklungsprogrammen beobachtet werden. Das mit solchen Programmen verfolgte Ziel ist immer

das gleiche: Bedingungen zu schaffen, die es den imperialistischen Mächten ermöglichen, den Entwicklungsprozeß in der Dritten Welt zu kontrollieren.

Die imperialistischen Mächte nützen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Länder der Dritten Welt aus, um mit möglichst geringen Kosten die neokolonialistischen Beziehungen der Abhängigkeit zu stärken. In der gegenwärtigen Situation haben die imperialistischen Mächte aus zwei Gründen kein Interesse, die Industrie und Landwirtschaft in der Dritten Welt zu entwickeln. Erstens schon in Anbetracht der Tatsache, daß Investitionen in diesen Sektoren auf kurze Sicht jetzt nicht solche Profite in diesen Ländern liefern würden wie der Bergbau. Sie haben keine Absicht, für eine derartige Entwicklung zu zahlen. Zweitens wollen sie nicht an der Errichtung neuer Produktivzentren mitarbeiten, die zu einem Verlust an Rohstoffquellen und Märkten in Asien und Afrika führen könnten.

Nur jene Länder, die einen erfolgreichen Kampf für eine autonome Entscheidung über ihre wirtschaftliche und politische Linie führen, sind in der Lage, den imperialistischen Mächten mehr oder weniger konsequent Forderungen zu stellen und zu verlangen, daß ihre Bedürfnisse praktisch erfüllt werden. Die Existenz der sozialistischen Gemeinschaft bietet eine Alternative, die als Verhandlungspunkt in den Beziehungen der neuen unabhängigen Staaten mit den kapitalistischen Mächten verwendet werden kann. Dies ist auch sehr wichtig im Kampf gegen die neokolonialistischen Elemente in der Investitionspolitik.

Der Kampf der jungen unabhängigen Staaten gegen das wirtschaftliche, politische und ideologische Eindringen des Neokolonialismus ist schwer und wird unter besonderen Bedingungen geführt. Es ist den neokolonialistischen Kräften gelungen, einen großen Teil der Elite in den errichteten Staaten für sich zu gewinnen. Viele Länder mußten ihre Unabhängigkeit mit der Unterzeichnung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Verträge bezahlen, die in größerem oder geringerem Maße den Geist des Neokolonialismus in sich tragen. Man kann mit Sicherheit sagen, daß solche Verträge die Geburtsstunde der meisten Staaten begleiteten, die ehemaliger Kolonialbesitz waren. Rivalisierender imperialistischer Druck bedeutete immer eine endgültige politische Wahl, die einen solchen „mutigen" Staat oft dem Verdacht aussetzte, er sei dem Einfluß des internationalen Kommunismus verfallen. Dies erklärt, warum sich nur einige der jungen unabhängigen Staaten entschlossen haben, mit dem Imperialismus zu brechen und eine antikolonialistische Politik zu betreiben. Diese Stellung wurde von einigen Entwicklungsländern eingenommen, die den nichtkapitalistischen Weg der Entwicklung gewählt haben.

Die Notwendigkeit der Aufbringung von Mitteln für ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum, welche die Entwicklungsländer ebenfalls in anderen Staaten suchen müssen, bestimmt in großem Maße die politische Haltung vieler junger unabhängiger Staaten. Die Wahl der Entwicklungslinie und der politischen Bündnisse wird durch eine komplizierte innere Situation, die Isolierung der Regierung von den Massen und durch Konflikte beeinflußt, die sich aus den verschiedenen Programmen ehrgeiziger Führer ergeben.

Viele Länder der Dritten Welt versuchen, dem kapitalistischen Entwicklungsmodell zu folgen. Bei der Beurteilung des Kapitalismus in einigen asiatischen und afrikanischen Ländern muß man bedenken, daß er in dem System verwurzelt ist, das während der Kolonialzeit geschaffen wurde. Damals wurde die Wirtschaft in den Kolonien ein Teil der Struktur der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung. Unter ihrem Einfluß begann der Zerfall der alten feudalen und patriar-

chalischen Produktionsformen. Es traten neue soziale Gruppen in Erscheinung, die an den kapitalistischen Produktionsbeziehungen interessiert waren. In vielen asiatischen und afrikanischen Ländern war aber der Kapitalismus nicht das Produkt der inneren Entwicklung der Produktivkräfte. Er wurde vom Ausland importiert und wurzelte in wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die diesen Kontinenten fremd waren. In Afrika und in der Mehrzahl der asiatischen Länder ist das Großkapital niemals zur vorherrschenden Besitzform geworden. Es hat sich dort unter spezifischen historischen Bedingungen entwickelt, die sich völlig von den in der Vergangenheit in Europa herrschenden unterschieden. All dies muß bedacht werden, wenn man die Probleme der Entwicklungspolitik in der Dritten Welt studiert.

Der Kapitalismus war ein importierter Faktor und umfaßte in der Regel den Kleinhandel, das Handwerk, Dienstleistungen und manchmal auch die Landwirtschaft. Nach der Unabhängigkeit haben sich die kapitalistischen Tendenzen in den Ländern der Dritten Welt wesentlich verstärkt. Dies kam in dem Wachstum der nationalen Bourgeoisie, im sozialen Zerfall der Bauernschaft und in der Entwicklung des Binnenhandels zum Ausdruck. In einigen Ländern wurden Finanzgesellschaften gegründet, um die Ausweitung der kapitalistischen Unternehmen zu erleichtern. Die Entwicklung des Kapitalismus in Asien und Afrika war aber nicht von gleichzeitigen sozialen Veränderungen begleitet. Die langsame Evolution der sozialen Strukturen hat zu einem kontrollierten Städtebauprozeß und zum Niedergang der Landwirtschaft geführt. In den Städten gab es die Plage der Arbeitslosigkeit, während es auf dem flachen Lande einen Arbeitskräftemangel gab. Die wachsenden sozialen Unterschiede und die allgemeine Armut verschärften die sozialen Konflikte.

Die Entstehung der städtischen Bürokratie wurde beschleunigt, und ihre oberen Schichten verbanden sich ziemlich rasch mit den großen Monopolen. In vielen Fällen schufen Vertreter der Bourgeoisie und der Bürokratie industrielle Organisationen, kauften Aktien in fremden Unternehmen und beteiligten sich auf diese Weise an der Ausbeutung der nationalen Ressourcen und ihrer eigenen Mitbürger. Solche Erscheinungen kann man besonders in der Elfenbeinküste, in Kenia, Kamerun, Liberia und Nigeria beobachten. Es war eine spezifische Form der primären Kapitalakkumulation. Wenn Staatsbedienstete persönlich an den Profiten eines ausländischen Unternehmens interessiert sind, dann entstehen Bedingungen für die Umwandlung solcher sozialen Gruppen in eine Kompradorenbourgeoisie.

In den Ländern, wo die Regierung die Tätigkeit und den Einfluß des ausländischen Kapitals nicht einschränkt, wie z. B. in Kamerun, in der Elfenbeinküste, in Gabun, Madagaskar, Liberia usw., begünstigen die Bedingungen ein rasches Wachstum der Bourgeoisie. Man findet in diesen Ländern eine Interessengemeinschaft, welche die neue Bourgeoisie, die feudalen Großgrundbesitzer und die traditionellen Stammeshäuptlinge einschließt. Sie alle sind sich darüber im klaren, daß ihre Privilegien einzig und allein in einer kapitalistischen Gesellschaft erhalten werden können. Die imperialistischen und neokolonialistischen Mächte sind ebenfalls an einer solchen Entwicklung in diesen Ländern interessiert. In einigen Ländern der Dritten Welt hat der Einfluß dieser Mächte einen Kapitalismuß mit neokolonialistischem Charakter hervorgebracht, der weniger an der Verwirklichung der nationalen Ziele als an der Verfolgung fremder Ziele interessiert ist. Das Bündnis der traditionellen Kräfte mit der Bourgeoisie erleichtert die neokolonialistische Durchdringung.

Die konservativen sozialen Kräfte können die Wahl eines kapitalistischen Weges zur Entwicklung wesentlich beeinflussen. Es wäre jedoch eine Übervereinfachung, zu glauben, daß die reaktionären Regierungen in der Dritten Welt im Sold des Auslandskapitals und der großen Monopole stehen und daß sie ihren nationalen Charakter vollständig verloren haben. Faktisch haben selbst die reaktionärsten Regierungen einige Verbindungen mit bestimmten Gruppen der lokalen Bevölkerung aufrechterhalten. Außerdem vertritt das herrschende Establishment die Interessen einiger dieser Gruppen. Die sozial-politische Grundlage, auf die sich ein solches Establishment bei der Ausübung der Macht stützt, kann von Fall zu Fall eine andere sein. Manchmal vertritt die herrschende Gruppe die Interessen der neu entstandenen Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer, manchmal die Bestrebungen der handeltreibenden Bourgeoisie und der unteren Mittelschichten, und manchmal gibt es ein eigenes Bündnis zwischen der Bourgeoisie und den Stammeshäuptlingen.

Eine Regierung, die bloß die Unterstützung einer kleinen sozialen Gruppe genießt, muß in eine Diktatur ausarten, die sogar sehr oft ihre Kontrolle auf die privilegierten Klassen ausdehnt. Eine Diktatur, die sich ausschließlich auf den Verwaltungsapparat stützt, betont aus propagandistischen Gründen immer ihren nationalen Charakter. Bei der Anstrebung der absoluten Macht verwendet sie radikale Losungen und vernichtet auf ihrem Wege die alten Formen der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen. Damit ebnet sie den Weg für die kapitalistische Entwicklung und verschärft manchmal ihren Konflikt mit einigen ihrer sozialen Gruppen, die früher einmal ihre Hauptstützen gewesen sind. In der Mehrzahl der Länder der Dritten Welt ist die Ausübung der Macht gewöhnlich eine Frage der Konkurrenz zwischen verschiedenen Gruppen und Fraktionen, die Stammes-, Berufs-, Religions- oder politische Solidarität zum Ausdruck bringen. An der Spitze jeder Gruppe steht gewöhnlich ein Vertreter der privilegierten Klassen. Am unteren Ende der Pyramide findet man die landwirtschaftlichen Gemeinschaften, Arbeitervereinigungen usw.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß es solchen Gruppen nur selten gelungen ist, aus eigenen Kräften die Macht zu übernehmen. Gewöhnlich war es notwendig, Bündnisse mit anderen Stammesgruppen zu schließen. Unter Bedingungen wachsender innerer Konflikte zwischen sozialen Gruppen, Stämmen und Religionsgemeinschaften schützen solche Bündnisse die Regierung. Die reaktionären herrschenden Gruppen haben sehr begrenzte Möglichkeiten, die soziale Grundlage zu erweitern, auf die sich ihre Verwaltung stützt. Viele Regierungen bleiben nur wegen der Apathie der Bevölkerung, wegen der Desorganisierung der Gesellschaft, des Mangels an Oppositionsparteien oder namhaften Führern, die auf einem niedrigen Niveau der Entwicklung eine wichtige Rolle in den Gesellschaften spielen, an der Macht. Diese Regierungen versuchen, die wirtschaftlichen Funktionen des Staates einzuschränken und hindern dadurch die Schaffung einer wirtschaftlichen Grundlage, auf der sie selbst gedeihen können. In den Ländern, die den kapitalistischen Weg der Entwicklung gewählt haben, wurden diese herrschenden Gruppen in der Regel auf empirischer Basis gebildet. Sie sind das Spiegelbild der inneren sozialen Widersprüche und des Grads der neokolonialistischen Abhängigkeit.

Trotz aller dieser Tatsachen stellt der Kapitalismus für die Länder der Dritten Welt ein fortgeschrittenes System dar. Aber die politischen Ziele der Bourgeoisie, die ihren Ausdruck in der Wirtschaftspolitik und in der offiziellen Ideologie finden, sind reaktionär. In der Dritten Welt sind die Vertreter der Bourgeoisie in der

Regel gegen radikale wirtschaftliche und soziale Reformen, weil solche Reformen letzten Endes ihre Interessen gegenteilig beeinflussen. Die nationale Bourgeoisie engt als Klasse aus eigenem Ermessen ihre eigene Position ein. Die Erfahrung vieler Länder zeigt, daß die Bourgeoisie außerstande ist, führend in den Prozeß der Veränderung einzugreifen. Dies erklärt, warum sich überall sozialistische Tendenzen entwickeln.

Wenn man den von vielen Ländern der Dritten Welt erreichten Entwicklungsgrad untersucht, kann man nur zu dem Schluß kommen, daß bei der Mehrheit keine Bedingungen für die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse bestehen. Als System verläßt der Kapitalismus den historischen Schauplatz. Seine Entwicklung in Asien und Afrika ist zu spät gekommen. Bei dem in der Welt herrschenden Mächtegleichgewicht sind seine Aussichten in dieser Region nicht rosig.

Die Perspektiven des Übergangs zum Sozialismus

In dem bestehenden Weltsystem der Kräfte ist eine nichtkapitalistische Entwicklung nur mit der Unterstützung der sozialistischen Staaten möglich. Dies beweist die Erfahrung von Staaten, die diesen Weg der Entwicklung gewählt haben. Diese Unterstützung ist nach dem Zweiten Weltkrieg ein praktisches Unternehmen geworden. Die Wahl eines nichtkapitalistischen Weges zur Entwicklung und beschleunigstes Wachstum steht nur einigen Staaten offen, insbesondere jenen, wo sich noch keine bestimmten sozialen Klassen herausgebildet haben, wo die Bourgeoisie noch nicht als Klasse in Erscheinung getreten ist und nicht die dominierende Kraft in der Ausübung der politischen Macht, der Organisierung und Leitung der Produktion usw. darstellt. Dies sind die Voraussetzungen.

Wie sehen die besonderen Merkmale der Reform bei Staaten aus, die den nichtkapitalistischen Weg zur Entwicklung genommen haben? Alle Länder der Dritten Welt versuchen, die Rolle des staatlichen Sektors in ihrer nationalen Wirtschaft zu vergrößern. Solche Reformen können daher nicht als Merkmal einer gegebenen Wirtschaftsstrategie angesehen werden. In den Entwicklungsländern hat aber die Verbreiterung der wirtschaftlichen Grundlage und insbesondere der Industrie im staatlichen Sektor wichtige soziale Auswirkungen, die in dem dynamischen Wachstum der Arbeiterklasse und einem gleichzeitigen langsamen Anstieg der Bourgeoisie zum Ausdruck kommt. Außerdem führen die Aktivitäten auf dem staatlichen Sektor zur Einführung organisatorischer und Managermethoden, die für die sozialistische Wirtschaft typisch sind, wie die Planung, die Akkumulation usw. Unter solchen Bedingungen ist die Entwicklung des staatlichen Sektors nicht nur für die nichtkapitalistische Entwicklungsform allein ein charakteristisches Merkmal, sondern auch ein unerläßliches Element einer derartigen Entwicklung.

Genossenschaften sind eine Organisationsform der Produktion und Verteilung, die besonders populär ist. Ihre Entwicklung wird begünstigt durch die vorherrschende Position stammeswirtschaftlicher Gemeinschaften in bestimmten Gebieten wie auch durch die Tradition gemeinsamer Unternehmen und der gemeinsamen Verteilung der hergestellten Güter. In vielen Ländern der Dritten Welt ist die Produktion ein kollektives Unternehmen, was die Errichtung verschiedener Genossenschaftsformen erleichtert. Es ist zwar richtig, daß in den meisten Ländern die Genossenschaften am besten im Gewerbesektor gedeihen, doch Genossenschaften auf dem Produktionssektor haben auch gute Aussichten. Von beträchtlicher Bedeutung ist schließlich die Möglichkeit des Einsatzes des unge-

heuren sozialen Arbeitspotentials, insbesondere auf dem Gebiet einfacher Investitionsprojekte für die Infrastruktur, öffentliche Versorgungsbetriebe usw. In dem in der Welt bestehenden Kräftesystem kann kein Land den Sozialismus isoliert vom sozialistischen Weltsystem aufbauen.

In den Ländern, die sich auf dem nichtkapitalistischen Weg entwickeln, entstehen verschiedene wirtschaftliche Formen, und zwar vorkapitalistische und auch sozialistische. Dies erklärt, warum der allmähliche Übergang von einer nationalen demokratischen Revolution zu einer sozialistischen in der Praxis das Wachstum sozialistischer Elemente im Prozeß des Kampfes zwischen dem staatlichen Sektor und den Genossenschaften einerseits und den patriarchalischen und feudalen Tendenzen andererseits wie auch gegen den Einfluß des heimischen und ausländischen Kapitals einschließt. Im Kampf gegen diese Tendenzen ist die Politik des Staates, der eine nichtkapitalistische Strategie durchführt, von grundlegender Bedeutung.

Wenn der Staat den Kampf gewinnen will, muß er sich das Recht vorbehalten, ausländisches Kapital zu verstaatlichen, und dieses Recht in Anspruch nehmen, wann immer es dem Zweck eines beschleunigten Wirtschaftswachstums dient. Der nichtkapitalistische Weg führt über allmähliche Umwandlungen, welche die notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft schaffen. Der Prozeß beginnt oben bei den Umwandlungen im Überbau und bei der Einrichtung eines politischen Systems, das den Sieg der sozialistischen Elemente auf dem Gebiet der Produktion und der sozialen Beziehungen garantiert, wobei in diesem Prozeß die internationalistische Hilfe der sozialistischen Staaten zunehmend ins Gewicht fällt. Bürgerliche Theoretiker sind entschieden gegen das Programm einer nichtkapitalistischen Entwicklung. Einige von ihnen argumentieren, daß die Wachstumsrate der Länder, die diesen Weg beschritten haben, wie z. B. Burma, Algerien, Tansania, Kongo-Brazzaville usw., im allgemeinen geringer ist als die Wachstumsrate in den Ländern mit einer kapitalistischen Strategie, wie der Elfenbeinküste, Mexiko, Thailand usw. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die Wirtschaftssituation in vielen jener Länder viel ernster ist als in den Staaten, die sich nach einem kapitalistischen Entwicklungsmodell ausrichten. Sie schließen, daß bei den bestehenden Bedingungen das sozialistische Programm versagt und als Entwicklungsstrategie für die Länder der Dritten Welt nutzlos ist.

In Wirklichkeit lassen sich die Unterschiede der Wirtschaftswachstumsraten mit verschiedenen Gründen erklären, und sie haben sehr wenig gemein mit der Wahl des Entwicklungsweges. So war zum Beispiel in Algerien die niedrige Wachstumsrate der Industrieproduktion das Ergebnis des langjährigen nationalen Befreiungskampfes, der große Lücken in der Zahl der einheimischen geschulten Kräfte hinterließ, die imstande gewesen wären, Funktionen in der Betriebsführung zu übernehmen. Andererseits gibt es eine einfache Erklärung für die Errungenschaften der Elfenbeinküste und anderer ähnlicher Länder. Es gab dort eine allgemein entwickelte Produktionsbasis, eine hochentwickelte Infrastruktur und reiche Lager an Bodenschätzen. Die Zunahme des Bruttonationalprodukts stützte sich in den letzten zwei Jahren auf die rasche Zunahme ausländischer Investitionen, was zu einer weiteren Unterordnung dieser Länder unter das Auslandskapital führte.

In diesen Ländern entwickelte sich die Bergbauindustrie in besonders raschem Tempo, während sich andere Industriezweige sehr langsam ausbreiteten. Da der Bergbau in den Händen ausländischer Monopole ist, bedeutet der industrielle Fortschritt mehr ausländischen Einfluß.

Wenn wir daher die Antwort auf die Frage finden wollen, ob der kapitalistische oder nichtkapitalistische Weg ein rascheres Wirtschaftswachstum garantiert, müssen wir einen ganzen Komplex von Faktoren und nicht nur die Wachstumsrate des Nationaleinkommens berücksichtigen. Man muß folgenden Faktoren Rechnung tragen: Stärkung der Volkswirtschaft, Schwächung der ausländischen Einflüsse, soziale Veränderungen bei der Bevölkerung, Lösung nationaler Probleme, Entwicklung von Unterricht, Kultur, Wissenschaft usw. Schließlich kann die Wachstumsrate des Nationaleinkommens nicht isoliert von den objektiven Entwicklungsbedingungen gesehen werden, die in jedem Lande vorherrschen.

Die Länder, welche den nichtkapitalistischen Weg zur Entwicklung gewählt haben, werden der sozialistischen Gemeinschaft der Nationen näherrücken und letzten Endes vollwertige Mitglieder werden. Dieser Prozeß wird eine ganze historische Periode in Anspruch nehmen, in der die materiellen, technischen, sozialen und politischen Voraussetzungen für den endgültigen Sieg des Sozialismus geschaffen werden müssen.

Die Entwicklung der Wirtschaftsbasis führt zu Umwandlungen in der Sozialstruktur. Dies erklärt, warum trotz des Umstandes, daß die führende Kraft in den meisten nationalen Befreiungsrevolutionen das Kleinbürgertum unter Führung revolutionärer Demokraten war, die weitere Entwicklung des nichtkapitalistischen Systems immer Siege des linken Flügels der antiimperialistischen Bewegung mit sich brachte, die von der Bevölkerung und in erster Linie von der Arbeiterklasse und den Bauern unterstützt wurde.

Die Länder, die den nichtkapitalistischen Weg gewählt haben, erwecken natürlich das Interesse der Theoretiker und Politiker. Manche vertreten die Auffassung, daß diese Länder sozialistisch sind. Andere bezweifeln den sozialistischen Charakter dieser Staaten und erklären, daß sie in Wirklichkeit den Staatskapitalismus ausbauen. Beide Auffassungen sind widersprüchlich und unrichtig. Der namhafte sowjetische Gelehrte und Leiter des Afrika-Instituts der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, V. G. Solodownikow, hat in seinem in „Sprawy Miedzynarodowa", 1970, Nr. 1, veröffentlichten Artikel „Einige Merkmale der nichtkapitalistischen Entwicklung in Afrika" mit Recht hervorgehoben, daß die Anerkennung des sozialistischen Charakters dieser Staaten gleichbedeutend wäre mit dem Eingeständnis, daß sozialistische Revolutionen und nationale Befreiungsrevolutionen das gleiche sind. Dies würde seinerseits bedeuten, daß die das Kleinbürgertum vertretenden Parteien den Kampf für den Sieg des Sozialismus führen können, denn fast alle nationalen Befreiungsbewegungen werden von solchen Parteien geführt. Diese Einschätzung schließt auch ein, daß der Sieg des Sozialismus in einem Lande möglich ist, das auf einem sehr niedrigen Entwicklungsniveau verbleibt, eine archaische wirtschaftliche und soziale Struktur hat, über keine moderne Industrie verfügt und weder Bürgertum noch Proletariat hat. Dies glaubte Kwame Nkrumah. Er vertrat die Auffassung, daß das sozialistische System in Afrika früher siegen werde als in vielen hoch entwickelten Staaten.

Wenn wir aber den anderen Standpunkt als richtig anerkennen, daß die in diesen Ländern stattfindende Evolution dem Aufbau eines Staatskapitalismus gleichkommt, dann würde dies bedeuten, daß wir die revolutionäre Perspektive der Entwicklung solcher Staaten verwerfen und die Theorie anerkennen, daß sie erst nach Ablauf aller Stadien der kapitalistischen Entwicklung für den Aufbau des Sozialismus reif sein werden. Diese Auffassung ist nicht nur mit dem Marxismus unvereinbar, sondern auch mit der Erfahrung der asiatischen Republiken der Sowjetunion, der Mongolei und anderer Staaten.

Die einzige mit der historischen Erfahrung vereinbare Erkenntnis ist die der zum Sozialismus führenden nichtkapitalistischen Entwicklung. Es ist wohl bekannt, daß sich verschiedene Gesellschaften auf verschiedene Weise entwickeln und sehr oft bestimmte wirtschaftliche und soziale Gliederungen vermieden haben. So ging zum Beispiel die Mehrheit der europäischen Länder unter Überspringung des Systems der Sklaverei von der primitiven Gemeinschaft unmittelbar zum Feudalismus über. Wir kennen auch Gesellschaften, die in ihrem Entwicklungsprozeß keinen Feudalismus kennen.

Die Geschichte hat bewiesen, daß der Sozialismus bei Umgehung des kapitalistischen Stadiums oder durch Unterbrechung der weiteren Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufgebaut werden kann. Der nichtkapitalistische Weg zur Entwicklung spielt in den Ländern der Dritten Welt die Rolle eines Übergangsstadiums. W. I. Lenin leistete mit der Erarbeitung der Theorie eines nichtkapitalistischen Wachstums einen erheblichen Beitrag. Er setzte den Marxismus in ein konkretes Aktionsprogramm um, das später in der Erfahrung des revolutionären Rußlands Ausdruck fand. Seine Lehren sind vollinhaltlich und erfolgreich verwirklicht worden. In weiten Gebieten der Sowjetunion wurde der Sozialismus von Gesellschaften errichtet, die sich auf einem niedrigen Entwicklungsniveau befanden. Einige asiatische Länder haben mit der Unterstützung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten wesentliche Erfolge auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus erzielt.

Im gegenwärtigen Entwicklungsstadium kommen die Unterschiede der Staaten, die den kapitalistischen oder nichtkapitalistischen Weg gewählt haben, in der Wirtschaftsbasis nicht stark zum Ausdruck. Man kann von Tendenzen der Schaffung sozialistischer Elemente in der Basis sprechen. In der Regel beginnen aber Umwandlungen im Überbau. Das politische System bleibt der Hauptfaktor. Er wird wahrscheinlich die Bedingungen für den Bau einer sozialistischen Basis garantieren. Dies erklärt den Widerspruch zwischen der Basis und dem Überbau in diesen Ländern. Der Widerspruch ist vorübergehender Natur, und seine Lösung hängt von dem Sieg der kapitalistischen oder sozialistischen Tendenzen ab.

Die Grenzlinie zwischen den beiden Ländergruppen ist sehr verschwommen. Weder die Entwicklung zum Kapitalismus noch die Entwicklung zum Sozialismus hat bisher ausreichend kennzeichnende Veränderungen in der Basis und im Überbau hervorgerufen, die den Ausgang des Kampfes bestimmen könnten. Der Unterschied muß daher mit Vorsicht behandelt werden. Der historische Prozeß ist lang und ausgefüllt mit drastischen Veränderungen. Dies läßt sich anhand vieler Beispiele beweisen. Staaten, die ursprünglich eine sozialistische Strategie gewählt hatten, wie zum Beispiel Indonesien oder Ghana, waren der Schauplatz reaktionärer Staatsstreiche, denen eine Annäherung an die imperialistischen Mächte folgte. Ägypten, Syrien, Kongo-Brazzaville und andere Staaten, die anfangs den kapitalistischen Weg zur Entwicklung gewählt hatten, haben später unter dem Einfluß sich ausbreitender reifender revolutionärer Ideen den Kurs geändert.

Ähnliche Drehungen und Wendungen werden wahrscheinlich auch in der Zukunft vorkommen. Ihre Richtung wird von dem Grad der Umwandlungen in der Basis und im Überbau, vom Ausmaß der Massenunterstützung für ein gegebenes Programm abhängen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es viel schwieriger sein wird, die Entwicklungsrichtung in einem Staat zu ändern, in dem der Prozeß der sozialen und wirtschaftlichen Umwandlung sehr weit vorgeschritten ist, als in Staaten, wo die Veränderungen ganz oberflächlicher Natur sind.

In dem oben erwähnten Artikel schreibt der namhafte sowjetische Gelehrte V. G. Solodownikow: „In Ländern mit einer sozialistischen Orientierung sollten soziale, politische und wirtschaftliche Änderungen dem ausschlaggebenden Ziel des verstaatlichten Wirtschaftssektors untergeordnet werden, der im Laufe der Zeit die Hauptstütze des Sieges des sozialistischen Systems werden sollte. In der Regel schreiben die betreffenden Länder diesem Sektor die entscheidende Rolle in der Wirtschafts- und Sozialstruktur zu und erachten ihn als die Grundlage des künftigen sozialen Systems. Sie unterstützen die Genossenschaftsbewegung der Bauern, führen demokratische Reformen im Interesse der Werktätigen durch und verfolgen langfristige Ziele der vollständigen Beseitigung des Kapitalismus und der Ausbeutung. Sie sehen im nationalen kapitalistischen Sektor und im Sektor des Auslandskapitals eine vorübergehende Erscheinung, die im Anschluß an die Entwicklung und Stärkung des antimonopolistischen Staatssektors bedingt werden wird. Die sozialistisch orientierten Länder stützen sich in ihrer Außenpolitik und Außenhandelstätigkeit in zunehmendem Maße auf die sozialistischen Staaten. In Fragen wie dem Kampf gegen den Imperialismus, Neokolonialismus und Kolonialismus, im Kampf für die allgemeine Abrüstung, die Erhaltung des Friedens, die Beseitigung ausländischer Militärstützpunkte ist die Position der Staaten, die den sozialistischen Entwicklungsweg gewählt haben, und die der sozialistischen Staaten sehr oft die gleiche."

In vielen Ländern der Dritten Welt stand das Kleinbürgertum an der Spitze der nationalen Befreiungsbewegung. Die führende Rolle spielten revolutionäre und demokratische Kräfte. Die Wahl eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges bedeutet einen Sieg des linken Flügels der antiimperialistischen Strömung. Die in diesen Ländern herrschenden politischen Parteien setzen sich für Programme ein, die unter den gegebenen Umständen auch von Marxisten vertreten werden können. Dies ist von besonderer Bedeutung, weil es in der Mehrzahl dieser Länder noch keine Arbeiterparteien oder starke marxistische Bewegungen gibt. Diese Lage der Dinge stellt einen Faktor dar, der die nationalen Befreiungsbewegungen nahe an die internationale kommunistische Bewegung heranführt.

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Insgesamt sind die Meldungen über die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten nicht allzu optimistisch gewesen. Die Arbeitslosenzahlen halten sich auf einem hohen Niveau, die Wachstumsraten von Industrieproduktion und Bruttosozialprodukt sind, verglichen mit bisherigen „Aufschwüngen", eher bescheiden zu nennen.

Einzig von der „Preisfront" kommen durchweg „Erfolgsmeldungen". Die Steigerungsraten der Lebenshaltungskosten sinken in den letzten Monaten fast kontinuierlich. Nach ersten Meldungen aus den Bundesländern ist die Preissteigerungsrate für die gesamte Lebenshaltung im Oktober sogar unter 4 % gesunken, der niedrigste Wert seit 6 Jahren.

Index der Lebenshaltung 1976 für alle Haushalte

	Gesamtindex in % gegenüber		Ohne Saisonwaren [1]) in % gegenüber	
	Vorjahresmonat	Vormonat	Vorjahresmonat	Vormonat
Januar	+ 5,3	+ 0,8	+ 4,9	+ 0,4
Februar	+ 5,5	+ 0,7	+ 4,7	+ 0,4
März	+ 5,4	+ 0,4	+ 4,5	+ 0,3
April	+ 5,2	+ 0,6	+ 4,4	+ 0,4
Mai	+ 5,0	+ 0,4	+ 4,4	+ 0,3
Juni	+ 4,5	+ 0,3	+ 4,0	+ 0,1
Juli	+ 4,1	— 0,4	+ 3,8	+ 0,1
August	+ 4,6	+ 0,4	+ 3,9	+ 0,4
September	+ 4,0	0,0	+ 3,7	+ 0,3

1) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Eier, Frischfleisch, Blumen, Kohle und Heizöl.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 9/1976, S. 584; Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Reihe 6, Eilbericht September 1976.

Es scheint also, als sei es gelungen, im Kampf gegen die Inflation wesentliche Erfolge zu erzielen.

Zwar rechnen selbst die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem „Herbstgutachten" mit keiner weiteren Senkung der Inflationsrate — im Gegensatz z. B. zum Vorstandsvorsitzenden der Westdeutschen Landesbank, Poullain, der, wie die Bundesbank, eine „3 vor dem Komma" im Jahre 1977 und eine weitere Senkung in den folgenden Jahren für möglich hält.

Aber diese Art „Optimismus" zielt einzig und allein auf die Lohnpolitik. Denn allein die bereits beschlossenen Erhöhungen einiger Verbrauchssteuern werden den Index 1977 um 0,5 % steigern. Das „Herbstgutachten" erwartet für 1977 eine Preissteigerungsrate von 4,5 %, bei einer leichten Beschleunigung gegenüber der gegenwärtigen Situation.

Das ist zwar noch lange keine Preisstabilität und verglichen mit den Sechziger Jahren eine geradezu rasante Geldentwertung. Aber im internationalen Vergleich liegt die Bunresrepublik damit — wie die Bundesregierung nicht müde wird zu betonen — sehr günstig.

Nun muß dabei zunächst im Auge behalten werden, daß die DM in den letzten Jahren ständig aufgewertet wurde. Im September 1976 war ihr Kurs gegenüber den übrigen EG-Währungen im Jahresvergleich um 14,7 % gestiegen. Das bedeutet: die Importe werden relativ billiger, die Exporte relativ teurer. Es wird „Preistabilität" importiert und Inflation exportiert. Die Tatsache, daß die bundesdeutschen Importfirmen die Verbilligung ihrer Waren nicht voll weitergeben, steht dabei auf einem anderen Blatt. Wichtig ist hier nur, daß die BRD durch die Aufwertung die Inflationsrate teilweise ins Ausland verschieben konnte.

Das erklärt zwar teilweise die günstige Position im internationalen Vergleich, nicht aber die scheinbar rasche Verminderung der Preissteigerungsraten der letzten Monate. Diese statistisch ausgewiesene Entwicklung widerspricht den Erfahrungen, die der Verbraucher beim Einkauf der Güter des täglichen Bedarfs macht. Da scheint es dann eher, als ob die Preise immer schneller steigen (s. Tabelle auf S. 1310).

Das Gefühl „alles wird teurer" trügt also nicht. Die Preissteigerungen im Jahresvergleich betreffen jedoch besonders stark die Güter des täglichen Verbrauchs, den sogenannten „starren Bedarf".

Preissteigerungen nach Dauerhaftigkeit der Güter

	August 1976 gegenüber August 1975, in %
Verbrauchsgüter	+ 5,6
Dienstleistungen und Wohnungsnutzung	+ 4,6
Langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter	+ 2,9

Quelle: Ebd., S. 9.

Preise ausgewählter Warengruppen

	August 1976 gegenüber August 1975, in %
Nahrungsmittel	+ 6,0
darunter:	
Fleisch und Fleischwaren	+ 6,4
Eier	+ 14,1
Kartoffeln	+ 87,6
Frischgemüse	+ 40,3
Bohnenkaffee	+ 19,7
Wohnungsmiete	+ 4,5
darunter:	
Altbauwohnungen	+ 5,1
Sozialer Wohnungsbau	+ 4,6
Wasserverbrauch	+ 11,9
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	+ 6,2
Wäscherei, Reinigung	+ 7,2
Kraftstoffe	+ 10,3
örtliche Verkehrsmittel	+ 10,9
Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	+ 7,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Reihe 6, August 1976, S. 10/11.

Dagegen sind Bekleidung, Schuhe, Haushaltswäsche, Haushaltsgeräte, Möbel usw. im Jahresvergleich nur vergleichsweise wenig teurer geworden. Solche dauerhaften Anschaffungen aber werden nur relativ selten getätigt, sie belasten das Portemonnaie nicht ständig. Zudem werden sich Haushalte hier je nach Einkommen sehr unterschiedlich verhalten. In den oberen Einkommensgruppen wird anteilig mehr für langlebige Konsumgüter ausgegeben, die Neigung zur Erneuerung von Haushaltsgeräten, PKW, Möbeln usw. ist größer als bei Haushalten mit niedrigem Einkommen.

In welchem Maße die Verbraucher unter den Preissteigerungen leiden, ist also stark von ihrer Verbrauchsstruktur abhängig, d. h. wieviel sie anteilig jeweils für Güter des täglichen Bedarfs mit gegenwärtig hohen Preissteigerungsraten und für langlebige Konsumgüter mit relativ niedrigen Preissteigerungsraten ausgeben.

Der hier verwendete Lebenshaltungsindex für alle Haushalte basiert auf der Verbrauchsstruktur von Haushalten, die im Jahre 1970 monatlich 1294,— DM für ihre Lebenshaltung ausgaben.

Damit entsprechen die Modellhaushalte zwar in etwa dem statistischen Durchschnitt. Der statistische Durchschnitt aber verschleiert oft mehr als er klarstellt. Denn 1970 hatten nach einer Erhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die Hälfte aller Haushalte ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1203,— DM. Die Hälfte aller Arbeiterhaushalte verdiente weniger als 1273,— DM. Das heißt aber, daß die dem allgemeinen Lebenshaltungskostenindex zugrundegelegte Verbrauchsstruktur für die Mehrheit der Haushalte nicht gilt. Daraus muß geschlossen werden, daß die Mehrheit der Bevölkerung — vor allem Rentner, Arbeitslose, Arbeiter, Studenten — gegenwärtig unter weit höheren Preissteigerungsraten zu leiden hat, als es der offizielle Index für alle Haushalte angibt.

Darüber hinaus aber sind die außergewöhnlich niedrigen Preissteigerungsraten für die Lebenshaltung in den letzten Monaten auch Ergebnis einer rechnerischen Sonderentwicklung. So stellen wir fest, daß die in der ersten Tabelle aufgeführten Preissteigerungsraten ohne Saisonwaren zwar unter dem Gesamtdurchschnitt liegen, sich aber seit März/April d. J. nur wenig verringert haben. Im Monatsvergleich steigen sie relativ gleichmäßig, während der Index der gesamten Lebenshaltungskosten — unter dem Eindruck von Saisonschwankungen — im Monatsdurchschnitt teilweise sogar zurückgegangen ist. Hier wirkt sich die saisonbedingte Verbilligung von Obst, Gemüse usw. aus.

So ging z. B. der Index der ausgesprochenen Saisonwaren im September gegenüber dem Vormonat um 4,7 % zurück, lag aber trotzdem um 8,2 % über dem Vorjahresstand. Die

Saisonwaren sind bis zur Jahresmitte in ihren Preisen stark gestiegen, weit schneller als in den Vorjahren. Im gesamten Lebenshaltungsindex hat sich das nur wenig niedergeschlagen, weil die Preise vor allem der industriellen Verbrauchsgüter in diesem Zeitraum — unter dem Eindruck der Krise — nur wenig angehoben wurden. Der überproportionale Anstieg der meist saisonabhängigen Lebensmittelpreise wurde also durch die langsame Entwicklung der Industriepreise teilweise kompensiert.

Inzwischen aber ist eine Reaktion auf die hochgetriebenen Preise der Saisongüter eingetreten, die nicht überraschen kann. Denn da sie im Vergleich zum Vorjahr besonders rasch gestiegen waren, muß auch der saisonbedingte Preisverfall stärker sein als im Vorjahr. Das heißt aber, daß der Preisabstand im Jahresvergleich zurückgeht, obwohl das Niveau der Preise insgesamt deutlich höher ist.

Ein Beispiel: Kartoffeln sind inzwischen fast zum Spekulationsobjekt geworden. Bei derartig hohen Preisen ist aber zur Zeit der Kartoffelernte ein rascher Preisverfall nur normal. Gegenüber Zeiten „normaler" Kartoffelpreise wird der saisonbedingte Verfall relativ stärker sein, auch wenn das Niveau immer noch höher ist. Bei insgesamt niedrigen Preisen wirken sich Saisonschwankungen einfach weniger stark aus als bei hohen Preisen. Im Jahresvergleich sieht das dann allerdings so aus, als ob die Preissteigerungsraten in dieser Zeit zurückgehen.

Dieser rein rechnerische „Basiseffekt" täuscht also eine kräftige Verringerung der Preissteigerungsraten für Saisonwaren vor, obwohl das die nur natürliche, saisonbedingte Reaktion auf die überrpoportionalen Erhöhungen im ersten Halbjahr ist. Das drückt sich dann auch im Gesamtindex aus.

Das heißt, die im Herbst ausgewiesene Preisberuhigung ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß vor allem die saisonabhängigen Lebensmittel in ihren Preisen stärker schwanken als im Vorjahr, auf allerdings viel höherem Niveau.

Die industriellen Erzeugerpreise dagegen, die mit einiger Zeitverzögerung auch den Lebenshaltungsindex beeinflussen, steigen inzwischen schneller als dieser.

Erzeugerpreise industrieller Produkte 1976

	Vorjahresmonat	*Vormonat*
Januar	+ 2,2	+ 0,9
Februar	+ 2,7	+ 0,7
März	+ 3,2	+ 0,4
April	+ 3,5	+ 0,8
Mai	+ 3,8	+ 0,4
Juni	+ 4,1	+ 0,3
Juli	+ 4,6	+ 0,5
August	+ 4,7	+ 0,2
September	+ 4,6	+ 0,2

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", ebd. S. 584.

Auch haben sie ihr Steigerungstempo bis zur Jahresmitte ständig vergrößert. Die aufwertungsbedingte Verbilligung der Importwaren mag hier zwar dämpfend wirken — auch wird die erleichterte Importkonkurrenz Druck ausüben — eine Preisberuhigung auf längere Sicht wird dadurch jedoch nicht bewirkt werden. Denn die ausländischen Preiserhöhungen werden den Aufwertungseffekt in absehbarer Zeit wieder verringern. So deutet denn nichts darauf hin, daß sich die gegenwärtige relative Preisberuhigung fortsetzen wird. Es ist eher damit zu rechnen, daß, wenn die saisonbedingte Preissenkungen für einige Lebensmittel (Preissenkungen nur im Monatsvergleich!) vorbei sind, wieder eine „Normalisierung" im schlechten Sinne eintreten wird.

Jörg Goldberg

Medienkritik

HOLLYWOOD FÜR INTELLEKTUELLE

Zu Hark Bohms Film
„Nordsee ist Mordsee"
(Filmverlag der Autoren, 1975)

Der Film erzählt den zum Scheitern verurteilten Versuch zweier schulpflichtiger Jugendlicher, aus ihrer gewohnten und verabscheuten Umgebung auszubrechen. Die Motive, die sie dazu bringen, scheint der Film zunächst durch eine präzise Milieukritik belegen zu wollen. Jargon und Verhaltensweisen einer Gruppe von Jugendlichen, deren Freizeitbeschäftigungen trostlos und deren Eltern brutal sind, werden gezeigt — die Schule bleibt dabei ausgeklammert. Innerhalb der Gruppe haben die beiden späteren Protagonisten Uwe und Dschingis schon ihre Rollen: Uwe ist der Anführer, der in kleinen Mutproben wie Automatenknacken seinen Autoritätsanspruch beweisen muß, Dschingis ist der von außen kommende Herausforderer.

In dem Augenblick, in dem diese beiden in den Mittelpunkt der Handlung rücken, wird die Differenziertheit der analysierenden Darstellung aufgegeben. Plakativ war schon die Schilderung der Familienverhältnisse der beiden — bei Uwe der brutal prügelnde Vater, bei Dschingis, dessen Familie als ausländische Randexistenz sowieso Diskriminierungen ausgesetzt ist, die ängstlich trotzdem eine Fassade der Wohlanständigkeit verteidigende Mutter. Für die Gruppe ist Dschingis, der Ausländer, zusätzlich auch noch dadurch eine Herausforderung, daß er, im Gegensatz zu ihnen, etwas macht. Er baut ein Floß, das ihm die anderen nach dem Stapellauf kurz und kleinschlagen. Bei der anschließenden Schlägerei prügelt Dschingis, der *Außenseiter* Uwe, den *Anführer*, brutal nieder.

Jedoch, was im Falle des Vaters zum Ausbruch, zur Flucht motiviert — nämlich geschlagen und getreten zu werden —, führt hier dazu, daß die beiden Feinde nach erfolgter bedingungsloser Unterwerfung des einen zu Freunden werden, daß sich die ehemaligen Rivalen gegen den Rest der Welt verbünden. Nicht *Solidarität* entsteht aus dem Fallenlassen des Konkurrenzverhaltens, sondern *Geheimbündelei:* sie reparieren das Floß und fahren gemeinsam weg.

Waren vorher schon die Verhaltensweisen und Bedürfnisse zumindest bei Dschingis unklar geblieben (ist es nicht vielleicht nur das Fernweh des Heimatlosen, das ihn dazu bringt, auszubrechen?), so speist sich von nun an die Handlung völlig aus dem Klischeevorrat des Kommerzkinos, wobei schon die aus der totalen Unterwerfung entstehende irrationale Freundschaft trotz vielleicht möglicher psychologischer Erklärungen zunächst mal ein *Western-Mythos* ist.

Die den Rest des Films ausmachende, mit großem Aufwand und formalem Raffinement betriebene subtile *Heroisierung* der Irrfahrt der beiden Jungen läßt den Film schließlich völlig ins bittersüß *Beat-selige Träumen* abgleiten; das sichere schlechte und vor allem banale Ende wird vorsorglich ausgespart.

Aber schon während des ganzen Films signalisieren die angewendeten filmischen Mittel den Verrat, der hier an den Interessen der Jugendlichen verübt wird, über die und für die der Film gemacht zu sein vorgibt: Das fängt an mit Anleihen aus dem miesesten Krimi-Schund (Hamburg, am Anfang, gefilmt wie Film-New-York in „Einsatz in Manhattan"), reicht über die Verlogenheit von Zigaretten-Werbung (Marlboro und die rennenden Pferde als Denunziation des Freiheitsbedürfnisses ökonomisch und kulturell unterdrückter Bevölkerungsschichten) bis hin zur Brutalität der Prügelszenen und ihrer reißerischen Abbildung. Da es sich um offenbar bewußte Zitate handelt, indizieren solche ästhetischen und inszenatorischen Elemente den Zynismus des intellektuellen Regisseurs, der seine Kinoerfahrungen nicht anders als naiv-reproduzierend verarbeiten kann, dessen kritischer Ansatz zum Pseudo-Realismus des Italo-Westerns und dessen Vorstellungen von der besseren Alternative zu Evasionsangeboten (ohne Happy-End, für Intellektuelle) à la Hollywood verkommen sind.

Günter Giesenfeld

Autoren dieses Heftes

BALL, Nicole, geb. 1943, Mitarbeiterin des Institute for the Study of International Organization der Universität von Sussex, Brighton, z. Z. Gast des Peace Studies Program der Cornell University in Ithaca, N. Y.; Veröffentlichungen zu Fragen der politischen Ökonomie der Entwicklungsländer. *** *WÜSTENHAGEN, Hans-Helmuth,* geb. 1924, früher wissenschaftlicher Mitarbeiter in der chemischen Industrie, seit 1973 Vorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. *** *RÖMER, Dr. Peter,* geb. 1936 in Kassel, Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg. *** *PROKOPCZUK, Jerzy,* Professor für internationale Angelegenheiten an der Universität Warschau. *** *BRZEZINSKI, Zbigniew,* geb. 1928 in Warschau, US-Politologe, seit 1962 Professor für öffentliches Recht und Regierungssysteme sowie Direktor des Research Institute on International Change an der Columbia University, seit 1960 Berater im State Department; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe ist ein Verzeichnis des Pahl-Rugenstein Verlags über Treue-Bücher zu günstigen Preisen für Abonnenten der „Blätter" beigeheftet, das wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen — desgleichen einen dieser Ausgabe beiliegenden Prospekt des „Argument"-Verlags.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Einundzwanzigster Jahrgang · 11/1976

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Oktober 1976

1. 10. — Naher Osten. Die sowjetische Regierung erneuert ihre Forderung nach Wiederaufnahme der Genfer Nahost-Friedenskonferenz unter Einschluß der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Ein entsprechender Vorschlag wird den Regierungen der USA, Ägyptens, Syriens, Jordaniens und Israels sowie der Führung der PLO zugeleitet.

— USA/UdSSR. Präsident Ford empfängt in Washington den anläßlich der UN-Generalversammlung in den USA weilenden sowjetischen Außenminister Gromyko. Das Weiße Haus veröffentlicht anschließend ein Kommuniqué, in dem es u. a. heißt: „Der Präsident und der Außenminister hatten konstruktive Unterredungen, in deren Verlauf sie den gegenwärtigen Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und insbesondere die Aussichten für ein SALT-Abkommen berieten." Gromyko teilt ergänzend mit, es sei auch „die komplexe Lage im Nahen Osten" erörtert worden, wobei „die legitimen Interessen aller, ich betone: aller Völker dieser Region in Betracht gezogen wurden".

3. 10.. — Bundestag. Bei der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag (Wahlbeteiligung 90,7 %) kann die Regierungskoalition von Sozialdemokraten und Freien Demokraten trotz Stimmenverlusten ihre parlamentarische Mehrheit behaupten; die CDU/CSU stellt nach einer Unterbrechung von vier Jahren wieder die stärkste Fraktion im

Bundestag. Der Bundeswahlleiter gibt am 20. 10. folgende Verteilung der Zweitstimmen auf die einzelnen Parteien bekannt: CDU/CSU 18 394 801 = 48,6 % (davon CSU 10,6 %) / SPD 16 099 019 = 42,6 % / FDP 2 995 085 = 7,9 % / NPD 122 661 = 0,3 % / DKP 118 581 = 0,3 %. Die übrigen Parteien bleiben unter 25 000 Stimmen. Zusammensetzung des neuen Bundestages: CDU/CSU 243 (davon CSU 53; 1972: 225, davon CSU 48), SPD 214 (230), FDP 39 (41) Mandate. Ebenfalls am 3. 10. bestimmt das Abgeordnetenhaus von Berlin (West) weitere 22 Abgeordnete (11 CDU, 10 SPD, 1 FDP) für den Bundestag, die jedoch kein volles Stimmrecht besitzen. Noch in der Wahlnacht erklären Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher, sie wollten die bisherige Zusammenarbeit in der Regierungskoalition fortsetzen (vgl. die Ergebnisse der Wahlen zum 7. Deutschen Bundestag vom 19. November 1972 in „Blätter", 1/1973, S. 101 ff.).

— Hessen. Unmittelbar nach Abschluß der Bundestagswahlen gibt Ministerpräsident Albert Oswald (SPD) seinen Rücktritt bekannt; Anlaß ist die öffentliche Kritik an der Person des Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender der Hessischen Landesbank. — Am 12. 10. wählt der Landtag den bisherigen SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner zum neuen Ministerpräsidenten. Börner erhält 57 Stimmen, für seinen Gegenkandidaten, den hessischen CDU-Landesvorsitzenden Alfred Dregger, werden 53 Stimmen abgegeben.

6. 10. — Thailand. Drei Jahre nach dem Sturz der Junta unter Marschall Kittikachorn (vgl. „Blätter", 10/1973, S. 1147) übernimmt das Militär erneut die Macht. An der Spitze eines „Nationalen Administrations-Reformrates" (NARC), dem 24 Offiziere angehören, steht der bisherige Verteidigungsminister (bis zum 30. 9. Oberkommandierender der Streitkräfte) Admiral Sa-Ngat Chaloryu. Der Militärrat setzt die Verfassung außer Kraft, verhängt das Kriegsrecht, löst die Nationalversammlung und das Kabinett von Ministerpräsident Pramoy auf und ordnet das Verbot politischer Parteien an. — Am 8. 10. wird Thanin Kraivichien (bisher Richter am Obersten Gerichtshof) zum Ministerpräsidenten ernannt.

7. 10. — Schweden. Der Reichstag wählt mit 174 gegen 160 Stimmen den Führer der Zentrumspartei, Thorbjörn Fälldin, zum neuen Ministerpräsidenten (Staatsminister). Fälldin führt ein Koalitionskabinett, bestehend aus Vertretern des Zentrums, der Liberalen und der Konservativen. Das Außenministerium übernimmt Karin Söder (Zentrum).

12. 10. — UNO. Generalsekretär Waldheim läßt in New York erklären, er stehe zur Wiederwahl für eine zweite Amtszeit zur Verfügung. Waldheim, dessen Mandat am 31. Dezember 1976 abläuft, verweist auf entsprechende Aufforderungen, die er in den letzten Wochen „von vielen Regierungen aus verschiedenen Gebieten der Welt" erhalten habe. — Am 18. 10. heißt es in einer Mitteilung der mexikanischen UN-Delegation, der am 1. Dezember 1976 aus dem Amt scheidende mexikanische Präsident Luis Echeverria sei ebenfalls zu einer Kandidatur bereits, falls sich die Regionalgruppen der Weltorganisation für einen Bewerber der Dritten Welt entscheiden sollten. — Am 21. 10. bestimmt die Generalversammlung fünf nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrates für die Jahre 1977/78. Es werden gewählt: Venezuela (mit 136 von 138 Stimmen), Mauritius (134), Indien (132), Kanada (126) und die Bundesrepublik (119); die Abstimmung ist geheim. Anfang 1974 scheiden Italien, Japan, Schweden, Tansania und Guyana aus dem Rat aus. — Am 22. 10. verlängert der Sicherheitsrat (mit 13 Stimmen) das Mandat der UN-Friedenstruppe auf der Halbinsel Sinai um ein Jahr bis zum 24. Oktober 1977. China und Libyen nehmen an der Abstimmung nicht teil.

17.—19. 10. — Libanon. Auf Einladung von König Chaled (Saudiarabien) konferieren in Riad die Staatschefs verschiedener arabischer Länder über die Beilegung des Bürgerkrieges im Libanon. Neben Chaled nehmen an dem Treffen die Präsidenten Sarkis (Libanon), Sadat (Ägypten), Assad (Syrien), Scheich Salim al-Sabah (Kuweit) sowie der PLO-Vorsitzende Arafat teil. Ergebnis der Beratungen ist ein Plan, der die Einstellung der Kampfhandlungen (Feuereinstellung 21. 10.) im Libanon und die Aufstellung einer arabischen Interventionsstreitmacht in Stärke von 30 000 Mann unter dem Oberbefehl von Präsident Sarkis vorsieht. — Am Rande der Konferenz vereinbaren Sadat und Assad die Normalisierung der seit Juni 1976 unterbrochenen

diplomatischen Beziehungen zwischen Ägypten und Syrien. — Vom 25.—26. 10. findet in Kairo eine „Gipfelkonferenz" der arabischen Staaten statt, auf der die Beschlüsse von Riad erörtert und gebilligt werden. Mahmud Riad, Generalsekretär der Arabischen Liga, erhält den Auftrag, Einzelheiten mit den Beteiligten zu vereinbaren.

18. 10. — E G / R G W. Im Rahmen einer Konferenz in Luxemburg behandeln die Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften die noch ausstehende Antwort auf den Vorschlag des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 16. Februar 1976 über eine Zusammenarbeit zwischen beiden Wirtschaftsgemeinschaften (vgl. „Blätter", 3/1976, S. 234 f.). Aus Konferenzkreisen verlautet, die Antwort sei noch nicht „entscheidungsreif".

19. 10. — S ü d a f r i k a. Die USA, Großbritannien und Frankreich verhindern im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durch ein Veto die Annahme einer Resolution, die ein weltweites Waffenembargo gegen Südafrika vorsieht, um die Regierung in Pretoria zur Aufgabe Namibias (Südwestafrika) zu veranlassen. Der Antrag war von Rumänien, Libyen, Tansania und Benin eingebracht sowie von der UdSSR, China und Schweden unterstützt worden. Italien und Japan hatten sich der Stimme enthalten. — Am 26. 10. wird in der Transkei, einem der „Heimatländer" (Homeland) die Unabhängigkeit proklamiert. Die einzige diplomatische Anerkennung erfolgt durch die Südafrikanische Union. In einer Resolution verurteilt die UN-Generalversammlung die „Unabhängigkeitserklärung der sogenannten Transkei" und fordert alle Regierungen auf, keine Kontakte zur Transkei oder irgendeinem anderen Homeland aufzunehmen. Die Vereinigten Staaten enthalten sich der Stimme.

21. 10. — C h i n a. In Peking wird die Ernennung von Hua Kuo-feng zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der KP Chinas und der Militärkommission des Zentralkomitees erstmals offiziell bestätigt. Zuvor hatten Wandzeitungen in verschiedenen Städten diese Nachricht verbreitet. Gleichzeitig heißt es, vier Mitglieder des Politbüros, darunter Tschiang Tsching, die Witwe Mao Tse-tungs, seien nach einem mißlungenen Putschversuch aus den Führungsgremien der Partei ausgeschlossen worden. In ganz China finden Massenkundgebungen statt, auf denen heftige Angriffe gegen die „Vierer-Bande" gerichtet werden. Auf einer Kundgebung vor dem „Tor des Himmlischen Friedens" in Peking teilt das Politbüro-Mitglied Wu Teh mit, Mao selbst habe Hua Kuo-feng zu seinem Nachfolger bestimmt und das Zentralkomitee habe am 7. 10. einen entsprechend Beschluß gefaßt.

25. 10. — U d S S R. Vor dem Zentralkomitee der KPdSU gibt Generalsekretär Breschnew einen Bericht über innen- und außenpolitische Fragen. Der Generalsekretär erklärt u. a., die Sowjetunion sei zu weiteren Abrüstungsvereinbarungen mit den Vereinigten Staaten bereit; eine Antwort der USA auf Vorschläge der UdSSR vom März 1976 stehe noch aus. Breschnew äußert sich auch zum Verhältnis zur Volksrepublik China: „Ich möchte betonen, daß nach unserer Meinung in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China keine Fragen bestehen, die nicht im Geiste guter Nachbarschaft zu lösen wären."

28. 10. — A f r i k a. Unter Vorsitz des britischen UN-Botschafters Ivor Richard beginnt im „Palais des Nations" die Genfer Rhodesien-Konferenz (vgl. „Blätter", 10/1976, S. 1085 f.). Teilnehmer sind der rhodesische Regierungschef Ian Smith sowie Ndabaningi Sithole, Joshua Nkomo, Robert Mugabe und Abel Muzorewa, die Führer der vier in Rhodesien (Zimbabwe) operierenden Befreiungsbewegungen. Tansania, Sambia, Botswana, Moçambique sowie die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) sind durch Beobachter vertreten.

29. 10. — D D R. Auf der konstituierenden Sitzung der am 17. 10. neugewählten Volkskammer (434 Abgeordnete) wird SED-Generalsekretär Erich Honecker zum Vorsitzenden des Staatsrates gewählt. Honecker löst Willi Stoph ab, der das Amt des Ministerpräsidenten (Vorsitzender des Ministerrates) übernimmt, das er schon bis Oktober 1973 (vgl. „Blätter", 11/1973, S. 1145) innehatte. Der bisherige Ministerpräsident Horst Sindermann wird Präsident der Volkskammer.

29.—31. 10. — F r a n k r e i c h / S p a n i e n. König Juan Carlos folgt einer Einladung von Präsident Giscard d'Estaing zu einem Staatsbesuch nach Frankreich. In Paris heißt es, Juan Carlos habe vor allem den Wunsch Spaniens nach Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften zum Ausdruck gebracht.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zur Lage an den Hochschulen zu Beginn des Wintersemesters 1976/77

(Wortlaut)

Mit der Verabschiedung des Hochsulrahmengesetzes (HRG) wurde die Phase der Hochschulreform in der Bundesrepublik vorläufig beendet. War es zunächst erklärtes Ziel der Reformen, eine Änderung der Hochschulstruktur im Sinne eines Abbaus traditioneller Hierarchien und einer Öffnung des Lehrangebots für breitere Bevölkerungskreise zu erreichen, so wurden mit dem HRG solche Reformziele fast gänzlich aufgegeben. Die Vorschriften zur Personalstruktur und zu den Gremienzusammensetzungen, die die Studenten betreffenden Regelungen zur Verfaßten Studentenschaft und zum Ordnungsrecht sowie insbesondere der Verzicht auf die Bildung von Gesamthochschulen widersprechen den Zielen einer demokratischen Hochschulreform.

Dieses Gesetz ist deshalb schon heute reif zur Novellierung. Bevor eine solche Novellierung stattfindet, wird sich der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) in den Bundesländern entschieden dafür einsetzen, die geringen Spielräume des HRG zur Verteidigung reformierter Hochschulgesetze auszunutzen.

Unabhängig von der rückschrittlichen Hochschulgesetzgebung sind die Probleme der Hochschulen heute weniger denn je gelöst, sie haben sich vielmehr unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Krise in der Bundesrepublik verschärft. Dementsprechend verbreitet sich die Einsicht, daß die gegenwärtige Bildungs- und Hochschulpolitik ihre inhaltliche Perspektive verloren hat.

Heute werden ausschließlich quantitative Erfolgsmaßstäbe an die Hochschulen angelegt. Sie müssen jedoch gegenüber den elementaren Problemen der Hochschulen versagen. Die Kapazitäten der Hochschulen in der Bundesrepublik und Westberlin reichen nicht aus, um allen Abiturienten, die einen Studienplatz suchen, diesen zu garantieren; zugleich werden die den Hochschulen zur Verfügung stehenden Mittel drastisch gekürzt, weil die Wirtschaftspolitik der Regierung sich darauf eingestellt hat, die Wachstumskrise der Großindustrie in alle gesellschaftliche Bereiche hineinwirken zu lassen.

Einerseits nimmt der Druck auf die Aufnahmekapazität der Hochschule zu, weil die derzeitige Wirtschaftskrise noch auf Jahre hinaus Beschäftigungsprobleme für junge Menschen — ob als Schul- oder Hochschulabsolventen — geschaffen hat; andererseits werden die Mittelkürzungen im Bereich der Ausbildung gerade damit begründet, daß geringere Bildungsausgaben dazu beitragen sollen, das Mißverhältnis zwischen der Zahl qualifizierter Absolventen und der Zahl der Arbeitsplätze zu reduzieren.

Die Versuche der Kultusminister, über Kapazitäts- und Lehrdeputatsregelungen aus den vorhandenen Hochschuleinrichtungen bei verringertem Personaleinsatz mehr Lehrkapazität herauszupressen, können das Mißverhältnis von Studienplatzangebot und Studienplatznachfrage keinesfalls lösen. Soweit dadurch Kapazitäten von der Forschung abgezogen werden, berühren sie darüber hinaus empfindlich die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Forschung und Lehre.

Die kritische Lage der Hochschulen zeigt sich in dem Vorschlag des Wissenschaftsrats, die Studienzeiten in allen Bereichen so drastisch zu verkürzen, daß damit die Kapazitätsprobleme gelöst werden könnten. Ein solcher bildungspolitischer Eingriff kann jedoch nicht hingenommen werden. Gleiches gilt für den Vorschlag des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" zu einer Studienfinanzierung durch Darlehen: sie ist nichts anderes als die hochschulpolitische Variante jener Privatisierung bisher öffentlicher Dienstleistungen, die von einflußreichen Rechtskräften der Bundesrepublik seit längerer Zeit schon lautstark gefordert wird.

Die Aufhebung der auch verfassungsrechtlich bedenklichen Beschränkungen des Hochschulzugangs erfordert die Beendigung der bisherigen finanziellen Restriktionspolitik im Hochschulbereich. Andernfalls besteht die Gefahr, daß z. B. die zeitweilige Festlegung einer „Überlastquote" zur Dauereinrichtung wird und die damit verbundene Mehrbelastung aller Hochschulangehörigen (nicht nur des Lehrpersonals) eine Qualitätsminderung ihrer Arbeit und eine Verschlechterung der Studienbedingungen nach sich zieht.

Wer aus wahltaktischen Gründen eine Aufhebung des Numerus clausus ankündigt, muß zugleich aufgefordert werden, die finanziellen Konsequenzen aus diesem Versprechen zu ziehen.

An den Hochschulen ist durch die staatliche Reglementierung von Studieninhalten und Prüfungen sowie durch die Drohung mit dem Berufsverbot im Zusammenhang mit der wachsenden Arbeitslosigkeit von Absolventen ein Klima der Angst vor Unterdrückung und Bespitzelung erzeugt worden. Eine sich frei entfaltende wissenschaftliche Tätigkeit wird dadurch gefährdet. Denn ebenso wie der Numerus clausus an den Schulen negative Auswirkungen auf das kreative und selbständige Lernen der Schüler hat, führt die gegenwärtige Hochschulsituation bei den Studenten zu einem verstärkten gesellschaftlichen Anpassungsdruck, der häufig in theorie- und wissenschaftsfeindliche Einstellungen umschlägt.

Weder materiell noch inhaltlich ist so die Freiheit der Wissenschaft gesichert. Alle diejenigen, die geglaubt haben, daß der wachsende Wohlstand in unserer Gesellschaft in zunehmendem Maße zur Deckung der wachsenden Ausbildungsbedürfnisse verwendet würde, sehen sich jetzt getäuscht. Die Bildungsausgaben sollen vielmehr gesenkt und die Qualität der Ausbildung soll verringert werden, all dies mit dem angeblichen Ziel, den einzelnen vor einer „Überqualifikation" zu schützen.

Nur wenn neue Wege der Politik beschritten werden, läßt sich ein Ausweg aus der Bildungs- und Hochschulmisere finden:

1. Eine Bildungspolitik, die vorab nicht ausschließlich an den kurzfristigen Interessen des Beschäftigungssystems, sondern an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientiert werden soll, setzt zuallererst eine Wirtschaftspolitik voraus, die für das Entstehen neuer Beschäftigungsmöglichkeiten sorgt. Das Memorandum der 41 Wirtschaftswissenschaftler „für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik" vom 5. November 1975 macht die Möglichkeiten und Perspektiven einer solchen Politik sichtbar.

2. Die Überprüfung der öffentlichen Ausgaben, die derzeit immer da gestrichen werden sollen, wo sie der Mehrheit der Bevölkerung zugute kommen würden, muß endlich auch auf den Bereich ausgedehnt werden, dessen Berechtigung bei zunehmender internationaler Entspannung immer fraglicher wird: den Rüstungshaushalt. Es müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, den Abbau der Rüstungsproduktion in die Wege zu leiten, ohne daß dies zu Lasten der in diesem Bereich tätigen Arbeitnehmer geht.

3. Die sich häufenden staatlichen Eingriffe in den Hochschulbereich führen zu einer falschen Anbindung der Wissenschaft an politische Instanzen. Erst die ausreichende materielle Ausstattung der Hochschulen wird die Grundlage zu freiem Zugang zu den Hochschulen ebenso schaffen wie zu ungehindertem Forschen, Lehren und Lernen und damit eine der Gesellschaft nützende Wissenschaft ermöglichen.

Der engere Vorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftler:
gez. Prof. Dr. Wilhelm Alff, gez. Prof. Dr. Urs Jaeggi, gez. Prof. Dr. Gerhard Kade

Aufruf zum 30. Jahrestag der hessischen Verfassung am 1. Dezember 1976

(Wortlaut)

Im Jahre 1946, ein Jahr nach der Niederlage des Faschismus, entstand unter Mitwirkung aller demokratischen Kräfte die hessische Verfassung. Die Kräfte der Vergangenheit, die Deutschland in Kriege und nationale Katastrophen gestürzt hatten, sollten für alle Zeit entmachtet werden. Nie wieder sollte ein Krieg von deutschem Boden ausgehen.

Die neue Verfassung sollte die Menschenwürde und die Menschenrechte wiederherstellen, sollte gegründet sein auf die Prinzipien der Demokratie, der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Rechtsstaatlichkeit. Dieses Grundanliegen aller hessischen Bürger kam im Volksentscheid vom 1. 12. 1946 als auch im Willen der in der Verfassungsberatenden Landesversammlung zusammenwirkenden Parteien, der SPD, CDU, KPD und LDP zum Ausdruck. Die demokratischen Grundrechte wurden unmittelbar geltendes Recht.

Im Jahre 1976 haben wir seit etwa 2½ Jahren auch in Hessen Anhörungen, Berufsbehinderungen und Berufsverbote. Gerichtet gegen Bürger, die sich für die Verwirklichung des demokratischen Verfassungsauftrags einsetzen, darunter junge Menschen, die mit ihren Familien die Tradition des Widerstandes gegen den Faschismus verkörpern. In Verkehrung des Wesens der Verfassung, des Geistes, aus dem sie entstand, wird gerade ihnen der Zugang zum öffentlichen Dienst verwehrt.

Zu dieser Verfassung und ihrem eigentlichen Kerngehalt zu stehen, heißt zunächst, die als unaufhebbar erklärten Grundrechte und den verfassungsmäßigen Zustand vor jedem Versuch einer Aushöhlung zu schützen, wie dies auch gerade in Artikel 17 der hessischen Verfassung zum Ausdruck kommt. Die hessische Verfassung stellt darin ausdrücklich fest, daß die Grundrechte von denjenigen nicht mißbraucht werden dürfen, die diese demokratische Verfassung und ihre Grundlagen zu revidieren trachten. Nach Artikel 17 (2) liegt die Entscheidungskompetenz darüber beim Staatsgerichtshof.

Den Verfassungsauftrag zu verwirklichen, verlangt zugleich, die Wirklichkeit des gesellschaftlichen Lebens tagtäglich an den Verfassungsnormen zu messen. Und diese Verfassung will nicht Mißbrauch wirtschaftlicher Freizügigkeit zu politischer Macht Vorschub leisten. Sie erlaubt eben nicht, streikende Drucker auszusperren, sondern sie anerkennt das Streikrecht und verbietet die Aussperrung.

Sie garantiert die sozialen Rechte der Bürger und betont mit Volksbegehren und Volksentscheid das Prinzip der Volkssouveränität. Wie im Grundgesetz, ist auch in ihr dem Anspruch der Arbeitnehmer auf umfassende Mitbestimmung eine klar formulierte Grundlage gegeben, ja eine Demokratisierung der Wirtschaft im Sinne der Vorstellungen der Gewerkschaften ist mit ihr durchaus vereinbar.

Der Verfolgung von Demokraten hat analog zur Ära McCarthy die innenpolitische Atmosphäre und das Geistesleben in unerträglicher Weise vergiftet und dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland schweren Schaden zugefügt. Die 8 Punkte der Bundesregierung haben zwar einen gewissen Fortschritt im Verfahren gebracht, jedoch die Praxis des „Radikalenerlasses" nicht wesentlich geändert. Um dies zu erkennen, braucht man sich nur die inzwischen neu hinzugekommenden Berufsverbotsfälle anzusehen und die seit 1972 Betroffenen zu fragen, ob sie inzwischen in ihren angestrebten Berufen tätig sein können.

Artikel 11 der hessischen Verfassung sagt: „Jedermann hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht darf auch durch ein Dienstverhältnis nicht beschränkt werden, und niemand darf ein Nachteil widerfahren, wenn er es ausübt."

Die hessische Landesregierung hat, getreu der Verfassung, lange gezögert, den Ministerpräsidentenbeschluß zur Anwendung zu bringen. Daß es auch in Hessen unter dem Druck von rechts zu unzähligen Überprüfungsverfahren und zu Berufsverboten gegen Demo-

kraten gekommen ist, hat uns zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte zusammengeführt. Auf drängende Fragen des Auslands und durch den Widerstand in der Bundesrepublik wurden auf Bundesebene Irrtümer eingestanden. Wir nehmen den 30. Jahrestag der Verfassung zum Anlaß, um die neue hessische Landesregierung aufzufordern, in Wort und Tat von diesem belastenden Kapitel bundesrepublikanischer Politik Abschied zu nehmen und damit ein Beispiel lebendigen Verfassungsverständnisses zu geben.

Unter Berufung auf die hessische Verfassung und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland fordern wir deshalb:

— die ersatzlose Aufhebung nicht nur des Ministerpräsidentenbeschlusses, sondern auch aller Diskriminierungsregelungen, die in Bund und Ländern die Berufsverbotspraxis legitimieren sollen;

— die Beendigung der Anhörungen, Überprüfungen und des Sammelns von „Erkenntnissen", die Vernichtung der angesammelten Verfassungsschutzdossiers in Hessen und der Bundesrepublik;

— die Einstellung und Rehabilitierung aller, die vom verfassungswidrigen Berufsverbot betroffen wurden, in Hessen und der Bundesrepublik.

Dieser Aufruf wurde bisher u. a. unterzeichnet von:
Dr. Elisabeth Selbert, Mitgl. d. Verfassungsberatenden Landesversammlung; Rudolf Freidhof, Mitgl. d. Verfassungsberatenden Landesversammlung; Friedrich Caspary, Mitgl. d. Verfassungsberatenden Landesversammlung; Paul Krüger, Mitgl. d. Verfassungsberatenden Landesversammlung; Eugen Weigel, Mitgl. d. Verfassungsberatenden Landesversammlung; Heinz Wolf, Bezirksleiter ÖTV Hessen; Peter Palitzsch, Intendant, Städt. Bühnen Frankfurt; Manfred Coppik, MdB; Dieter Hooge, Gewerkschaftssekretär; Prof. W. Abendroth; Dorothee Vorbeck, MdL; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesvorsitzende der Jungsozialisten; Hans-Otto Jacobi, Vors. der Jungdemokraten Hessen; Dr. Martin Niemöller; André Leisewitz, Dipl.-Biol., BdWi; Prof. Dr. Klaus Fritzsche; Jürgen Reichel, Pfarrer; Prof. Dr. Helmut Ridder; Claus Eilrich, Vors. DJU Hessen; Prof. Dr. theol. Dieter Stoodt; Jörg Eichhorn, Jungdemokraten; Prof. Dieter Kraushaar; Gabriele v. Zeppelin; Dr. Dr. Joachim Kahl; Gerd-Eckard Zehm, DJU Hessen; Günther Arndt, Gewerksch. Holz, Frankfurt; Matthias Kurth, Jungsozialisten Hessen-Süd;; Alexander Schubarth, Magistratsdirektor; Horst Ackermann, Pfarrer; Volker Dingeldey, GEW; Friedel Hahn, DGB-Sekretär; Axel Hamm, Jungdemokraten; Armin Kleist, Jungsozialisten; Dr. Hans Mausbach, BdWi, ÖTV; Joachim Schwammborn, ASJ.
Zum 30. Jahrestag der hessischen Verfassung findet eine Veranstaltung am 1. Dezember 1976, 19.00 Uhr, im Frankfurter Volksbildungsheim, Großer Saal, statt.
Verantwortlich: Arbeitskreis „Verteidigt die verfassungsmäßigen Rechte!", Joachim Schwammborn, 6 Frankfurt/M., Heiligkreuzgasse 29.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

BALL, Nicole, geb. 1943, Mitarbeiterin des Institute for the Study of International Organization der Universität von Sussex, Brighton, z. Z. Gast des Peace Studies Program der Cornell University in Ithaca, N. Y.; Veröffentlichungen zu Fragen der politischen Ökonomie der Entwicklungsländer. *** *WÜSTENHAGEN, Hans-Helmuth,* geb. 1924, früher wissenschaftlicher Mitarbeiter in der chemischen Industrie, seit 1973 Vorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. *** *RÖMER, Dr. Peter,* geb. 1936 in Kassel, Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg. *** *PROKOPCZUK, Jerzy,* Professor für internationale Angelegenheiten an der Universität Warschau. *** *BRZEZINSKI, Zbigniew,* geb. 1928 in Warschau, US-Politologe, seit 1962 Professor für öffentliches Recht und Regierungssysteme sowie Direktor des Research Institute on International Change an der Columbia University, seit 1960 Berater im State Department; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe ist ein Verzeichnis des Pahl-Rugenstein Verlags über Treue-Bücher zu günstigen Preisen für Abonnenten der „Blätter" beigeheftet, das wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen — desgleichen einen dieser Ausgabe beiliegenden Prospekt des „Argument"-Verlags.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115
5000 Köln 51

ANTIMILITARISMUS - INFORMATION
R. MUELLER 70094- 0820
POSTF 4027

6000 FRANKFURT 1

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Helmuth Kirst
Dietrich Kittner
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Friedrich Müller
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Gustav Obermair
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Pfaf
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Uli Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Paul Schallück
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
Imre Vajda
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
James P. Warburg
Günther Weisenborn
Wilhelm Wengler
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Hans-Helmuth Wüstenhagen
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz